

Kurdistan-Irak

*Historische Erblast der Saddam-Diktatur und Streben nach
Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie*



Veröffentlichungen des Büros für Internationale Beziehungen der Patriotischen
Union Kurdistans (PUK) in Deutschland 2002 bis 2007

Impressum

Herausgeber:

Büro für Internationale Beziehungen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Deutschland

Postfach 21 02 31

D-10502 Berlin

Telefon: 030 - 863 987 95

Telefax: 030 - 863 987 94

Email: PUKDeutschland@aol.com

Vorwort

Das Büro für Internationale Beziehungen in Berlin ist die offizielle Repräsentanz der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Deutschland.

Die Patriotische Union Kurdistans ist eine der führenden politischen Kräfte in der Region Kurdistan-Irak (Nordirak). Gemeinsam mit der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) ist sie in Bagdad tragende Säule und stabilisierendes Element der irakischen Regierung und stellt mit ihrem Generalsekretär, Jalal Talabani, seit 2005 den Staatspräsidenten Iraks.

Die PUK hat sich die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des kurdisch-irakischen Volkes zum politischen Hauptziel gesetzt. Darüber hinaus bekennt sie sich zu einer grundsätzlich weltlichen Programmatik, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zur Gleichberechtigung der Frau und zu den Menschenrechten.

Die Geschichte der Partei ist auch in besonderer Weise mit Deutschland verbunden. Die Gründung der PUK wurde zwar im Jahre 1975 nach dem Zusammenbruch des Kurdenaufstandes im Irak in Damaskus beschlossen, die Gründungserklärung wurde dann aber im selben Jahr auf einer Versammlung im damaligen Westberlin (Restaurant „Alter Krug“/Berlin-Dahlem) von Jalal Talabani und weiteren kurdischen Freiheitskämpfern (darunter auch Dr. Kamal Fuad, der an der Humboldt-Universität zu Berlin 1970 promovierte und langjähriges Mitglied des obersten PUK-Führungsgremiums ist) verabschiedet.

Die Repräsentanz der PUK hat die Aufgabe, aktiv die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der Region Kurdistan-Irak mit Deutschland zu entwickeln und auszugestalten. Inzwischen wurden stabile und tragfähige Beziehungen zu staatlichen Einrichtungen und Behörden, Parteien und anderen gesellschaftlichen Kräften, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in Deutschland aufgebaut und stetig weiterentwickelt. Es gibt regelmäßigen Kontakt und intensiven Meinungsaustausch mit allen Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundestages. Auf staatlicher Ebene pflegen wir eine enge politische Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und haben Zugang zu zahlreichen Ministerien auf Bundes- und Länderebene sowie verschiedensten öffentlichen Einrichtungen in Deutschland.

Deutschland hat vor allem während der Zeit der Saddam-Diktatur einer Vielzahl von kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak Zuflucht gewährt und humanitäre Hilfe geleistet. Die hier lebenden rund 80.000 Iraker sind dabei in überwiegender Mehrzahl Kurden. Es ist auch unsere Aufgabe, diese Menschen entsprechend unseren Möglichkeiten zu betreuen und ihre Interessen zu vertreten.

Wer sind die Kurden im Irak? Was wollen sie? Welchen Entwicklungsweg wollen sie gehen? Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Deutschen hierüber noch zu wenig Kenntnisse und Informationen haben. Wir wünschen uns, dass sie etwas mehr über unsere Gegenwart und Vergangenheit, unsere Probleme, Sorgen und Ängste, aber auch über unsere Vorhaben, Pläne und Visionen informiert werden. Ja, es gibt nach wie vor ein „Kurdenproblem“, darunter auch eine spezielle „irakische Kurdenfrage“, die immer dringender einer Lösung bedürfen. Dies sind auch gravierende Fragen von internationaler Bedeutung, deren Lösung im unmittelbaren Interesse der internationalen Gemeinschaft liegt.

Mit einer zusammengefassten Darstellung ihrer Veröffentlichungen will das Büro für Internationale Beziehungen der PUK in Deutschland vor allem in der deutschen Öffentlichkeit auf die Entwicklung in Irakisch-Kurdistan aufmerksam machen und dem Defizit an Informationen auf diesem Gebiet entgegen wirken.

Das Jahr 2003 stellt dabei eine Zäsur in der Geschichte des kurdisch-irakischen Volkes dar. Mit dem Sturz der irakischen Saddam-Diktatur gab es für die irakischen Kurden nach Jahrzehnten der Unterdrückung und Demütigung zum ersten Mal Licht am Ende des Tunnels der Dunkelheit. Die irakischen Kurden können stolz sein: Sie haben Seite an Seite mit den alliierten multinationalen Streitkräften gekämpft und damit aktiv zur Befreiung Iraks von der Diktatur beigetragen.

Wir wollen vor allem den Blick auf diesen neuen Entwicklungsabschnitt mit den gravierenden historischen Veränderungen richten und dies mit unseren Veröffentlichungen dokumentieren.

Seitdem hat Irakisch-Kurdistan im Kampf um die Verwirklichung seiner Rechte Erfolge erzielt, die in seiner Geschichte bislang beispiellos sind. Abseits von Chaos, Terror und Gewalt gibt es hier darüber hinaus eine „Insel der relativen Stabilität“, ja einen „anderen Irak“, der ein insgesamt funktionierendes friedliches und demokratisches Gemeinwesen aufgebaut hat. Dabei übersehen wir nicht – vielfach der historischen Erblast geschuldet - die Schwierigkeiten des Weges, die noch bestehenden Mängel und Defizite der neu etablierten demokratischen Strukturen, die ökonomischen Deformationen und äußeren Gefahren. All dies sind Hemmnisse, die unser Streben nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie negativ beeinflussen und erschweren.

Die PUK hatte bekanntlich 1976 den langjährigen, opferreichen bewaffneten Kampf gegen die Diktatur Saddam Husseins begonnen. Der irakische Diktator rächte sich u. a. mit verheerenden Giftgasanschlägen (so 1988 gegen die kurdische Stadt Halabja), mit seiner sogen. „Anfal“-Vernichtungskampagne, die Zehntausende Kurden tötete, vier Fünftel der kurdischen Dörfer total zerstörte und über eine Million Menschen zu Flüchtlingen machte. Mit dieser Vergangenheit und deren Folgen sind wir nach wie vor Tag für Tag im politischen Alltag Iraks konfrontiert, wie auch die Themen unserer Berichte und Erklärungen immer wieder klar zum Ausdruck bringen.

Die Sammlung kann jedoch keinen vollständigen Überblick über die bisherige Entwicklung geben. Dazu ist insgesamt die Informationslage im Lande zu spärlich, insbesondere was die Bereitstellung von konkreten Fakten, Statistiken usw. vor allem auf ökonomischem Gebiet betrifft. Es kann deshalb – in der Regel immer aus aktuellem Anlass - nur fragmentarisch und zu ausgewählten Problemen und Ereignissen ein Einblick in bestimmte Entwicklungsprozesse gegeben werden, die auch zum Nachdenken und Weiterfragen anregen sollen.

Wir wollen mit unseren Dokumentationen und Berichten auch einen Beitrag zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit Deutschland leisten. Wir wollen z. B. dazu ermuntern, dass sich auch deutsche Firmen und Unternehmen stärker in Irakisch-Kurdistan ökonomisch engagieren. Und wir wollen darauf hinweisen, dass eine stärkere politische Unterstützung Kurdistan-Iraks durch Deutschland und die EU ein wichtiger Beitrag zur Deeskalation und Stabilisierung der Lage im Irak und in der ganzen Region sein könnte. Die Stabilität und weitere erfolgreiche Entwicklung der autonomen demokratischen Region Kurdistan-Irak liegt damit im eigenen Sicherheitsinteresse Deutschlands und Europas.

Unserem langjährigen Mitarbeiter Herrn Dr. Erhard Thiemann gilt an dieser Stelle unser besonderer Dank für seinen Beitrag zur Erstellung dieser Veröffentlichung.

Berlin, Januar 2008

Dr. Ahmad Berwari
Repräsentant der PUK in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Berichte und Analysen zu Grundfragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung

1. Die Kirkuk-Frage im Irak – Historischer Hintergrund, Wirkungen und der Weg zu einer gerechten Lösung 8
2. Zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden im Irak – Föderalismus als Lösungsmodell für das Kurdenproblem 24
3. Abschlusserklärung der Plenartagung der Patriotischen Union Kurdistans vom 08.01.2007 34
4. Zur Lage der Kurden im Irak. Bericht für die Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages am 18.10.2006 38
5. Information: Zur Zusammenlegung der Verwaltungen von PUK und KDP und Bildung einer einheitlichen Regionalregierung der Region Kurdistan-Irak 44
6. Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung am 15.12.2005: Wahlliste „Allianz Kurdistans“ 45
7. Ergebnisse der Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung vom 15.12.2005 48
8. Wahlergebnisse zur irakischen Abgeordnetenversammlung der Auslandsiraker in Deutschland 50
9. Programm der Liste „Allianz Kurdistans“ für die Wahlen zur irakischen Nationalversammlung am 30.01.2005 51
10. Information: Wahlen in Irakisch-Kurdistan am 30.01.2005 54
11. Wahlergebnisse in Irak und Irakisch-Kurdistan vom 30.01.2005 56
12. Ergänzung zu den Ergebnissen der Wahl vom 30.01.2005 61
13. Zur Lage der Kurden im Irak nach dem Sturz des Saddam-Regimes 62
14. Politische Hauptziele der PUK im Irak für 2005 65

II. Aufsätze und Dokumentationen zur ökonomischen Lage und Wirtschaftsentwicklung

1. Wirtschaftspartner Irakisch-Kurdistan. Politische, ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Wirtschaftsbeziehungen 68

	<i>Seite</i>
2. Irakisch-Kurdistan – Zwischen Tradition und Fortschritt: Entwicklungsschwerpunkt Landwirtschaft	79
3. Wirtschaftsinformation: Etat 2005 der kurdischen Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania)	84
4. Wirtschaftliche Entwicklung in Irakisch-Kurdistan – Grundrichtungen und Weichenstellungen für die Zukunft	85
<i>III. Erklärungen, Stellungnahmen und Informationen zu besonderen Ereignissen</i>	
1. Information: Die „Anfal-Kampagne“ von 1988 gegen die Kurden im Nordirak	98
2. Zum 19. Jahrestag des Giftgasangriffes auf Halabja. <i>Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans</i>	101
3. Zum 18. Jahrestag des Giftgasangriffes auf die kurdische Stadt Halabja. <i>Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans</i>	103
4. Erklärung zur Freilassung von Susanne Osthoff	105
5. Erklärung zur Wahl Jalal Talabanis zum Staatspräsidenten Iraks	106
6. Halabja mahnt! Zum 17. Jahrestag des Giftgasangriffes auf die kurdische Stadt Halabja. <i>Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans</i>	107
7. Stellungnahme zum „Focus“-Artikel vom 24.01.2005 „Dem Töten geweiht - Rudolph Mooshammer starb durch die Hand eines kurdischen Milizsoldaten“	109
8. Zum 16. Jahrestag des Giftgasangriffes auf Halabja <i>Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans</i>	110
9. Erklärung: Die Vertretungen der Regionalregierungen Kurdistans verurteilen die Terroranschläge vom 01.02.2004 und wünschen Maßnahmen gegen die Unterstützer des Terrors im Irak in Deutschland	112
10. Halabja – nie wieder! Zum 15. Jahrestag des Giftgasangriffes auf die kurdische Stadt <i>Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans</i>	114
11. Presseerklärung am 09.02.2003: Al-Kaida-Verbündete ermorden einen Abgeordneten des kurdischen Regionalparlaments im Nord-Irak	116
12. Information zur ersten gemeinsamen Sitzung der Nationalversammlung (Regionalparlament) von Kurdistan-Irak am 04.10.2002	117

IV. Ausgewählte Vorträge und Interviews

- | | |
|---|-----|
| 1. „Die Kurden, das Kurdenproblem und die neue Lage der irakischen Kurden nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Irak“, Vortrag von Dr. Ahmad Berwari in der CASINO-Gesellschaft Berlin am 06.09.2006 | 118 |
| 2. Grußwort von Dr. Ahmad Berwari zur Unterzeichnung des Partnerschafts-abkommens zwischen der Universität Dortmund und den kurdischen Univer-sitäten im Nordirak am 07.02.2005 | 133 |
| 3. „Irak: Die Kurden und der Krieg“, Vortrag von Dr. Ahmad Berwari auf der gleichnamigen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 05.12.2005 im Abgeordnetenhaus von Berlin | 136 |
| 4. „Kurden im Irak: Kein Volksaufstand“, Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Risse“, Nr. 6/Dezember 2003 | 138 |
| 5. „Sie sprechen hier mit dem künftigen Außenminister eines kurdischen Nordirak“, Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Berliner Morgenpost“, 30.03.2003 | 142 |
| 6. „Bei uns, im Krieg“, Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „die tageszeitung“, 24.03.2003 | 147 |
| 7. „Für uns sind die Amerikaner Befreier“, Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Spiegel Online“, 26.02.2003 | 151 |
| 8. Vortrag von Dr. Ahmad Berwari an der Fakultät für Raumplanung der Universität Dortmund am 26.11.2002 | 155 |
| 9. „Irakische Kurden werden die Rolle von Hilfstruppen der USA nicht übernehmen“, Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Kurdistan-Rundbrief“, Nr. 3, Jg. 15, 15.08.2002 | 159 |

Anhang

- | | |
|---|-----|
| „Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung“,
Programm der Patriotischen Union Kurdistans | 161 |
|---|-----|

I. Berichte und Analysen zu Grundfragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung

1. Die Kirkuk-Frage im Irak

Historischer Hintergrund, Wirkungen und der Weg zu einer gerechten Lösung

Ins Zentrum ethnisch-konfessioneller Spannungen im Irak ist immer mehr die Stadt und Provinz Kirkuk im Norden Iraks gerückt. Die gegenwärtige Situation in der ca. 250 km nördlich von Bagdad gelegenen Stadt wurde zunehmend ein Faktor, der Stabilität, Sicherheit und Einheit Iraks insgesamt beeinflusst.

Angelpunkt der Auseinandersetzung ist dabei, dass noch vor Ende des Jahres 2007 die Einwohner der Provinz Kirkuk in einem Referendum über ihr zukünftiges Schicksal entscheiden sollen. Dabei geht es darum, ob das erdölbreiche Gebiet an die autonome Region Kurdistan-Irak angeschlossen wird.

In Kirkuk ist im Zusammenhang mit dieser Frage - anfangs international noch weitgehend unbemerkt, jetzt jedoch absolut ins Blickfeld geraten - ein Konflikt eskaliert, der immer mehr mit gewaltsamen Ausschreitungen verbunden ist. Es scheint, dass hier das gesamte, sich aufgestaute Spannungs- und Konfliktpotenzial des Irak als Ganzes brennpunktartig verschmilzt und sich konzentriert. Immer mehr erweist sich Kirkuk mit seiner kurdischen, arabischen und turkmenischen Bevölkerung und weiteren ethnischen Minderheiten als kritischer Testfall für die Fähigkeit der demokratisch gewählten Bagdader Zentralregierung, ob der in der Verfassung des Landes seinen Ausdruck mühsam errungene nationale Konsens erhalten bleibt und die nationale und territoriale Integrität Iraks als demokratischer Föderalstaat Bestand haben kann. Oder ob im anderen durchaus möglichen Fall ein verheerender Bürgerkrieg, ein Zerfall des Landes und einer damit einhergehenden großen militärischen Invasion der Türkei (und vielleicht auch anderer Staaten) die Folgen sind. Diese Befürchtungen haben leider eine reale Basis. Sie müssen jedoch nach Auffassung der politischen kurdischen nicht zwangsläufig zur Realität werden. Kirkuk ist damit auf jeden Fall eine Nagelprobe für die zukünftige Gestaltung eines demokratischen und einheitlichen irakischen Föderalstaates geworden.

Die Lage in Kirkuk ist aus verschiedenen Gründen besonders Konflikt geladen und explosiv:

- Kirkuk ist die ethnisch am stärksten gemischte Stadt Iraks. Die daraus resultierenden Konflikte sind mit aller Schärfe und potenziert zum Ausbruch gekommen.
- Historische Spannungen belasten das Verhältnis der ethnisch-konfessionellen Gruppen seit je her und bis heute.
- Stadt und Provinz Kirkuk waren das Experimentierfeld systematischer Arabisierungspolitik des Saddam-Regimes mit groß angelegter Vertreibung und Deportation von Kurden und auch Turkmenen sowie anderer Volksgruppen mit dem Ziel, die demografische Struktur der Bevölkerung dieses Gebietes grundlegend zu ändern. Dies hat bis heute tiefe Wunden hinterlassen.
- Kirkuk liegt zwischen der jetzigen kurdischen Autonomieregion im Nordirak und der sunnitisch-arabisch dominierten Mitte des Landes. Während beide Teile relativ arm an erkundeten Erdölressourcen sind, verfügt Kirkuk über enorme Ölquellen der Region.

Dies ist auch wesentlicher ökonomischer Hintergrund der verfolgten Arabisierungs- und Umsiedlungspolitik des ehemaligen irakischen Regimes.

- Dieses Gebiet hat darüber hinaus durch die geografische Lage eine zusätzliche militärisch-strategische Bedeutung. In Kirkuk war z. B. die zweite Division der irakischen Armee stationiert, zuständig für den ganzen Norden Iraks. Auch die jetzigen Konfliktparteien in Kirkuk verfügen über eine militärische Infrastruktur, die für eine gewaltsame Eskalation der Situation sehr leicht eingesetzt werden kann.
- Verschiedene politische Kreise und Gruppierungen im neuen Irak sind sich uneinig über den Weg und das Ziel zur Lösung der Kirkuk-Krise, halten sich nicht an getroffene Vereinbarungen, akzeptieren nicht die Mehrheitsentscheidungen, fechten vereinbarte Regelungen an und wollen sie rückgängig machen.
- Eklatante Einmischung von außen: Die Nachbarstaaten, allen voran die Türkei, sehen in einem Erstarren der Kurden in Kirkuk mit Blick auf die eigene kurdische Bevölkerung eine Bedrohung ihrer Interessen, ja ihrer Existenz. Die Türkei schließt eine militärische Intervention nicht aus und droht immer mehr damit.

Die Geschichte Kirkuks ist somit das deutlichste Sinnbild der Geschichte Gesamtiraks. Es handelt sich um eine Stadt und ein Gebiet, die immer anfällig für Spannungen und Konflikte waren und einen Konzentrationspunkt von rivalisierenden Interessen und Kräften darstellten. Gesegnet mit den enormen Ölvorkommen wurde das Gebiet auch immer wieder Brennpunkt strategischer Interessen ausländischer Mächte.

In Kirkuk gibt es eine im Irak einzigartige Zusammensetzung ethnisch-konfessioneller Bevölkerungsgruppen mit den drei Hauptgruppen der Kurden, Araber und Turkmenen sowie einiger weiterer Minderheiten (vor allem christliche Assyro-Chaldäer).

Die Araber sind zum großen Teil erst durch die Ansiedlungspolitik Saddam Husseins in die Stadt gekommen. Gleichzeitig wurden zwangsweise vor allem Kurden insbesondere in den schiitisch dominierten Süden oder nach Zentralirak umgesiedelt. Die sunnitischen Araber in Kirkuk können im Falle von militärischen Auseinandersetzungen auf die Unterstützung zahlreicher paramilitärischer Gruppen aus der sunnitischen Mitte des Landes zählen.

Die Turkmenen sehen sich selbst als ethnische Türken, sprechen einen eigenständigen türkischen Dialekt und haben eine starke politische und kulturelle Bindung an die Türkei. Sie sind Nachfahren von Einwanderern, die schon vor den Seldschuken, den späteren osmanischen Türken, seit dem 7. Jh. in mehreren Wellen in den Irak gekommen sind. Kirkuk gilt ihnen mehr als jede andere Stadt als kulturelles Zentrum im Irak. Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung um die Stadt würden sie jedoch ohne türkische Unterstützung unterliegen.

Die Kurden beanspruchen die Stadt und Provinz Kirkuk als integralen Bestandteil der Region Kurdistan-Irak und fordern die formale und rechtliche Eingliederung in die autonome Region, die zur Zeit die Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk umfasst. Araber und Turkmenen wollen Kirkuk als Teil der irakischen Provinz Ta'mim behalten. Maßgebliche irakische politische Kreise wie auch die Nachbarstaaten Iraks – allen voran die Türkei – lehnen ebenfalls eine kurdische Kontrolle Kirkuks ab.

Für die Kurden hat Kirkuk jedoch eine prinzipielle symbolische und Identität stiftende Bedeutung. Darauf verwies der irakische Staatspräsident und Generalsekretär der PUK, Jalal Talabani, insbesondere auf Grund der in der Vergangenheit von den früheren irakischen Regimes betriebenen Politik der „ethnischen Säuberung“. „Unser Kampf um Kirkuk ist deshalb ein Kampf um Würde“, betonte Talabani. Im Falle von Kirkuk geht es in der Tat für die Kurden um die Substanz. Ein Nachgeben in dieser Frage wäre für sie nicht nur Treubruch, sondern Hochverrat. Sich des neu errungenen politischen Gewichts der Kurden an der Seite der multinationalen Truppen nach der Befreiung Iraks im Jahre 2003 sehr wohl bewusst, verweist Talabani darauf, dass die Zeiten, in denen Derartiges möglich war, für immer vorüber sind. Genauso weit geht der Präsident der Region Kurdistan-Irak, Masoud Barzani (KDP), wenn er von Kirkuk als „dem Herz Kurdistans“ spricht, für das die Kurden mit aller Macht und mit allen Mitteln „der Identität wegen“ kämpfen werden.

Die ökonomische Dimension des Kirkuk-Problems

Kirkuk kam zum ersten Mal ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit, als im Jahre 1927 im neu etablierten Königreich Irak ergiebige Erdölfunde in diesem Gebiet gemacht wurden. Danach wurde die Förderung in einem der größten Ölfelder der Welt durch die Iraq Petroleum Company (IPC), die als internationales Kartell zur Ausbeutung des mesopotamischen Öls gegründet worden war, aufgenommen. Im Jahre 1934 begann der erste Transport von Rohöl durch die errichtete Doppelpipeline von Kirkuk zu den Mittelmeerhäfen von Haifa und Tripoli. Unter der Losung „das arabische Öl den Arabern“ enteignete und verstaatlichte die Baath-Regierung am 01.06.1972 die IPC entschädigungslos gegen den Widerstand der amerikanisch-britisch-niederländischen Anteilseigner. Dies wurde vor allem als fortschrittlicher Akt im Sinne der irakischen Bevölkerung gedeutet – ungeachtet der Tatsache, dass das Erdöl von Kirkuk vor allem auch kurdisches Öl ist.

Seit dieser Zeit dauert die Produktion an – mit Unterbrechungen und Produktionsrückgängen zuletzt vor allem infolge des Krieges von 2003 – und erreicht gegenwärtig eine Höhe von 1 Million Barrel pro Tag. Das ist die Hälfte der irakischen Erdölexporte. Die nachgewiesenen Ölreserven haben einen Umfang von mindestens 10 Milliarden Barrel. 6,5 % der weltweiten Erdölreserven sollen in den Feldern rund um Kirkuk lagern. In den 70er Jahren erbrachten sie über 70 % der irakischen Erdölproduktion, in den letzten Jahren vor der Befreiung 2003 waren es noch rund 40 %, nachdem die Ölfelder im Südirak die Förderung aufnahmen und ausbauten. Das Rohöl von Kirkuk ist bekannt für die gute Qualität, für die Ergiebigkeit der Quellen und die niedrigen Produktionskosten. In unmittelbarer Umgebung der Stadt Kirkuk gibt es darüber hinaus auch große Vorkommen an Erdgas und Schwefel.

Auch auf Grund dieser gewaltigen Naturressourcen ist die Region um Kirkuk immer wieder ins Zentrum von lokalen, regionalen und internationalen Interessen und Machtambitionen gekommen und wurde schließlich eigentlicher Motivationshintergrund für die Arabisierungspolitik des Saddam-Regimes in diesem Gebiet. Vor allem wegen der Erdölressourcen und den daraus resultierenden Einnahmen sind die Nachbarstaaten Türkei, Iran und Syrien „besorgt“, dass dies kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen befördern könnte, falls die Region unter kurdische Kontrolle käme.

Auf die Ölproduktionsstätten und nicht zuletzt auf das 7000 km lange irakische Pipelinennetz wurden immer wieder vor allem 2003/04 Anschläge verübt, bis die USA-Armee eine spezielle Militärtruppe (Task Force Shield) zum Schutz der Ölfelder einsetzte.

Nicht von ungefähr wurde die Lösung der Erdölfrage Bestandteil der Verfassungsdiskussion im Irak. Die Regionalregierung von Kurdistan-Irak hat zugestimmt, die Öleinnahmen des Landes aufzuteilen. In der Verfassung wurde darüber hinaus eine Kompromissregelung gefunden, was die Verfügungsgewalt über die Ressourcen betrifft. Danach teilt sich die Verantwortung für die Erdölressourcen auf die Zentralregierung sowie die ölproduzierenden Regionen und Provinzen. Das heißt auch im Falle eines Anschlusses der Provinz Kirkuk an die Region Kurdistan läge die Verantwortung und Verfügungsgewalt über die Ölfelder nicht allein bei der kurdischen Regionalregierung. Für die Regionen ist danach ein Mitbestimmungsrecht vorgesehen. Die Festlegungen in der irakischen Verfassung gestatten den Regionen jedoch grundsätzlich, eine eigene Ölproduktion aufzunehmen.

Im Januar 2007 haben sich die Regierung in Bagdad und die Regionen konkret in einem „Erdölgesetz“-Entwurf über die Verteilung der Erdöl-Einnahmen geeinigt. Die Öleinkünfte sollen in einen Fonds fließen und dann auf die Regionen und Provinzen entsprechend ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Wichtiger Bestandteil des Gesetzes ist auch, dass Irak für die Erdölproduktion so genannte „Production Sharing Agreements“ abschließen will. Das Gesetz steht in Übereinstimmung mit dem zwischen der kurdischen Regionalregierung und der Zentralregierung in Bagdad ausgehandelten Einkommensverteilungsgesetzes (Law of Financial Resources) – veröffentlicht am 20.06.2007 -, wonach die Region Kurdistan entsprechend ihrem jetzigen Bevölkerungsanteil in den Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk zunächst weiterhin in monatlichen Zahlungen 17 % der Nettoeinnahmen (und damit der Öleinnahmen) Iraks erhält.

Die kurdische Seite hat also im Irak grundsätzlich dem Einkommensverteilungsmechanismus zugestimmt. Die Frage der Öleinnahmen ist deshalb für die Kurden in keiner Weise der Grund, weshalb sie auf die Realisierung des vorgesehenen Verfassungsmechanismus zur Lösung der Kirkuk-Frage beharren. *Es ist vielmehr die Geschichte, die Geografie und Demografie, in denen die kurdischen Ansprüche ihre Wurzeln haben.*

Der kurdische Charakter von Kirkuk und die Politik der „ethnischen Säuberung“ und Arabisierung der Baath-Diktatur in der Kirkuk-Region

Kirkuk war immer eine Stadt mit gemischter Bevölkerung. Aber die demografische Struktur unterlag in den vergangenen Jahrzehnten auf Grund des Arabisierungsprozesses - d. h. die Ansiedlung von irakischen Arabern in der Stadt und Region - grundlegenden Veränderungen.

Gegenwärtig kann die Einwohnerzahl Kirkuks auf Grund der Flüchtlingsströme wahrscheinlich nur ungenau bestimmt werden. Im Jahre 2006 kann etwa von 800.000 bis 900.000 Einwohnern ausgegangen werden.

US-amerikanischen Schätzungen zufolge verteilte sich die Bevölkerung der Stadt zum Zeitpunkt der Befreiung vom Saddam-Regime im Jahre 2003 (also nach Beendigung der Arabisierung) folgendermaßen: Kurden etwa 35 %, Araber etwa 35 %, Turkmenen etwa 26 %, Christen knapp 4 %. Das Fehlen von zuverlässigen und unabhängigen Quellen über die Bevölkerungsstruktur in Kirkuk ruft Mythenschreiber von einzelnen ethnisch-konfessionellen Gruppen auf den Plan. Die „Turkmenische Front Iraks“ - die größte turkmenische Partei - behauptet beispielsweise, es gäbe 1,5 Millionen Turkmenen in der Stadt und Provinz Kirkuk. Dies übersteigt jedoch fast die Einwohnerzahl der gesamten Provinz.

Historisch bestand die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung immer aus Kurden. Das heißt nicht, dass die Turkmenen der Stadt keine bedeutende Rolle gespielt haben. Im Gegensatz zur heutigen Regierung in Ankara und der Regierung in Bagdad bis 2003 haben die Osmanen den

kurdischen Charakter von Kirkuk niemals bestritten. Gleiches trifft für die britischen Kolonialherren zu. Im späten Osmanischen Reich war Kirkuk administratives Zentrum des Wilayats (Provinz) Sharazur. 1879 wurde Kirkuk ein Sanjak (Bezirk) innerhalb des Wilayats Mosul. Der osmanische Enzyklopedist Shamsadin Sami hält in „Qamus al-A’lam“ (Istanbul 1896) für Kirkuk fest: „Drei Viertel der Einwohner von Kirkuk sind Kurden, der Rest sind Turkmenen, Araber und andere. 760 Juden und 460 Chaldäer wohnen ebenfalls in der Stadt.“ Weitere osmanische Dokumente und britische Statistiken gaben zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Anteil der Kurden an der Bevölkerung mit 69 % an.

Veränderungen erfolgten, als die britische Armee im Jahre 1918 das Wilayat Mosul eroberte und die neue Provinz Arbil schuf. Die Bevölkerungsschätzung der Briten in Kirkuk im Jahre 1921 umfasste 75.000 Kurden, 35.000 Turkmenen, 10.000 Araber, 1.400 Juden und 600 Chaldäer. Die Völkerbundsdelegation, die im Jahre 1925 das Wilayat Mosul besuchte, als es um die Entscheidung ging, ob Mosul nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches der Türkei oder dem Irak zugeschlagen werden soll, gab folgende Schätzung der Bevölkerungszusammensetzung von Kirkuk bekannt: 63 % Kurden, 19 % Turkmenen und 16 % Araber. (Vgl. Albrecht Wirth, Vorderasien und Ägypten, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1923)

Als der Völkerbund 1925 das Wilayat Mosul dem Irak zusprach, betrachtete die irakische Monarchie Kirkuk als Bestandteil von Kurdistan. In Bezug auf die Bildungspolitik gab es z. B. 1925 für Irak fünf Direktionen. Die „Bildungsdirektion Kurdistans“ umfasste dabei die Provinzen Kirkuk, Sulaimania und Arbil. (Vgl. Awad Asadi, Der Kurdistan-Irak-Konflikt, Berlin 2007, S. 321)

Weil bis 1947 nie eine Volkszählung stattgefunden hat, beruhen alle angegebenen Zahlen auf Schätzungen. Aber auch die 1947 erfolgte Volkszählung enthält keine Details über die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Jedoch durch die Volkszählung des Jahres 1957, die nach der Muttersprache als Kriterium durchgeführt wurde, ergab sich die folgende Zusammensetzung der Bevölkerung von Kirkuk:

- Kurden: 48,3 %
- Araber: 28,2 %
- Turkmenen: 21,4 %
- Christliche Assyro-Chaldäer: 2,1 %

(nach „Census Registration Record of 1957“, Iraqi Ministry of Interior, the General Population Directorate)

Trotzdem wird immer wieder bis vor Beginn des kurdischen Aufstandes von 1961 in Kirkuk der kurdische Bevölkerungsanteil von rund 60 % angeführt. (vgl. auch Gerald Chaliand, Kurdistan und Kurden, Bd. 1, Göttingen 1984, S. 268), was in etwa dem langjährigen historischen Durchschnitt entspricht. Dieser Anteil scheint demnach auch für den Zeitpunkt der Volkszählung von 1957 realistisch insgesamt für Stadt und Provinz Kirkuk zu sein, so dass wahrscheinlich auch 1957 von einer nicht exakten bzw. unvollständigen Erfassung und Registrierung der Bevölkerung auszugehen ist.

So werden für 1957 in verschiedenen Quellen auch die folgenden Bevölkerungsangaben für Kirkuk gemacht:

- 178.000 Kurden
- 43.000 Araber
- 48.000 Turkmenen

- 10.000 Assyro-Chaldäer und andere.

Damit hatte die Stadt zu diesem Zeitpunkt insgesamt 279.000 Einwohner.

Auf Grund ihrer stetigen zahlenmäßigen Dominanz gibt es auch eine lange Tradition der politischen Führerschaft durch die Kurden in der Stadt, was die Besetzung von politischen Ämtern anbelangt. In der späten osmanischen Ära wurden dann meistens Turkmenen vom Sultan als Bürgermeister ernannt, aber oft waren auch Kurden seinerzeit in dieser Position. In der monarchistischen Zeit gab es sowohl kurdische als auch turkmenische Bürgermeister. Der erste arabische Bürgermeister kam erst 1969 ins Amt, als das Baath-Regime an der Macht war (Vgl. Nouri Talabany, Arabization of Kirkuk Region, Arbil 2004, S. 21).

Bis zum Höhepunkt der Arabisierung gibt es in Kirkuk eine lange Geschichte der Koexistenz und des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Volksgruppen. Der Arabisierungsprozess in Kirkuk begann bereits Mitte der 30er Jahre mit der Entdeckung der Erdölvorkommen, als vor allem Araber hierher kamen, um in der Erdölindustrie zu arbeiten. Im Zusammenhang mit dem Hawija Bewässerungsprojekt in der Provinz Kirkuk wurden von 1934 bis 1936 dann z. B. rund 27.000 Araber in der Hawija-Region angesiedelt. Die Arabisierung wurde auch während der hashemitischen Monarchie fortgesetzt und schließlich enorm beschleunigt und systematisch durchgeführt unter dem baathistischen Regime mit dem strategischen Ziel, die demografische Struktur der Bevölkerung grundlegend zu verändern. Dabei wurden durchaus recht schnell demografische Tatsachen geschaffen. Diese Politik war auf langfristige Wirkungen ausgelegt. Sie sollte den Anspruch der Kurden auf diese Gebiete immer mehr unterminieren.

In einer irakischen Statistik von 1977 wird die folgende Statistik für Kirkuk angeführt:

Araber: 44,4 %

Kurden: 37,6 %

Turkmenen: 16,3 %

Assyro-Chaldäer: 1,7 %

(Nach: Ethnic Cleansing Documents in Kurdistan-Iraq, Part one, Kirkuk 2004, S. 5)

Damit wurde der kurdische Bevölkerungsanteil von 1957 (Angaben der Volkszählung) bis 1977 um über 10 % reduziert. Der Anteil der Turkmenen verringerte sich ebenfalls um knapp 5 %, während der Anteil der Araber um über 16 % stieg.

Bereits im Juni 1963 zerstörte das kurzzeitige Baath-Regime von Ali Saleh al-Sa'adi 13 kurdische Dörfer rund um Kirkuk und vertrieb die Einwohner von weiteren 34 kurdischen Dörfern im Bezirk Dubz in der Nähe von Kirkuk, wo Araber aus Süd- und Zentralirak angesiedelt wurden. Nach der Machtkonsolidierung der Baath-Partei im Irak ab 1968 wurde die Arabisierung in großem Umfang gezielt fortgeführt. Insgesamt zerstörte die Baath-Diktatur über ihren militärischen Machtapparat zwischen 1963 und 1988 in der Region Kirkuk 779 kurdische Dörfer und riss 493 Grundschulen, 598 Moscheen und 40 Krankenhäuser der Kurden und anderer Nichtaraber nieder (Noury Talabany, Arabization of Kirkuk Region, Uppsala 2001, S. 94). Die ethnischen Säuberungskampagnen zwangen 37.726 kurdische Familien, ihre Dörfer zu verlassen. Wenn man von einer Durchschnittsgröße einer Familie von 5 bis 7 Personen ausgeht,

mussten über 200.000 Kurden in dieser Zeit die Region verlassen und an ihre Stelle wurden Araber aus Zentral- und Südirak angesiedelt.¹

In besonderem Maße war die Provinz Kirkuk 1987/88 von der berüchtigten Anfal-Operation des irakischen Militärs betroffen: „Anfal“ als Plan des damaligen irakischen Regimes die kurdische Bevölkerung zu dezimieren und zu vernichten, ihre Kultur und Wirtschaft zu zerstören. Die Operation wütete auch in den anderen kurdischen Provinzen. Allein zwischen dem 23.02. und 06.09.1988 leitete Saddams Husseins Cousin Ali Hassan al-Masjid (genannt „Chemie-Ali“, der im Juni 2007 mit weiteren Gefolgsleuten wegen seiner Verbrechen in einem Volkmordprozess zum Tode verurteilt wurde)) militärische Operationen gegen unzählige kurdische Ortschaften. Fast 70 % der Kirkuk-Region wurden dabei verwüstet. Im Ergebnis der Anfal-Kampagne wurden insgesamt 182.000 Kurden getötet oder vermisst, 4.500 Dörfer (darunter 1.000 in der Provinz Kirkuk) 4 Kreisstädte, 30 kleinere Städte, 3.100 Moscheen und 100 Kirchen wurden zerstört. Über 15 Millionen Landminen wurden ausgelegt und Giftgas wurde gegen verschiedene Ortschaften eingesetzt. Höhepunkt war schließlich der massive Giftgas-Angriff in der kurdischen Stadt Halabja mit 5.000 Toten am 16. März 1988. Aber nicht nur Kurden waren die Opfer dieser Politik. Während des Iran-Irak-Krieges 1980 bis 1988 wurden ca. 10 turkmenische Dörfer südlich von Kirkuk zerstört und die turkmenischen Bewohner deportiert und vertrieben. Um zu verhindern, dass die vertriebene Bevölkerung zurückkehren kann, wurden die Gärten und Felder verbrannt, die Haustiere konfisziert, die Brunnen zugeschüttet und die Friedhöfe verwüstet.

Die damalige irakische Regierung vertrieb die Kurden auch aus der Stadt Kirkuk. Straßen und Schulen wurden in arabischer Sprache umbenannt, Geschäfte wurden gezwungen, sich arabische Namen zuzulegen. Kurden durften Grundstücke und Land nur an Araber verkaufen, Nicht-Arabern war es verboten, Grundbesitz zu erwerben. Nur für die Araber wurden durch die Regierung Tausende von öffentlichen Wohnungen errichtet.

Die „ethnischen Säuberungsaktionen“ wurden besonders noch einmal ab 1991 nach dem Kuwait-Krieg und den Kurden-Aufständen intensiviert und ausgedehnt. Im Jahre 1996 verabschiedete das Regime ein „Identitätsgesetz“, um Kurden und andere Nicht-Araber zu zwingen, sich als Araber registrieren zu lassen. Wer sich weigerte, wurde ausgewiesen und vertrieben. Im Jahre 1997 wurde die historische Zitadelle von Kirkuk mit ihrer Moschee und der historischen Kirche zerstört.

Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ schätzt, das zwischen 1991 und 2003 erneut zwischen 120.000 und 200.000 Nicht-Araber (in der Mehrheit Kurden) aus der Stadt Kirkuk und ihrer Umgebung vertrieben wurden („III: Forced Expulsions“, Iraq: Forcible Expulsion of Ethnic Minorities, Vol. 15, No. 3(E), New York: Human Rights Watch, March 2003).

Im Gegenzug der Vertreibungsaktionen erfolgte die Ansiedlung von insgesamt 367.000 Arabern in der Region Kirkuk. (Angaben der „Iraqi Turkmen Human Rights Research Foundation“, Juni 2007). Im September 1999 berichtete das US-Außenministerium, dass man davon ausgehen müsse, dass die irakische Regierung innerhalb des Landes insgesamt 900.000 Menschen umgesiedelt hat (Repression of Iraqi People“, Saddam Hussein’s Iraq, U.S. Department of State,

¹ Andere Quellen sprechen von etwa 175.000 Zwangsumsiedlungen und Deportationen von Kurden in den 80er Jahren, wiederum andere führen für die 70er Jahre 250.000 kurdische Umsiedlungen an.

Sept. 13, 1999 (updated Febr.23, 2000), accessed Aug. 7, 2006; Al-Hayat, London, Sept. 29,2000).

Ein weiterer Aspekt der Politik der „ethnischen Säuberung“ der Baath-Diktatur sind die grundlegenden Veränderungen der politischen und administrativen Strukturen in der Region von Kirkuk, ebenfalls mit dem vorrangigen Ziel, vor allem die Erdölgebiete um die Stadt herum - so weit es geht - möglichst „kurdenfrei“ zu machen. Darin eingeschlossen geht es insbesondere auch um die kurdische Forderung nach Integration der so genannten „umstrittenen Gebiete“ (disputed territories) in die Region Irakisch-Kurdistan - ein Problem, das gegenwärtig eb enfalls höchst kontrovers diskutiert wird und dessen Realisierung sich als außerordentlich schwierig erweist. Die Kernfrage ist dabei die Neuordnung der Provinz Kirkuk (bzw. der jetzigen irakischen Provinz Ta'mim), d. h. es geht um die Wiederherstellung ihrer ursprünglichen historischen Grenzen. Dies bedeutet die Wiedereingliederung jener kurdischen Siedlungsgebiete in die Provinz Kirkuk, die während der Arabisierungskampagnen anderen Provinzen zugeordnet wurden wie auch um weitere Gebiete in anderen irakischen Provinzen, die in ihrer absoluten Mehrheit von Kurden bewohnt sind. Alle diese Gebiete sind nach kurdischer Auffassung neben der Provinz Kirkuk in ihren historischen Grenzen untrennbarer Bestandteil der Region Kurdistan und müssen in das bevorstehende Referendum einbezogen werden. Diese Gebiete sind historisch Teil von Kurdistan. Es gibt dort eine kurdische Bevölkerungsmehrheit, vielfach bis zu 100 %. Im kurdischen Verfassungsentwurf für die Region Kurdistan-Irak wird der geografische Zuschnitt des kurdischen Siedlungsraumes detailliert beschrieben. Dort heißt es in Artikel 2 (1):

„Irakisch-Kurdistan besteht aus der Provinz Dohuk in ihren gegenwärtigen Grenzen, aus den Provinzen Kirkuk, Sulaimania und Arbil in den Grenzen vor 1968; den Bezirken Aqra, Sheikhan, Sinjar, Tel Afar und Qarqoush sowie den Unterbezirken Zammar, Ba'shiqa uns Aski Kalak in der Provinz Ninewa; den Unterbezirken Khanaqin und Mandali in der Provinz Diyala; sowie dem Bezirk Badra und dem Unterbezirk Jassan in der Provinz Waset.“

Die administrative Struktur der Provinz Kirkuk wurde vor allem während der Zeit der Baath-Diktatur ständig verändert. Mit der Schaffung des irakischen Staates nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem 1. Weltkrieg war Kirkuk eine von 14 Provinzen des Königreiches Irak mit einer Größe von rund 20.000 km². Noch 1947 hatte die Provinz eine Fläche von 20.355 km² mit den vier Bezirken Zentrum (mit Kirkuk-Stadt), Chamchamal, Kifri und Daquq. Mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden verschiedene, fortlaufende Veränderungen in der Verwaltungsstruktur eingeleitet, die immer mit einer Reduzierung der Landesfläche verbunden waren, so dass sich die Größe der Provinz bis Ende der 90er Jahre (jetzt nicht mehr als Provinz Kirkuk, sondern als neu geschaffene Provinz Ta'mim) schließlich auf nur noch 10.000 km² belief.

Kleinere Korrekturen und Umstrukturierungen von 1957 und 1965 ergaben eine Flächengröße der Provinz von 19.600 km² mit fünf Distrikten (Zentrum, Chamchamal, Tuz-Khurmatu, Kifri und Hawija). Die größten administrativen Veränderungen fanden 1975/76 statt, als das Saddam-Regime nach dem irakisch-iranischen Abkommen von Algier von 1975 große Gebiete mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit (Bezirke und Unterbezirke) aus der Provinz Kirkuk ausgliederte und die Kerngebiete mit den Erdölfeldern einer umfassenden Arabisierung unterzog mit dem Ziel, den kurdischen Bevölkerungsanteil dort gravierend zu vermindern. Die Provinz wurde damit auf drei Bezirke reduziert: Zentrum (mit Kirkuk-Stadt – 5.322 km²), Dubz (1.696 km²) und Hawija (3.005 km²). Dieses quasi „Rumpf-Gouvernorat“ Kirkuk mit der Stadt Kirkuk als Zentrum wurde fortan Provinz „Ta'mim“ genannt (arab. „Nationalisierung“ - gemeint war die Nationalisierung der Erdölindustrie). Der Bezirk Chamchamal und Teile des Bezirkes Kalar (insgesamt 4.500 km²) wurden der Provinz Sulaimania, der Bezirk Kifri und der Rest des

Bezirk Kalar (2.300 km²) der Provinz Diyala sowie die Provinz Tuz-Khurmatu (3.500 km²) der Provinz Salahaddin angegliedert. Damit wurde die Größe der Provinz Kirkuk um mehr als 10.000 km² verkleinert und belief sich zum Zeitpunkt 1987 in dieser Struktur auf 10.282 km². Es folgten bis 1997 weitere administrative Veränderungen der Bezirksstrukturen und Gebietsausgliederungen. Die Provinz umfasste nun 9.679 km² mit den drei Bezirken: Kirkuk Bezirkszentrum (4.302 km²) mit Dubz jetzt als Unterbezirk, Hawija (3.947 km²) und Daquq (1.430 km²).

Im Ergebnis der Arabisierungspolitik waren Hunderttausende Kurden und Turkmenen gezwungen, für viele Jahre in Zelten und Sammellagerstätten unter Menschen unwürdigen Bedingungen zu leben. Für die Kurden ist die Lösung des Problems eine Menschenrechtsfrage. Sie bestehen deshalb darauf, dass eine Revision der Relikte der jahrzehntelangen verhängnisvollen Arabisierungspolitik erfolgt, was bedeutet, dass sie ein unverzichtbares Rückkehrrecht in ihre Heimat haben und dass die Araber ebenfalls in ihre Ursprungsgebiete nach Süd- und Zentralirak zurückkehren sollen. Gleichzeitig gehört dazu, dass die administrativen Veränderungen – als wesentlicher Bestandteil der Politik der „ethnischen Säuberung“ - rückgängig gemacht werden. Mit diesen Problemen ist in erster Linie die Stadt und Provinz Kirkuk konfrontiert. Nach Auffassung der Kurden geht es hierbei nicht mehr und nicht weniger um die Durchsetzung des Rechts, um die Beseitigung von Unrecht.

Die Verfassung Iraks: Verbindliche rechtliche Grundlage der kurdischen Forderungen

Eine grundlegende Streitfrage in der Auseinandersetzung um die politische Neugestaltung Iraks ist nach wie vor der *geografische Zuschnitt der autonomen kurdischen Region bzw. eines zukünftigen Bundeslandes Kurdistan im Irak*. Nach Auffassung der Kurden müssen dabei die selbst verwalteten kurdischen Gebiete in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk und die Gebiete außerhalb der jetzigen Zuständigkeit der kurdischen Regionalregierung, die historisch zum Siedlungsgebiet der Kurden im Irak gehören und wo Kurden die Bevölkerungsmehrheit bilden, eine föderale Einheit im Irak bilden. Dies erfordert somit vor allem die Klärung und Festschreibung des Status der Provinz Kirkuk sowie der weiteren kurdischen Siedlungsgebiete in den nordirakischen Provinzen Ninewa (Mosul), Salahaddin und Diyala als Bestandteil der föderalen Region Kurdistan-Irak. Praktisch muss dies den politischen und administrativen Anschluss dieser Gebiete an die kurdische Selbstverwaltungsregion bedeuten. Damit entstünde ein Gebiet mit einer Fläche von rund 83.000 km² und etwa 5,3 Mill. Einwohnern. Diese Frage ist nach wie vor nicht gelöst und eine zentrale Forderung der kurdischen Politik. Dem Ministry for Extra Regional Affairs der Regionalregierung von Kurdistan-Irak (www.moera-krq.org) obliegt es dabei, von kurdischer Seite in diesem Zusammenhang tätig zu sein.

Den Weg dahin zu verzögern bzw. ganz zu verhindern ist wesentliche Motivation von Terror und Gewalt in der Region von Kirkuk. Gelänge dies, wäre es mit verhängnisvollen Folgen nicht nur für die Zukunft der Kurden, sondern insbesondere auch für den Bestand ganz Iraks als Staatsgebilde verbunden, würden doch alle mühsam errungenen Ergebnisse zur politischen Neugestaltung des Landes nach dem Sturz des alten Regimes über Bord geworfen. Vor allem wäre damit die gültige Verfassung als die alles entscheidende rechtliche Grundlage dieser Neugestaltung aufgeschnürt.

Im Verfassungsprozess haben die Kurden durchgesetzt, dass Artikel 58 der irakischen Übergangsverfassung vom 08. März 2004 (Transitional Administrative Law – TAL) in die jetzt ständige Verfassung übernommen wurde (jetziger Artikel 140). Die Kernaussage ist dabei, dass bis Ende des Jahres 2007 ein Referendum über den endgültigen Status der Provinz Kirkuk und

der anderen kurdischen Siedlungsgebiete stattfinden soll, so dass die Bevölkerung selbst über die politische Zukunft bzw. den Anschluss der von den Kurden beanspruchten Gebiete an die Region Kurdistan-Irak entscheiden kann.

Artikel 140 (2) der irakischen Verfassung:

„The responsibility placed upon the executive branch of the Transitional Government stipulated in Article 58 of the Law of Administration for the State of Iraq for the Transitional Period shall be extended and conferred upon the executive authority elected in accordance with this constitution, provided that it completes normalisation, a census, and a referendum in Kirkuk and other disputed territories to determine the will of their citizens before 31 December 2007.“

Der Fall Kirkuk und seine Lösung ist damit zusammen mit den anderen „umstrittenen Gebieten“ (disputed territories) klar eine Verfassungsfrage im Nachkriegs-Irak geworden. Diese Verfassung mit Artikel 140 (2) ist nicht nur schlechthin Gesetz und damit verbindlich, sie wurde im Oktober 2005 durch Volksentscheid mit 82 % Zustimmung der irakischen Wähler angenommen. Damit ist die Entscheidung zutiefst demokratisch legitimiert und fußt auf dem Grundsatz der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Von wesentlicher Bedeutung ist auch, dass bezüglich der Lösung des Kirkuk-Problems in der Verfassung nicht nur das Ziel vorgegeben ist, sondern ebenso ein „Fahrplan“ für den Weg aus der Krise. Danach ist ein 3-Phasen-Prozess vorgesehen:

1. Normalisierung
2. Volkszählung
3. Referendum

Während Volkszählung und Referendum mit konkreten Stichtagen verbunden sind, hat die Normalisierung Prozesscharakter. Die Volkszählung ist dann der nächste Schritt. Sie ermöglicht es, zu bestimmen, wer und wie viele Menschen am Referendum, das laut Verfassung nicht später als am 31.12.2007 stattfinden soll, teilnehmen können. Dabei wird dann die Frage gestellt, ob die Provinz Kirkuk und die weiteren gegenwärtig „umstrittenen Gebiete“ Bestandteil der Region Kurdistan werden oder nicht.

Der **Normalisierungsprozess** beinhaltet dabei vor allem die folgenden beschlossenen Maßnahmen und Aktionen zur Revidierung der Ergebnisse der Arabisierungspolitik:

- Wiederherstellung der ursprünglichen demografischen Struktur des beanspruchten Gebietes als Kernstück des Normalisierungsprozesses, d. h. vor allem Gewährleistung des Rechts auf Rückkehr der umgesiedelten und deportierten Kurden und anderen Volksgruppen in ihre angestammte Heimat.
- Entschädigung für alle, die gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen, ihre Arbeit verloren, deren Vermögen konfisziert wurde und die Grund und Boden verloren. Zur Klärung aller berechtigten Besitz- und Vermögensansprüche der vertriebenen und geschädigten Personen setzte die irakische Regierung in Bagdad Anfang des Jahres 2004 die „Iraq Property Claims Commission“ (IPCC) ein.
- Rückführung der im Rahmen der Arabisierung neu angesiedelten Arabern in die Gebiete, aus denen sie herkamen auf der Basis der Freiwilligkeit, einschließlich der Gewährung von finanziellen Anreizen für eine Rückkehr.

- Gewährleistung des Rechts aller Personen, die während der Arabisierungskampagnen gezwungen wurden, sich als Araber zu registrieren über ihre nationale Identität und Volkszugehörigkeit völlig frei und ohne jegliche Einmischung zu entscheiden.
- Wiederherstellung der ursprünglichen Grenzen der Provinz Kirkuk, d. h. Wiederangliederung der Bezirke Chamchamal, Kifri, Kalar und Tuz-Khurmatu, die als Bestandteil der Arabisierungsmaßnahmen im Jahre 1976 vom Saddam-Regime aus der Kirkuk-Provinz ausgegliedert und anderen irakischen Provinzen zugeschlagen wurden, als wesentliches Element des Normalisierungsprozesses.

Mit dem Ziel, die in der irakischen Übergangsverfassung getroffenen Festlegungen zu Kirkuk schrittweise umzusetzen, ernannte bereits die irakische Übergangsregierung unter Ministerpräsident Ayad Allawi auf der Grundlage einer Koalitionsvereinbarung zwischen den schiitischen und kurdischen Regierungsfractionen im März 2004 ein „Unabhängiges Komitee“ unter der Leitung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Iraks, Hamid Majid Mousa. Es wurden diesbezüglich jedoch keinerlei Fortschritte gemacht, geschweige denn konkrete Maßnahmen unternommen. Selbst die aus den Wahlen vom 30.01.2005 hervorgegangene und im April 2006 gebildete irakische Einheitsregierung unter Ministerpräsident Nouri al-Maliki war zunächst äußerst unentschlossen und brachte kaum Energie auf, um in der Kirkuk-Frage voranzukommen – wesentlich beeinflusst durch Uneinigkeit und eine gespaltete Haltung der schiitischen Regierungsfraction in dieser Frage.

Erst massiver kurdischer Druck führte am 09.08.2006 zur Einsetzung des „Committee to Implement Article 140 of the Constitution“ unter Vorsitz des irakischen Ministers für Justiz. Dem Komitee gehören außerdem zwei weitere irakische Minister (Inneres und Umwelt) ein Minister der kurdischen Regionalregierung (Minister for Extra Regional Affairs), der Leiter der „Iraq Property Claims Commission“, vier Mitglieder Provinzrates von Kirkuk (je ein Vertreter der Kurden, der sunnitischen Turkmenen, der schiitischen Turkmenen und der sunnitischen Arabern) sowie ein Vertreter der christlichen Assyro-Chaldäer aus Kirkuk an.

Das Komitee selbst richtete verschiedene Unterkommissionen ein und eröffnete Zweigstellen in Kirkuk, Khanaqin und Sinjar. Von besonderer Bedeutung sind u. a. vier vom Komitee am 16.01.2007 und 04.02.2007 gefasste Beschlüsse:

- alle unrechtmäßig im Zuge der Arabisierungsmaßnahmen aus der Provinzverwaltung Kirkuks entlassenen Angestellten haben das Recht auf Wiedereinstellung.
- Die aus Kirkuk deportierten oder umgesiedelten Bürger haben ein Rückkehrrecht und erhalten als Entschädigung 10 Millionen Irakische Dinar (ID) (rund \$ 7.800) sowie ein Stück Land, wenn sie in die Stadt Kirkuk zurückkommen; sie erhalten die Hälfte, wenn sie in andere Orte der Provinz Kirkuk kommen.
- Araber, die auf freiwilliger Basis Kirkuk verlassen, erhalten als Kompensation einen Geldbetrag in Höhe von 20 Millionen ID (rund \$ 15.600) sowie ein Stück Land in Süd- oder Zentralirak.
- Alle Gesetze des früheren Regimes bezüglich der Zuteilung landwirtschaftlicher Nutzflächen im Zusammenhang mit den durchgeführten Umsiedlungsprogrammen werden annulliert.

Erst am 29.03.2007 wurden die Beschlüsse nach kontroverser Diskussion von der irakischen Regierung in Bagdad ratifiziert.

2003: Neubeginn auch in Kirkuk, Rückkehr der Kurden und aktuelle Entwicklungen

Im April 2003 befreiten die kurdischen Peshmerga-Kämpfer, nicht die amerikanischen Truppen, Kirkuk von der Baath-Herrschaft. Seitdem stehen Stadt und Region unter kurdischer Kontrolle. Die Schlüsselpositionen in der Stadt- und Provinzverwaltung wurden umbesetzt. Alle Volksgruppen mit den entsprechenden politischen Gruppierungen sind dort vertreten. Die Mehrheit und damit die politische Führung im Stadt- und Provinzrat liegt bei der von den beiden großen kurdischen Parteien PUK und KDP geführten „Allianz der Brüderlichkeit“, der sich auch einige regionale arabische und turkmenische Listen sowie Assyro-Chaldäer anschlossen, geht es der „Allianz der Brüderlichkeit“ doch um die Gleichberechtigung aller Volksgruppen in Kirkuk. Dies ergab sich aus den Wahlen vom 30.01.2005 zu den irakischen Provinzräten, die gleichzeitig mit den Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung (Nationalversammlung) stattfanden. Dabei gab die zentrale „Unabhängige Wahlkommission“ in Bagdad dem berechtigten Drängen der Kurden nach, in Kirkuk auch jenen Kurden ein Wahlrecht zuzugestehen, die seit dem Sturz Saddam Husseins in ihre Heimatstadt zurückgekehrt sind. Damit stieg die Zahl der wahlberechtigten Kurden in Kirkuk um rund 72.000.

Turkmenische und sunnitisch-arabische Bewohner der Stadt protestierten vehement dagegen. Diese Einbindung der "stadtfremden Kurden" bezwecke eine Veränderung der ethnisch-konfessionellen Zusammensetzung der Stadt zu Gunsten der Kurden, so das Argument der Araber und Turkmenen. Die Wahlkommission rechtfertigte die Sondergenehmigung mit dem Argument, dass diese Kurden ursprünglich aus Kirkuk stammten und vom Baath-Regime unter Saddam Hussein unrechtmäßig umgesiedelt worden seien. Genau diese Repressionsmaßnahmen suchen die kurdischen Parteien nun rückgängig zu machen. Die Folge war jedoch ein Wahlboykott vieler Araber und Turkmenen vor allem mit der „Vereinigten Arabischen Liste“ als Vertretung der sunnitischen Araber.

Im Ergebnis der Wahlen erreichten von den 46 Sitzen im Provinzrat die „Allianz der Brüderlichkeit Kirkuks“ 26 Sitze und die „Turkmenische Front Iraks“ 9 Sitze als stärkste Fraktionen.

Im derzeitigen Stadtrat von Kirkuk stellen die Kurden ebenfalls die Mehrheit. Ihnen gehören 13 der 40 Sitze, Araber und Turkmenen nehmen jeweils 10 ein, assyrisch-chaldäische Christen belegen 7 Sitze

Die Verwaltung unter Führung von PUK und KDP versuchte seither auch in Kirkuk den Wiederaufbauprozess in Gang zu setzen. Jedoch stören arabische und turkmenische Gruppen diesen Prozess. Seit dem Jahre 2006 ist die Sicherheitslage zunehmend instabil geworden. Allein 2006 wurden in Kirkuk 325 Menschen durch Anschläge getötet und 1.390 schwer verwundet. Je näher der Termin für das angesetzte Referendum rückt, um so mehr werden die Feindseligkeiten zwischen den Volksgruppen geschürt und die Gewalt wird weiter eskaliert.

Die Einmischung der Nachbarstaaten, vor allem der Türkei, hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Die türkische Regierung als „Schutzmacht“ der irakischen Turkmenen mit ihrem dortigen Statthalter der „Turkmenischen Front“ sieht Kirkuk als turkmenische Stadt an und erhebt immer offener Ansprüche auf das ehemalige Wilajat Mossul mit den Erdölgebieten von Kirkuk. Es wird behauptet, dass zum Zeitpunkt der Volkszählung 1957 die Hälfte der Bevölkerung Kirkuks Turkmenen wäre (siehe auch oben die turkmenischen Einwohnerzahlfälschungen für Kirkuk). Auch in Bezug auf die Gegenwart wird die Bevölkerungszahl der Turkmenen im Irak insgesamt total aufgebauscht und gefälscht. Während

jede seriöse Statistik im In- und Ausland von rund einer halben Million Turkmenen gegenüber mehr als 5 Millionen Kurden ausgeht, behauptet die „Turkmenische Front Iraks“, dass rund 3 Millionen Turkmenen und „nur ein paar mehr Kurden“ im Irak leben. Die gegenwärtigen kurdischen Rückführungen bezeichnen die Turkmenen - selbst in hohem Maße von den Arabisierungskampagnen betroffen - als „Kurdifizierung“ von Kirkuk.

Seit etwa 2004, als in Artikel 58 der irakischen Übergangsverfassung (TAL) das Rückkehrrecht festgelegt wurde, kehrten Tausende Kurden nach Kirkuk zurück. Eine juristische Klärung der Ansprüche war damit noch nicht verbunden, geschweige denn, dass entsprechende gesetzliche Anordnungen bereits herausgegeben waren. Bis Anfang des Jahres 2007 sind schätzungsweise rund 300.000 Kurden nach Kirkuk zurückgekehrt. Dies dürfte nicht mehr als eine Minimalzahl für die vertriebenen Kurden sein, die ein Anspruchsrecht auf Rückkehr haben. Von dieser Zahl geht auch die Stadt- und Provinzverwaltung als Minimum aus. Sie ist jedoch unter den Konfliktparteien umstritten. Die arabischen Gruppen der Stadt negieren sie. Die tatsächliche Zahl ist nachgewiesenermaßen höher (wie auch aus obiger Beschreibung der historischen Entwicklung hervorgeht). Die Rückkehrer kamen und kommen aus Mittel- und Südirak sowie den Sammellagerstätten (sogen. „kollektive towns“) in Sulaimania, Arbil und anderen Städten. In Kirkuk selbst leben sie heute – wenn sie nicht bei Verwandten untergekommen sind – in Zeltvorstädten und in den Kasernen der ehemaligen irakischen Armee.

Damit ändert sich erneut die demografische Struktur von Kirkuk. Während ursprünglich einmal etwa 5 bis 10 % der Einwohner Kirkuks Araber waren, waren es auf dem Höhepunkt der Herrschaft der Baath-Diktatur bis zu fast 50% (nach irakischen Angaben). Der Anteil der Kurden an der Bevölkerung wird nach Angaben der Stadtverwaltung jetzt bereits wieder auf fast 60 % geschätzt. Es war das Ziel von Saddam Hussein, ihren Anteil auf unter 20 % zu drücken. Viele Araber haben die Stadt in vergangenen Jahren teilweise aus Furcht, aber zum großen Teil auch freiwillig verlassen. Es bleibt abzuwarten, wie viele der seit der Machtergreifung des Baath-Regime im Jahre 1963 weit über 300.000 Angesiedelten in der Provinz Kirkuk die Angebote für Entschädigungszahlungen im Falle einer Umsiedlung annehmen werden. Von 2003 bis Anfang 2007 sollen bis zu 100.000 Araber Kirkuk verlassen haben. Nach wie vor weigert sich aber noch ein Großteil dieser Menschen – eingeschüchtert durch die Propaganda der arabischen politischen Parteien und Organisationen – die Stadt zu verlassen.

Die Türkei und auch der Iran befürchten, wenn die Kurden die vollständige politische Kontrolle über das erdölreiche Kirkuk erlangen, wird die dann größer gewordene kurdische Autonomieregion Vertrauen und vor allem ökonomische Macht gewinnen, die die Voraussetzung für die Deklaration einer vollständigen Unabhängigkeit sein könne. Dies würde unweigerlich das Unabhängigkeitsstreben der eigenen kurdischen Bevölkerung und den Einheitswillen aller Kurden stärken. Nach Auffassung der Türkei, Irans und Syriens käme dies einer Destabilisierung der gesamten Region gleich. Mit äußerster Nervosität hat die Türkei bereits massive Truppenkonzentrationen an der Grenze zum Nordirak vorgenommen und unverhohlen mit einer militärischen Intervention gedroht, falls die Provinz Kirkuk an die autonome Region Kurdistan angeschlossen wird, ja sogar schon vorher: falls das Referendum über die Zukunft Kirkuks abgehalten werden sollte. Gleichzeitig soll gegen PKK-Rebellen im Nordirak militärisch vorgegangen werden. Mit dem fadenscheinigen Argument, dass dort die turkmenische Bevölkerung zu beschützen sei, wird hiermit vor allem ein offensichtlicher Anspruch auf die Erdölvorkommen der Provinz Kirkuk reklamiert bzw. das Vorhaben, mit aller Macht zu verhindern, dass diese Vorkommen unter das Hoheitsgebiet der Regionalregierung von Kurdistan-Irak fallen. Und dies ungeachtet der Tatsache, dass die Erdölfrage – wie oben beschrieben – von irakischer und kurdischer Seite durch vertraglich vereinbarte Regelungen insbesondere in Bezug auf die Hoheitsrechte der Ressourcen und die Verteilung der

Erdöleinnahmen aus dem Konfliktfeld „Kirkuk“ herausgehalten wurde und somit gegenstandslos für eine Lösung geworden ist. Demzufolge ergibt sich daraus, dass für die kurdische Seite die Erdölfrage in keiner Weise relevant für die Lösung des Kirkuk-Problems ist. Auch andere Konfliktparteien sehen dies so.

Während ein großer Teil der Turkmenen, die im kurdischen Selbstverwaltungsgebiet leben und dort über garantierte Minderheitenrechte verfügen sowie im Parlament und Regierung vertreten sind, jegliche türkische Einmischung ablehnt, versucht die türkische Regierung in Ankara weiterhin die „Turkmenische Front“ in Kirkuk und Bagdad für ihre Zwecke auszunutzen.

Es ist jedoch unserer Auffassung nach unwahrscheinlich, dass diese Drohgebärden unter den Bedingungen von sich abzeichnenden veränderten Strategien der Hauptbeteiligten im Irak-Konflikt Wirklichkeit werden. Außerdem dürfte der Türkei bewusst sein, dass eine militärische Intervention in Irakisch-Kurdistan die gesamtkurdische Solidarität und den Befreiungskampf ungemein befördern würde. Darüber hinaus setzt die Türkei mit kriegerischen Aktionen ihr außerordentlich starkes ökonomisches Engagement in Irakisch-Kurdistan aufs Spiel. Es ist heute vor allem die Türkei, die als ausländischer Staat von dem wirtschaftlichen Boom in diesem Gebiet profitiert. Türkische Investitionen stehen absolut an erster Stelle der ausländischen Investitionen in Kurdistan-Irak. In der Region sind rund 600 türkische Firmen tätig. Sie sind vor allem im Bauwesen, im Handel und in der Erdölwirtschaft engagiert und erzielten in den letzten drei Jahren Gewinne in Höhe von rund 2,5 Milliarden US-\$ (nach OYAK - „Armed Forces Pension Fund“ der Türkei, aus: Today's Zaman, 9.7.2007).

Die Einmischung der Türkei in die inneren Angelegenheiten Iraks und Irakisch-Kurdistans wird durch die kurdischen Politiker mit aller Entschiedenheit zurück gewiesen. Die kurdische Seite erwartet auch von den USA, den europäischen Staaten, der EU, der NATO und den Vereinten Nationen, dass sie Druck auf die Türkei ausüben, damit diese nicht zur Verschärfung, sondern zur Lösung des Konflikts beitragen möge.

Die aktuelle Auseinandersetzung im Irak zur Abhaltung des Referendums und die Haltung der Kurden

Je näher der Zeitpunkt des Referendums rückt, umso härter werden im Irak die politischen Auseinandersetzungen um die Kirkuk-Frage – abgesehen von einer Eskalation der Gewalt - und die Forderungen nach einer Verschiebung des Referendums bzw. nach einer entsprechenden Verfassungsrevision. Viele argumentieren, dass das Kirkuk-Problem das Schicksal des neu konstruierten irakischen Staates bestimmen könnte.

Die kurdische Seite betont mit Nachdruck, dass ein Aufschub oder eine Verzögerung des Lösungsprozesses, insbesondere des Referendums, auf keinen Fall eine Erleichterung der Lösung herbeiführen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kurden fühlen sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass es einen verfassungsmäßig festgeschriebenen Regel- und Zeitmechanismus gibt. Dies zu realisieren, ist die oberste Verpflichtung der Zentralregierung in Bagdad. Tut sie dies nicht oder in unzureichendem Maße, wird die Koalitionsregierung – zu der es im Irak keine handlungsfähige Alternative gibt – aufs Spiel gesetzt und eine Verfassungskrise heraufbeschworen. Es sind die kurdischen Politiker, die die Regierung von Ministerpräsident al-Maliki intakt halten. Ein stärkerer Ministerpräsident – von allen Seiten eingefordert - erfordert zwangsläufig eine Unterstützung der kurdischen Haltung. Al-Maliki – von verschiedenen Kräften stark unter Druck gesetzt – hat sich dazu durchgerungen, Artikel 140 der Verfassung öffentlich zu unterstützen und die Abhaltung des Referendums fristgemäß durchzuführen. Die verschiedenen schiitischen Parteien und Fraktionen befinden sich längst in einem Dilemma

sowohl, was ihre Haltung gegenüber den USA als auch gegenüber den Kurden betrifft. Eine Aufschnürung des mühsam errungenen Verfassungskompromisses – mit großer Mehrheit durch das Volk legitimiert - wäre unweigerlich mit weiteren grundsätzlichen Veränderungsforderungen verbunden, die aus kurdischer Sicht unverantwortlich wären. Die kurdische Seite will eine solche Situation unter allen Umständen vermeiden. „Wir können nur nach vorne gehen mit einer Volksabstimmung zur Lösung der Kirkuk-Frage, alle Verzögerungen können nur die Lage destabilisieren“, hob Masoud Barzani, Präsident der Region Kurdistan-Irak, in seiner Rede vor dem Außenpolitischen Ausschuss des Europäischen Parlaments Anfang Mai 2007 hervor.

Eine Verzögerung oder gar Verhinderung des Referendums würde aber nicht nur den nationalen Konsens und die junge Demokratie im Irak aufs Spiel setzen, sie würde auch letztlich Konsequenzen für die Haltung der kurdischen Bevölkerung zu den von den USA geführten multinationalen Truppen haben müssen. Die Kurden erinnern daran, dass sie es waren, die vorbehaltlos seit Jahren die US-Irak-Politik unterstützen. Die kurdischen Peshmerga-Kräfte haben Seite an Seite mit den US-Streitkräften aufopferungsvoll die Befreiung des Landes von der Saddam-Diktatur herbeigeführt. PUK und KDP sind heute im Irak die einzigen Parteien, die geschlossen die offizielle US-Politik unterstützen. Dies ist bekanntlich bei den herrschenden Schiiten schon längst nicht mehr der Fall. Es ist bekannt, dass auch die kurdische Bevölkerung überwältigend proamerikanisch ist. In Irakisch-Kurdistan wurde bislang kein einziger US-Soldat getötet. Die USA konnten und können sich auf die Kurden als die treuesten Verbündeten im Irak verlassen. Sie wissen, dass die zuverlässigsten Einheiten der irakischen Armee aus Irakisch-Kurdistan kommen. Erst kürzlich wurden im Rahmen der laufenden neuen irakisch-amerikanischen Offensive gegen die terroristischen Gruppen zwei weitere kurdische Brigaden nach Bagdad verlegt.

Zu einer Zeit, da die Skepsis in Bezug auf die Nützlichkeit des US-Truppeneinsatzes im Irak in den USA selbst wächst, wäre ein demonstrativer politischer Erfolg bei der Regelung des Konfliktherdes Kirkuk – der die Stabilität und die Gesamtlage im Irak wesentlich beeinflusst – genau das, was im Moment erforderlich wäre. Eine Ahndung und halbwegs Wiedergutmachung von „ethnischer Säuberung“ und Genozid in der Provinz Kirkuk durch Saddam Hussein über einen demokratischen politischen Prozess, wie es die irakische Verfassung vorsieht, würde auch die grundsätzliche Gerechtigkeit des Krieges im Irak im Jahre 2003, die international immer mehr in Zweifel gezogen wird, demonstrieren können wie auch die Sympathien für den amerikanischen Einsatz stärken.

Nach kurdischer Auffassung ist vor allem auch jegliche ausländische Einmischung – wie oben bereits ausgeführt – aber auch die leider nicht hilfreichen „Empfehlungen“ für den Lösungsprozess von außen unakzeptabel. Dazu gehören insbesondere solche Vorschläge der „International Crisis Group“ von April 2007, die eine Revision des Artikels 140 der Verfassung oder aber eine Verschiebung des Referendums, die Einsetzung eines UN-Sondergesandten durch den Sicherheitsrat, die Verleihung eines Sonderstatus für die Provinz Kirkuk innerhalb der irakischen Föderation und andere Maßnahmen, die für eine gerechten Lösung nicht zweckdienlich sind, vorsehen.

Ein UN-Botschafter hätte nicht das Vertrauen der Bevölkerung der Region. Organisationen von außerhalb komplizieren die Lage und verzögern den Lösungsprozess auf der Grundlage des einzig legitimierten Artikel 140 der irakischen Verfassung.

In die gleiche Richtung weisen auch die „Empfehlungen“ des „Baker-Hamilton-Berichts“ des US-Kongresses von Dezember 2006 zur Aussetzung von Artikel 140 der irakischen Verfassung.

Die Botschaft aus Kurdistan-Irak – der politischen Führung und der kurdischen Bürger - heißt, dass alles getan werden muss, die Lösung der Kirkuk-Frage politisch und unter allen Umständen friedlich anzugehen und gewaltsame Ausschreitungen auszuschließen, wie das durch die

Verfassung vorgesehen ist. Nur der konstitutionelle Mechanismus garantiert auch die Vermeidung von unkalkulierbaren politischen Unsicherheiten und Instabilitäten der weiteren demokratischen Entwicklung im Irak.

Berlin, Juli 2007

2. Zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden im Irak *Föderalismus als Lösungsmodell für das Kurdenproblem*

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem der wichtigsten Prinzipien des gegenwärtigen Völkerrechts und ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Danach können Nationen und Völker über ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Status frei und selbständig entscheiden und den Charakter ihrer Gesellschafts- und Rechtsordnung bestimmen. Verfolgten, unterdrückten und vertriebenen Völkern wird dabei – wenn sie es wollen – das Recht auf einen eigenen Staat zugestanden. Eine Nation kann sich von dem Staat, dem sie angehört, losrennen und einen unabhängigen Staat gründen, gemeinsam mit anderen Nationen einen Föderativstaat bilden oder ihr Leben auf der Grundlage der nationalen Autonomie aufbauen; verschiedene Nationen können auf der Grundlage eines freiwilligen Zusammenschlusses einen Einheitsstaat bilden.

Im Kampf um die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts haben die Kurden im Irak vor allem seit dem Ersten Weltkrieg einen beharrlichen und opferreichen Widerstand gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Ausgrenzung geführt. In diesen Kämpfen, beginnend unter Führung von Sheikh Mahmoud Hafid in den 20er Jahren, haben sich die Kurden im Irak einerseits durchaus gewisse kulturelle Rechte erstritten – mehr Rechte als z. B. die Kurden in der Türkei, Syrien und Iran wahrnehmen konnten. Sie bekamen Schulen, Universitäten, Radiosendungen, Zeitungen usw. Die kurdische Kultur hat sich in diesem Teil ziemlich weit entwickelt. Andererseits wurden den irakischen Kurden schwere Schicksalsschläge versetzt.

Irak war auch der erste Staat mit einem kurdischen Bevölkerungsteil, der in einem Verfassungsdokument im Jahre 1958 die nationalen Rechte der kurdischen Bevölkerung anerkannte. Dort heißt es: „Dieser Nation gehören Araber und Kurden an, die Verfassung garantiert ihre nationalen Rechte im Rahmen des irakischen Gemeinwesens“. Wie wir alle wissen, standen diese Rechte jedoch nur auf dem Papier.

Die Folge war der große, von 1961 bis 1970 dauernde Aufstand der Bevölkerung in Südkurdistan unter Führung von Mustafa Barzani. Im Jahre 1970 kam es mit der 1968 im Irak an die Macht gekommenen Baath-Partei zu einem Abkommen, das eine Autonomie nach einer Übergangszeit von vier Jahren vorsah. Umgesetzt wurde es jedoch nie. Im Gegenteil: Gegen die Kurden wurde nicht nur eine Politik der Benachteiligung und Diskriminierung, sondern eine Politik der regelrechten Vernichtung praktiziert. Umsiedlung und Vertreibung, massenhafte Verschleppung, Arabisierung, Folter und Mord waren die Mittel dazu. Aus diesem Grund begann im Jahre 1975 der Widerstandskampf und Krieg von neuem. Mit einigen zeitlichen Unterbrechungen dauerte er bis zum Jahre 1991 an.

Sozusagen als Begleiterscheinung des iranisch-irakischen Krieges 1980 – 1988 wurde ein beispielloser Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden geführt. 1988 führte die irakische Zentralregierung unter Saddam Hussein einen groß angelegten Angriff gegen das Kurdengebiet unter Einsatz chemischer Waffen durch. Die kurdische Stadt Halabja wurde mit Giftgas bombardiert. Mehr als 5.000 Frauen und Kinder starben damals qualvoll an den Folgen des Giftgases. Folgewirkungen dieses Angriffes gibt es bis heute. Insgesamt wurden 4.500 Dörfer, rund 90 Prozent der ländlichen Region, völlig zerstört und dem Volk damit die materielle und kulturell-soziale Lebensgrundlage geraubt. Dieser als sogen. Anfal-Kampagne bezeichnete Genozid hinterließ unter den Kurden insgesamt 182.000 Opfer.

Seit Anfang der 90er Jahre ist mit Beendigung des 2. Golfkrieges (Aggression Iraks gegen Kuwait) und des niedergeschlagenen Kurdenaufstandes gegen das Saddam-Regime und den damit verbundenen massenhaften Fluchtbewegungen insbesondere politisch eine neue Situation entstanden, die Irakisch-Kurdistan international zunehmend ins Blickfeld geraten ließ.

Nach der Befreiung Kuwaits durch die Alliierten des 2. Golfkrieges wurde für Irakisch-Kurdistan durch die UNO-Resolution 688 eine Flugverbotszone (Save Heaven) nördlich des 36. Breitengrades eingerichtet. Sie sollte die Menschen vor den Überfällen des irakischen Regimes schützen.

Daraufhin zog sich die Regierung Iraks im Oktober 1991 mit ihren Behörden aus den kurdischen Verwaltungen vollständig zurück, so dass die Menschen in diesem Gebiet von nun an ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen konnten. Eine militarisierte Grenzlinie trennte dieses Gebiet vollständig vom Rest des Landes ab. Die irakische Zentralregierung verhängte als Reaktion eine umfassende Blockade und verhinderte vollständig die Freizügigkeit von Menschen, Handel und Kapital, um dadurch die kurdische Befreiungsbewegung im Keim zu ersticken.

Im Gefolge der nach dem 2. Golfkrieg 1990/91 für das irakische Militär von den Golfkriegsalliierten eingerichteten Schutzzone konnte sich jedoch in Irakisch-Kurdistan seit 1991/92 im Gebiet der drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk (ein Gebiet mit über 3,8 Millionen Einwohnern und einer Fläche von rund 40.000 km², vergleichbar mit der Größe der Schweiz) eine weitgehend demokratische Selbstverwaltung der Kurden außerhalb des Machtbereiches des irakischen Baath-Regimes etablieren. Aus demokratischen Wahlen im Jahre 1992 gingen ein kurdisches Regionalparlament, wo die beiden führenden Parteien der Region, die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP), gleich stark vertreten waren, sowie eine kurdische Regionalregierung hervor. Das kurdische Parlament entscheidet sich schon in dieser Zeit für eine **föderale Lösung der Kurdenfrage im Irak**.

Die Entstehung einer kurdischen Autonomieregion als Element einer möglichen föderativen Staatsstruktur im Irak ist somit aber auch als Folge vom Handeln mehrerer den Kurden nicht wohlgesonnener Akteure zu betrachten.

Dafür waren also Fakten längst geschaffen worden; Fakten, die den Autonomiestatus der kurdischen Region heute auch mithelfen, zu sanktionieren. Dabei müssen in diesem Zusammenhang insbesondere weiterhin auch die folgenden Realitäten in Betracht gezogen werden:

PUK und KDP haben es bereits in den zurückliegenden Jahren seit 1991 trotz zahlreicher externer und interner Hindernisse und Einmischungen vermocht, Strukturen eines funktionierenden Gemeinwesens aufzubauen. In einem jetzt bereits längerem historischen Prozess (über 15 Jahre) bildeten sich neue politische, gesellschaftliche, ökonomische und institutionelle Strukturen heraus. Im Gegensatz dazu wurden in den arabischen Landesteilen Iraks die alten Strukturen nahezu vollständig zerstört, neue können sich aber auf Grund der bekannten Umstände im Klima von Terror und Gewalt nur sehr langsam herausbilden und funktionieren nur rudimentär. In Kurdistan-Irak wurde dagegen ein effizientes Netz von Institutionen aufgebaut – einschließlich im militärischen und Sicherheitsbereich – dessen Ausstrahlung und Einfluss weit über die Grenzen der Region geht.

Und vor allem: Es gibt im Gegensatz zum übrigen Irak keine Sicherheitsprobleme. In der Region herrscht – so kann man es sagen - Recht und Ordnung. Das Land stützt sich dabei wesentlich auf einen gut organisierten Sicherheits- und Polizeiapparat. Die erfahrenen Militär- und Sicherheitskräfte werden dabei hervorragend von der Bevölkerung unterstützt.

In diesem Umfeld hat in der Region die Etablierung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen spürbare Fortschritte gemacht. Darüber hinaus haben sich die

Lebensverhältnisse der Menschen in den letzten Jahren entscheidend verbessert und heben sich insgesamt positiv von den restlichen irakischen Landesteilen ab.

Die politische, gesellschaftliche und ökonomische Situation in Kurdistan-Irak unterscheidet sich insofern nicht erst seit heute oder seit April 2003 (dem Ende der Diktatur) grundlegend von den übrigen Teilen des Irak.

All dies sind heute mehr oder weniger unumkehrbare Entwicklungen, in der Tat sehr günstige Voraussetzungen für eine eigenständige autonome kurdische Entwicklung sowie die weitere Vertiefung des Demokratisierungsprozesses, ökonomisch-sozialen Fortschritt und Wirtschaftswachstum.

Nicht zu verschweigen ist allerdings die Tatsache, dass sich auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zwischen PUK und KDP (insbesondere im Zeitraum von 1994 bis 1998) das Regionalparlament und die Regierungsverwaltung spalteten. So gab es lange Zeit zwei Verwaltungen der Regionalregierung in der Region jeweils unter Führung einer der beiden Parteien (die Arbil- und die Sulaimania-Verwaltung). Diese Aufteilung der Macht mag zweifellos nicht in jeder Hinsicht vorteilhaft gewesen sein, förderte aber sicherlich auch einen konstruktiven Wettbewerb.

Jedoch die massive Verschärfung der Spannungen um den Irak im Zusammenhang mit der Sanktions- und Embargopolitik sowie den UNO-Waffeninspektionen bewegte beide Parteien unter dem Blickwinkel einer sich aufzeigenden Lösung der Irak-Frage im Zuge einer gewaltsamen Liquidierung des Saddam-Regimes (und damit einer möglichen Lösung der Kurdenfrage im Irak), ihre Meinungsverschiedenheiten beizulegen, um im Nachkriegs-Irak gemeinsame kurdische Interessen effektiv vertreten und umsetzen zu können. Diese Situation führte folgerichtig zur vorbehaltlosen Unterstützung der Irak-Politik der USA durch die PUK und die KDP. Im Irak-Krieg selbst beteiligten sich beide Parteien mit massivem militärischem Einsatz aktiv an der Seite der USA und der Alliierten.

Schließlich nahm im Jahre 2002 das gemeinsame kurdische Regionalparlament in Arbil seine Arbeit wieder auf. Und seitdem gab es Bemühungen, die beiden Regierungsverwaltungen wieder zusammenzulegen. Auf der Grundlage der von den Führungen beider Parteien am 07.01.2006 geschlossenen Vereinbarung wurde die neue einheitliche Regionalregierung von Kurdistan-Irak am 07.05.2006 vor dem Regionalparlament in Arbil vereidigt.

Folgerichtig traten PUK und KDP zu den beiden Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung am 30. Januar 2005 und 15. Dezember 2005 gemeinsam mit kleineren Parteien und Gruppierungen mit einer gemeinsamen Liste unter dem Namen „Allianz Kurdistans“ an. Diese ging bei außerordentlich hohen Wahlbeteiligungen vor allem in der kurdischen Region (rund 85 %) jeweils als zweitstärkste Kraft im Parlament hervor. Mit diesem politischen Einfluss konnte der Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans, Jalal Talabani, zum irakischen Staatspräsidenten gewählt werden, während der Vorsitzende der KDP, Massoud Barzani, vom kurdischen Regionalparlament zum Präsidenten der Region Kurdistan-Irak gewählt wurde. Gleichzeitig am 30.01.2005 wurden Wahlen zum kurdischen Regionalparlament mit einer gemeinsamen Liste von PUK und KDP abgehalten.

Alle diese Fakten und Tatsachen zeigen einmal mehr, dass die irakischen Kurden inzwischen nicht nur die Geschicke auf ihrem angestammten Territorium weitgehend selbst bestimmen, sondern gleichfalls wesentlicher Einflussfaktor für die Neugestaltung des Gesamtirak geworden sind.

Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts von Völkern hängt zweifellos von verschiedenen Faktoren ab und äußert sich in verschiedenen Formen und Inhalten. Insbesondere wenn die Bevölkerungszahl eine bestimmte Größe hat, ist sie mit der Regelung des politischen Status verbunden. Dabei ist es nur natürlich, dass kulturell eigenständige Völker und Nationen in der Regel einen **unabhängigen Staat** anstreben. Auch das kurdische Volk in seiner Gesamtheit hat diesen Wunsch nie fallen gelassen. Die zweite, nicht unwichtige Frage ist dann selbstverständlich, welchen Charakter dieser Staat haben soll.

In der am 15. Oktober 2005 durch Volksentscheid angenommenen Verfassung Iraks werden die strukturellen Grundlinien für die politische Neuordnung Iraks nach dem Sturz des Saddam-Regimes festgeschrieben. In ihr gibt es Festlegungen, die die Befugnisse und Kompetenzen der Region Kurdistan-Irak beschreiben und damit ihren politischen Status berühren.

Die zentrale Forderung der Kurden in der aber nach wie vor nicht abgeschlossenen Diskussion um die Neukonstruktion Iraks ist die Schaffung einer **föderalen Staatsstruktur** für den Irak – mit einer quasi autonomen Region Kurdistan-Irak als Bestandteil der Föderation.

Da die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates, der möglichst alle Kurden der Region umfasst, auf Grund der gegenwärtigen regionalen und internationalen Rahmenbedingungen auf absehbare Zeit auch weiterhin nicht mehr als eine Vision sein kann, hat sich nach Auffassung der führenden kurdischen Entscheidungsträger in der Politik die Idee des **Föderalismus als mögliches Lösungsmodell für das Kurdenproblem im Irak** durchgesetzt. Und dies trotz der eindeutigen Willensbekundung der kurdischen Bevölkerung zu einem unabhängigen kurdischen Staat zu über 90 % in einem Referendum, durchgeführt von einer Nichtregierungsorganisation unmittelbar in der Zeit nach dem Sturz des Saddam-Regimes von April 2003.

Warum haben die verantwortlichen kurdischen Parteien diese Position?

Weil nicht Herz und Gefühl, sondern Vernunft und Verstand der Leitfaden für ihr Handeln in dieser Frage heute ist. Ansonsten wird nach ihrer Auffassung die einmalige Chance einer endgültigen Gewährleistung der legitimen Rechte der irakischen Kurden vergeben. Die Gründung eines unabhängigen Staates kann höchstens ein Fernziel sein, weil die regionalen und internationalen Kräftekonstellationen, Interessen und Bedingungen es nicht zulassen.

Ein Hauptproblem sind offensichtlich die Nachbarstaaten, in denen Kurden wesentliche Bestandteile der Bevölkerung ausmachen; eine kurdische Bevölkerung, die nach wie vor insbesondere dort in ihren Rechten wesentlich eingeschränkt ist. Ein unabhängiger kurdischer Staat hätte wahrscheinlich heute nicht abschätzbare existentielle Wirkungen auf diese Nachbarstaaten mit kurdischer Bevölkerung (Türkei, Iran, Syrien). Diese Länder sind deshalb unter keinen Umständen bereit, einen unabhängigen kurdischen Staat zu akzeptieren und werden – daraus wird gar kein Hehl gemacht – diesen Staat mit Waffengewalt zu verhindern wissen. Wegen der unkalkulierbaren Risiken für die existierenden politischen Strukturen in der gesamten Nahostregion ist auch die internationale Gemeinschaft (UNO, EU, andere internationale Organisationen, Bündnisse und Vereinigungen) nicht bereit, sich für einen unabhängigen kurdischen Staat einzusetzen bzw. ihn zu akzeptieren.

Ein unabhängiger kurdischer Staat wäre unter den Bedingungen der Nichtanerkennung, der Isolation und wahrscheinlich des internationalen Boykotts auch ökonomisch nicht sehr lange lebensfähig.

Unter diesen Bedingungen ist die Gewährung und Anerkennung autonomer kurdischer Rechte innerhalb des Aufbaus föderativer Strukturen im Irak der einzig mögliche Weg, das lang ersehnte

Selbstbestimmungsrecht der Kurden im Irak zu verwirklichen. Dies scheint gegenwärtig das Maximum zu sein, was für die Kurden möglich ist. Selbst dies zu erreichen, erfordert noch Kampf und hartnäckige Auseinandersetzungen. Aber es ist ein realistischer Weg und eine Chance für alle Beteiligten, die existierenden inneren Probleme zu lösen und zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Lage in der Gesamtregion zu leisten.

In dieser Frage haben sich die Kurden in den harten Auseinandersetzungen bei der theoretischen Diskussion um die strukturelle Neuordnung des Nachkriegs-Irak prinzipiell durchgesetzt. Sie haben verfassungsrechtlich festschreiben lassen, dass wesentliche Entscheidungskompetenzen auf die Regionen übertragen werden.

Zum einen ist in der Verfassung grundsätzlich explizit die Schaffung einer föderalen Staatsstruktur fixiert. Dies zu erreichen ist, wie gesagt, ein prinzipielles Hauptanliegen der irakischen Kurden im Prozess der demokratischen Neugestaltung Iraks. Danach haben z. B. die Regionen nach der Verfassung für ihr Gebiet die **Gesetzgebungskompetenz**, d. h. regionale Gesetze haben im Bereich der gemeinsamen Kompetenzen von Bundesstaat und Region Vorrang vor Bestimmungen des Bundes. Damit ist die Möglichkeit auf weitreichende Entscheidungskompetenz in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Die Zuständigkeit des Zentralstaates beschränkt sich auf die Außenbeziehungen, Verteidigung sowie Finanz- und Zollpolitik, wobei die kurdischen Außenvertretungen bestehen bleiben – in welchem Rahmen, muss noch festgelegt werden.

Zum anderen betreffen in diesem Zusammenhang weitere wichtige Verfassungsbestimmungen:

- **Die Finanzhoheit der Regionen innerhalb ihres jeweiligen Territoriums.**
Die Region Kurdistan-Irak ist im Grunde keine abhängige Provinz. Sie verfügt über ein von der irakischen Zentralregierung unabhängiges Staatsbudget. Sie kann ihre Einnahmen, darunter die gesetzlich festgelegten jährlichen Zuweisungen aus dem gesamtirakischen Budget (17 % des irakischen Gesamthaushalts), selbst verwalten, darüber frei verfügen und in völliger Eigenregie über deren Verwendung entscheiden. Das bedeutet die **finanzielle Selbständigkeit der Region Kurdistan-Irak** und ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass die kurdische Region im Irak eine eigenständige Politik betreiben kann.
- **Die Zuständigkeit der Regionen für die innere Sicherheit.**
Kurdistan-Irak behält damit gesetzlich festgeschrieben seine erfahrenen und im Widerstandskampf erprobten militärischen Einheiten, Sicherheitskräfte und Polizei. Damit konnten ursprüngliche Forderungen nach Eingliederung der legendären kurdischen Peshmerga-Kräfte oder gar deren Auflösung abgewiesen werden – obwohl diese natürlich formal als Bestandteil der gesamtirakischen Militär- und Sicherheitseinheiten fungieren. Dies hat grundsätzliche Bedeutung für die Sicherheitslage in Irakisch-Kurdistan, darunter auch für den Schutz von Ausländern und Gästen des Landes.
- **Die Rolle des Islam in der Gesellschaft.**
Auch hier gab und gibt es harte Auseinandersetzungen zwischen den politischen Akteuren, auf welcher rechtlichen Grundlage die gesellschaftliche Entwicklung im Irak erfolgen soll. Die Schiiten forderten ursprünglich eine islamische Verfassung für die Gesellschaft. Die Kurden haben sich als einzige Kraft vehement dagegen gewandt. Herausgekommen ist ein Kompromiss. Danach ist der Islam offizielle Staatsreligion und Hauptquelle (nicht „einzige Quelle“) der Gesetzgebung. Im Gegenzug wurde im

gleichen Zusammenhang von den Kurden die Verankerung der demokratischen Freiheiten, Menschenrechte, Minderheitenrechte, Frauenrechte usw. durchgesetzt. So dürfen laut Verfassung keine Gesetze dem Koran, aber auch nicht den Menschenrechten widersprechen. Zum anderen wird durch die Festlegungen in den Fragen der Gesetzgebungskompetenz (wie oben angeführt) die Zentralregierung in Bagdad kaum Einfluss auf die kurdische Region nehmen können, was die Rolle der islamischen Scharia bei der Gesetzgebung betrifft.

Für die irakischen Kurden ist damit klar, dass es eine Föderation selbstverständlich nicht zum Nulltarif geben kann. Sie stellen grundlegende Bedingungen für den Beitritt und den Verbleib in der irakischen Föderation. Sind diese Forderungen erfüllt, soll die Föderation selbstverständlich keine zeitweilige Angelegenheit sein, sondern kann der Weg und das Mittel zur generellen Lösung der Kurdenfrage im Irak sein.

Der Beitritt und der Verbleib der kurdischen Region in der Föderation muss nach Auffassung der kurdischen Parteien im Föderalsystem von der Anerkennung und Verwirklichung kurdischer Rechte abhängig gemacht werden. Das schließt auch ein, dass ihre Akzeptanz auf freiwilliger Basis erfolgt.

PUK und KDP haben dabei eine grundsätzliche Position: Sie sind als wichtige Regierungsparteien des neuen Irak bestrebt, im ganzen Lande demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen herzustellen und treten auf dieser Basis für die Schaffung eines pluralistischen und föderalen politischen Systems auf säkularer Grundlage im ganzen Irak ein, in dem die Rechte der Kurden und aller religiösen und ethnischen Minderheiten gewahrt bleiben. Das heißt also: Demokratie, Freiheit und Rechtsordnung sind wesentliche Säulen, auf denen das Föderalsystem in ganz Irak aufgebaut werden muss. Dies schließt einen Kompromiss nicht aus, wie er z. B. im Falle der Rolle des Islam gefunden wurde.

Der Charakter der Föderation ist aber unter den irakischen Parteien noch höchst umstritten. Die irakischen Kurden, die - wie erwähnt - nach wie vor von einem unabhängigen Staat träumen aber ihn nicht realisieren können, streben deshalb eine relativ lose Föderation an, während die Araber eine sehr viel zentralistischere Föderation wollen. Dabei muss man jedoch unbedingt noch zwischen sunnitischen und schiitischen Arabern differenzieren. Während viele Sunniten dem baathistischen Zentralstaat nachtrauern und die Föderation sogar ganz ablehnen und eine Verfassungsrevision fordern, muss man auch sehen, dass die Schiiten inzwischen in der Föderalismus-Frage vielfach Positionen einnehmen, die den Positionen der Kurden sehr nahe kommen.

Des Weiteren gibt es gravierende ungelöste Probleme, deren Regelung sowohl für die Kurden selbst von essentieller Bedeutung sind als auch für die Ausgestaltung und den Bestand des Föderalsystems im Irak wichtig sind.

An erster Stelle steht dabei die Streitfrage des **geografischen Zuschnitts der autonomen kurdischen Region** im Irak. Nach Auffassung von PUK und KDP müssen dabei die selbst verwalteten kurdischen Gebiete in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk und Gebiete außerhalb der jetzigen kurdischen Verwaltungen, die historisch zum Siedlungsgebiet der Kurden im Irak gehören und wo Kurden die Bevölkerungsmehrheit bilden, eine föderale Einheit im Irak bilden. Dies erfordert somit vor allem die Klärung und Festschreibung des Status der **Provinz Kirkuk** sowie weiterer kurdischer Siedlungsgebiete in den nordirakischen Provinzen Ninewa (Mosul), Salahaddin und Diyala als Bestandteil der föderalen Region Kurdistan-Irak. Praktisch bedeutet dies den administrativen Anschluss dieser Gebiete an die kurdische

Selbstverwaltungsregion. Damit entstünde ein Gebiet mit einer Fläche von rund 83.000 km² (etwa so groß wie Österreich) und ca. 5,3 Mill. Einwohnern. Der politische Status dieser Gebiete, vor allem der ölfreie Provinz Kirkuk, ist nach wie vor nicht geregelt und ein zentraler Streitpunkt im Irak. Die Kurden bestehen darauf, dass dabei der § 140 der irakischen Verfassung (übernommen vom § 58 der irakischen Übergangsverfassung) umgesetzt wird. Danach soll bis Ende des Jahres 2007 ein Referendum über den endgültigen Status der Provinz Kirkuk und der anderen kurdischen Siedlungsgebiete - und damit über den möglichen Anschluss an die kurdische Autonomieregion – stattfinden.

Vor allem die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung der ölfreie Provinz Kirkuk ist von Saddam Hussein durch massenhafte Vertreibungen von Kurden und die Ansiedlung von Arabern aus anderen Landesteilen über viele Jahre verändert worden. Die Beseitigung aller Folgen der Arabisierung-, Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik des alten Regimes, darunter das Recht auf Rückkehr der Vertriebenen in ihre angestammten Gebiete wurde rechtlich geregelt und wird seit geraumer Zeit in die Tat umgesetzt. Inzwischen kann davon ausgegangen werden, dass bis zu 300.000 kurdische Vertriebene in die Provinz Kirkuk zurückgekehrt sind. Nach der Wiederherstellung der ursprünglichen demografischen Verhältnisse müssen die Bewohner dieser Gebiete selbst über ihr Schicksal entscheiden.

Zur Umsetzung von § 140 der Verfassung wurde eine Regierungskommission, zusammengesetzt aus Ministern der Zentralregierung und Ministern der kurdischen Regionalregierung, eingesetzt. Der nächste Schritt im Zuge der Normalisierung der Lage wäre – wie dies vorgesehen ist - eine Volkszählung und dann das Referendum.

Die Lösung dieses Problems wird im Irak von führenden Kreisen hinausgezögert und torpediert und sogar eine Revision der entsprechenden Verfassungsbestimmungen gefordert. Diese Bestrebungen wurden noch durch die „Empfehlungen“ des „Baker-Hamilton-Berichts“ des US-Kongresses von Dezember 2006 genährt, wonach § 140 der irakischen Verfassung vorläufig ausgesetzt werden sollte. All dieser Tendenzen werden von kurdischer Seite mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. In der offiziellen Erklärung des Präsidialbüros der Region Kurdistan-Irak vom 07.12.2006 heißt es dazu: „Wir glauben, dass die Verfassung den Mechanismus und den Zeitrahmen für die Verwirklichung von § 140 vorgibt, welcher das Minimum dessen darstellte, dem die Kurden zugestimmt haben. Jede Verzögerung in der Verwirklichung dieses Artikels wird schwerwiegende Konsequenzen haben und wird in keiner Weise vom Volk Kurdistans akzeptiert werden.“

Natürlich ist nicht zu übersehen, dass dies eine sehr schwierig zu lösende Frage ist, in dem unterschiedliche Interessen hart aufeinander prallen und auch ausländische Einmischung immer offensichtlicher wird.

Vor allem die Türkei droht seit Wochen – in letzter Zeit in immer schärferem Maße - unverhüllt mit der Absicht der militärischen Intervention im Nordirak. Mit dem fadenscheinigen Argument, dass dort eine turkmenische Bevölkerungsminderheit zu beschützen sei, wird hiermit vor allem ein offensichtlicher Anspruch auf die Erdölvorkommen der Provinz Kirkuk reklamiert bzw. das Vorhaben, mit aller Macht zu verhindern, dass diese Vorkommen unter das Hoheitsgebiet der Regionalregierung von Kurdistan-Irak fallen, da diese ohne Zweifel Fundament von ökonomischer und dann auch letztlich politischer Unabhängigkeit sein können.

In der Tat sorgen die Bestrebungen zur Festschreibung des Autonomiestatus der irakischen Kurden innerhalb einer irakischen Föderation in Ankara zunehmend für Unruhe. Die Stimmen, die ein militärisches Vorgehen der Türkei fordern, werden immer lauter. Seit längerer Zeit

wurden starke Truppenverbände an der Grenze zum Irak zusammengezogen und in den letzten Wochen weiter verstärkt.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass diese Drohgebärden unter den Bedingungen der sich abzeichnenden veränderten Strategien einiger Konfliktparteien Wirklichkeit werden (dann auch mögliches militärisches Eingreifen Irans denkbar; USA setzen längerfristig auf militärischen Rückzug aus dem Irak). Außerdem dürfte der Türkei bewusst sein, dass eine militärische Intervention in Irakisch-Kurdistan das gesamtkurdische Nationalbewusstsein stark weiterentwickeln würde (noch verstärkte Solidarität, Vereinigungsstreben aller Kurden, letztlich Unabhängigkeitsstreben), was schon gar nicht im türkischen Interesse liegen würde. All dies schmälert jedoch nicht die Tatsache, dass es die größte Sorge der türkischen Regierung ist, dass ein Staat der irakischen Kurden (egal ob voll unabhängig oder mit Autonomiestatus im Irak), der mit den Ölquellen von Kirkuk eine solide wirtschaftliche Basis hätte, den Befreiungskampf der Kurden ungemein befördern würde.

Damit wird klar, dass der politische Status der irakischen Kurden (unabhängig von Form und Inhalt dieses Status) nicht nur von wesentlicher Bedeutung für die unumgängliche Neukonstruktion Iraks ist. Er hat auch erheblichen Einfluss auf die Kurden in den anderen Staaten und deren Regierungen. Bereits mit dem Sturz Saddam Husseins, der Neuetaablierung von kurdischen Institutionen in Irakisch-Kurdistan, dem Wahlerfolg bei den Parlamentswahlen und schließlich der Wahl eines Kurden zum Staatspräsidenten Iraks sind bei den Kurden der Nachbarstaaten Hoffnungen geweckt worden, dass auch bei Ihnen ähnliche Entwicklungen möglich sein könnten.

Den größten Einfluss haben die Entwicklungen im Irak und Irakisch-Kurdistan – wie erwähnt – auf die Kurden in der Türkei (ca. 18 bis 20 Mill.) Im Vergleich zu den anderen Staaten war die Politik dort am stärksten auf Assimilierung ausgerichtet. Dies führte sogar dazu, dass die kurdische Sprache über einen langen Zeitraum verboten war, geografische Bezeichnungen durch türkische ersetzt wurden und die Kurden selbst als „Bergtürken“ bezeichnet wurden. Im Rahmen der Beitrittsbemühungen zur EU und der in diesem Zusammenhang an die Türkei gestellten Forderungen im Bereich von Menschenrechten und Demokratisierung wurden auch bezüglich der Kurden einige erste Reformschritte unternommen. Im Gegensatz zu den Kurden betrachtet die türkische Regierung jedoch offenbar das Problem als gelöst. Unter den Kurden ist die Zustimmung zu einem EU-Beitritt der Türkei besonders hoch, versprechen sie sich davon doch eine Verbesserung ihrer rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Situation. Ihre Hoffnungen haben aber nach wie vor eine unzureichende Grundlage. Einige nicht zu übersehende positive Einzelmaßnahmen lösen noch längst nicht das Gesamtproblem. Unverkennbar ist jedoch vor allem in letzter Zeit leider die Halbherzigkeit der Forderungen der EU in Bezug auf Menschenrechte und Minderheitenrechte in der Türkei.

Die Kurden im Iran (ca. 8 bis 10 Mill.) haben ebenfalls einen langen Kampf um die Verwirklichung ihrer Rechte hinter sich. Es gibt zwar kein Verbot ihrer Sprache und Kultur und sie haben eine Provinz mit dem Namen Kurdistan. Aber Autonomie wird ihnen nicht gewährt. Die bislang einzige autonome Republik der Kurden, die mit Unterstützung der Sowjetunion in den 40er Jahren im kurdisch-iranischen Mahabad ausgerufen worden war, jedoch schon nach etwa einem Jahr zerbrach, wird bis heute in allen Teilen Kurdistans als Modell kurdischer Selbstverwaltung gepriesen. Umso mehr wirkt heute im Iran das Beispiel der Entwicklung in Irakisch-Kurdistan. Die heutigen Bestrebungen der Kurden nach Beseitigung von Unterdrückung und Diskriminierung werden auch im Iran massiv abgelehnt. Der nach 1979 begonnene bewaffnete Widerstand dauert im Grunde bis heute an, denn das jetzige Regime geht mit aller Härte gegen die Kurden vor (auch im Ausland). Immer wieder kommt es zur Vollstreckung von Todesurteilen, nur weil sie sich Kurden für ihre Rechte einsetzen.

Die seit 1963 in Syrien herrschende Baathpatei, die eine ethnische und kulturelle Eigenständigkeit von Minderheiten leugnet, verfolgt seit je her eine äußerst restriktive Kurdenpolitik. So wurde mehreren hunderttausend Kurden bereits in den 60er Jahren die syrische Staatsbürgerschaft aberkannt und damit aller Bürgerrechte beraubt. Die Zahl der ausgebürgerten Kurden liegt heute bei etwa 300.000. Sie können keinen Pass beantragen, ihre Kinder nicht registrieren und einschulen lassen, nicht legal heiraten, bekommen keine Anstellung im Staatsdienst usw. Aber auch die Kurden, die eine Staatsangehörigkeit besitzen (ca. 1,5 bis 1,7 Mill.), genießen keine autonomen kulturellen Rechte. Es wurden massenhafte Deportationen der kurdischen Bevölkerung von Nordsyrien durchgeführt. Zusätzlich wurden die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des kurdischen Volkes systematisch zerstört. Die Kurden fordern Gleichberechtigung, die Gewährung kultureller Rechte und vor allem die Wiedereinbürgerung der Kurden, denen in den 60er Jahren die syrische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Auch unter Präsident Baschar al-Assad wurde die repressive Politik fortgesetzt. Auf Grund relativ guter Kommunikationswege und zahlreicher verwandtschaftlicher Beziehungen sind die Einflüsse aus Irakisch-Kurdistan in Syrien ziemlich groß. Insofern müssen die Unruhen in Qamishli von März 2004 und das dortige brutale Vorgehen der syrischen Polizei, bei dem mindestens 30 Kurden getötet und ca. 2000 verhaftet wurden, unter dem Eindruck der erfolgreichen Entwicklung in Irakisch-Kurdistan als gezielte Einschüchterungsmaßnahmen des syrischen Staates gewertet werden. Die nachfolgende Verschärfung der Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung ist weiteres Kennzeichen der Entwicklung in Syrien.

Ein weiteres Problem – die Kurden unmittelbar betreffend - ist die **Erdölfrage** im Irak.

Die ökonomische Attraktivität Irakisch-Kurdistans wird entscheidend durch den Erdölreichtum bestimmt. In der kurdischen Region (vor allem um Kirkuk) befinden sich rund 40 % der irakischen Ölreserven von etwa 200 Mrd. Barrel. Damit sind die kurdischen Reserven die sechstgrößten der Welt. Auch im jetzigen Selbstverwaltungsgebiet ist die Erschließung und Förderung von Erdöl angelaufen. Konzessionen wurden an ausländische Gesellschaften vergeben. Die Regionalregierung geht von Reserven im Umfang von 45 Mrd. Barrel aus und ist optimistisch, dass die Ölproduktion schon bald eine wichtige und stabile Einnahmequelle der Region wird.

In Irakisch-Kurdistan gibt es darüber hinaus bedeutende Reserven an weiteren Mineralien und Rohstoffen wie Eisenerz, Kupfer, Zink und qualitativ hochwertigem Marmor. Die Rohstoffförderung und die weitere Erkundung von Rohstoffen werden vom Staat sehr unterstützt und es wird um ausländische Investoren auf diesem Gebiet geworben.

In der lange strittigen Frage der Verteilung der Einnahmen aus dem Erdöllexport – die auch die Verfassungsdiskussion mitbestimmte - wurde für die Verfassung im Irak eine Kompromissregelung gefunden, was die Verfügungsgewalt über die Ressourcen und die Verteilung der Verkaufserlöse betrifft. Für die Regionen ist danach ein Mitbestimmungsrecht vorgesehen. Ursprünglich forderten die Kurden die vollständige Übertragung der Einnahmen auf die Regionen. Die Festlegungen in der irakischen Verfassung gestatten den Regionen jedoch grundsätzlich, eine eigene Ölproduktion aufzunehmen. Verwaltet werden die Ressourcen von der Zentralregierung in Zusammenarbeit mit den produzierenden Regionen und Provinzen.

Im Januar 2007 haben sich die Regierung in Bagdad und die Regionen konkret in einem „Erdölgesetz“-Entwurf über die Verteilung der Erdöl-Einnahmen geeinigt. Die Öleinkünfte sollen in einen Fonds fließen und dann auf die Regionen und Provinzen entsprechend ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Wichtiger Bestandteil des Gesetzes ist, dass Irak so genannte „Production Sharing Agreements“ abschließen will. Bei solchen Produktionsteilungs-Abkommen teilen sich das Land und internationale Ölkonzerne die Kosten und Einnahmen aus der Rohölproduktion nach einem festgelegten Schlüssel. Die Regionalregierung von Kurdistan-

Irak kann nunmehr rechtlich abgesichert für ihr Verwaltungsgebiet neue eigene Ölkontrakte abschließen.

Für die Kurden bietet die Schaffung eines föderalen Irak die historische Chance auf eine weitgehende Entscheidungsautonomie und Selbstbestimmung, verbunden mit konstitutionellen Garantien gegen die in der Vergangenheit oft für Schicksal verhängnisvollen, sogar ihre Existenz bedrohenden Interventionen des Zentralstaates. Dabei geht es nicht mehr und nicht weniger darum, dass nach dem Sturz des Saddam-Regimes die Kurden danach streben, ihre faktisch errungene Freiheit und weitgehend demokratische Ordnung erstens auf eine rechtliche Grundlage zu stellen und zweitens auch real auszugestalten und dauerhaft zu stabilisieren. Im ersten Punkt entspricht die angenommene irakische Verfassung im Prinzip dieser Erwartung. Die Ausgestaltung dieses also inzwischen rechtlich abgesicherten Status ist jedoch – was den zweiten Punkt betrifft – nach wie Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen mit den arabischen Sunniten und Schiiten. Wie immer das Ergebnis auch im Einzelnen aussehen wird, die Kurden werden den Forderungen nach einer Revision der Verfassungsgrundsätze in dieser Frage auf keinen Fall nachgeben. Und einen Rückfall hinter ihre seit Ende des 2. Golfkrieges bestehende faktische Selbstverwaltung kann es schon gar nicht gehen. Es kann nur um die konkrete Weiterentwicklung und Stabilisierung dieser Selbstverwaltung unter den neuen Bedingungen des Irak gehen, der nur als föderativer Irak (mit der Region Kurdistan-Irak als föderaler Teilstaat) langfristig lebensfähig ist.

Berlin, Februar 2007

3. Abschlusserklärung der Plenartagung der Patriotischen Union Kurdistans vom 07.01.2007

Gemäß Paragraph 9 der auf der zweiten Generalkonferenz der Patriotischen Union Kurdistans angenommenen Verfahrensregeln hielt das Politbüro der Patriotischen Union Kurdistans seine Plenartagung (Vollversammlung) am 07. Januar 2007 zum Thema „Modernisierung und Entwicklung der Institutionen der Patriotischen Union Kurdistans“ in der Halle des Märtyrers Shihab in Kalachoalan-Sulaimaniyah ab. Daran nahmen 808 Mitglieder, darunter 65 Frauen und 13 Angehörige der arabischen Gemeinschaft Kurdistans, teil. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer war wie folgt: 27 % waren im Alter von 20 bis 30 Jahren, 61 % im Alter von 36 bis 50 Jahren und 12% über 50 Jahre.

Nach einer Schweigeminute in Gedenken an die Märtyrer der Patriotischen Union Kurdistans und aller anderen, die für die Befreiung, Demokratie und Freiheit Irakisch-Kurdistans kämpften, ergriff Jalal Talabani, Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans, das Wort. Er sprach über politische, organisatorische, soziale, ökonomische und kulturelle Fragen der gegenwärtigen Situation in Kurdistan-Irak und die Rolle der Partei im Kampf um die Lösung der anstehenden Aufgaben. Insbesondere ging es um folgende Probleme:

1. Entwicklung und Schutz des glorreichen Kampfes, Fortsetzung des Kampfes gegen die Korruption und die negativen Erscheinungen in unserer Gesellschaft, Mängel und Unstimmigkeiten.
2. Bewahrung der Einheit der Patriotischen Union Kurdistans und ihr Bündnis mit anderen kurdischen Kräften und irakischen politischen Parteien, um eine bessere Zukunft zu gestalten.
3. Unterstützung und Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten, insbesondere die Festigung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien, wie auch die Zusammenarbeit mit der Türkei, wie sie in der Zeit von Ouzel war, mit Frankreich in der Zeit von Francois Mitterand, Syrien in der Zeit von Hafez al-Assad, mit der Islamischen Republik Iran und der Sozialistischen Internationale. Diese war ein wichtiger Faktor bei der Erringung unseres Sieges. Die Beziehungen mit der Regierung und dem Volk Chinas, der Kommunistischen Partei Chinas sind ein weiterer diplomatischer Vorteil für uns.
4. Was das Problem Kirkuk betrifft, so hob der Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans die einheitliche Haltung und Harmonie zwischen Kurden, Turkmenen, Arabern, Chaldäern, Assyren und Armeniern hervor und bemerkte, dass eine bewusste und ruhige Politik die einzige Garantie für die Rückkehr von Kirkuk in die kurdische Region ist, wie das in Artikel 140 der irakischen Verfassung fixiert ist. Zur Verwirklichung dessen ist eine breit angelegte Aktion notwendig. Dies betrachten wir als nationale Aufgabe und Pflicht der Partei.
5. In Bezug auf die Reformen betonte der Bericht die Bedeutung der Beseitigung der Korruption, die Reorganisation der Institutionen von Regierung und Partei, die Reaktivierung des Politbüros und anderer Ämter, insbesondere des Büros für Information und des Büros für die ideologische Erziehung.
6. Die gegenwärtige Situation in Kirkuk, Irak und der Region muss unter dem Blickwinkel der gegenwärtigen Bedingungen sowie den Aussichten auf zukünftige Veränderungen erklärt werden.

7. Die Verpflichtung aller Mitglieder für das Programm und Statut der Partei und die Entwicklung eines Geistes der Einheit auf allen Ebenen der Patriotischen Union Kurdistans, der dazu beiträgt die Einheit zwischen Volk und Partei zu stärken, den Geist des demokratischen Wettbewerbs zwischen den Mitgliedern zu bewahren, die Ergebnisse der Wahlen zu respektieren sowie Fehler und Abweichungen nicht zu ignorieren. Der Bericht lobte vor allem jene Mitglieder, die ihre Pflichten erfüllten und ausgezeichnet werden sollten.
8. Was den Prozess der Wahl eines demokratischen Kontrollzentrums betrifft, was für einige nicht unbedingt ein Erfolg ist, für andere sogar ein Fehlschlag, so bedeutet es die Pflicht aller Mitglieder, den Kampf im Geiste von Brüderlichkeit und Aussöhnung fortzusetzen.
9. Der Bericht bezog sich auf die Veränderungen der kurdischen Peshmerga und betonte die Bedeutung der Einführung von Reformen im nächsten Jahr bis in die Reihen der bewaffneten Kräfte hinein. Das wird ihre Einheit stärken und festigen.
10. Bezüglich der Angelegenheiten der Frauen, betonte der Bericht die Notwendigkeit, dass diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, besonders auf der politischen, sozialen und kulturellen Ebene.
11. Für die Jugendlichen und Studenten, so hob der Bericht hervor, muss eine bessere Zukunft gesichert werden, ihre Fähigkeiten müssen entwickelt werden, ihre Talente gefördert werden und ihre Freiheit geschützt werden. Sie sollten im Geiste der Treue und Ergebenheit zur kurdischen Befreiungsbewegung erzogen werden.
12. Der Bericht behandelte die bedeutende Rolle, die die Arbeiter und Bauern in der Gesellschaft spielen und forderte dazu auf, die Anstrengungen zur Verbesserung ihres Lebensstandards, ihrer sozialen Sicherheit, ihrer Gesundheit und ihrer Bildung zu verstärken. Ein neues Arbeitsgesetz sollte ausgearbeitet werden. Auch dem Mittelstand – den nationalen bürgerlichen Kräften – sollte Aufmerksamkeit geschenkt werden, die eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung, im Wiederaufbauprozess, bei der Sicherung eines freien Marktes und bei der Initiierung von Veränderungen in Kurdistan spielen.
13. Der Bericht charakterisierte die Mitgliedschaft der Patriotischen Union Kurdistans in der Sozialistischen Internationale (SI) als große Errungenschaft für die Partei.
14. Der Bericht ging auf die Regierungsarbeit in der Provinz, insbesondere in der Stadt Sulaymani und ihren Vororten ein, kritisierte die Mängel der Arbeit und beschrieb die zukünftigen Aufgaben der Regierung. Diese Aufgaben haben vor allem die Gewährung der Sicherheit und des sozialen Wohlergehens der Bürger von Kurdistan zum Inhalt.
15. In Bezug auf den Informationssektor betonte der Bericht die Notwendigkeit, alle Journalisten zu erreichen, ihnen mehr Freiheit zu gewähren und sie mit Transparenz zu behandeln.
16. Am Schluss seines Berichts hob der Generalsekretär die Notwendigkeit hervor, das Phänomen der Blockbildung innerhalb der Partei auszurotten. Das Plenum endete mit der Verkündung des Slogan „Es lebe die Einheit der Partei, nieder mit der Blöcken“.

Der zweite Teil der Plenartagung begann am Nachmittag des gleichen Tages mit dem Beschluss, vier Komitees zu bilden: das Generalkomitee, das Wahlkomitee, das Beschwerdekomitee und das Komitee für die Abschlusserklärung. Am Abend begannen alle Komitees mit der Arbeit und die Parteimitglieder gaben ihre Anregungen, machten Bemerkungen, stellten Anfragen und äußerten ihre Meinung.

Am zweiten Tag wurden die Berichte verlesen, die sich mit den Beschwerden, den Wahlen und der Abschlusserklärung befassten. Anschließend fand eine freie Diskussion statt. Danach äußerte Jalal Talabani seine Meinung über die abgegebenen Berichte und die Diskussionsbeiträge von den Mitgliedern des Plenums. Einige der Meinungen und Bemerkungen der Plenumsmitglieder wurden im Abschlussbericht berücksichtigt, andere wurden in den Teil einbezogen, der die Beschlüsse und Empfehlungen behandelt. Die Plenartagung billigte den Abschlussbericht und entschied, dass der Bericht als Arbeitsgrundlage fungieren soll.

- Nach langen Diskussionen über die Besetzung von freien Plätzen im Führungskomitee votierte die Mehrheit der Mitglieder dafür, diese entsprechend den Verfahrensregeln mit Nachrückern auszufüllen.
- Alle Teilnehmer der Plenartagung stimmten einstimmig für die Annahme des Vorschlags des Politbüros zur Abhaltung der dritten Generalkonferenz der Partei im Laufe des gegenwärtigen Jahres.
- Die Plenartagung forderte dazu auf, strikt gegen Versuche anzugehen, Blöcke innerhalb der Partei zu bilden, indem die Mitglieder darüber aufgeklärt werden, welchen Schaden solche Aktionen verursachen. Mitglieder, die die Blockbildung befördern, sollten bestraft werden bzw. aus der Partei ausgeschlossen werden.

Anschließend gab die Plenartagung die folgenden Empfehlungen:

1. Die Verpflichtung, den Terrorismus zu bekämpfen, das Bündnis mit allen gemäßigten Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit mit den multinationalen Streitkräften zu vertiefen, um den Irak aus der schweren Krise heraus zu holen, und die Stärkung der Kräfte der Antiterrorismus-Allianz. Der Terrorismus ist die entscheidende Bedrohung für die Sicherheit, Stabilität und Festigung der Demokratie im Irak. Um diese Ziele zu erreichen, unterstützt die Plenartagung die Regierung von Dr. Nouri Al-Maliki. Die Patriotische Union Kurdistans spielt eine aktive Rolle im globalen Kampf gegen den Terrorismus und unterstützt die Demokratie im Weltmaßstab.
2. Entwicklung und Erweiterung der Beziehungen mit den Nachbar- und arabischen Staaten auf der Basis des gegenseitigen Respekts der Souveränität Iraks und der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten.
3. Festigung und Vertiefung der Beziehungen vor allen mit den USA und Europa sowie anderen wichtigen Mächten.
4. Auf kurdischer Ebene betonte das Plenum, dass es wichtig und notwendig ist, das Bündnis zwischen Patriotischer Union Kurdistans und Demokratischer Partei Kurdistans zu entwickeln und zu vertiefen und auch die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften zu stärken. Dies ist ein bedeutender Faktor der Stabilisierung der Lage.

5. Was die Strategie zur Ausmerzung der Korruption betrifft, verabschiedete die Plenartagung eine Resolution, die sich an alle Organisationskomitees der Partei wendet, Kommissionen zu bilden, um die Korruption innerhalb der Parteiorganisationen zu bekämpfen und zu kontrollieren.
6. Die Plenartagung empfahl auch eine Diskussion mit der Demokratischen Partei Kurdistans zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Plans zu beginnen, um die Korruption in den Regierungsbehörden zu bekämpfen.
7. Mehr Aufmerksamkeit soll den Bedürfnissen der Bürger geschenkt werden. Das Plenum forderte deshalb kurdische Regierungsbehörden und Institutionen auf, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Grundversorgung vor allem mit Brennstoffen, elektrischem Strom und Wasser zu verbessern. Mehr Aufmerksamkeit sollte auch dem Wiederaufbau der Dörfer geschenkt werden. Entsprechende Pläne sollten dafür ausgearbeitet werden.
8. Verstärkung der Bemühungen und der Kraft, um das Jahr 2007 zum Jahr der Rückführung der umgesiedelten kurdischen Bürger nach Kirkuk, Khanaqin und anderen Gebieten der kurdischen Region zu machen. Den Rückkehrern und ihren Lebensbedürfnissen muss verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden.
9. Als eine der zukünftigen Aufgaben der kurdischen Regionalregierung gilt es, den Vereinigungsprozess der Regierungsinstitutionen innerhalb der Region Kurdistan abzuschließen.
10. Die Jugend ist ein einflussreiches und effektives Segment der kurdischen Gesellschaft. Deshalb sollten die Möglichkeiten geschaffen werden, damit sie sich in den PUK-Institutionen beteiligt und ihre Talente und Fähigkeiten entwickelt werden.
11. Aufmerksamkeit sollte den Familien der Märtyrer und der Opfer der Anfal-Kampagne, den Kriegsversehrten und Behinderten geschenkt werden. Die Plenartagung übermittelte den Märtyrern und ihren Familien, den Volkmassen in Kurdistan sowie dem ganzen irakischen Volk, den kurdischen Peshmerga-Kräften, den Veteranen der Peshmergas, den PUK-Organisationen im Ausland und den kurdischen Gemeinden im Ausland, die eine aktive und integrale Rolle im Kampf des kurdischen Volkes spielen, ihre herzlichen Grüße. Das Plenum wurde mit einem Schlusswort des Generalsekretärs und stehenden Ovationen der Teilnehmer erfolgreich beendet.

(Übersetzung aus dem Englischen)

Berlin, 08.01.2007

4. Zur Lage der Kurden im Irak

Bericht für die Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages am 18.10.2006 erstellt von Dr. Ahmad Berwari (PUK) und Dilshad Barzani (KDP)

Die *irakischen Kurden* bilden insgesamt eine homogene Volksgruppe mit etwa 6 bis 6,5 Millionen Menschen. Sie bewohnen im Norden des Irak ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet (Flächengröße von rund 83.000 km², damit etwa vergleichbar mit der Größe Österreichs). Sie machten jedoch, verursacht durch die politische Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte im Irak und vor allem infolge der Umsiedlungs- bzw. Arabisierungspolitik des gestürzten Baath-Regimes unterschiedliche Entwicklungen durch. Sie finden sich deshalb in unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Irak wieder. Insofern sind auch ihre real existierenden Probleme zum großen Teil unterschiedlicher Natur. Die Situation der Kurden im Irak muss deshalb *regional differenziert* betrachtet werden.

Grundlegende Gemeinsamkeit für alle Kurden des Irak ist dabei jedoch das erduldeten Schicksal in der Vergangenheit und die Folgen dieses Erbes: Bereits seit Jahrzehnten - mindestens seit Mitte der siebziger Jahre - waren die irakischen Kurden insgesamt einer systematischen und gezielten Verfolgungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik des ehemaligen irakischen Regimes unterworfen. Die kurdische Zivilbevölkerung wurde immer wieder Opfer von Zwangsvertreibungen, Massenverhaftungen, aufgezwungener „Arabisierung“ und Hinrichtungen. Tausende „verschwanden“ oder kamen bei Angriffen der Armee ums Leben. Mit der so genannten „Anfal-Kampagne“ von 1988 wurden diese Methoden auf die Spitze getrieben und fanden mit dem Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja ihren Höhepunkt. Insgesamt gehen kurdische Quellen allein bei den Ereignissen von 1988 von 182.000 Opfern aus. Über das Schicksal Tausender Menschen, die seit den 70er Jahren dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer gefallen sind, besteht weiterhin Ungewissheit.

1. Die Situation in der kurdischen Region mit Selbstverwaltung im Nordirak

Seit Anfang der 90er Jahre ist mit Beendigung des 2. Golfkrieges (Aggression Iraks gegen Kuwait) und des niedergeschlagenen Kurdenaufstandes gegen das Saddam-Regime sowie den damit verbundenen massenhaften Fluchtbewegungen politisch eine neue Situation in der Region entstanden. Mit der durch die UNO sanktionierten Einrichtung der Flugverbotszone (Save Heaven) nördlich des 36. Breitengrades, die die Menschen vor Überfällen des irakischen Regimes schützen sollte, zog sich die Regierung Iraks im Oktober 1991 aus den kurdischen Verwaltungen vollständig zurück, so dass die Menschen in diesem Gebiet von nun an ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen mussten und konnten.

Auf einem Gebiet mit einer Fläche von rund 40.000 km² (etwa die Größe der Schweiz) und mit über 3,8 Millionen Einwohnern existiert seit 1991 (d. h. bereits lange vor dem Sturz Saddam Husseins im April 2003) in Irakisch-Kurdistan in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk eine *demokratische Selbstverwaltung* außerhalb des Machtbereichs von Saddam Hussein.

Nach im Jahre 1992 abgehaltenen demokratischen Wahlen wurden ein kurdisches Regionalparlament, in dem die beiden führenden Parteien der Region, die Patriotische Union

Kurdistan (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistan (KDP), gleich stark vertreten waren sowie eine kurdische Regionalregierung gebildet.

Nachdem die in den 90er Jahren aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Parteien, die vorübergehend zu getrennten Verwaltungsstrukturen der kurdischen Regionalregierung jeweils mit Sitz in Arbil und Sulaimania führten, überwunden worden waren, konnte im Verlaufe der Verschärfung des internationalen Irak-Konfliktes die Geschlossenheit der kurdischen Positionen wiederhergestellt werden. Dies war die Voraussetzung dafür, um nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Nachkriegs-Irak gemeinsame kurdische Interessen effektiv vertreten und umsetzen zu können. Diese Situation führte folgerichtig zur vorbehaltlosen Unterstützung der Irak-Politik der USA durch PUK und KDP.

Seit längerer Zeit arbeitet wieder das gemeinsame kurdische Regionalparlament in Arbil und es wurde - nach freien allgemeinen Regionalwahlen parallel zu den gesamtirakischen - eine neue, einheitliche Regionalregierung von Kurdistan-Irak gebildet, eine Koalition aus KDP und PUK sowie einer Reihe weiterer Parteien und Verbände (der Islamisten, Assyrer und Chaldäer sowie Turkmenen).

Mit den zweiten Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung am 15. Dezember 2005 – jetzt für eine volle vierjährige Legislaturperiode - konnte sich die gemeinsame Liste „Allianz Kurdistan“ mit 21,7 % der Stimmen erneut als zweitstärkste politische Kraft im Irak behaupten und 53 Parlamentssitze erringen.

Alle diese Fakten und Tatsachen zeigen einmal mehr, dass die irakischen Kurden inzwischen nicht nur die Geschicke auf ihrem angestammten Territorium weitgehend selbst bestimmen, sondern gleichfalls wesentlicher Einflussfaktor für die Neugestaltung des Gesamtirak geworden sind. In besonderer Weise zeigt sich dies in den Ergebnissen des lange kontrovers und intensiv diskutierten Verfassungsprozesses im Irak, in dem die strukturellen Grundlinien für die politische Neuordnung Iraks nach dem Sturz des Saddam-Regimes festgeschrieben wurden.

KDP und PUK haben dabei eine grundsätzliche Position: Als wichtige Regierungsparteien des neuen Irak sind sie gemeinsam bestrebt, im ganzen Lande demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen herzustellen und treten für die Schaffung eines pluralistischen und föderalen politischen Systems auf strikt säkularer Grundlage im Irak ein, in dem die Rechte der Kurden und aller religiösen und ethnischen Minderheiten gewahrt bleiben. Einmal mehr erweisen sich PUK und KDP heute als die entscheidenden säkularen politischen Kräfte im Lande und sind somit der einzige ernst zu nehmende und mäßigende Gegenpol zu unübersehbaren vielschichtigen Islamisierungstendenzen im Irak.

Von prinzipieller Bedeutung ist dabei die von den Kurden durchgesetzte verfassungsrechtliche Fixierung einer *föderalen Staatsstruktur* im Irak. Die maßgebenden kurdischen Politiker sehen dabei die Idee des Föderalismus auch als mögliches Lösungsmodell für das Kurdenproblem im Irak. Der Verbleib der kurdischen Region im Föderalsystem soll aber von der Anerkennung kurdischer Rechte sowie der Durchsetzung freiheitlich-demokratischer Lebensgrundsätze abhängig gemacht werden.

Die kurdischen Parteien haben es in den zurückliegenden Jahren seit 1991/92 trotz der über weite Strecken getrennten Wege grundsätzlich vermocht, Strukturen eines funktionierenden Gemeinwesens aufzubauen. Und vor allem: Es gibt im Gegensatz zum übrigen Irak heute keine Sicherheitsprobleme. Die Sicherheitslage ist stabil. In der selbst verwalteten Region Kurdistan-Irak wurde der Kampf gegen die Terroristen von Ansar al-Islam, die versuchten, sich in Irakisch-

Kurdistan festzusetzen, schon vor Jahren (lange vor dem Sturz Saddams) begonnen und erfolgreich durchgeführt. Ansar al-Islam gilt bekanntermaßen als eine der brutalsten, mit al-Qaida liierten, islamistischen Terrorgruppen im Irak. In der Region herrschen - so kann man es sagen - Recht und Ordnung. Wir stützen uns dabei wesentlich auf einen aus dem Widerstand hervorgegangenen, sehr gut organisierten Sicherheits- und Polizeiapparat. Die erfahrenen Militär- und Sicherheitskräfte werden dabei – im krassen Gegensatz zum Restirak - auch wesentlich von der Bevölkerung unterstützt.

In diesem Umfeld hat in der Region die Etablierung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen spürbare Fortschritte gemacht. Davon kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt im übrigen Irak keine Rede sein. Die wirtschaftliche Entwicklung floriert trotz weiter bestehender Versorgungsengpässe (Strom, Wasser, Gesundheit, Bildung, soziale Dienste). Darüber hinaus haben sich die Lebensverhältnisse der Menschen in den letzten Jahren spürbar verbessert und heben sich insgesamt positiv von den restlichen irakischen Landesteilen ab.

In der kurdischen Selbstverwaltungsregion sind die Grund- und Menschenrechte grundsätzlich akzeptiert und garantiert, demokratische Freiheiten (Meinungs- und Pressefreiheit, Pluralismus, Versammlungsrecht u. a.) sind reale Lebenswirklichkeit geworden. Dies findet seine Institutionalisierung in einem speziellen Menschenrechtsministerium der Regionalregierung (www.mohr-krq.org).

Konkret sollen in diesem Zusammenhang folgende Beispiele garantierter Rechte explizit angeführt werden:

- ***Garantierung und Verwirklichung der Frauenrechte***

Dazu gehört u. a. die Festlegung einer 25%-Frauenquote für Parlament und Regierung.

Frauenorganisationen und -institutionen haben ein breites Betätigungsfeld und sind integrierter Bestandteil der Gesellschaftsstruktur.

In bestimmtem Maße ist jedoch das Problem der „Ehrenmorde“ nach wie vor ein gesellschaftliches Problem. Ein früheres Gesetz aus der Ära Saddam Husseins, dass diese „Ehrenmorde“ faktisch legalisierte, wurde bereits 2001 – in den Gebieten beider Teilregionalregierungen - abgeschafft. „Ehrenmorde“ werden seitdem als vorsätzliche Morde geahndet und strengstens bestraft.

- ***Garantierung von Religionsfreiheit***

Die Mehrheit der Bevölkerung bekennt sich zum sunnitischen Islam.

Christen und **Yeziden** als religiöse Minderheiten genießen speziellen Schutz und erhalten staatliche Förderung und Unterstützung. Zur islamischen Mehrheit besteht in der Selbstverwaltungsregion ein gut-nachbarschaftliches Verhältnis. Bereits seit 1992 ist in den Schulen eigener Religionsunterricht auch für die religiösen Minderheiten festgeschrieben

- ***Schutz von ethnischen Minderheiten***

Dies betrifft in der kurdischen Region die **Assyrer, Chaldäer, Turkmenen und Araber**.

Assyrer und Chaldäer sind Christen.² Turkmenen sind vorwiegend sunnitische Moslems.³

² Es gibt rund 300.000 Assyrer und Chaldäer im Gesamtirak. In der kurdisch verwalteten Region leben 31.000 Assyrer und Chaldäer. Darüber hinaus gibt es rund 500.000 Assyrer und Chaldäer aus dem Irak im Ausland, vorwiegend in den USA.

³ Rund 500.000 Turkmenen im Gesamtirak, mehrheitlich aber im Nordirak und in Irakisch-Kurdistan/ca. 2% der Gesamtbevölkerung).

Sie genießen die volle Freiheit der eigenen kulturellen Betätigung und Sprachausübung. Assyro-Chaldäer und Turkmenen verfügen über eigene Schulen vom Elementar- bis zum Gymnasialniveau. Sie haben eigene Zeitungen, TV- und Radiostationen sowie weitere Institutionen, die alle Unterstützung vom Staat erhalten.

Eine Vielzahl von Arabern ist auf Grund der gefährlichen Sicherheitslage im übrigen Irak nach dem Sturz des Saddam-Regimes neu in die sichere kurdische Region gekommen und genießt die vollen Rechte.

In der autonomen Region Kurdistan-Irak hat sich schon seit langem eine *pluralistische Parteienlandschaft* herausgebildet. In dem zu den irakischen Parlamentswahlen gegründeten Parteienbündnis „Allianz Kurdistans“ arbeiten neben der Demokratischen Partei Kurdistans und der Patriotischen Union Kurdistans die folgenden Parteien mit:

- Sozialdemokratische Partei Kurdistans
- Partei der Werktätigen Kurdistans
- Demokratische Nationalunion Kurdistans
- Islamische Liga Kurdistans
- Kommunistische Partei Kurdistans
- Bewegung der Bauern und Unterdrückten Kurdistans
- Mehrere assyrische, chaldäische und turkmenische Parteien und Organisationen.

In letzter Zeit sind auch in Irakisch-Kurdistan verstärkte *Islamisierungstendenzen* festzustellen. Davon zeugt nicht zuletzt der relative Wahlerfolg der mehr oder weniger islamistisch ausgerichteten Partei „Islamische Union Kurdistans“ bei den Wahlen zur irakischen Nationalversammlung vom 15.12.2005 (5 Sitze im Parlament von Bagdad/1,3% Stimmenanteil). Im kurdischen Regionalparlament sind nach den Regionalwahlen vom 30.01.2005 Islamisten mit 6 von insgesamt 111 Abgeordneten (4,9 % Stimmenanteil) vertreten.

Die kurdischen Regierungsparteien versuchen jedoch, islamistische Parteien und Gruppierungen ins politische System einzubinden und ihre Tätigkeit durch Angebote zur Mitarbeit in Parlament und Regierung zu neutralisieren, was aus unserer Sicht bislang durchaus erfolgreich gelang.

Die Selbstverwaltungsregion ist nichtsdestotrotz mit dem Erbe der Politik des Baath-Regimes konfrontiert. Dies betrifft insbesondere die Folgen der massenhaften Vertreibungen und Umsiedlungen der Kurden vor allem aus den Dörfern Ende der 70er und in den 80er Jahren nach Süd- und Mittelirak. Sie sind zum großen Teil in die kurdischen Gebiete zurückgekehrt. Teilweise sind sie bei Verwandten untergekommen, andererseits leben sie noch in Flüchtlingslagern.

2. Die Lage der Kurden in den anderen Teilen des Irak.

Hierbei muss man wie folgt differenzieren:

2.1. Die Kurden in den neu befreiten kurdischen Gebieten im Nordirak

Die Bevölkerung der neu befreiten kurdischen Gebiete nach April 2003 mit der Erdölstadt *Kirkuk* als deren Zentrum sowie die Gebiete um Khanaqin, Sengar, Makhmur, Shekhan u. a., die mehrheitlich von Kurden bewohnt werden, umfasst eine Zahl von rund 1,5 Millionen. Diese Gebiete liegen außerhalb der kurdischen Selbstverwaltung. Sie werden jedoch praktisch im Ergebnis der stattgefundenen Wahlen gemeinsam von den kurdischen Parteien unter Führung von KDP und PUK regiert, die auch das Selbstverwaltungsgebiet regieren. Somit gibt es hier formal eigene Provinzverwaltungen, die der irakischen Zentralregierung unterstellt sind.

Die Sicherheitslage ist in diesen Gebieten nach wie vor instabil und gefährlich. Es gibt Spannungen zwischen den vorhandenen religiösen und ethnischen Bevölkerungsgruppen und deren Organisationen. Folgeschwere Anschläge bleiben auf der Tagesordnung. Zeitweise ruhigere Phasen - wesentlich erreicht durch die stabilisierende Präsenz von KDP- und PUK-Sicherheitskräften -, die die Lage dann insgesamt besser als im arabischen Irak erscheinen lässt, werden immer wieder unterbrochen. Es werden auch Wiederaufbauprojekte in Gang gesetzt, vor allem mit Unterstützung der Regionalregierung der Selbstverwaltungsregion.

Die existierenden Spannungen haben wesentlich ihre Ursache darin, dass die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung in diesen Gebieten vor allem in der ölreichen Provinz Kirkuk von Saddam Hussein durch massenhafte Vertreibungen von Kurden, Assyern und Turkmenen und die Ansiedlung von Arabern aus anderen Landesteilen über viele Jahre bewusst verändert worden ist. Während in der Stadt Kirkuk (710.000 Einwohner/2005 geschätzt, ohne Rückkehr-Vertriebene) ursprünglich einmal 5% der Einwohner Araber waren, waren es zum Zeitpunkt des Sturzes von Saddam Hussein rund 50%. In den 80er Jahren wurden schätzungsweise 175.000 Kurden aus Kirkuk vertrieben, von 1991 bis 2002 weitere 120.000.

Die Beseitigung aller Folgen der Arabisierung-, Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik des alten Regimes mit dem Recht auf Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat mit Entschädigung ist inzwischen verfassungsrechtlich geregelt und wird seit geraumer Zeit – oft gegen den inhaltenden Widerstand aus der Bagdader Regierungszentrale - auch in die Tat umgesetzt. So sind in die Provinz Kirkuk mittlerweile Hunderttausende einst deportierte Kurden als Vertriebene zurückgekehrt. Über 150.000 von ihnen leben in Kirkuk gegenwärtig in Flüchtlingslagern (Zelten) und in den alten Kasernen der früheren irakischen Armee. Sie kamen und kommen aus Mittel- und Südirak sowie den Sammlagerstätten (sogen. „kollektive towns“) in Sulaimania und Arbil. Schwierigkeiten bereitet dabei auch die beabsichtigte Rückführung der durch die ehemalige irakische Regierung mit Förderprogrammen angesiedelten Araber.

Eine Streitfrage im Irak ist in diesem Zusammenhang nach wie vor der **geografische Zuschnitt der autonomen kurdischen Region**. Nach Auffassung der Kurden müssen dabei die selbst verwalteten kurdischen Gebiete in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk und die Gebiete außerhalb der jetzigen kurdischen Verwaltungen, die historisch zum Siedlungsgebiet der Kurden im Irak gehören und wo Kurden die Bevölkerungsmehrheit bilden, eine föderale Einheit im Irak bilden. Dies erfordert somit vor allem die Klärung und Festschreibung des Status der Provinz Kirkuk sowie der weiteren kurdischen Siedlungsgebiete in den nordirakischen Provinzen Ninewa (Mosul), Salahaddin und Diyala als Bestandteil der föderalen Region Kurdistan-Irak. Praktisch bedeutet dies den administrativen Anschluss dieser Gebiete an die kurdische Selbstverwaltungsregion. Damit entstünde ein Gebiet mit einer Fläche von rund 83.000 km² und etwa 5,3 Mill. Einwohnern. Diese Frage ist nach wie vor nicht gelöst und eine zentrale Forderung der kurdischen Politik (siehe Ministerium für Besondere Regionale Angelegenheiten der Regionalregierung von Kurdistan-Irak: www.moera-krq.org).

Ein Fortschritt ist dabei, dass die Kurden im Verfassungsprozess durchgesetzt haben, dass § 58 der irakischen Übergangsverfassung in die jetzt ständige Verfassung übernommen wurde (jetziger § 140). Danach soll bis Ende des Jahres 2007 nach einer erfolgten Volkszählung ein Referendum über den endgültigen Status der Provinz Kirkuk und der anderen kurdischen Siedlungsgebiete stattfinden, so dass die Bevölkerung selbst über den Anschluss an die kurdische Autonomieregion entscheiden kann. Diese Entwicklung zu verzögern oder gar zu verhindern ist mit wesentliche Motivation von Terror und Gewalt in diesem Gebiet.

2.2. Die Kurden in den arabischen Landesteilen des Irak (außer Bagdad)

Dabei handelt es sich in der Mehrzahl um Kurden, die durch die gewaltsame Arabisierung- und Umsiedlungspolitik des alten Regimes in anderen, nicht-kurdischen Gebieten des Irak leben (ca. 500.000).

Diese Menschen leiden an den Problemen, unter denen die ganze Bevölkerung dort leidet, nämlich Sicherheitsproblemen und gravierenden Defiziten bei der Versorgung und den öffentlichen Diensten. Darüber hinaus fühlen sich die Kurden vor allem in den sunnitischen Gebieten sehr bedroht und sind (weil sie Kurden sind) dem Terror und der Gewalt ausgesetzt. Es kann davon ausgegangen werden, dass fast 90% der Kurden aus den Gegenden um Falluja, Ramadi und Samarra, die inzwischen wieder Jahrzehnte dort lebten, das Land freiwillig oder nach Gewaltakten verlassen haben und in die kurdischen Siedlungsgebiete (vor allem nach Kirkuk und Khanaqin) wanderten. Ihr Eigentum ließen sie dabei in der Regel zurück.

2. 3. Die Kurden in Bagdad

In Bagdad leben etwa 500-600.000 Kurden. Die große Mehrheit davon sind *Faily-Kurden* (schiitische Kurden), die sowohl wegen ihrer Konfession als auch wegen ihrer Volkszugehörigkeit unterdrückt wurden. Die Mehrheit wurde Ende der 70er und in den 80er Jahren (vor allem während des irakisch-iranischen Krieges) durch die damaligen irakischen Behörden enteignet und in den Iran ausgewiesen. Sie wurden beschuldigt, iranischen Ursprungs und „Kollaborateure des Feindes“ gewesen zu sein. Viele von ihnen sind nach dem Sturz des alten Regimes 2003 nach Bagdad zurückgekehrt. Ihre Probleme sind auch heute vielschichtig und kompliziert. Sie leben teilweise unter Menschen unwürdigen Zuständen. Ihre Staatsangehörigkeit ist zum großen Teil ungeklärt. Sie gelten zur Zeit zum Teil als Ausländer, weil ihre Identität nicht nachgewiesen werden kann. Zum anderen sind sie auch heute von Sunniten und sogar einigen schiitischen Gruppen (z. B. den Sadr-Milizen) Verfolgungen ausgesetzt, weil sie Kurden sind.

2. 4. Die yezidischen Kurden

In den verschiedenen Teilen Irakisch-Kurdistan, insbesondere im Gebiet Sengar (Provinz Nineva/Mosul), existieren yezidisch-kurdische Gemeinschaften, die ihre Wurzeln teilweise auf die alte zoroastrische Religion zurückführen. Die Yeziden sind eine uralte kurdische Religionsgemeinschaft – vielfach als Ursprungsreligion der Kurden betrachtet -, die auch nach der Islamisierung ihren Glauben, ihre Tradition und ihr Brauchtum bis in die jetzige Zeit bewahrt hat und weiter pflegt. Die Zahl der yezidischen Glaubensbrüder im Nordirak beträgt rund 860.000. Als Kurden und Nichtmuslime waren sie in der Vergangenheit in besonderem Maße Anschlägen, Vertreibung und Arabisierung ausgesetzt.

5. Information:

Zur Zusammenlegung der Verwaltungen von PUK und KDP und Bildung einer einheitlichen Regionalregierung der Region Kurdistan-Irak

Nach mehrjährigen Verhandlungen wurden die Ergebnisse zur Frage der Zusammenlegung der beiden Verwaltungen der kurdischen Regionalregierung (PUK-Verwaltung Sulaimania und KDP-Verwaltung Arbil) bekannt gegeben.

Am 07.01.2006 haben die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) in Anwesenheit des Präsidenten der Region Kurdistan-Irak, Masoud Barzani, die von den Politbüros beider Parteien unterzeichnete Vereinbarung auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Nach dem islamischen Opferfest in der darauf folgenden Woche wird die Vereinbarung vom Regionalparlament Kurdistan-Iraks verabschiedet und feierlich verkündet werden. Danach soll die Zusammenlegung beider Verwaltungen innerhalb von drei bis sechs Monaten abgeschlossen werden.

In Einzelnen ist darüber hinaus folgendes vorgesehen:

- Der Präsident der Region Kurdistan (Masoud Barzani) erhält einen Stellvertreter, dessen Aufgaben und Zuständigkeiten per Gesetz geregelt werden und von der PUK gestellt wird.
- Ministerpräsident der einheitlichen Regionalregierung wird bis Ende des Jahres 2007 Nechirvan Barzani (KDP) sein. Sein Stellvertreter wird von der PUK ernannt. Kandidat der PUK ist Omar Fattah (jetziger Ministerpräsident der Verwaltung Sulaimania).
- Ende 2007 sind neue Parlamentswahlen in der Region Kurdistan-Irak anvisiert. Die Amtsperiode der Regierung läuft deshalb Ende 2007 aus. Nach einer anderen Variante (hierzu wurden noch keine endgültigen Festlegungen getroffen) können die Wahlen um weitere zwei Jahre verschoben werden, um dann die Regionalwahlen gleichzeitig mit den dann wieder erfolgenden Wahlen zum irakischen Zentralparlament stattfinden zu lassen. In diesem Falle wird die PUK ab Ende 2007 für zwei Jahre den Ministerpräsidenten stellen.
- Die Regionalregierung wird 27 Ministerien umfassen: 11 Ministerien wurden der PUK zugewiesen, 11 der KDP und 5 anderen Parteien aus Irakisch-Kurdistan. Folgende Ressortverteilung ist vorgesehen:

PUK:

Inneres, Justiz, Erziehung, Gesundheit, Planung, Wiederaufbau, Wasserressourcen, Transport, Soziale Angelegenheiten, Menschenrechte, Religiöse Angelegenheiten.

KDP:

Finanzen, Peshmerga-Angelegenheiten, Landwirtschaft, Hochschulwesen, Elektrizität, Kultur, Bodenschätze, Jugend und Sport, Angelegenheiten der Märtyrer, Angelegenheiten der kurdischen Region außerhalb der jetzigen Verwaltung.

Kommunistische Partei Kurdistans: Kommunikation.

Islamische Liga Kurdistans: Handel.

Islamische Gruppe Kurdistans: Umwelt.

Assyrer: Tourismus.

Turkmenen: Industrie.

Berlin, Januar 2006

Anmerkung: Am 07.Mai 2006 wurde die neue einheitliche Regionalregierung von Kurdistan-Irak in ihr Amt eingeführt. Ministerpräsident wurde Nechirvan Barzani (KDP), sein Stellvertreter Omar Fattah (PUK).

6. Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung am 15.12.2005: Wahlliste „Allianz Kurdistans“

Die am 30. Januar 2005 erste frei gewählte irakische Abgeordnetenversammlung (irakisches Zentralparlament) hatte die Aufgabe eine Verfassung für das Land auszuarbeiten, die der Bevölkerung am 15. Oktober 2005 zur Abstimmung vorgelegt wurde. Mit der Annahme der Verfassung durch die Mehrheit der irakischen Bevölkerung sieht der vorgegebene „Fahrplan“ des Demokratisierungsprozesses gemäß Verfassung nunmehr eine weitere Wahl der 275 Sitze umfassenden Abgeordnetenversammlung für eine vierjährige Legislaturperiode vor. Diese Wahl ist für den **15. Dezember 2005** angesetzt.

Wie schon bei den Wahlen von Januar 2005 treten dabei die beiden führenden Parteien der Region Kurdistan, die *Patriotische Union Kurdistans (PUK)* und die *Demokratische Partei Kurdistans (KDP)*, mit einer gemeinsamen Liste unter dem Namen **„Allianz Kurdistans“ (Liste 730)** an.

Das Wahlbündnis der Liste 730 umfasst außerdem die folgenden Parteien und Gruppierungen:

- Kommunistische Partei Kurdistans/Irak
- Sozialistisch-Demokratische Partei Kurdistans
- Partei der Werktätigen Kurdistans
- Islamische Gruppe Kurdistans
- Chaldäische Demokratische Union
- Partei der Brüderlichkeit der Turkmenen.

Das Wahlprogramm der Liste „Allianz Kurdistans“ hebt insbesondere die Notwendigkeit hervor, den verabschiedeten Verfassungstext Verfassungswirklichkeit im gesellschaftlichen Leben Iraks werden zu lassen. ***Dabei werden die folgenden Schwerpunkte gesetzt:***

- Konsequente Umsetzung der Verfassungsbestimmungen zum föderalen Staatsaufbau des Landes und die dauerhafte Verankerung des Föderalismusprinzips in der Staatspraxis.
- Konsequente Bekämpfung von Gewalt und Terror und Beseitigung von deren Ursachen. Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung als vorrangiges politisches Ziel.
- Stärkere Wahrnehmung und Verwirklichung der Interessen der Bevölkerung Irakisich-Kurdistans und ihrer legalen Institutionen (Regionalparlament, Regionalregierung, Justizorgane, Polizei und Sicherheitskräfte). Stärkung der Peshmerga-Kräfte durch bessere Ausrüstung und Ausbildung.
- Beseitigung der Folgen der Arabisierungspolitik in den kurdischen Gebieten sowie der Zerstörungen und Schäden durch die Anfal-Kampagne sowie die Giftgasangriffe auf die kurdische Bevölkerung; gerechte Entschädigung der Opfer.
- Normalisierung der Lage in den von der Arabisierung betroffenen Gebieten (Kirkuk, Khannaquin, Mahmour, Zumar, Sengar, Mendeli und Talafar) gemäß der in der Verfassung festgelegten Mechanismen und die Eingliederung dieser Gebiete in die Region Kurdistan.
- Festlegung der geografischen Grenzen der Region Kurdistan entsprechend der historischen und geopolitischen Gegebenheiten.
- Erhöhung des Anteils der Region Kurdistan an den Gesamteinnahmen des Staates entsprechend der Bevölkerungszahl.
- Stärkung und Intensivierung der Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen im Irak auf der Basis der friedlichen Koexistenz.

- Gewährleistung der nationalen, politischen und kulturellen Rechte der Turkmenen, Chaldäer, Assyrer und Armenier im Irak.
- Würdigung des Widerstandskampfes der Yeziden gegen die Arabisierungspolitik und Vernichtung ihrer nationalen Identität. Forderung nach Entschädigungen für Unrecht und bevorzugte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in den yezidischen Gebieten.
- Wiedergutmachung für die Faily-Kurden: Entschädigungsleistungen und Förderung ihrer Re-integration in die Gesellschaft.
- Durchsetzung der Gewaltenteilung als grundlegendes Staatsprinzip im Irak, Etablierung von Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz.
- Achtung der Menschenrechte, Erweiterung der demokratischen Freiheiten für den Einzelnen und die Etablierung der Zivilgesellschaft im Irak.
- Schutz und Förderung der Rechte der Frauen, der Familien sowie von Kindern und Jugendlichen.
- Garantie der freien Meinungsäußerung und Unterstützung der vollen Pressefreiheit.
- Entwicklung der freien Marktwirtschaft und Investitionsförderung für die Wirtschaft.
- Modernisierung des Nachrichten- und Kommunikationswesens sowie des Verkehrs- und Transportwesens.
- Förderung von Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur; Bewahrung und Schutz der kulturellen Werte und Schätze des Landes.
- Verbesserung der Trinkwasserversorgung, Erhöhung der Elektrizitäts- und Brennstoffproduktion, Lösung der Wohnungsprobleme, vorrangige Entwicklung der Landwirtschaft, bessere Nutzung der Wasserressourcen durch Staudammbau.
- Entwicklung von Gesundheitswesen, Sport, Tourismus und Naturschutz (einschließlich Beseitigung von Naturschäden durch Kriegseinwirkungen).
- Bekämpfung von Armut und sozialer Benachteiligung; gerechte Verteilung von Leistungen im Lande.
- Bekämpfung der Korruption in den Verwaltungseinrichtungen des Landes.
- Entwicklung stabiler, freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten Iraks auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung von Unabhängigkeit, Souveränität, Nichteinmischung und Gleichberechtigung.
- Stärkere Berücksichtigung der Probleme und Belange der irakischen Kurden im Ausland und Nutzung ihrer Erfahrungen und Kenntnisse beim Aufbau des neuen Irak.

An den Wahlen, die von der Unabhängigen Wahlkommission Iraks (IECI) organisiert werden, beteiligen sich insgesamt 21 Parteienbündnisse, die 228 Parteien, Gruppierungen und Organisationen Iraks umfassen.

Erneut werden die im Ausland lebenden Iraker in 15 Ländern (darunter Deutschland) die Möglichkeit haben, ihre Stimme abzugeben. In Deutschland wird es Wahllokale in Berlin, Köln, Mannheim und München geben. Die Wahlen finden hier an drei Tagen statt (13., 14. und 15.12.2005)

Verfassungsgemäß sind 275 Parlamentssitze nach dem Verhältniswahlrecht zu vergeben. Davon entfallen 230 Sitze auf die 18 Wahlkreise. Jede Provinz des Landes bildet einen Wahlkreis. Die Zahl der Abgeordneten jeder Provinz (jedes Wahlkreises) ist in Abhängigkeit von der Zahl der registrierten Wahlberechtigten festgelegt.

Auf die Provinzen mit kurdischem Bevölkerungsanteil entfallen die folgenden Abgeordnetensitze für das Parlament:

- Sulaimania: 15 (kurdische Bevölkerungsmehrheit)
- Arbil: 13 (kurdische Bevölkerungsmehrheit)
- Dohuk: 7 (kurdische Bevölkerungsmehrheit)
- Kirkuk: 9 (kurdische Bevölkerungsmehrheit)
- Mosul: 19
- Diala: 10
- Tikrit: 8
- Bagdad: 59

Die restlichen 45 Parlamentssitze werden nach einem besonderen Verrechnungsschlüssel (Nationalquote) vergeben. Dadurch können Parteien oder Kandidaten, die über die Provinzquotenregelung auf Grund einer zu geringen Stimmenanzahl in einer bestimmten Provinz nicht die Möglichkeit haben ins Parlament einzuziehen, über eine auf das ganze Land bezogene Verrechnungsregel dennoch Abgeordnetensitze erhalten. In dieses Verrechnungssystem werden auch die Stimmen der Auslandsiraker einbezogen.

Berlin, 28.11.2005

7. Ergebnisse der Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung vom 15.12.2005

Zur Parlamentswahl traten insgesamt 326 politische Bewerber mit 7.655 Kandidaten an. Darunter waren 307 politische Parteien, Gruppierungen und Organisationen (einschließlich 19 Koalitionen und Bündnisse). Den Einzug ins Parlament erreichten **12 Listen**.

Parlamentssitze: 275

Wahlbeteiligung: 71,88 % (Wahlen 30.01.2005: rund 58 %)

Registrierte Wahlberechtigte: 15.568.702

Abgegebene Stimmen: 11.191.133, darunter 295.377 Auslandsiraker

Wahlergebnis:

Wahlliste	Stimmenanteil (in %)	Parlamentssitze
1. Vereinigte Irakische Koalition	41,19	128 (-18) ⁴
2. Allianz Kurdistans	21,67	53 (-22)
3. Irakische Front der Eintracht (Tawafoq Iraqi Front)	15,09	44
4. Nationale Irakische Liste	8,02	25 (-15)
5. Nationale Irakische Front des Dialogs (Hewar National Iraqi Front)	4,10	11
6. Islamische Union Kurdistans ⁵	1,29	5 (+2)
7. Progressive ⁶	1,19	2
8. Allianz für Befreiung und Versöhnung ⁷	1,07	3
9. Irakische Turkmenen Front ⁸	0,72	1 (-2)
10. Nationale Rafidain Liste ⁹	0,39	1
11. Mithal al-Aloosi Liste für die Irakische Nation ¹⁰	0,26	1
12. Al-Ezediah Bewegung für Fortschritt und Reform ¹¹	0,18	1

Die stärksten im Parlament vertretenen Listen und Parteien

1. Vereinigte Irakische Koalition:

Religiös ausgerichtetes schiitisches Wahlbündnis – unterstützt von Ayatollah *Ali al-Sistani* - dem 18 Parteien, Gruppen und Bewegungen angehören, darunter die drei wichtigsten religiösen Parteien der Schiiten:

⁴ In Klammern: Gewinne/Verluste der Sitzzahl im Vergleich zur Parlamentswahl vom 30.01.2005

⁵ Islamistisch ausgerichtet

⁶ Anhänger des militanten Schiitenführers Muqtada as-Sadr

⁷ Sunnitisch-nationalistisch (Mishaan al-Juburi)

⁸ Turkmenisch-nationalistische Partei

⁹ Christliche Assyrer und Chaldäer

¹⁰ Abspaltung vom Irakischen Nationalkongress (Ahmad Chalabi) – vorwiegend säkular

¹¹ Organisation der religiösen Minderheit der Yeziden

- der Hohe Rat der Islamischen Revolution im Irak (SCIRI) unter Führung von *Abdel Aziz al-Hakim*
- die Islamische al-Dawa-Partei Iraks unter Führung von *Ibrahim Jaafari* (Ministerpräsident)
- die Islamische al-Fadhila-Partei (Islamische Tugend-Partei) unter Führung von *al-Jabiri*

2. Allianz Kurdistans:

Parteienbündnis in Irakisch-Kurdistan zwischen:

- Patriotische Union Kurdistans (PUK) unter Führung von *Jalal Talabani* (Staatspräsident)
- Demokratische Partei Kurdistans (KDP) unter Führung von *Masoud Barzani* (Präsident der Region Kurdistan-Irak)

Außerdem gehören dem Bündnis 6 weitere Parteien und Gruppierungen an:

- Kommunistische Partei Kurdistans/Irak
- Sozialistisch-Demokratische Partei Kurdistans
- Partei der Werktätigen Kurdistans (Labor Party)
- Islamische Gruppe Kurdistans
- Chaldäische Demokratische Union
- Partei der Brüderlichkeit der Turkmenen.

3. Irakische Front der Eintracht (Tawafiq Iraqi Front):

Bündnis von 3 religiös ausgerichteten sunnitischen Parteien unter Führung von *Adnan al-Dulaimi* und *Tareq al-Hashemi*:

- Islamische Irakische Partei
- Allgemeiner Rat für das Irakische Volk
- Nationaler Irakischer Rat des Dialogs (Al-Hewar National Iraqi Council)

4. Nationale Irakische Front des Dialogs (Hewar National Iraqi Front):

Bündnis von 4 mehr säkular-nationalistisch ausgerichteten sunnitischen Parteien und der Irakischen Christlich- Demokratischen Partei unter Führung von *Salih al-Mutlak*

5. Nationale Irakische Liste:

Koalition von 15 verschiedenen säkular orientierten politischen Parteien und Gruppen unter Führung des ehemaligen Übergangsmministerpräsidenten *Iyad Allawi*.

Darunter befinden sich:

- Die Nationale Liste (*Iyad Allawi*)
- Die Iraker (Ex-Übergangspräsident *Ghazi Ajil al Jawer*/sunnitisch)
- Irakische Kommunistische Partei (*Hamid Majid al-Mussa*)
- Allianz der Unabhängigen Demokraten (*Adnan al-Pachachi*)

Die **Liste Irakischer Nationalkongress** unter Führung von *Ahmad Chalabi* (bisheriger stellvertretender Ministerpräsident) unter Einschluss der irakischen Monarchisten erhielt mit 0,28 % der Stimmen **keinen Sitz** im Parlament.

8. Wahlergebnisse zur irakischen Abgeordnetenversammlung der Auslandsiraker in Deutschland

Neben 14 anderen Ländern fanden die Wahlen in Deutschland in den vier Städten Berlin, München, Mannheim und Köln an drei Tagen vom 13. bis 15.12.2005 statt.

Nach Schätzung der Unabhängigen Wahlkommission Iraks, die diesmal die Wahlen auch im Ausland organisierte, gab es in Deutschland rund **60.000 Wahlberechtigte**. An der Wahl haben insgesamt **27.631 Wähler teilgenommen** (etwa 2.500 mehr als bei der Wahl vom 30.01.2005). Dies entspricht einer **Wahlbeteiligung von 46 %**.

Wahlergebnis in Deutschland:

Wahlliste	Stimmzahl	Stimmenanteil (%)	Stimmenanteil 30.01.2005 (%)
Allianz Kurdistans	19.540	70,71	69,64
Vereinigte Irakische Allianz (Schiiten)	3.083	11,15	13,46
Irakische Patriotische Liste (Allawi)	1.495	5,41	
Andere (alle mit Ergebnis unter 5 %)	3.513	12,73	16,43

9. Programm der Liste „Allianz Kurdistans“ für die Wahlen zur irakischen Nationalversammlung am 30.01.2005

Bei den Wahlen zur irakischen Nationalversammlung (irakisches Zentralparlament) am 30. Januar 2005 treten die beiden führenden Parteien Irakisch-Kurdistans, die *Patriotische Union Kurdistans (PUK)* und die *Demokratische Partei Kurdistans (KDP)*, mit einer gemeinsamen Liste unter der Bezeichnung „**Allianz Kurdistans**“ an.

Das Wahlbündnis umfasst außerdem die folgenden Parteien und Gruppierungen:

- Islamische Liga Kurdistans
- Kommunistische Partei Kurdistans
- Sozialdemokratische Partei Kurdistans
- Partei der Werktätigen Kurdistans
- Demokratische Nationalunion Kurdistans
- Bewegung der Bauern und Unterdrückten Kurdistans
- Einige assyrische, chaldäische und turkmenische Parteien sowie unabhängige arabische Persönlichkeiten.

Die Liste der „Allianz Kurdistans“, in der damit die Hauptparteien und entscheidenden politischen Kräfte Irakisch-Kurdistans vertreten sind, hat 165 Kandidaten für die 275 Sitze umfassende irakische Nationalversammlung aufgestellt. Herr Jalal Talabani, Generalsekretär der PUK, führt als Spitzenkandidat die Liste unter dem Slogan „**Für einen föderalen, demokratischen und einheitlichen Irak**“ an. Für die Kandidatenaufstellung wurde eine 33%ige Frauenquote beschlossen.

Nach der Befreiung Iraks von der Diktatur ist das Land mit ethnischer, religiöser und politischer Vielfalt in eine neue Phase der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung eingetreten. Dabei hat der politische Prozess auf dem Wege zu einem neuen, demokratischen politischen System Fortschritte erzielt, in dem die Menschenrechte und politischer Pluralismus geachtet werden und die Grundsätze der Zivilgesellschaft, Brüderlichkeit und friedlichen Koexistenz verankert werden sollen. Durch demokratische Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen soll der Prozess der Erlangung der vollständigen Souveränität des Landes vertieft und unumkehrbar gemacht werden.

Das Wahlprogramm der „Allianz Kurdistans“ umfasst die folgenden 26 Kernpunkte:

1. Verabschiedung einer ständigen Verfassung Iraks durch Konsens, in der die Etablierung eines föderalen, pluralistischen und demokratischen politischen Systems auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses der verschiedenen Teile des irakischen Volkes, der Anwendung der Prinzipien der Gewaltenteilung und der friedlichen Machtübertragung durch freie demokratische Wahlen festgeschrieben werden soll.
2. Garantierung der Rechte des kurdischen Volkes und Verankerung der diesbezüglichen Hauptprinzipien wie sie in der Übergangsverfassung vom 08.03.2004 angeführt sind.

3. Verwirklichung der nationalen, politischen, kulturellen und religiösen Rechte der Turkmenen, Assyrer, Kaldäer, Aramäer, Yeziden, der Shabak, Kakai, Mandäer und anderer ethnischer Minderheiten der irakischen Gesellschaft.
4. Beachtung der Prinzipien von religiöser und politischer Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens aller Iraker; Achtung des politischen, ethnischen, religiösen und kulturellen Pluralismus in der Gesellschaft.
5. Abschaffung aller despotischen Gesetze und Verordnungen des alten Regimes mit all ihren Folgen und Wirkungen wie z. B. Arabisierung, Vertreibung, Verbannung, Freiheitsberaubung u. a.
6. Moralische und materielle Entschädigung und Wiedergutmachung für alle Opfer von „ethnischer Säuberung“, Anfal-Kampagnen, Giftgasangriffen, Vertreibung und Zerstörung der Städte und Dörfer sowie der Folgen der Zwangsmaßnahmen in den Sumpfgebieten.
7. Betreuung und Fürsorge für die Geschädigten und Angehörigen der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft des ehemaligen Regimes.
8. Bekämpfung von Terrorismus und Gewalt in allen Erscheinungsformen und Ausrottung ihrer Wurzeln.
9. Entwicklung und Stärkung der Werte und Normen der Zivilgesellschaft, Ablehnung jeglicher Erscheinungen von religiösem und nationalem Extremismus und Fanatismus, Achtung der Menschenrechte und Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit.
10. Entwicklung guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten auf der Basis der gegenseitigen Achtung von Souveränität, Nichteinmischung, gemeinsamer Interessen und Bekämpfung des Terrorismus.
11. Verwirklichung von freier Meinungsäußerung und Pressefreiheit.
12. Besondere Unterstützung der Frauen in der Gesellschaft und Erhöhung ihres Anteils bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben; Förderung ihrer Aktivitäten in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen.
13. Schutz der Rechte der Kinder vor allem im Erziehungs- und Gesundheitsbereich.
14. Förderung der Jugend und ihrer Kräfte mit angemessener Teilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung.
15. Verbesserung des Lebensstandards aller Iraker mit dem Ziel, ein Leben in Würde und Wohlstand zu erreichen.
16. Gerechte Verteilung der Einkünfte aus den natürlichen Ressourcen gemäß der Einwohnerzahl der Regionen.
17. Unterbreitung eines umfassenden Wiederaufbauprogramms im Irak vor allem für die durch Krieg und die Politik des alten Regimes benachteiligten Regionen.

18. Realisierung eines Wiederaufbauprogramms für die durch terroristische Aktivitäten besonders geschädigten Gebiete, einschließlich Entschädigung ihrer Einwohner.
19. Verabschiedung eines umfassenden Entwicklungsplans zur wirtschaftlichen Entwicklung des Irak vor allem mit Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen für alle Bürger des Landes.
20. Durchführung einer Wirtschaftspolitik zur Entfaltung von freier Marktwirtschaft und Investitionsförderung, der Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel.
21. Bekämpfung von Korruption und unnötigem Bürokratismus; Transparenz in allen gesellschaftlichen Bereichen.
22. Erarbeitung eines Programms zur Lösung der Wohnungsfrage im Irak.
23. Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen vor allem auf den Gebieten der Trinkwasser-, Elektrizitäts- und Brennstoffversorgung sowie die Entwicklung eines modernen Kommunikationssystems.
24. Einführung eines Sozialversicherungssystems vor allem zur Unterstützung von Familien.
25. Reformierung des Bildungs- und Erziehungswesens, darunter die verstärkte Förderung von Schulen, Universitäten, Akademien und Forschungseinrichtungen.
26. Entwicklung des Gesundheitswesens mit dem Ziel der Bereitstellung einer umfassenden gesundheitlichen Fürsorge.

Berlin, Januar 2005

10. Information: Wahlen in Irakisch-Kurdistan am 30.01.2005

Im Irak finden am 30. Januar 2005 gleichzeitig drei Wahlen statt:

- die ersten freien Wahlen zur irakischen Nationalversammlung (irakisches Zentralparlament) mit 275 Sitzen,
- die zweiten freien Wahlen zur Nationalversammlung Kurdistans (Regionalparlament Irakisch-Kurdistans im Nordirak) mit 111 Sitzen,
- Wahlen für die 18 Provinzräte Iraks (jeweils 41 Sitze, Bagdad 51 Sitze).

Im Jahre 1992 fanden nach dem zweiten Golfkrieg in der Region Irakisch-Kurdistan außerhalb des Machtbereichs des damaligen Saddam-Regimes die ersten Wahlen zur Nationalversammlung Kurdistans (Regionalparlament Irakisch-Kurdistans) statt.

Seit 1992 gibt es dort eine kurdische Selbstverwaltung, die begonnen hat, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen und marktwirtschaftliche Verhältnisse einzuführen. Auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden führenden politischen Parteien, der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), gibt es bis jetzt jedoch zwei Verwaltungen in der Region jeweils unter Führung einer der beiden Parteien (Arbil- und Sulaimania-Verwaltung).

Nach dem Wahlgesetz von 1992 umfasst das Regionalparlament Kurdistans 105 Sitze für eine Legislaturperiode von 4 Jahren. PUK und KDP waren mit ihren Koalitionspartnern als führende Kräfte gleich stark mit Sitzen vertreten, 5 Sitze wurden an religiöse und ethnische Minderheiten (christliche Chaldäer und Assyrer) vergeben. Eine 7%-Sperrklausel verhinderte den Einzug von politischen Splittergruppen.

Wegen der anhaltenden politischen Differenzen sowie der Entwicklungen im Gesamtirak war es nicht möglich, zu einem früheren Zeitpunkt erneut Wahlen durchzuführen. Jetzt kann im Rahmen der Wahlen im Irak am 30. Januar 2005 auch das Regionalparlament wieder gewählt werden.

Auf Grund von Änderungen des Wahlgesetzes ist vorgesehen, dass das neu zu wählende Regionalparlament nunmehr 111 Sitze hat, eine Frauen-Quote von 25 % eingeführt und die Sperrklausel abgeschafft wird.

In der Region Irakisch-Kurdistan leben ca. 3,8 Millionen Menschen, darunter ca. 30.000 Christen (etwa 20.000 Kaldäer und 10.000 Assyrer) sowie ca. 6.000 Turkmenen (meist in der Stadt Arbil). Etwa 1,5 Millionen Bürger sind wahlberechtigt. Im Unterschied zu den Wahlen zur irakischen Nationalversammlung in Bagdad, die als Übergangsparlament mit der Hauptaufgabe zur Ausarbeitung einer Ständigen Verfassung Iraks lediglich bis Ende 2005 gewählt wird, wird das Regionalparlament Kurdistans für 4 Jahre gewählt.

Die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) haben nach langen Verhandlungsrunden vereinbart, dass beide Parteien auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Ziele für die Region Irakisch-Kurdistan zu diesen Wahlen wie auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung Iraks mit einer **Gemeinsamen Liste** antreten, die höchstwahrscheinlich auch andere Parteien aus Irakisch-Kurdistan umfassen wird.

Ziel dessen ist es, einen Konsens unter den beiden Hauptparteien in Irakisch-Kurdistan herzustellen und aufrecht zu erhalten, eine möglichst schnelle und reibungslose Zusammenlegung der beiden kurdischen Verwaltungen vorzubereiten, um dadurch ein stärkeres einheitliches Gewicht zur Wahrung der kurdischen Interessen in die gesamtnationale Irakpolitik einzubringen. Diese sind vor allem auf die Schaffung eines demokratischen, pluralistischen, säkularen und föderalen politischen Systems im Irak gerichtet, in dem die Rechte der Kurden gewahrt bleiben.

Berlin, 02.12.2004

11. Wahlergebnisse in Irak und Irakisch-Kurdistan vom 30.01.2005

Am 30. Januar 2005 fanden im Irak gleichzeitig die folgenden drei Wahlen statt:

- die ersten freien Wahlen zur irakischen Nationalversammlung (irakisches Zentralparlament),
- die zweiten freien Wahlen zur Nationalversammlung Kurdistans (Regionalparlament Irakisch-Kurdistan im Nordirak),
- Wahlen für die 18 Provinzräte Iraks.

Durch die Unabhängige Wahlkommission Iraks wurde am 17.02.2005 das offizielle Wahlergebnis bekannt gegeben:

1. Wahlergebnis zur irakischen Nationalversammlung

Zur Wahl waren 111 Listen angetreten. Davon erhielten 12 Listen den Einzug ins Parlament (für einen Parlamentssitz waren 30.750 Stimmen notwendig).

Parlamentssitze: 275

Wahlbeteiligung: 58 % (in kurdischen Gebieten rund 85 %)

Wahlliste	Stimmenanteil (in %)	Parlamentssitze
Vereinigte Irakische Allianz	48,19	140
Allianz Kurdistans	25,73	75
Irakische Liste	13,82	40
Die Iraker (sunnitisch/bisheriger Präsident Yawer)	1,78	5
Turkmenische Front Iraks	1,11	3
Unabhängige Patriotische Elite- und Kaderpartei (schiitisch)	0,83	3
Volksunion (KP Iraks)	0,83	2
Islamische Gruppe Kurdistans	0,72	2
Islamische Organisation der Arbeit im Irak	0,51	2
Nationale Demokratische Allianz (sunnitisch)	0,44	1
Nationale Rafidain Liste (christliche Assyrer)	0,43	1
Forum für Versöhnung und Befreiung (sunnitisch)	0,36	1

Der Wahlsieger ist das von Ayatollah Ali Al-Sistani unterstützte schiitische Wahlbündnis „**Vereinigte Irakische Allianz**“, dem über 20 Gruppen, Bewegungen und Parteien angehören, darunter die beiden wichtigsten religiösen Parteien der Schiiten:

- die Islamische al-Dawa Partei unter Führung von Ibrahim Jaafari
- der Hohe Rat der Islamischen Revolution im Irak (SCIRI) unter Führung von Abdel Aziz Al-Hakim

sowie der säkular schiitisch orientierte Irakische Nationalkongress von Ahmad Chalabi.

Die auf dem zweiten Platz liegende Liste „**Allianz Kurdistans**“ ist das Parteienbündnis der beiden führenden kurdischen Parteien:

- Patriotische Union Kurdistans (PUK) unter Führung von Jalal Talabani
 - Demokratische Partei Kurdistans (KDP) unter Führung von Massoud Barzani,
- dem sich sechs weitere kurdische Parteien und Organisationen sowie auch assyrische, chaldäische, turkmenische und arabische Parteien und Persönlichkeiten aus Irakisch-Kurdistan angeschlossen haben.

Die „**Irakische Liste**“ – dritte bedeutende politische Kraft im Parlament – ist eine Koalition verschiedener vorwiegend säkular orientierter politischer Gruppen unter Führung des bisherigen Übergangsministerpräsidenten Iyad Allawi.

Hauptziel der Kurden, mit insgesamt 77 Abgeordneten im Parlament, ist der Aufbau eines demokratischen, pluralistischen und föderalen politischen Systems im Irak, in dem die Interessen aller Volksgruppen und Religionsgemeinschaften berücksichtigt werden. Dies muss insbesondere die verfassungsmäßige Verankerung eines geographisch fundierten Föderalismus einschließen. Nach Auffassung der PUK müssen dabei - in Übereinstimmung mit der KDP und den meisten anderen irakisch-kurdischen Parteien - die jetzigen selbst verwalteten kurdischen Gebiete in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk und die kurdischen Gebiete außerhalb der jetzigen kurdischen Verwaltungen, die nach historischen und geographischen Gesichtspunkten zum Siedlungsgebiet der Kurden im Irak gehören, eine föderale Einheit im Irak bilden. Dies erfordert somit vor allem die Klärung und Festschreibung des Status der Provinz Kirkuk sowie weiterer kurdischer Siedlungsgebiete in den nordirakischen Provinzen Ninewa (Mosul), Salahaddin und Diyala als Bestandteil der föderalen Region Irakisch-Kurdistan. Damit verbunden ist die Beseitigung aller Folgen der Arabisierungs-, Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik des alten Regimes.

2. Wahlergebnis zum Regionalparlament Irakisch-Kurdistans

Die selbst verwaltete Region umfasst die drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk. Zur Wahl waren 13 Listen angetreten. Drei Listen erreichten den Einzug ins Parlament (für einen Parlamentssitz waren 15.800 Stimmen erforderlich).

Parlamentssitze: 111

Wahlliste	Stimmenanteil (in %)	Parlamentssitze
Patriotische Demokratische Liste Kurdistans	89,55	104
Islamische Gruppe Kurdistans	4,86	6
Partei der Werktätigen Kurdistans	1,17	1

Der Wahlsieger „Patriotische Demokratische Liste Kurdistans“ ist ein Bündnis aus Patriotischer Union Kurdistans (PUK), Demokratischer Partei Kurdistans (KDP) sowie islamisch orientierten, turkmenischen und christlichen Parteien und Organisationen.

Hauptaufgabe des kurdischen Regionalparlaments in der kommenden Legislaturperiode ist die Zusammenlegung der beiden Verwaltungen von KDP und PUK sowie die rechtliche und verfassungsmäßige Vorbereitung der Bildung einer einheitlichen Verwaltungsregion Irakisch-Kurdistan unter Einschluss der Provinz Kirkuk und weiterer mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten im Nordirak.

3. Wahlergebnis zu den Provinzräten

Es fanden Wahlen zu 18 Provinzräten statt.

Abgeordnetensitze: jeweils 41 (Bagdad: 51)

In Sulaimania, Arbil und Dohuk (kurdische Selbstverwaltungsregion im Nordirak) sind PUK und KDP mit getrennten Listen zur Wahl angetreten.

In den Provinzen Kirkuk , Ninewa (Mosul), Diyala (mit kurdischen Städten wie z. B. Kannaqin u. a.) und Salahaddin (mit einigen kurdischen Ortschaften) haben PUK und KDP Wahlbündnisse mit anderen kurdischen sowie gemäßigten turkmenischen und arabischen Parteien abgeschlossen.

a) Provinz Sulaimania

Angetreten: 11 Listen

Wahlergebnis:

- PUK: 28 Sitze
- KDP: 5 Sitze
- Islamische Liga Kurdistans: 5 Sitze
- Islamische Gruppe Kurdistans: 3 Sitze

b) Provinz Arbil

Angetreten: 13 Listen

Wahlergebnis:

- Demokratische Stimme Kurdistans
(Bündnis der KDP mit 13 Parteien): 23 Sitze
- PUK: 16 Sitze
- Islamische Liga Kurdistans: 1 Sitz
- Islamische Gruppe Kurdistans: 1 Sitz

c) Provinz Dohuk

Angetreten: 7 Listen

Wahlergebnis:

- KDP: 33 Sitze
- PUK: 4 Sitze
- Islamische Liga Kurdistans: 4 Sitze

d) Provinz Kirkuk

Angetreten: 29 Listen

Wahlergebnis:

- Bund der Brüderlichkeit Kirkuks
(PUK, KDP und andere regionale Parteien und Organisationen): 26 Sitze

- Turkmenische Front Iraks: 8 Sitze
- Islamisch-Turkmenische Allianz: 1 Sitz
- Nationale Irakische Vereinigung: 1 Sitz

e) Provinz Ninewa (Mosul)

Angetreten: 16 Listen

Wahlergebnis:

- Patriotische Demokratische Liste Kurdistans (PUK, KDP und andere regionale Verbündete): 31 Sitze
- SCIRI: 5 Sitze
- Islamische Partei Iraks (sunnitisch): 2 Sitze
- Vereinigter Rat der Stämme in Mosul: 2 Sitze
- Nationale Rafidain Liste: 1 Sitz

f) Provinz Diyala

Angetreten: 25 Listen

Wahlergebnis:

- Allianz der islamischen und patriotischen Kräfte in Diyala: 20 Sitze
- Islamische Partei Iraks: 14 Sitze
- Kurdisch-Arabisch-Turkmenische Demokratische Allianz (PUK, KDP und andere Verbündete): 7 Sitze

Detaillierte Informationen zu den Wahlergebnissen im Irak befinden sich auf der offiziellen Homepage der Unabhängigen Wahlkommission Iraks im Internet: www.ieciraq.org

4. Wahlergebnis zur irakischen Nationalversammlung durch die Auslandsiraker

Mit der Durchführung dieser Wahlen wurde von der Unabhängigen Wahlkommission Iraks die Internationale Organisation für Migration (IOM) beauftragt (siehe: www.iraqocv.org). Sie fanden in 14 Ländern, darunter in Deutschland, statt.

In diesen Ländern ließen sich insgesamt 280.303 Iraker für die Wahl registrieren (rund 20 % aller Auslandsiraker). In Deutschland ließen sich 26.416 irakische Wähler registrieren (rund 47 % der etwa 56.000 wahlberechtigten Iraker in Deutschland).

Wahlbeteiligung:

- Weltweit (14 Länder): 93,6 % (der Registrierten)
- Deutschland: 95,4 % (der Registrierten)

Wahlergebnis:

Weltweit (14 Länder):

- Vereinigte Irakische Allianz: 36,15 %
- Allianz Kurdistans: 29,60 %
- Irakische Liste: 9,15 %
- Nationale Rafidain Liste (Christen): 7,03 %
- Volksunion (KP Iraks): 4,41 %
- Andere: 13,66%

Deutschland:

- Allianz Kurdistans: 69,64 %
- Vereinigte irakische Allianz: 13,46 %
- Irakische Liste: 2,80 %
- Turkmenische Front Iraks: 3,55 %
- Volksunion (KP Iraks): 4,12 %
- Andere: 16,43 %

In Deutschland hat die „Allianz Kurdistans“ im Vergleich zu allen anderen Ländern den weitaus höchsten Stimmenanteil. Dies ist Ausdruck einer außerordentlich starken Präsenz der irakischen Kurden und ihrer Parteien in Deutschland.

Berlin, 18.02.2005

12. Ergänzung zu den Ergebnissen der Wahl vom 30.01.2005

Die am 18.02.2005 vom Büro für Internationale Beziehungen der PUK in Deutschland herausgegebene Information

„Wahlergebnisse in Irak und Irakisch-Kurdistan vom 30.01.2005“

muss folgendermaßen korrigiert werden:

Im Punkt 3. „**Wahlergebnis zu den Provinzräten**“

Seite 4: **d) Provinz Kirkuk**

ist folgender Nachtrag zum Wahlergebnis erforderlich:

Zu den angeführten vier Listengruppierungen, die in der Provinz Kirkuk Abgeordnetensitze erreichten, kommt eine weitere Liste hinzu:

- **die Republikanische Irakische Vereinigung: 5 Sitze**

Diese ist eine säkular orientierte arabische Partei.

Damit sind im 41 Sitze umfassenden Provinzrat von Kirkuk insgesamt fünf Parteien bzw. Parteienbündnisse vertreten.

Der Unabhängigen Wahlkommission Iraks ist bei der Veröffentlichung der Wahlergebnisse zu den Provinzräten aus Versehen dieser Fehler unterlaufen und hat diese Korrektur nachgereicht. Wir bitten freundlichst um Berücksichtigung dieser Ergänzung des Wahlergebnisses für die Provinz Kirkuk.

Berlin, 26.02.2005

13. Zur Lage der Kurden im Irak nach dem Sturz des Saddam-Regimes

Die Region Irakisch-Kurdistan im Nordirak ist inzwischen ein stabiler und berechenbarer Faktor im Irak, nachdem sie vor und während des zweiten Golfkrieges einem schonungslosen Vernichtungsfeldzug des Saddam-Regimes ausgesetzt war. Diese positive Rolle spielt Irakisch-Kurdistan heute umso mehr, da die Verhältnisse in den anderen Teilen des Irak alles andere als friedlich und sicher sind.

Die Patriotische Union Kurdistans (PUK) ist gemeinsam mit der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) nach der Machtübergabe der von den Koalitionskräften geleiteten provisorischen Zivilverwaltung an die irakische Übergangsregierung am 28.06.2004 als wichtige Regierungspartei des neuen Irak bestrebt, im ganzen Lande demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen herzustellen und tritt für die Schaffung eines pluralistischen, säkularen und föderalen politischen Systems im Irak ein, in dem die Rechte der Kurden gewahrt bleiben und dies auch in der irakischen Verfassung festgeschrieben wird. Dies ist eine der Hauptaufgaben, die nach den Wahlen zur irakischen Nationalversammlung am 30. Januar 2005 ansteht.

In der Kurdenfrage des Irak gibt es jedoch nach wie vor noch offene Fragen, die einer Lösung bedürfen.

Dabei muss die Situation der Kurden im Irak differenziert betrachtet werden:

Die irakischen Kurden bilden zwar insgesamt eine homogene Volksgruppe mit etwa 6,7 Millionen Menschen¹² und bewohnen im Norden des Irak ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet (Irakisch-Kurdistan), sie machten jedoch durch die politische Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte im Irak und die Umsiedlungs- bzw. Arabisierungspolitik des gestürzten Baath-Regimes unterschiedliche Entwicklungen durch und befinden sich in unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Irak.

I. Die Kurden in der Region mit Selbstverwaltung im Nordirak

In Irakisch-Kurdistan existiert bereits seit 1991/92 im Gebiet der drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Duhok eine demokratische Selbstverwaltung außerhalb des Machtbereichs von Saddam Hussein mit einem Regionalparlament und einer Regionalregierung. Diese entstand vor allem im Gefolge der nach dem zweiten Golfkrieg 1990/91 für das irakische Militär von den Golfkriegsalliierten eingerichteten Flugverbotszone (Save Heaven) nördlich des 36. Breitengrades.

Im Regionalparlament, das aus demokratischen Wahlen im Jahre 1992 hervorgegangen ist und in dem die beiden führenden Parteien der Region, die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) gleich stark vertreten sind, werden die Regionalgesetze verabschiedet und die Minister der Verwaltungen ernannt und vereidigt. Aufgrund politischer Differenzen zwischen PUK und KDP gibt es jedoch bis jetzt zwei Verwaltungen in der Region (Arbil- und Sulaimania-Verwaltung). Beide Parteien haben sich inzwischen darauf verständigt, nach den Wahlen zur irakischen Nationalversammlung und den zweiten freien Wahlen zum Regionalparlament

¹² Hinzu kommen die irakischen Kurden im Ausland: ca. 1,5 Millionen (ca. 50 % der Iraker im Ausland - Schätzungen internationaler Organisationen). In Deutschland leben ca. 70.000 irakische Kurden (ca. 80 % der Iraker in Deutschland).

Kurdistan am 20.01.2005, bei denen sie mit einer Gemeinsamen Liste antreten, beide Verwaltungen der Regionalregierung wieder zu vereinigen.

Die Bevölkerung in dieser Region (über 3,8 Millionen) hat keine Sicherheitsprobleme. Es herrscht dort Recht und Ordnung. Die Etablierung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen ist im vollen Gange. Überall in der Region sind Wiederaufbauprojekte der Infrastruktur zu beobachten. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Handel mit den anderen Teilen des Irak und den Nachbarländern florieren. Die Investitionsbedingungen sind gut. Die Lebensverhältnisse in Irakisch-Kurdistan heben sich insgesamt positiv gegenüber denen im übrigen Staatsgebiet ab. Die meisten Menschen in der Region befürchten jedoch, dass die Gewalt der Terrorgruppierungen und Anhänger des alten Regimes auch ihre Region erreicht, wenn die Situation in den anderen Teilen des Irak nicht unter Kontrolle gebracht wird.

II. Die Kurden in den anderen Teilen des Irak

Hierbei muss man wie folgt differenzieren:

1. Die Bevölkerung der neu befreiten kurdischen Gebiete nach April 2003, z. B. Kirkuk, Khanaqin, Sengar, Makhmur, Shekhan usw. Diese Gebiete, die mehrheitlich von Kurden bewohnt werden (ca. 1,5 Millionen), liegen außerhalb der kurdischen Selbstverwaltung und sind an die irakische Zentralverwaltung gebunden. Sie werden jedoch - außer die Stadt Kirkuk – de facto praktisch gemeinsam von den zwei kurdischen Verwaltungen in Sulaimania und Arbil regiert, haben jedoch formal eigene Provinzverwaltungen, die ihrerseits der Zentralregierung unterstellt sind. Die Sicherheitslage ist in diesen Gebieten im Vergleich zu den arabischen Gebieten im Irak relativ gut. Die zwei kurdischen Verwaltungen unterstützen den Wiederaufbau der Infrastruktur und der Verwaltung in diesen Gebieten sehr stark. Die Menschen in dieser Region sind in einer Phase der Selbstfindung und beginnen mit dem Wiederaufbau. Die finanzielle Unterstützung durch die Zentralregierung für diese Gebiete ist immer noch unzureichend. Es gibt zwar viele Pläne für den Wiederaufbau, die Beseitigung der Folgen der Arabisierungspolitik des alten Regimes in diesen Gebieten, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und eines angemessenen wirtschaftlichen Systems. Dies ist jedoch noch nicht in der Durchführungsphase. Ohne Unterstützung der beiden Verwaltungen, auch auf der Sicherheitsebene, wäre die Situation in diesen Gebieten nicht so stabil wie jetzt. Ziel der PUK und KDP ist es, nach der Normalisierung der Lage in diesen Gebieten, einen administrativen Anschluss an die kurdische Selbstverwaltungsregion zu erreichen.
2. Die Kurden im vorwiegend von Arabern bewohnten Siedlungsgebiet. Im Nordirak lebt vor allem in der Stadt Mosul, der drittgrößten irakischen Stadt, eine alteingesessene starke kurdische Gemeinschaft mit einer Zahl von rund 400.000 (ca. 25 % der Gesamteinwohner). Sie wurde während der Herrschaft des Saddam-Regimes Diskriminierungen ausgesetzt und ihrer Rechte beraubt. Dazu kommen die Kurden, die vor allem durch die gewaltsame Arabisierungs- und Umsiedlungspolitik des alten Regimes in anderen, nicht-kurdischen Gebieten des Irak wohnen (ca. 200.000), z. B. im Süden und auch im Westen in den so genannten „sunnitischen“ Gebieten wie Falluja, Ramadi, Samara usw. Diese leiden an den Problemen, unter denen die ganze Bevölkerung leidet, nämlich Sicherheitsprobleme und Mangel der öffentlichen Dienste (Trinkwasser- und Stromversorgung, Müllbeseitigung). Darüber hinaus fühlen sich die Kurden in diesen Gebieten, vor allem im s. g. „sunnitischen Dreieck“ sehr bedroht. Fast 90% der Kurden aus Falluja, Ramadi, Samara, die z. T. Jahrzehnte dort lebten, haben

bereits freiwillig oder mit Gewalt diese Gebiete verlassen und ihr Eigentum zurückgelassen. Sie wurden als Flüchtlinge in den kurdischen Gebieten untergebracht. Im Süden erleben die Kurden zwar nicht im gleichen Maße Feindseligkeiten, sie fühlen sich jedoch durch Aktivitäten von radikal-islamischen Gruppierungen bedroht. Sie versuchen deshalb möglichst unauffällig zu sein.

3. Die Kurden in Bagdad. Es leben etwa 800.000 Kurden in Bagdad. Die meisten sind Faily-Kurden (schiitische Kurden). Viele von ihnen wurden Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, vor allem während des irakisch-iranischen Krieges, durch die damaligen irakischen Behörden enteignet und in den Iran ausgewiesen. Viele sind nach dem Sturz des alten Regimes nach Bagdad zurückgekehrt und leben teilweise unter Menschen unwürdigen Zuständen. Die Kurden in Bagdad erleben bis jetzt keine Feindseligkeiten wegen ihrer Volkszugehörigkeit. Sie leiden jedoch wie alle anderen Bewohner von Bagdad an Unsicherheit und Alltagsproblemen.

Berlin, Dezember 2004

14. Politische Hauptziele der PUK im Irak für 2005

Die irakischen Kurden bilden zwar insgesamt eine homogene Volksgruppe mit etwa 6,5 Millionen Menschen¹³ und bewohnen im Norden des Irak ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet, sie machten jedoch durch die politische Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte im Irak und die Umsiedlungs- bzw. Arabisierungspolitik des gestürzten Baath-Regimes unterschiedliche Entwicklungen durch und befinden sich in unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Irak. Deshalb sollte die Situation der Kurden im Irak differenziert betrachtet werden.

I. Die Kurden in der Region mit Selbstverwaltung im Nordirak.

Die kurdische Selbstverwaltung gibt es dort seit 1991. Die Bevölkerung in dieser Region (ca. 4 Millionen) hat keine Sicherheitsprobleme. Es herrscht sozusagen Recht und Ordnung. Überall in der Region sind Wiederaufbauprojekte der Infrastruktur zu beobachten. Der Handel mit dem anderen Teil des Irak und den Nachbarländern floriert. Die Etablierung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen ist im vollen Gange. Es gibt zwei Verwaltungen in der Region (Arbil- und Sulaimania-Verwaltung), aber ein Regionalparlament, in dem die Regionalgesetze verabschiedet und Minister beider Verwaltungen ernannt und vereidigt werden. Die meisten Menschen in der Region befürchten jedoch, dass die Gewalt der Terrorgruppierungen und Anhänger des alten Regimes auch ihre Region erreicht, wenn die Situation im anderen Teil des Irak nicht unter Kontrolle gebracht wird. Die meisten Menschen sind im Grunde gegen eine Reintegration der Region in den anderen Teil des Irak, weil es ihnen in jeder Hinsicht viel besser geht. Man befürchtet, dass dadurch eine ähnlich gefährliche Situation wie in anderen Teilen des Irak entstehen könnte.

II. Die Kurden in den anderen Teilen des Irak.

Hierbei muss man wie folgt differenzieren:

4. Die Bevölkerung der neu befreiten kurdischen Gebiete nach April 2003, z. B. Kirkuk, Kanaqin, Sengar, Makhmur, Shekhan usw. Diese Gebiete, die mehrheitlich von Kurden bewohnt werden (ca. 1,5 Millionen), liegen außerhalb der kurdischen Selbstverwaltung und sind an die Zentralverwaltung im Irak gebunden. Sie werden - außer die Stadt Kirkuk - praktisch gemeinsam von den zwei kurdischen Verwaltungen regiert, haben jedoch formal eigene Provinzverwaltungen, die ihrerseits der Zentralregierung unterstellt sind. Die Sicherheitslage ist in diesen Gebieten im Vergleich zu den arabischen Gebieten im Irak relativ gut. Die zwei kurdischen Verwaltungen unterstützen den Wiederaufbau der Infrastruktur und der Verwaltung in diesen Gebieten sehr stark, teilweise sogar durch finanzielle Unterstützung aus dem Budget der drei Provinzen (Sulaimania, Arbil, Duhok) unter ihrer Verwaltung. Die Menschen in dieser Region sind in einer Phase der Selbstfindung und beginnen mit dem Wiederaufbau. Die finanzielle Unterstützung durch die Zentralregierung für diese Gebiete ist immer noch unzureichend. Es gibt zwar viele Pläne für den Wiederaufbau, die Beseitigung der Folgen der Arabisierungspolitik des

¹³ Hinzu kommen die irakischen Kurden im Ausland: Nach Einschätzung von verschiedenen internationalen Organisationen leben etwa 3 Millionen Iraker außerhalb des Landes, die meisten davon in den Nachbarstaaten, vor allem in Iran, Syrien und Jordanien. Eine große irakische Gemeinde mit bis zu 1,5 Millionen Menschen lebt in Europa, den USA und Kanada. Es wird geschätzt, dass etwa 50% der Iraker im Ausland Kurden sind, folglich ca. 1,5 Millionen. In Deutschland wird die Zahl der Iraker auf 85.000 geschätzt. Dazu kommen ca. 10-15.000 Iraker mit deutscher Staatsangehörigkeit. Nach Einschätzungen von kurdischen Organisationen in Deutschland sind mindestens 80% dieser Iraker Kurden. Folglich leben in Deutschland ca. 70-80.000 Kurden aus dem Irak.

alten Regimes in diesen Gebieten, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und eines angemessenen wirtschaftlichen Systems. Dies ist jedoch noch nicht in der Durchführungsphase. Ohne Unterstützung der beiden Verwaltungen, auch auf der Sicherheitsebene, wäre die Situation in diesen Gebieten nicht so stabil wie jetzt.

5. Die Kurden, die durch die gewaltsame Arabisierungs- und Umsiedlungspolitik des alten Regimes in anderen, nicht-kurdischen Gebieten des Irak wohnen (ca. 500.000), z. B. im Süden und auch im Westen in den so genannten „sunnitischen“ Gebieten wie Falluja, Ramadi, Samara usw. Diese leiden an den Problemen, unter denen die ganze Bevölkerung leidet, nämlich Sicherheitsprobleme und Mangel der öffentlichen Dienste (Trinkwasser- und Stromversorgung, Müllbeseitigung). Darüber hinaus fühlen sich die Kurden in diesen Gebieten, vor allem im s. g. „sunnitischen Dreieck“ sehr bedroht. Fast 90% der Kurden aus Falluja, Ramadi, Samara, die Jahrzehnte dort lebten, haben bereits freiwillig oder mit Gewalt diese Gebiete verlassen und ihr Eigentum zurückgelassen. Sie wurden als Flüchtlinge in den kurdischen Gebieten untergebracht. Im Süden erleben die Kurden zwar nicht im gleichen Maße Feindseligkeiten, sie fühlen sich jedoch durch Aktivitäten von radikal-islamischen Gruppierungen bedroht. Sie versuchen deshalb möglichst unauffällig zu sein.
6. Die Kurden in Bagdad. Es leben etwa 500-600.000 Kurden in Bagdad. Die meisten sind Faily-Kurden (schiitische Kurden). Viele von ihnen wurden Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre (vor allem während des irakisch-iranischen Krieges) durch die damaligen irakischen Behörden enteignet und in den Iran ausgewiesen. Viele sind nach dem Sturz des alten Regimes nach Bagdad zurückgekehrt und leben teilweise unter Menschen unwürdigen Zuständen. Die Kurden in Bagdad erleben bis jetzt keine Feindseligkeiten wegen ihrer Volkszugehörigkeit. Sie leiden jedoch wie alle anderen Bewohner von Bagdad an Unsicherheit und Alltagsproblemen.

Die PUK ist der Ansicht, dass die Rechte und Interessen der Kurden im Irak nur durch den Aufbau eines demokratischen, pluralistischen und föderalen politischen Systems im Irak gesichert werden können, in dem die Interessen auch der anderen Volksgruppen berücksichtigt werden. Nur ein geographisch fundierter Föderalismus kann der Kurdenfrage im Irak gerecht werden. Nach Vorstellung der PUK – in Übereinstimmung mit der KDP und den meisten anderen irakisch-kurdischen Parteien - müssen die jetzigen selbst verwalteten kurdischen Gebiete und die kurdischen Gebiete außerhalb der jetzigen kurdischen Verwaltungen (siehe II.1), die nach historischen und geographischen Gesichtspunkten zum Siedlungsgebiet der Kurden im Irak bzw. zu Irakisch-Kurdistan gehören, darunter auch die Provinz Kirkuk, eine föderale Einheit im Irak bilden. Diese Einheit soll ein Regionalparlament und eine Regionale Regierung haben. Durch die Teilnahme der PUK bzw. der kurdischen Parteien am politischen Leben auf gesamtstaatlicher Ebene des Irak, darunter die aktive Beteiligung an den Zentralbehörden, können die Kurden sowohl den Status ihrer Region innerhalb des föderalen Systems bewahren als auch die Interessen der Kurden außerhalb ihrer Region im Irak schützen. Das ist das Hauptziel der PUK im Irak. Deshalb wird sie zusammen mit den anderen kurdischen Parteien, vor allem mit der KDP, eine kurdische Liste zu den Wahlen im Januar 2005 aufstellen. Diese Liste wird wiederum höchst wahrscheinlich in eine s. g. Demokratisch-Patriotische Liste mit anderen irakischen Parteien, wie KPI, Wafaq, SCIRI etc, integriert. Voraussetzung zur Teilnahme an der kurdischen Liste daran ist, dass sich die irakischen Parteien in schriftlicher Form ebenso wie die Kurden zum Föderalismus bekennen. Diese Liste wird eine sehr große Chance bei den Wahlen haben. Damit können die Kurden im Zentralparlament und in der Zentralregierung stark vertreten sein sowie aktiv bei der Formulierung der künftigen Verfassung des Irak mitwirken. Wichtigste Aufgabe des Übergangsparlaments nach den Wahlen im Januar 2005 ist neben der Bildung einer neuen Übergangsregierung bis zu den Wahlen Ende 2005 die Formulierung und Verabschiedung einer ständigen Verfassung für den Irak. Hauptziel der PUK

in 2005 ist die Verankerung von Demokratie, Säkularismus, Föderalismus (mit einer autonomen kurdischen Region als ein Bestandteil der Föderation) und Gleichberechtigung von allen Volksgruppen im Irak in der endgültigen Verfassung.

Das zweite wichtige Ziel der PUK im Jahre 2005 ist die Zusammenlegung beider Verwaltungen durch die Wahlen zur Nationalversammlung Kurdistans (Regionalparlament Kurdistan). Am 30. Januar sollen deshalb gleichzeitig drei Wahlen stattfinden: Eine Wahl für die irakische Nationalversammlung (irakisches Zentralparlament: 275 Sitze), die zweite für die Nationalversammlung Kurdistans (Regionalparlament Irakisch-Kurdistan: 111 Sitze), die dritte für die 18 Provinzräte (jeweils 41 Sitze, Bagdad 51 Sitze). Durch die Wahlen zum Regionalparlament sollten in der ersten Stufe die zwei kurdischen Verwaltungen wiedervereinigt werden und eine einheitliche kurdische Region (vergleichbar mit einem Bundesland) im Irak gebildet werden. In der zweiten Stufe sollte der Anschluss der Gebiete (siehe II.1) an die o. g. einheitliche kurdische Region stattfinden, darunter auch die Provinz Kirkuk. Die Stadt Kirkuk selbst sollte einen besonderen Status haben. Nach der Beseitigung der Folgen der Arabisierungspolitik des alten Regimes und der Wiederherstellung der ursprünglichen demographischen Verhältnisse in der Stadt sollten ihre Einwohner in einem Referendum selbst über das Schicksal ihrer Stadt entscheiden; sie sollte entweder Teil der kurdischen Region werden, oder eine selbständige Stadt mit besonderem Status ähnlich wie Bagdad werden.

Berlin, November 2004

II. Aufsätze und Dokumentationen zur ökonomischen Lage und Wirtschaftsentwicklung

1. Wirtschaftspartner Irakisch-Kurdistan

Politische, ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Wirtschaftsbeziehungen

In unseren Überlegungen geht es vor allem um die Beantwortung der Frage, warum die Region Kurdistan im Nordirak trotz der anhaltenden Welle von Gewalt und Terror in bestimmten Gebieten des Irak ein attraktiver und stabiler Geschäftspartner für Investitionen, Handel und Geschäftsbeziehungen sein kann – und dies nicht erst in der Zukunft, sondern heute zu diesem Zeitpunkt.

Worin besteht die Attraktivität von Irakisch-Kurdistan als seriöser und zuverlässiger Wirtschaftspartner?

Das Auswärtige Amt warnt wegen höchster Gefährdung der Sicherheit eindringlich vor Reisen in den Irak. Für diese Einschätzung haben wir natürlich grundsätzlich Verständnis. Es ist jedoch nach unserer Auffassung eine undifferenzierte Betrachtungsweise und wird insgesamt den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Für die Region Kurdistan im Norden Iraks trifft dies nicht zu. Pauschalisierende Beurteilungen können sich unserer Meinung nach hemmend oder nachteilig auf den Wiederaufbau- und Demokratisierungsprozess nicht nur in Irakisch-Kurdistan, sondern in ganz Irak auswirken. Daran kann niemand ein Interesse haben. Deshalb sollte man die Gelegenheit nutzen, um sich von den Möglichkeiten und Chancen in der Region Kurdistan-Irak zu überzeugen.

*Bei der Einschätzung der Situation im Irak ist auch zu berücksichtigen, dass die Region
Kurdistan im Nordirak*

- 1. bereits seit längerer Zeit ein Faktor von Stabilität und Sicherheit und**
- 2. ein nicht zu ignorierender und nicht zu unterschätzender Machtfaktor bei der
Neugestaltung des ganzen Landes ist.**

Diese berechenbare Rolle nimmt Kurdistan-Irak heute umso mehr ein, da die Verhältnisse in der Tat in den anderen Teilen des Irak nach wie vor unsicher sind.

*Aber warum sind die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen in den verschiedenen
Landesteilen so unterschiedlich und was ist das Besondere an der Situation in Kurdistan-Irak?*

Die Antwort lautet: Die strukturellen Verhältnisse und Voraussetzungen unterscheiden sich grundlegend von den gegenwärtigen Verhältnissen in den übrigen Landesteilen Iraks. In einem Zeitraum von bis jetzt über 15 Jahren bildeten sich neue funktionierende politische, gesellschaftliche, ökonomische und institutionelle Strukturen heraus. Im Gegensatz dazu wurden in den arabischen Landesteilen Iraks die alten Strukturen nahezu vollständig zerstört, neue können sich aber auf Grund der bekannten Umstände nur sehr langsam herausbilden und funktionieren nur rudimentär. Gesellschaftlich repräsentative Organisationen sind bisher nur in Ansätzen vorhanden, obwohl wir die gemachten Fortschritte natürlich nicht übersehen dürfen.

*In Kurdistan-Irak wurde dagegen ein effizientes Netz von Institutionen aufgebaut –
einschließlich im militärischen und Sicherheitsbereich – dessen Ausstrahlung und Einfluss
weit über die Grenzen der Region geht.*

Das sind die entscheidenden, gravierenden Vorteile von Irakisch-Kurdistan.

Was ist konkret geschehen:

Trotz beträchtlicher Widerstände von innen und außen regieren sich die Kurden seit rund 15 Jahren selbst – und dies nunmehr überaus erfolgreich.

Auf einem Gebiet mit einer Fläche von rund 40.000 km² (etwa die Größe der Schweiz oder Dänemarks) und mit über 3,8 Millionen Einwohnern *existiert seit 1991 in Irakisch-Kurdistan in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk eine demokratische Selbstverwaltung* außerhalb des Machtbereichs der damaligen Zentralregierung mit einem Regionalparlament und einer Regionalregierung. Freie, demokratische Wahlen fanden in Irakisch-Kurdistan nicht erst nach dem Sturz des Saddam-Regimes statt. Bereits im Mai 1992 gab es die ersten Wahlen zur Nationalversammlung Kurdistans (dem Regionalparlament von Kurdistan-Irak) und eine Regionalregierung wurde gebildet.

Diese Selbstverwaltung entstand vor allem im Gefolge der nach dem zweiten Golfkrieg 1990/91 für das irakische Militär von den Golfkriegsalliierten eingerichteten Flugverbotszone (Save Heaven) nördlich des 36. Breitengrades, nachdem der Kurdenaufstand gegen das Saddam-Regime scheiterte und massenhafte Fluchtbewegungen einsetzten. Daraufhin zog sich die Regierung Iraks im Oktober 1991 aus den kurdischen Verwaltungen und Institutionen vollständig zurück, so dass die Menschen in diesem Gebiet von nun an ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen konnten. Eine militarisierte Grenzlinie trennte dieses Gebiet vollständig vom Rest des Landes ab. Die irakische Zentralregierung verhängte als Reaktion eine umfassende Blockade, um dadurch das Experiment kurdischer Selbstverwaltung im Keim zu ersticken. Das Gebiet wurde vom nationalen Energieverbundnetz abgeschnitten, die Nahrungsmittelzufuhr wurde suspendiert, die Gehaltszahlungen zehntausender Menschen im öffentlichen Dienstleistungssektor, in den Verwaltungen und Behörden gestoppt, Freizügigkeit von Menschen, Handel und Kapital vollständig verhindert.

Die beiden führenden kurdischen Parteien, die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP), haben es jedoch in den zurückliegenden Jahren seit 1991 trotz der externen und internen Hindernisse vermocht, Strukturen eines funktionierenden Gemeinwesens aufzubauen. Und vor allem: Es gibt im Gegensatz zum übrigen Irak keine Sicherheitsprobleme. Die Sicherheitslage ist stabil. Es hat in der gesamten Region in den letzten 3 Jahren nur 3 Bombenanschläge gegeben. In Bagdad ist dies nahezu täglich der Fall. In Kurdistan-Irak wurde der Kampf gegen die Terroristen von Ansar al-Islam, die versuchten, sich in Irakisch-Kurdistan festzusetzen, schon vor Jahren (lange vor dem Sturz Saddams) begonnen und erfolgreich durchgeführt. Sie wurden in der kurdischen Region verjagt und ausgeschaltet. In der Region herrscht – so kann man es sagen - Recht und Ordnung. Wir stützen uns dabei wesentlich auf einen aus dem Widerstand hervorgegangenen, sehr gut organisierten Sicherheits- und Polizeiapparat. Die erfahrenen Militär- und Sicherheitskräfte werden dabei hervorragend von der Bevölkerung unterstützt. Diese wachen gemeinsam über ausländische Helfer und Besucher und sorgen für ihren Schutz. Dazu kommt ein nicht zu unterschätzender Faktor für das gesellschaftliche Klima im Lande. Die Führung unserer Partei erfreut sich außerordentlicher Popularität und zeigt sich, wo immer es geht, sehr bürgernah. Sie genießt in hohem Maße die Unterstützung der Bevölkerung (nicht zuletzt zeigen das die Wahlergebnisse).

In diesem Umfeld hat in der Region die Etablierung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen spürbare Fortschritte gemacht. Darüber hinaus haben sich die

Lebensverhältnisse der Menschen in den letzten Jahren entscheidend verbessert und heben sich insgesamt positiv von den restlichen irakischen Landesteilen ab.

Die politische, gesellschaftliche und ökonomische Situation in Kurdistan-Irak unterscheidet sich insofern nicht erst seit heute oder seit April 2003 (dem Ende der Diktatur) grundlegend von den übrigen Teilen des Irak.

All dies sind natürlich sehr günstige Voraussetzungen für die weitere Vertiefung des Demokratisierungsprozesses, ökonomisch-sozialen Fortschritt, Wirtschaftswachstum, Handel und Austausch.

Natürlich wollen wir nicht die folgende Tatsache übersehen: Auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zwischen PUK und KDP im Zeitraum von 1994 bis 1998 spaltete sich das Regionalparlament und die Regierungsverwaltung. So gibt es bis jetzt noch zwei Verwaltungen der Regionalregierung in der Region jeweils unter Führung einer der beiden Parteien (die Arbil- und die Sulaimania-Verwaltung). Diese Aufteilung der Macht mag zweifellos nicht in jeder Hinsicht vorteilhaft gewesen sein, förderte jedoch sicherlich auch einen konstruktiven Wettbewerb. Der Sturz des Saddam-Regimes bewegte jedoch beide Parteien, ihre Rivalitäten endgültig zu beenden, um im Nachkriegs-Irak gemeinsame kurdische Interessen effektiv vertreten und umsetzen zu können. So gibt es ab 2004 wieder ein gemeinsames kurdisches Regionalparlament.

Zu den ersten freien **Wahlen zur provisorischen irakischen Nationalversammlung am 30. Januar 2005** traten PUK und KDP gemeinsam mit kleineren Parteien und Gruppierungen mit einer gemeinsamen Liste unter dem Namen „**Allianz Kurdistans**“ an. Diese konnte bei einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung in der kurdischen Region (rund 85 %) als zweitstärkste Kraft mit 25,73 % Stimmenanteil 75 von insgesamt 275 Parlamentssitzen erringen und in der Zentralregierung 8 Ministerposten sowie einen stellvertretenden Ministerpräsidenten besetzen. Mit diesem politischen Einfluss konnte der Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans, Jalal Talabani, zum irakischen Staatspräsidenten gewählt werden, während der Vorsitzende der KDP, Masoud Barzani, vom kurdischen Regionalparlament zum Präsidenten der Region Kurdistan-Irak gewählt wurde.

Bei den gleichzeitig stattgefundenen **Wahlen zum kurdischen Regionalparlament** errang die gemeinsame Liste von PUK und KDP unter Beteiligung weiterer kleinerer Parteien und Organisationen 89,55 % der Stimmen und 104 von insgesamt 111 Parlamentssitzen.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der **zweiten Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung am 15. Dezember 2005** für eine volle vierjährige Legislaturperiode konnte sich die gemeinsame Liste „Allianz Kurdistans“ mit 21,67 % der Stimmen als zweitstärkste politische Kraft im Irak behaupten und 53 Parlamentssitze erringen. Stärkste Kraft wurde erneut das schiitische Parteienbündnis „Vereinigte Irakische Koalition“ mit 41,19 % (128 Sitze). Den dritten Platz belegte das sunnitische Bündnis „Tawfoq Iraqi Front“/Irakische Front der Eintracht (15,09 % / 44 Sitze), gefolgt von der säkular geprägten Liste des früheren Ministerpräsidenten Allawi (8,02 % / 25 Sitze) und der sunnitischen „Nationalen Dialog-Front“ (4,10 % / 11 Sitze). Auf kleinere Gruppen entfallen die restlichen 14 Mandate. Im Rahmen der nun folgenden Regierungsbildung hat der Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans, Jalal Talabani, erneut seine Kandidatur für das Amt des irakischen Staatspräsidenten angemeldet.

Alle diese Fakten und Tatsachen zeigen einmal mehr, dass die irakischen Kurden inzwischen nicht nur die Geschicke auf ihrem angestammten Territorium weitgehend selbst bestimmen,

sondern gleichfalls wesentlicher Einflussfaktor für die Neugestaltung des Gesamtirak geworden sind. Zweifellos muss dies Auswirkungen auf die Gestaltung von Außenbeziehungen auf politischem und insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet haben.

Nach den Wahlen vom 30.01.2005 wurde Konsens hergestellt, eine **Zusammenlegung der beiden Regierungsverwaltungen** in der Region Kurdistan-Irak vorzunehmen. Dazu wurde von den Führungen beider Parteien am 07.01.2006 eine Vereinbarung geschlossen (am 21.01.2006 im kurdischen Regionalparlament verabschiedet), die Zusammenlegung beider Verwaltungen innerhalb der nächsten Monate vorzunehmen. Die Regionalregierung wird 27 Ministerien umfassen: 11 Ministerien wurden der PUK, 11 der KDP und 5 anderen Parteien aus Irakisch-Kurdistan zugewiesen. In den ersten zwei Jahren wird der Ministerpräsident von der KDP, sein Stellvertreter von der PUK gestellt; in den darauf folgenden zwei Jahren umgekehrt. Der Präsident der Region Kurdistan (Masoud Barzani) erhält einen Stellvertreter von Seiten der PUK.

Zu den Ergebnissen des lange kontrovers und intensiv diskutierten Verfassungsprozesses im Irak

Die neue, jetzt ständige Verfassung wurde am 15. Oktober 2005 durch Volksentscheid angenommen. In ihr gibt es Festlegungen, die Befugnisse und Kompetenzen der Region Kurdistan-Irak berühren. Diese sind von wesentlicher Bedeutung für die Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen.

In der Verfassung ist die Schaffung einer *föderalen Staatsstruktur* mit weitgehenden Entscheidungskompetenzen für die Regionen fixiert. Dies zu erreichen ist ein **Hauptanliegen der irakischen Kurden** im Prozess der demokratischen Neugestaltung Iraks. Zum Beispiel haben die Regionen für ihr Gebiet die *Gesetzgebungskompetenz*, d. h. regionale Gesetze haben im Bereich der gemeinsamen Kompetenzen Vorrang vor Bestimmungen des Bundes. Damit ist die Möglichkeit auf weitreichende Entscheidungskompetenz in Politik und Wirtschaft mit konstitutionellen Garantien gegen die in der Vergangenheit oft verhängnisvollen Einmischungen des irakischen Zentralstaates verbunden. Die Zuständigkeit des Zentralstaates beschränkt sich auf die Außenbeziehungen, Verteidigung sowie Finanz- und Zollpolitik.

Weitere wichtige Verfassungsbestimmungen betreffen:

- **Die Finanzhoheit der Regionen innerhalb ihres jeweiligen Territoriums.** Die Region Kurdistan-Irak ist im Grunde keine abhängige Provinz, sie kann ihre Einnahmen, darunter die gesetzlich festgelegten jährlichen Zuweisungen aus dem zentralen Staatsbudget, selbst verwalten und in völliger Eigenregie über deren Verwendung entscheiden. Das bedeutet die **finanzielle Selbständigkeit der Region Kurdistan-Irak** und ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass die kurdische Region im Irak eine eigenständige Politik betreiben kann.
- **Die Zuständigkeit der Regionen für die innere Sicherheit.** Kurdistan-Irak behält damit gesetzlich festgeschrieben seine erfahrenen und im Kampf erprobten militärischen Einheiten, Sicherheitskräfte und Polizei. Welche grundsätzliche Bedeutung dies hat, welche Wirkungen damit verbunden sind und was dies auch für den Schutz von Ausländern und Gästen bedeutet, wurde schon erwähnt.

Eine Streitfrage im Irak ist nach wie vor der **geografische Zuschnitt der autonomen kurdischen Region**. Nach Auffassung der PUK – wie auch der KDP - müssen dabei die selbst verwalteten kurdischen Gebiete in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk und Gebiete

außerhalb der jetzigen kurdischen Verwaltungen, die historisch zum Siedlungsgebiet der Kurden im Irak gehören und wo Kurden die Bevölkerungsmehrheit bilden, *eine föderale Einheit* im Irak bilden. Dies erfordert somit vor allem die Klärung und Festschreibung des Status der **Provinz Kirkuk** sowie weiterer kurdischer Siedlungsgebiete in den nordirakischen Provinzen Ninewa (Mosul), Salahaddin und Diyala als Bestandteil der föderalen Region Kurdistan-Irak. Praktisch bedeutet dies den administrativen Anschluss dieser Gebiete an die kurdische Selbstverwaltungsregion. Damit entstünde ein Gebiet mit einer Fläche von rund 83.000 km² (vergleichbar mit Österreich) und 5,3 Mill. Einwohnern. Diese Frage ist nach wie vor nicht gelöst und eine zentrale Forderung unserer Partei. Ein Fortschritt ist dabei, dass die Kurden im Verfassungsprozess durchgesetzt haben, dass § 58 der irakischen Übergangsverfassung in die jetzt ständige Verfassung übernommen wurde (§ 136), wonach bis Ende des Jahres 2007 **ein Referendum** über den endgültigen Status der Provinz Kirkuk und der anderen kurdischen Siedlungsgebiete – und damit über den möglichen Anschluss an die kurdische Autonomieregion - stattfinden soll.

Vom ehemaligen Baath-Regime ist vor allem die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung der ölreichen Provinz Kirkuk durch massenhafte Vertreibungen von Kurden und die Ansiedlung von Arabern aus anderen Landesteilen über viele Jahre verändert worden. Die Beseitigung aller Folgen der Arabisierung-, Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik des alten Regimes, darunter das Recht auf Rückkehr der Vertriebenen in ihre angestammten Gebiete ist inzwischen geregelt und wird seit geraumer Zeit in die Tat umgesetzt.

Der nächste Schritt wäre nach der Normalisierung der Lage eine Volkszählung und dann das Referendum. Wir sehen dabei das anerkannte Recht auf unserer Seite. Nach der Wiederherstellung der ursprünglichen demografischen Verhältnisse müssen die Bewohner dieser Gebiete selbst über ihr Schicksal entscheiden.

Die Lage in den außerhalb der Selbstverwaltungsregion gelegenen kurdischen Gebieten ist heute so, dass formal selbstverständlich auch die jeweiligen Provinzverwaltungen existieren, die der irakischen Zentralverwaltung unterstellt sind. Sie werden jedoch praktisch – gemäß den Wahlergebnissen - gemeinsam von den zwei kurdischen Verwaltungen unter Führung von PUK und KDP regiert. Die Sicherheitslage ist in diesen Gebieten zwar insgesamt angespannt, aber im Vergleich zu den arabischen Gebieten im Irak relativ gut. Die beiden kurdischen Verwaltungen unterstützen stark den Wiederaufbau der Wirtschaft, der Infrastruktur und der Verwaltung in diesen Gebieten, teilweise sogar durch finanzielle Zuwendungen aus dem eigenen Budget. Es gibt konkrete Wiederaufbau- und Entwicklungspläne. Auch auf der Sicherheitsebene wird die Lage weitgehend von PUK- und KDP-Kräften kontrolliert und stabilisiert.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Irakisch-Kurdistan

Die *ökonomische Ausgangslage* ist zum einen durch die langjährige, systematische Repressions- und Sanktionspolitik der irakischen Zentralregierung und die internationale Embargopolitik gegenüber dem Irak beeinflusst und gekennzeichnet. Diese Politik war die direkte Folge des Golfkrieges von 1990/91 und traf die kurdische Bevölkerung schwer. Dazu gehört einerseits das von Saddam Hussein gegenüber Irakisch-Kurdistan verhängte inländische Embargo nach dem Kurdenaufstand von März 1991 und der Etablierung der Selbstverwaltungsorgane nach den Wahlen von 1992 sowie andererseits die bis 1997 von der UNO über den gesamten Irak verhängten Sanktionen, die allen UN-Mitgliedsländern verbot, Handel mit dem Irak zu treiben (UN- Sicherheitsresolution 661).

Dazu kommen zum anderen ab 1980 die Folgen der immensen direkten Zerstörungen mehrerer Kriege und militärischer Auseinandersetzungen unterschiedlichster Art. Flüchtlingsströme, großflächige Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen vor allem der ländlichen kurdischen Bevölkerung führten zu grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen. Die Infrastruktur war zu etwa 80 % zerstört. Als „Kornkammer Iraks“ hatte Irakisch-Kurdistan damit aufgehört zu existieren.

Der entstandenen humanitären Katastrophe begegnete der UN-Sicherheitsrat 1996 mit der Resolution 986, die das Programm „Oil for Food“ beinhaltete. Es erlaubte dem Irak unter UNO-Aufsicht Erdölexporte zu tätigen und für humanitäre Zwecke zu verwenden. Irakisch-Kurdistan erhielt dabei laut UN-Festlegung 13 % der Mittel aus dem Gesamtfond.

Die ökonomische und soziale Ordnung Irakisch-Kurdistans, die sich wesentlich vor dem Hintergrund der Sanktions- und Embargopolitik und des etablierten internationalen Hilffsystems herausgebildet hat, wurde damit in wesentlichen Zügen vom Ausland abhängig und fremdbestimmt. Eine eigene, sich selbsttragende Wirtschaft konnte sich demzufolge im Grunde genommen nicht herausbilden.

Zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen nach der Befreiung im Jahre 2003

Dass sich die Region – wie erwähnt - seit ca. 15 Jahren auf der Basis stabiler lokaler und regionaler Verwaltungsstrukturen mit weitgehend demokratischer Legitimation erfreut, ist Ausdruck von Kontinuität und Stabilität auch im Hinblick auf die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsentwicklung. Das Wiederaufbauprogramm wurde in Irakisch-Kurdistan – wenn auch unter den genannten Bedingungen mit Einschränkungen - so bereits 1992 begonnen. Die weitgehende Verankerung von Recht und Ordnung in der Gesellschaft mit ihren Wirkungen bis hin ins Bewusstsein der Bevölkerung und damit eine stabile Sicherheitslage insgesamt waren entscheidende Voraussetzung dafür, dass es nach Beendigung des Oil-for-Food-Programms (November 2003) nicht zum ökonomischen Kollaps kam, sondern im Gegenteil – unter jetzt veränderten nationalen und internationalen Bedingungen – ein beträchtlicher wirtschaftlicher Aufschwung mit positiven gesamtgesellschaftlichen Effekten einsetzte. Heute ist ein regelrechter **Wirtschaftsboom** im ganzen Land sichtbar. Privatinitiative und Marktwirtschaft setzen sich in einem rasanten Tempo durch. Überall gibt es Wiederaufbauprojekte. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Handel mit den anderen Teilen des Irak und den Nachbarländern florieren. Einkommen und Lebensstandard der Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren spürbar erhöht.

Der ökonomische Aufschwung ist dabei vor allem in den folgenden Wirtschaftszweigen zu verzeichnen:

- Bauwirtschaft
- Groß- und Einzelhandel
- Verkehrs- und Transportwesen
- Telekommunikation
- Landwirtschaft

Im ganzen Land, vor allem in den beiden größten Städten der Region, Arbil und Sulaimania, floriert vor allem die **Bauwirtschaft**. Eine Vielzahl neuer Straßen und zahlreiche neue Brücken wurden gebaut. Enormer Schub für die Bauwirtschaft waren und sind große öffentliche Projekte, darunter die neuen Flughäfen in Arbil und Sulaimania und auch z. B. die Straßenbauprojekte Arbil-Salahaddin und die Straßen rund um Sulaimania, einschließlich

großer Tunnelbauten. Bis vor kurzem gab es in Irakisch-Kurdistan noch keinen Zivilflughafen. Sulaimania und Arbil sind heute an den internationalen Flugverkehr angeschlossen und direkt von Europa aus erreichbar, womit sich die Bedingungen für den internationalen Geschäftsverkehr entscheidend verbesserten. Die durchgeführten Wohnungsbauprojekte in Sulaimania, Arbil, Dohuk und anderen Orten vor allem über staatlich aufgelegte Programme verursachten 2004 und 2005 ein nahezu 100 %-Wachstum im Bausektor. Die Stadt Sulaimania hat einen Bedarf an 40.000 zusätzlichen Wohneinheiten. In Ausschreibung stehen gegenwärtig 32 Bauprojekte für 22.000 Wohneinheiten. Dafür stehen 1 Mrd. US-\$ zur Verfügung. Es herrscht inzwischen Mangel an Saisonarbeitern und die Löhne in der Bauwirtschaft stiegen überproportional. Diese Entwicklung ist darüber hinaus begleitet von der Entstehung hunderter kleiner privater Zulieferbetriebe vor allem zur Herstellung von Zement, Bausteinen, Blöcken und Platten, Marmorteilen, Glas, Fenster, Türen und Möbel. Erwähnenswert sind auch zahlreiche neue Hotelbauten in den Städten, die für einen Ansturm von ausländischen Geschäftsleuten und Touristen gerüstet sind.

Große Fortschritte machte auch die **Elektrifizierung und Trinkwasserversorgung**, insbesondere auch der ländlichen Gebiete. Seit 1991 wurden 600 wieder aufgebaute Dörfer an das Elektrizitätsnetz und 1.200 Dörfer an die Trinkwasserversorgung angeschlossen.

Handel, Transport und Verkehr sind weitere Standbeine des Wirtschaftsbooms. Im Handelssektor gibt es enorme Umsatzsteigerungen insbesondere bei importierten technischen Konsumgütern, Textilien und anderen Waren, vor allem aus China, Südkorea und den arabischen Golfmonarchien. Der Lieferverkehr aus den Nachbarländern, insbesondere aus der Türkei und Iran hat beträchtliche Ausmaße angenommen.

Im **Telekommunikationsbereich** wurden und werden in großem Umfang des Telefonnetz, das Mobilfunknetz, Satelliten-TV-Netze und Internetanschlüsse ausgebaut.

Große Entwicklungsfortschritte gibt es auch in der **landwirtschaftlichen Produktion**. Sie kann sich auf fruchtbares und produktives Land, sauberes Wasser und eine intakte Umwelt stützen.

Insgesamt ist jedoch einzuschätzen, dass die **ökonomische Basis** Irakisch-Kurdistans nach wie vor noch schwach ist. Insbesondere sind produktive Strukturen unterentwickelt (Industrie ist kaum vorhanden, das große Potenzial der Landwirtschaft ist längst nicht ausgeschöpft). Das starke Wirtschaftswachstum ist in hohem Maße auf die Städte beschränkt, wobei die beiden Fast-Millionenstädte Arbil und Sulaimania mehr oder weniger außergewöhnliche Wachstumsinseln sind. Es wird geschätzt, dass über 75 % der Bevölkerung in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern lebt – Resultat der jahrelangen Kriegs- und Konfliktsituation und damit verbundener Vertreibungs- und Umsiedlungspolitik. Darüber hinaus müssen Probleme im Energiesektor, Bildungswesen und Gesundheitswesen gelöst werden.

Die insgesamt erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist zum einen den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (stabile politische Verhältnisse, etablierte Verwaltungs- und Organisationsstrukturen, Aufbau eines funktionierenden wirtschaftlichen Regelungs- und Förderinstrumentariums) geschuldet. Zum anderen haben sich die **finanziellen Bedingungen** für den Wiederaufbau entscheidend verbessert.

Die drei Provinzen der selbst verwalteten kurdischen Region Nordiraks (Sulaimania, Arbil, Dohuk) bekommen **ab 2005 jährlich 17 % des irakischen Gesamthaushalts** zur Verfügung gestellt. (im Rahmen des „Oil-for-Food-Programms“ waren es 13 %). Die bereit gestellte Gesamtsumme belief sich im Jahre 2005 auf 3,918 Mrd. US-\$. Davon waren allein 2,542 Mrd.

US-\$ für öffentliche Dienstleistungen und Investitionen vorgesehen. Im Jahre 2006 erhöht sich der Betrag um weitere ca. 500 Mill. US-\$ durch erhöhte Einnahmen infolge der Ölpreissteigerungen. Davon erhält die Verwaltung in Sulaimania 46 % und die Verwaltung in Arbil 54 % der Mittel.

Dies sind innerhalb kurzer Zeit beträchtliche Steigerungen der Staatseinnahmen, wenn man bedenkt, dass die Verwaltung Sulaimania z. B. im Vergleich zum Jahr 2000 lediglich einen Etat von 65 Mill. US-\$ zur Verfügung hatte.

Die beiden Verwaltungen der kurdischen Regionalregierung in Sulaimania und Arbil verfügen damit über ein von der irakischen Zentralregierung unabhängiges Budget, über das sie frei verfügen und über dessen Verwendung sie allein entscheiden.

Die Regionalregierung Kurdistans verfolgt übrigens das Ziel, den 17%-Anteil ab 2008 im Zuge der Regelung der „Kirkuk-Frage“ beträchtlich zu erhöhen.

Dieser Verteilerschlüssel wird auch auf die international für den Irak zur Verfügung gestellten Kredite und Hilfen angewendet. Dies betrifft u. a. die auf den internationalen Geberkonferenzen in Madrid (Oktober 2003) und den Folgekonferenzen 2004 in Abu Dhabi, Doha und Tokio unter Beteiligung von über 70 Ländern und 20 internationalen Organisationen zugesagten Finanzmittel von insgesamt rund 18 Mrd. US-\$ (ohne USA-Beitrag) für den Zeitraum von 2004 bis 2007. Die USA verabschiedeten im Jahre 2003 eine Wiederaufbauhilfe für den Irak im Umfang von 18,4 Mrd. US-\$, die für den „Iraq Relief and Reconstruction Fund“ zur Verfügung gestellt wurden. Insgesamt beläuft sich das amerikanische Wiederaufbauprogramm auf über 24 Mrd. US-\$ für über 2.000 Projekte.

Die ökonomische Attraktivität Irakisch-Kurdistans wird selbstverständlich entscheidend durch den **Erdölreichtum** bestimmt. In der kurdischen Region (vor allem um Kirkuk) befinden sich rund 40 % der irakischen Ölreserven von etwa 200 Mrd. Barrel. Damit sind die kurdischen Reserven die sechstgrößten der Welt. Im Kirkuk-Gebiet werden gegenwärtig rund 1 Mill. Barrel Rohöl am Tag gefördert (im Gesamtirak sind es z. Zt. etwa 2,1 Mill. Barrel/Vorkriegsniveau: rund 2,5 Mill. Barrel). Auch im jetzigen Selbstverwaltungsgebiet ist die Erschließung und Förderung von Erdöl angelaufen. Konzessionen wurden an ausländische Gesellschaften vergeben. Die Regionalregierung geht von Reserven im Umfang von 45 Mrd. Barrel aus und ist optimistisch, dass die Ölproduktion schon bald eine wichtige und stabile Einnahmequelle der Region wird.

In der lange strittigen Frage der Verteilung der Einnahmen aus dem Erdölexport wurde im Irak eine Kompromissregelung gefunden, was die Verfügungsgewalt über die Ressourcen und die Verteilung der Verkaufserlöse betrifft. Für die Regionen ist danach ein Mitbestimmungsrecht vorgesehen. Ursprünglich forderten die Kurden die vollständige Übertragung der Einnahmen auf die Regionen. Die Festlegungen in der irakischen Verfassung gestatten den Regionen jedoch grundsätzlich, eine eigene Ölproduktion aufzunehmen.

In Irakisch-Kurdistan gibt es darüber hinaus bedeutende Reserven an weiteren Mineralien und Rohstoffen wie Eisenerz, Kupfer, Zink und qualitativ hochwertigem Marmor. Vorschläge, um in diesen Sektor zu investieren werden sehr wohlwollend betrachtet. Der Rohstoffabbau und die weitere Erkundung von Rohstoffen werden staatlicherseits sehr unterstützt.

Ein Grundelement der neuen Wirtschaftspolitik ab 2003 ist die Förderung ausländischer Investitionen

Die beiden Verwaltungen der kurdischen Regionalregierung fördern nicht nur Privatinitiative und Unternehmertum schlechthin, sondern betrachten Auslandskapital und dies insbesondere in Form von Direktinvestitionen als wesentliches Element der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Sie messen seiner Förderung auf der Grundlage von insgesamt günstigen allgemeinen Rahmenbedingungen eine hohe Priorität bei.

Für ausländische Investoren ist es besonders wichtig, in diesem Zusammenhang nochmals auf die folgenden Faktoren hinzuweisen:

- Stabile politische Verhältnisse mit konsolidierten Institutionen, hervorgegangen aus demokratischen Wahlen
- Stabile Sicherheitslage im Vergleich zu anderen Landesteilen Iraks; dennoch massiv ausgebautes und differenziertes Schutzsystem
- Fortgeschrittenes Rechts- und Ordnungssystem, einschließlich Justiz und Polizei
- Sich schnell entwickelnde marktwirtschaftliche Verhältnisse mit vielfältigen Privatinitiativen und Schutz des Privateigentums
- Hohes Maß an Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit im Lande
- Gut entwickeltes modernes Kommunikationsnetz mit dem Ausland (Internet, Mobilfunk)
- Äußerst niedrige Kriminalitätsrate (Gefängnisinsassen unter 1.000 bei einer Einwohnerzahl von weniger als 4 Millionen; kein Drogenkonsum und -handel)
- Reiche natürliche Ressourcen und Rohstoffe
- Fruchtbare und hoch produktives Land
- Naturreichtum, sauberes Wasser und reiner Boden, intakte Umwelt.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass nunmehr ein institutionelles und rechtliches Instrumentarium zur Förderung ausländischer Investitionen vorhanden ist.

Um vor allem ausländischen Unternehmen den Markteintritt zu erleichtern, wurden spezielle Investitionsförderungsbehörden gegründet:

Dazu gehört insbesondere das ***Board of Promoting Investment in Iraqi Kurdistan*** (www.kinvest.org) der Kurdischen Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania) zur Beratung, Förderung und Entwicklung der Wirtschaft, speziell konzentriert auf die Investitionsförderung, Investorenanwerbung, Genehmigungsverfahren, Lizenzerteilung usw. mit Sitz in Sulaimania. Die Einrichtung arbeitet mit einheimischen Behörden und Partnern zusammen, vermittelt Geschäftspartner, arrangiert konkrete Investitionsvereinbarungen, Joint Ventures, Franchising und Projekte und hat Zugang zu internationalen Märkten, Beratungs- und Ausbildungsprogrammen.

Als Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Regierungsverwaltung Arbil arbeitet analog die ***Kurdistan Development Corporation (KDC)***.

Von besonderer Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind weitreichende **Bestimmungen zur Förderung ausländischer Investitionen.**

Grundsätzlich wird diese Frage für den Irak durch die Investitionsverordnung No. 39, ergänzt durch die Verordnung No. 46, vom 19.09.2003, geregelt. Diese öffnete den irakischen Markt

für ausländische Investitionen und Auslandskapital ohne Beschränkung der Kapitalanteile und wurde noch von der Provisorischen Zivilverwaltung der Koalitionskräfte (CPA) verabschiedet. Eine darauf folgende Verordnung No. 64 der CPA regelt außerdem die Gründung von Tochterunternehmen ausländischer Unternehmen im Irak mit entsprechenden Bestimmungen zum Gewinntransfer.

Die kurdische Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania) verabschiedete am 17. März 2004 das **Gesetz No.89/Law of Promoting Investment in Kurdistan Region/Iraq**, das ausdrücklich auch auf die Heranziehung ausländischer Investitionen gerichtet ist und dessen Umsetzung in den Händen des Board liegt.

Die Gesetzgebung auf diesem Gebiet beinhaltet u. a. die folgenden Punkte:

- Völlige rechtliche Gleichstellung von einheimischen und ausländischen Investoren
- Keine anteilmäßige Beschränkung von Auslandskapital
- Gestattung aller möglichen Rechtsformen für die Geschäftstätigkeit (z. B. unabhängige Gesellschaft, Tochterunternehmen, Joint Venture mit einheimischen Firmen usw.)
- Großzügige Bereitstellung von Grund und Boden für die Investoren (hierbei gibt es in Irakisch-Kurdistan eine weitergehendere Regelung als im übrigen Irak/Irak generell: kein Landeigentum, lediglich Pacht gestattet; in Irakisch-Kurdistan: unentgeltliche Landüberlassung möglich)
- Ungehinderter Profittransfer oder Gewinnanlage in Kapital
- 5 Jahre Steuer- und Zollbefreiung für den Investor mit Verlängerungsmöglichkeit bzw. nachfolgend vergünstigte Zoll- und Steuersätze für importierte Kapitalanlagen, Rohstoffe und Ersatzteile
- Auch der Banksektor ist voller Förderbereich für Auslandskapital (teilweise Beschränkungen im übrigen Irak)
- Garantien gegen Nationalisierung, Enteignung oder Konfiszierung
- Im Falle von begründeten Enteignungen Garantie einer gerechten Entschädigung
- Regelung von Streitfällen mit friedlichen Mitteln und auf der Grundlage von Recht und Gesetz

Im Gesetz werden die folgenden Hauptfelder der Investitionsförderung für die Region Kurdistan-Irak explizit hervorgehoben:

- Industrie
- Landwirtschaft (Pflanzen- und Tierproduktion)
- Erkundung und Förderung von Bodenschätzen
- Moderne Kommunikations- und Informationstechnologien, einschließlich Telekommunikation
- Bauwirtschaft
- Tourismus und Hotels
- Gesundheitswesen (vor allem Krankenhäuser)
- Freizeiteinrichtungen in den Städten
- Banken
- Gründung privater Universitäten

Die Investitionsförderungsbehörde gab bekannt, dass von Mai 2004 bis Ende 2005 insgesamt 1,5 Mrd. US-\$ im Gebiet der Verwaltung Sulaimania in den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistungen, Wohnungsbau und Tourismus von Staat und Privatwirtschaft investiert

wurden. Etwa 350 ausländische und 700 einheimische Firmen engagierten sich in dieser Zeit in volkswirtschaftlich wichtigen Projekten.

Ausländische Investoren, darunter natürlich deutsche Unternehmen, sind herzlich eingeladen, sich an Ausschreibungen zu beteiligen und Geschäfte mit der Regierung und der Privatwirtschaft abzuschließen. Man sollte sich selbst ein Bild von der Entwicklung in Irakisch-Kurdistan machen, sich von der Zuversicht und vom Aufbauwillen der Menschen überzeugen, Kontakte knüpfen und Geschäfte zum beiderseitigen Vorteil machen.

Berlin, 31.01.2006

2. Irakisch-Kurdistan - Zwischen Tradition und Fortschritt: Entwicklungsschwerpunkt Landwirtschaft

Irakisch-Kurdistan ist bekannt für seine natürlichen und damit reichen landwirtschaftlichen Ressourcen. Es ist in der Menschheitsgeschichte erwiesen, dass die Kurden die ersten Menschen überhaupt waren, die Landwirtschaft betrieben. Dieser Nachweis wurde in dem Dorf Chermu, östlich der Stadt Chamchamal zwischen Sulaimania und Kirkuk, erbracht. Danach geht der Anbau von Weizen und Gerste in dieser Gegend auf 10.000 Jahre zurück. Der Ort gilt heute als die älteste nachweisbare Siedlung, wo landwirtschaftlicher Getreideanbau erfolgte. Ähnliches gilt für die Weizen-Kultivation in der Sharazoor-Ebene im östlichen Irakisch-Kurdistan. Bekannt sind auch die historischen Erzählungen von den Kornkammern des „Fruchtbaren Halbmondes“ – dessen Kerngebiet das heutige Irakisch-Kurdistan ist – in antiker und biblischer Zeit.

Landwirtschaftlich nutzbares Land mit fruchtbaren Böden ist eine solide Grundlage für eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und sogar für den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die natürlichen Bedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft sind in Irakisch-Kurdistan ideal. Vor allem ist das Land zum größten Teil reichlich mit Niederschlägen gesegnet. Große und fruchtbare Bergtäler bilden die natürliche Kulisse der Agrarwirtschaft. Trotz des Gebirgscharakters hat die Region Kurdistan im Vergleich zur Mehrheit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens einen höheren Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche des Landes (Anteil des landwirtschaftlich nutzbaren Landes von 28 %). Das Klima ist im Gegensatz zu den grundsätzlich ariden Gegenden des übrigen Irak durch drei Jahreszeiten gekennzeichnet: einen kalten, nassen Winter (mit Schneefall), einen milden, regnerischen Frühling und einen heißen, trockenen Sommer. Die jährliche Niederschlagsmenge – überwiegend im Winter und Frühjahr – schwankt zwischen 300 und 1.200 mm (mehr in den höheren Gebirgslagen). Das Land gilt als eines der wenigen Wasserreservoirs im Nahen und Mittleren Osten. Zahlreiche Flüsse wie Euphrat, Tigris, Khabur, Tharthar, Ceyhan, Araxes, Kura, Safidrud, Karkha u. a. entspringen in den Gebirgen von Kurdistan. In einigen Gebieten ist in zunehmendem Maße - da die Sommer sehr trocken sind - auch Bewässerung notwendig. In den beiden Provinzen Arbil und Dohuk sind z. B. von einer landwirtschaftlich nutzbaren Fläche von insgesamt 768.462 ha (knapp die Hälfte der gesamten Landesfläche, 2.475 Dörfer mit 153.669 Bauern) 617.855 ha Regenfeldbau und 44.170 ha Bewässerungsland.

Den politischen Umständen geschuldet, konnte das immense natürliche Entwicklungspotenzial Irakisch-Kurdistans in den vergangenen Jahrzehnten für die Landwirtschaft nicht in ausreichendem Maße genutzt werden. Entwicklungsdefizite sind demzufolge nicht übersehbar.

So ist vor allem die sozioökonomische Lage der Kurdengebiete im Nordirak durch einige Besonderheiten geprägt. Mehrere Kriege, die langjährige, systematische Repressions- und Sanktionspolitik, Arabisierung und Vertreibung durch die irakische Zentralregierung führten zur zielgerichteten und bewussten Veränderung von historisch gewachsenen Wirtschaftsstrukturen. In deren Folge kam es z. B. zu großflächigen Umsiedlungen vor allem der ländlichen kurdischen Bevölkerung. Ca. 20 % der Bevölkerung (815.000 Menschen/140.000 Familien) wurden vor allem seit den 80er Jahren im Grunde zu „Inlandsflüchtlingen“. Mehr als 4.500 Siedlungen und Dörfer wurden durch Krieg und Vertreibung zerstört, das kultivierte Land durch irakische Truppen verwüstet, verbrannt und mit Minen übersät, Brunnen und andere Wasserquellen zerstört, die Familien von ihrem Grund und Boden abgeschnitten, vertrieben, deportiert oder in den sogenannten „collective towns“ (quasi städtische Sammellagerstätten) aufgefangen. Viele wanderten in die wenigen Großstädte des Landes ab oder flohen in andere Länder.

All dies führte vor allem in großem Maße zu einer verhängnisvollen Zerstörung der ländlichen Dorfstrukturen, sozialer Entwurzelung der Landbevölkerung, einem weitgehenden Zusammenbruch der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und massenhafter Abhängigkeit dieser Bevölkerungsteile von staatlich verteilten Nahrungsmitteln bereits seit Anfang der 80er Jahre. Als »Kornkammer Iraks« hatte Irakisch-Kurdistan damit seit längerer Zeit aufgehört zu existieren.

Der vorrangige Import von Nahrungsmitteln im Rahmen des Oil-for-Food-Programms (1996-2003) als Bestandteil der UNO-Sanktionspolitik gegenüber Irak seit den 90er Jahren hemmte ebenfalls die landwirtschaftliche Entwicklung. Dazu kam, dass die Bevölkerung infolge der nationalen und internationalen Embargopolitik vor allem in den 90er Jahren durch ökonomische Umstände gezwungen wurde, in großem Maße Wälder abzuholzen, um das Holz zu Heizzwecken in den kalten Wintern zu verwenden. In hohem Maße war davon die Provinz Sulaimania betroffen mit allen Folgen für die Umwelt, für die Fruchtbarkeit des Bodens und für das Gleichgewicht der Natur insgesamt.

Die Regionalregierung Kurdistans ist sich der Problematik bewusst und hat der Rekonstruktion des Agrarsektors insgesamt ihre volle Aufmerksamkeit geschenkt. Eingedenk dessen, dass die Landwirtschaft der wirtschaftliche Hauptzweig Irakisch-Kurdistans ist, stellt die Regionalregierung inzwischen bedeutende Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft bereit.

Bereits nach dem Ende des ersten Golfkrieges von 1991 und der Etablierung der Selbstverwaltungsorgane in Irakisch-Kurdistan startete die Regionalregierung ein Wiederansiedlungsprogramm für die Dorfbevölkerung, förderte den Wiederaufbau der zerstörten Siedlungen und gab Anreize für die landwirtschaftliche Produktion sowie zur Erhöhung der Einkommen der Bauern.

Inzwischen ist die Landwirtschaft völlig aus dem Zustand der Vernachlässigung herausgekommen und wurde Bestandteil einer Entwicklungsstrategie der Regionalregierung.

Die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft ist dabei nach den Richtlinien des Ministeriums für Landwirtschaft und Bewässerung der Regionalregierung Kurdistans aus dem Jahre 2004 auf die Verwirklichung der folgenden Hauptziele gerichtet:

- Fortsetzung der Rückführung der umgesiedelten und vertriebenen Landbevölkerung in die angestammten Siedlungsgebiete und Dörfer durch umfassende staatliche Förderung der Dorferneuerung, Häuser- und Wohnungsbau, Wasserversorgung und Brunnenbau, Elektrifizierung, Landurbarmachung, Schaffung einer sozialen Infrastruktur, Düngemittel- und Saatgutversorgung, Hilfestellung bei der Vermarktung der Erzeugnisse u. a.,
- Erreichung der Selbstversorgung und vollständige Herstellung der Ernährungssicherheit der Bevölkerung durch die Erhöhung der Pflanzen- und Tierproduktion,
- Wiederaufforstung der gerodeten und niedergebrannten Wälder,
- Entwicklung einer effizienten Wasserwirtschaft und Bewässerung,
- Unterstützung der Landwirte bei der Einführung moderner Bewirtschaftungsmethoden; Entwicklung von entsprechenden Distributions- und Vermarktungsstrategien für landwirtschaftliche Erzeugnisse,
- Gezielte Projekte zum Aufbau einer verarbeitenden Industrie auf der Basis einheimischer landwirtschaftlicher Produkte.

In diesem Kontext werden die folgenden ***Hauptaufgaben und Entwicklungsbereiche*** fixiert:

- Ausbau und Entwicklung der Pflanzenproduktion – Schwerpunkte: Getreide, Gemüse und Obst,
- Ausbau und Entwicklung der Tierproduktion – Schwerpunkte: Rinder, Geflügel und Fisch,
- Erweiterung und Entwicklung der Wasserressourcen und von effektiven Bewässerungssystemen; dabei Nutzung der zahlreichen Flüsse, Seen und Gebirgsquellen,
- Schutz und Pflege der Waldflächen,
- Entwicklung eines professionellen regionalen Agrarmanagements,
- Entwicklung der Agrarforschung, Ausweitung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Weiterbildung und Qualifizierung der Bauern,
- Bekämpfung von Seuchen und Krankheiten in der Landwirtschaft vor allem durch die Entwicklung der Veterinärmedizin.

Neben den Schwerpunkten wird die Aufmerksamkeit auch auf die Entwicklung *ausgewählter Spezialgebiete* gelenkt, wo in Irakisch-Kurdistan regional günstige Voraussetzungen vorhanden sind. Dazu gehören der Anbau und die Produktion von:

- Baumwolle,
- Tabak,
- Honig (Bienenzucht),
- Nüssen,
- Wein.

Darüber hinaus besteht u. a. Bedarf an der Verwirklichung folgender spezifischer Maßnahmen:

- Aufbau von Pflanz- und Baumschulen mit dem Ziel, die Bauern mit hochwertigen Pflanzen und zertifiziertem Saatgut zu versorgen,
- Zusätzlich Import von ausgewähltem Qualitätssaatgut aus dem Ausland,
- Bereitstellung von Maschinen und moderner Landwirtschaftstechnik (vor allem Traktoren), um die Bewirtschaftungs- und Bearbeitungsmethoden zu verbessern,
- Durchführung verschiedener Bewässerungsprojekte, einschließlich Staudammbau,
- Durchführung von Fischereiprojekten,
- Organisierung von speziellen Trainings- und Weiterbildungskursen für landwirtschaftliches Personal.

Für das Jahr 2005 hat das Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung der Regionalregierung Kurdistans (Verwaltung Sulaimania) aus dem Staatshaushalt u. a. das folgende Investitionsprogramm aufgelegt, mit dem verschiedene Projekte realisiert werden sollen:

- **Bewässerung und Staudamm-Bau: 11 Mill. US- $\text{\$}$:**

Errichtung von 5 großen Staudämmen (Basira, Kolows, Dolla-Sur, Khewata und Tabeen) mit dem Ziel die Bewässerungsprobleme der Provinz Sulaimania langfristig zu lösen. In diesem Zusammenhang erfolgt in der Umgebung der jeweiligen Staudämme zum Zwecke der landwirtschaftlichen Nutzung die Urbarmachung und Bewässerung von bisher unkultiviertem Land. Gleichzeitig werden an diesen Standorten Kraftwerke zur Elektroenergiegewinnung errichtet.

- **Landwirtschaftliche Tierproduktion: 5 Mill. US- $\text{\$}$:**

Ziel: Verbesserung der Qualität der Tiere und der Tierhaltung. Dazu erfolgt vor allem der Ausbau der Veterinär-Dienstleistungen, insbesondere für Rinder, und die Entwicklung einer effektiven Weidewirtschaft.

- **Wiederaufforstung der Wälder: 7 Mill. US- $\text{\$}$**

Dieses Problem wurde in der Vergangenheit vernachlässigt und genießt besondere Aufmerksamkeit.

- **Tier- und Umweltschutz: 1 Mill. US- $\text{\$}$**

Zum Schutz von natürlicher Umwelt sowie wildlebenden Tieren und Vögeln wird ein Naturschutzgebiet in Qopi Qaradakh eingerichtet, danach im Gebirge eine Forststation zum Schutz und zur Pflege der Wälder.

- **Weitere Investitionen betreffen folgende Projekte:**

- Errichtung von **5 Großsilos** in verschiedenen Städten, um die Lagerkapazitäten für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu vergrößern und die Vermarktung zu verbessern.
- Erweiterung der **Bienenzucht** und Steigerung der **Honigproduktion**. Für diesen Bereich existieren in der Provinz Sulaimania exzellente Bedingungen.
- Fortsetzung der **Landminenbeseitigung** vor allem auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sowie Urbar- und Nutzbarmachung von ehemals großflächig militärisch genutzten Gebieten und ihre Verteilung an landlose Bauern.

Die Erfolge der neuen Landwirtschaftspolitik sind sichtbar:

Inzwischen hat die landwirtschaftliche Produktion einschneidende Fortschritte gemacht und trägt wesentlich zum generellen Wirtschaftsboom in Irakisch-Kurdistan bei. Vor allem in den Hauptbereichen - Anbau von Getreide (Weizen, Gerste), Gemüse und Obst sowie die Viehzucht (Rinder, Schafe, Ziegen, Geflügel) - sind seit den 90er Jahren erhebliche Produktionssteigerungen in guter Qualität zu verzeichnen.

Die Gesamtproduktion von **Weizen und Gerste** – den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen – erreichte in der Saison 2001/2002 (das letzte Jahr mit statistischen Angaben) in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk eine Höhe von **736.000 t** bzw. **375.000 t**, währenddessen im Jahre 1989 – zum Höhepunkt des ökonomischen Niedergangs – nur 142.000 t

Weizen und 44.000 t Gerste produziert wurden. Die Gemüseproduktion stieg insgesamt auf 394.246 t. Von relativ großer Bedeutung ist heute auch die Bienenzucht und Honigproduktion. Während es 1989 nur wenige Bienenstöcke gab, sind es inzwischen 105.000 (2001/02).

Die neue Entwicklungsstrategie und das reichhaltige natürliche Potenzial sind die Grundlage dafür, dass Irakisch-Kurdistan mit den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk heute wieder 50 % der gesamten irakischen Weizenproduktion, 40 % der Gersteproduktion, 98% der Tabakproduktion, 30 % der Baumwollproduktion und 50 % der Obstproduktion des gesamten Irak liefert. Es wird erwartet, dass die drei Nordprovinzen im Jahre 2005 mit einer Produktion von 1,7 Mill. t zu 30 bis 35 % zum gesamten Getreideaufkommen Iraks beitragen.

Irakisch-Kurdistan hat ein außerordentliches Potenzial der landwirtschaftlichen Tierproduktion. Die Tierhaltung ist beträchtlich gewachsen. Bis 2001/02 stieg die Anzahl bei den Hauptarten in folgendem Umfang:

– Schafe: 4.822.012,

– Ziegen: 1.537.276,

– Rinder: 567.958.

Es wird eingeschätzt, dass die Landwirtschaft Irakisch-Kurdistans auf Grund ihres Entwicklungspotenzials in Zukunft auch auf den **Export** ausgerichtet werden kann. In besonderem Maße betrifft dies die folgenden Erzeugnisse: Weizen, getrocknetes und konserviertes Obst, Wallnüsse, Sesamsaat, Qualitätswolle, Leder, Holz und Molkereiprodukte.

Eine bedeutende Maßnahme der Regionalregierung Kurdistans (Verwaltung Sulaimania) zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung ist die Gründung einer **Agrarbank** durch das Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung. Dafür wurden als erster Schritt 5 Mill. US-\$ zur Verfügung gestellt. Die Bank wird den Bauern Finanzhilfen und günstige Kredite für Investitionen im Agrarsektor gewähren.

Die Rekonstruktion, Umgestaltung und Modernisierung des Agrarsektors, darunter in besonderem Maße auch der Ausbau der landwirtschaftlichen Infrastruktur, wird in Irakisch-Kurdistan verstärkt fortgesetzt und genießt die wirtschaftspolitische Priorität des Staates. Ausländische Investoren und Projektpartner sind eingeladen, an dieser Entwicklung mit Kapital und Know-how zu partizipieren.

Berlin, 14.07.2005

3. Wirtschaftsinformation:

Etat 2005 der kurdischen Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania)

In der Region Kurdistan (Norderak) hat nach der Befreiung Iraks seit April 2003 im Gegensatz zu den übrigen Landesteilen ein regelrechter Wirtschaftsboom eingesetzt. Zum einen ist dies den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (stabile politische Verhältnisse, etablierte Verwaltungs- und Organisationsstrukturen, Aufbau eines funktionierenden wirtschaftlichen Regelungs- und Förderinstrumentariums) geschuldet. Zum anderen haben sich die **finanziellen Bedingungen** für den Wiederaufbau entscheidend verbessert.

So gibt es die von der Zentralregierung Iraks getroffene Festlegung, dass die drei Provinzen der selbst verwalteten kurdischen Region Norderaks (Sulaimania, Arbil, Dohuk) ab 2005 jährlich 17 % des irakischen Gesamthaushalts zur Verfügung gestellt bekommen.

Nach kürzlich erfolgten Angaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten verfügt die kurdische Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania) für das **Jahr 2005** über einen **Etat in Höhe von 1,141 Mrd. US-\$**. Im Jahre 2000 waren es im Vergleich dazu nur **65 Mill. US-\$**.

Im Einzelnen sind für 2005 die folgenden **Ausgabeposten** vorgesehen:

- 220 Mill. US-\$ für Investitionen (Projekte)
- 921 Mill. US-\$ für verschiedene konsumtive Zwecke:
 - 305 Mill. US-\$ für Gehälter
 - 106 Mill. US-\$ für Renten und Pensionen
 - 511 Mill. US-\$ für öffentliche Leistungen der Regierung

Bis zum 15.05.2005 hat die kurdische Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania) finanzielle Mittel in Höhe von 733,767 Mill. US-\$ für insgesamt 764 im Vollzug befindliche öffentliche Projekte vergeben. Das Industrieministerium vergab bis zum gleichen Zeitpunkt an den Privatsektor Fördermittel für 1.416 Projekte.

Der stellvertretende Ministerpräsident machte gleichzeitig folgende Informationen zur **Elektrifizierung und Trinkwasserversorgung** der ländlichen Gebiete:

Er gab bekannt, dass die Provinz Sulaimania gegenwärtig aus 14 Bezirken und 40 Kreisen mit insgesamt 2535 Dörfern besteht. Im Gegensatz dazu gab es im Jahre 1991 infolge von Krieg, Zerstörung und Vertreibung nur noch 18 Dörfer.

Seit 1991 wurden 600 wieder aufgebaute Dörfer an das Elektrizitätsnetz und 1.200 Dörfer an die Trinkwasserversorgung angeschlossen.

Berlin, 20.06.2005

4. Wirtschaftliche Entwicklung in Irakisch-Kurdistan *Grundrichtungen und Weichenstellungen für die Zukunft*

Die politische Lage, Land und Bevölkerung

Irakisch-Kurdistan im Nordirak ist seit jeher kurdisches Siedlungsgebiet (mit Minderheiten der Assyrer, Chaldäer, Armenier, Turkmenen und Araber) und erstreckt sich auf eine Fläche von 83.000 km² (etwa die Größe von Jordanien oder Österreich).

Vor allem seit dem zweiten Weltkrieg ist die Geschichte dieser Region eine Geschichte von vornehmlich Nichtbeachtung und Negierung und sogar von Zerstörung und Vernichtung. Seit Anfang der 90er Jahre ist mit Beendigung des zweiten Golfkrieges und des niedergeschlagenen Kurdenaufstandes gegen das Saddam-Regime und den damit verbundenen massenhaften Fluchtbewegungen insbesondere politisch eine neue Situation entstanden, die Irakisch-Kurdistan zunehmend ins Blickfeld geraten ließ. Dabei muss die Region differenziert betrachtet werden:

1. Die Region mit Selbstverwaltung im Nordirak

Trotz beträchtlicher Widerstände von innen und außen regieren sich die Kurden seit mehr als einem Jahrzehnt selbst – und dies nunmehr überaus erfolgreich.

Auf einem Gebiet mit einer Fläche von 40.000 km² (etwa die Größe der Schweiz oder Dänemarks) und mit über 3,8 Millionen Einwohnern existiert in Irakisch-Kurdistan seit 1991/92 - die drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Duhok umfassend - eine demokratische Selbstverwaltung außerhalb des Machtbereichs von Saddam Hussein mit einem Regionalparlament und einer Regionalregierung. Diese entstand vor allem im Gefolge der nach dem zweiten Golfkrieg 1990/91 für das irakische Militär von den Golfkriegsalliierten eingerichteten Flugverbotszone (Save Heaven) nördlich des 36. Breitengrades. Daraufhin zog sich die Regierung Iraks freiwillig, bewusst und einseitig im Oktober 1991 mit ihren Behörden aus den kurdischen Verwaltungen vollständig zurück, so dass das Gebiet von nun an sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen konnte. Eine militarisierte Grenzlinie trennte dieses Gebiet vollständig vom Rest des Landes ab. Die irakische Zentralregierung verhängte gegenüber dem Land ein internes Embargo und schnitt das autonome Gebiet vom nationalen Energieverbundnetz ab, suspendierte die Nahrungsmittelzufuhr, stoppte unverzüglich die Gehaltszahlungen zehntausender Menschen im öffentlichen Dienstleistungssektor und in den Verwaltungen und Behörden, verursachte unkalkulierbare finanzielle Verluste, verhinderte vollständig die Freizügigkeit von Menschen, Handel und Kapital.

Im Mai 1992 fanden schließlich in der Region Irakisch-Kurdistan außerhalb des Machtbereichs des Saddam-Regimes die ersten Wahlen zur Nationalversammlung Kurdistans (Regionalparlament Irakisch-Kurdistans) statt und eine Kurdische Regionalregierung wurde gebildet.

Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden führenden politischen Parteien, der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), im Zeitraum von 1994 bis 1998 gibt es bis jetzt jedoch zwei Verwaltungen der Regionalregierung in der Region jeweils unter Führung einer der beiden Parteien (Arbil- und Sulaimania-Verwaltung). Inzwischen herrscht aber Konsens unter den beiden, im jetzigen Parlament gleich stark vertretenen Parteien, nach den Wahlen zur irakischen Nationalversammlung sowie den gleichzeitig stattfindenden zweiten Wahlen zum kurdischen Regionalparlament am 30.01.2005 eine möglichst schnelle und reibungslose Zusammenlegung der beiden Verwaltungen vorzunehmen.

Die Bevölkerung in dieser Region hat im Gegensatz zum übrigen Irak keine Sicherheitsprobleme. Es herrscht dort Recht und Ordnung. Die Etablierung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen ist im vollen Gange. Die Lebensverhältnisse heben sich insgesamt positiv gegenüber den übrigen irakischen Landesteilen ab.

2. Das neu befreite kurdische Gebiet im Nordirak

Die Bevölkerung der neu befreiten kurdischen Gebiete nach April 2003, z. B. Kirkuk, Khanaqin, Sengar, Makhmur, Shekhan u. a. umfasst ca. 1,5 Millionen Menschen. Diese Gebiete, die mehrheitlich von Kurden bewohnt werden, liegen außerhalb der kurdischen Selbstverwaltung und sind an die irakische Zentralverwaltung gebunden. Sie werden jedoch - außer die Stadt Kirkuk - de facto praktisch gemeinsam von den zwei kurdischen Verwaltungen in Sulaimania und Arbil regiert, haben jedoch formal eigene Provinzverwaltungen, die ihrerseits der Zentralregierung unterstellt sind. Die Sicherheitslage ist in diesen Gebieten im Vergleich zu den arabischen Landesteilen Iraks relativ gut. Die zwei kurdischen Verwaltungen unterstützen kräftig den Wiederaufbau der Infrastruktur und der Verwaltung in diesen Gebieten. Die Menschen in dieser Region sind sozusagen in einer Phase der Selbstfindung und beginnen mit dem Wiederaufbau. Ohne Unterstützung der beiden Verwaltungen, auch auf der Sicherheitsebene, wäre die Situation in diesen Gebieten nicht so relativ stabil wie gegenwärtig. Ziel der PUK und KDP ist es, nach der Normalisierung der Lage, einen administrativen Anschluss dieser Gebiete an die kurdische Selbstverwaltungsregion zu erreichen.

Ökonomische Ausgangslage: Erblast von Diktatur, Krieg und Vertreibung: *Merkmale der wirtschaftlichen Situation in den 90er Jahren*

Die wirtschaftliche Lage der Kurdengebiete im Nordirak ist durch eine Reihe von Besonderheiten geprägt. So führten mehrere Kriege, die langjährige, systematische Repressions- und Sanktionspolitik der irakischen Zentralregierung zur zielgerichteten Veränderung der Wirtschaftsstrukturen im kurdischen Landesteil. In deren Folge kam es z. B. zu großflächigen Umsiedlungen vor allem der ländlichen kurdischen Bevölkerung sowohl in andere Landesteile als auch in mehr oder weniger künstlich geschaffene städtische Ansiedlungen, sozusagen riesigen Sammellagerstätten („collective towns“). Rund 22 % der Bevölkerung (815.000 Menschen/140.000 Familien) sind im Grunde „Inlandsflüchtlinge“. Mehr als 4.500 Siedlungen und Dörfer wurden durch Krieg und Vertreibung zerstört, die Familien von ihrem Grund und Boden abgeschnitten und in den „collective towns“ aufgefangen bzw. wanderten in die wenigen Großstädte des Landes ab oder flohen in andere Länder. Den Familienhaushalten stehen in unzähligen Fällen Witwen vor. Seit 1991 migrierten auch viele Kurden aus anderen Teilen Iraks in die Region aus Furcht vor der Arabisierung- und Umsiedlungspolitik des Saddam-Regimes.

Al dies führte vor allem in großem Maße zu einer verhängnisvollen Zerstörung der ländlichen Dorfstrukturen, sozialer Entwurzelung der Landbevölkerung, einem weitgehenden Zusammenbruch der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und massenhafter Abhängigkeit dieser Bevölkerungsteile von staatlich verteilten Nahrungsmitteln bereits seit Anfang der 80er Jahre. Als »Kornkammer Iraks« hat Irakisch-Kurdistan damit seit längerer Zeit aufgehört zu existieren.

Dazu kommen die direkten Zerstörungen infolge mehrerer Kriege (1980 bis 1988 Krieg zwischen Iran und Irak, fortgesetzte schwerwiegende militärische Operationen der Saddam-Regierung gegen das kurdische Volk - darunter 1988 die so genannte Anfal-Operation mit dem Giftgasangriff gegen die kurdische Stadt Halabja, die bürgerkriegsähnlichen militärischen

Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Parteien von 1994 bis Ende 1997). Diese Faktoren führten dazu, dass die Infrastruktur des Landes zu etwa 80 Prozent zerstört wurde (Gebäude, Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, Straßen, Brücken, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Telefonnetz u. a.).

Oil-for-Food-Programm der Vereinten Nationen – Rettung in der Not mit negativen ökonomischen Folgen

Auch die nationale und internationale Embargopolitik als direkte Folge des Golfkrieges von 1990/91 traf die kurdische Bevölkerung schwer. Dazu gehört zum einen das von Saddam Hussein gegenüber Irakisch-Kurdistan verhängte inländische Embargo nach dem Kurdenaufstand von März 1991 und der Etablierung der Selbstverwaltungsorgane nach den Wahlen von sowie zum anderen die bis 1997 von der UNO über den gesamten Irak verhängten Sanktionen, die allen UN-Mitgliedsländern verbot, Handel mit dem Irak zu treiben (UN-Sicherheitsratsresolution 661).

Der entstandenen humanitären Katastrophe begegnete der UN-Sicherheitsrat 1996 mit der Resolution 986, die das Programm »Oil for Food« beinhaltet. Es erlaubte dem Irak unter strenger UNO-Aufsicht Erdölexporte zu tätigen und für humanitäre Zwecke zu verwenden (72 % der Verkaufserlöse). Ebenso sollten die eingenommenen Gelder zur Bezahlung von Kriegsreparationen an Kuwait (25 %) sowie 2,2 % für die UNO-Verwaltung des Programms und 0,8 % für die UN-Waffeninspektionen im Irak verwendet werden. Danach konnte die irakische Regierung zunächst Erdöl im Wert von zwei Milliarden US-\$ innerhalb von sechs Monaten verkaufen. In einem »Memorandum of Understanding« vom 20. Mai 1996 wurden Fragen der praktischen Umsetzung des Programms geregelt. Im Jahre 1998 wurde festgestellt, dass die bereitgestellten Mittel nicht ausreichend sind, um vor allem die Probleme in der Nahrungsmittelversorgung zu lösen. Mit der UN- Sicherheitsratsresolution 1143 wurde daraufhin der Betrag auf 5,2 Milliarden US-\$ bei Beibehaltung der Prozentanteile aufgestockt.

Das Programm wurde in 13 Halbjahresphasen im Zeitraum von Dezember 1996 bis November 2003 realisiert, wobei in diesem Zeitraum durch die Ölverkäufe insgesamt eine Summe von 64,2 Mrd. US-\$ eingenommen wurden (bis März 2003), die auf 5 Konten einer französischen Bank, auf die die Saddam-Regierung keinen Zugriff hatte, deponiert wurden.

Bezogen auf die selbst verwaltete Region Irakisch-Kurdistan sah das Programm laut UN-Festlegung eine anteilige Mittelzuwendung von 13 % des Gesamtfonds vor. Die Gelder wurden fest fixiert verwendet für: Nahrungsmittel, Arzneimittel und medizinische Versorgung, Ersatzteile für die Ölindustrie sowie Projekte der internationalen Hilfsorganisationen auf dem Gebiet von Gesundheitswesen, Bildung, Energieerzeugung, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Telekommunikation, Wohnungsbau und Neuansiedlung sowie Landminenbeseitigung. Im gesamten 7-Jahreszeitraum wurden der Region daher bis März 2003 Mittel in Höhe von 8,35 Mrd. US-\$ zugewiesen, von denen allerdings nur rund 50 % ausgegeben wurden (4,116 Mrd. US-\$ bis Dezember 2002).

- Von dieser Gesamtsumme der tatsächlichen Ausgaben entfielen in Irakisch-Kurdistan:
- auf Nahrungsmittel: 1,398 Mrd. US-\$ (Gesamtirak 10,760 Mrd. US-\$)
 - auf die medizinische Versorgung 274 Mill. US-\$ (Gesamtirak 2,111 Mrd. US-\$)
 - auf Ersatzteile für die Ölindustrie: 771 Mill. US-\$
 - auf Projekte von internationalen Organisationen und NGOs: 1,673 Mrd. US-\$.

Das Programm konnte die Bedürfnisse der Region bei weitem nicht decken und schon gar nicht die wirtschaftlichen Zerwürfnisse kurz- oder mittelfristig beseitigen. Vor allem erfordert die Rückführung der Landbevölkerung und Bauern in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete einen immensen Aufwand. Dennoch hatte die Durchführung des Programms nachhaltigen Einfluss auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und war lebenswichtig.

Die Durchsetzung des Programms wurde dabei durch verschiedene Unterorganisationen der UNO (darunter FAO, UNESCO, WHO, UNICEF u. a.) in Zusammenarbeit mit den regionalen Behörden und NGOs ermöglicht. Bereits auf der Grundlage von UNO-Beschlüssen nach dem zweiten Golfkrieg wurde humanitären Hilfsorganisationen gestattet, in der Region für Wiederaufbauhilfe tätig zu sein.

Äußerlich betrachtet schien es vor allem in Irakisch-Kurdistan eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu geben. Insbesondere der Bausektor profitierte, und die Infrastruktur wurde wesentlich ausgebaut. Die materiellen Verhältnisse der Menschen haben sich in der Tat verbessert.

Fast drei Viertel der Einwohner in Irakisch-Kurdistan bekamen nahezu kostenlos und unabhängig vom sozialen Status die Grundnahrungsmittel regelmäßig über das „World Food Program“ der UNO zur Verfügung gestellt. Damit wurde über das Oil-for-Food-Programm die Grundversorgung der Bevölkerung abgesichert.

Was es darüber hinaus zu verteilen gab, waren vor allem die Zolleinnahmen aus dem Warenverkehr mit den Grenzländern, auch wesentlich unter Umgehung des Embargos. Der Grenzhandel vor allem mit der Türkei – in geringerem Umfang auch mit Iran - war damit von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung und wesentliche Einnahmequelle.

Auf der anderen Seite wurde der Wiederaufbau des Landes grundsätzlich durch das Embargo gebremst. Der Import von Waren, vor allem Investitionsgüter und Ersatzteile, zur Instandsetzung der zerstörten Betriebe und Infrastruktureinrichtungen war faktisch untersagt. Das Land blieb infolgedessen praktisch deindustrialisiert und ohne eine nennenswerte eigene Warenproduktion. Bilaterale staatliche Entwicklungshilfeprogramme waren indes aufgrund des rechtlichen und internationalen Status der kurdischen Region (als Bestandteil der Republik Irak) nicht möglich. Daran änderte auch die reale Abwesenheit zentralirakischer Verwaltungsstrukturen und ihre Einnahme durch Vertreter der kurdischen Parteien grundsätzlich nichts.

Die ökonomische und soziale Ordnung Irakisch-Kurdistans, die sich wesentlich vor dem Hintergrund der Sanktions- und Embargopolitik und des etablierten internationalen Hilfssystems herausgebildet hat, wurde damit in wesentlichen Zügen vom Ausland abhängig und fremdbestimmt. Eine eigene, sich selbsttragende Wirtschaft konnte sich demzufolge im Grunde genommen nicht herausbilden. Auch die vielen Hilfsprojekte – so wichtig und wertvoll sie sind - waren zu wenig Hilfe zur Selbsthilfe und haben Abhängigkeiten geschaffen. Und ebenso sind die Menschen - trotz ihrer durchaus insgesamt verbesserten materiellen Lebenslage - über die umfassende Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelhilfe mehr oder weniger unmittelbar abhängig vom Wohlwollen des Auslands und der innerstaatlichen Zuweisungen geworden, obwohl dies insgesamt zur Verbesserung der Lebensbedingungen führte und sich spürbar positiv von der katastrophalen Lage in den übrigen Teilen des Irak abhob.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Entwicklungen nach der Befreiung im Jahre 2003

Eines der Hauptkennzeichen der Region ist zweifellos, dass sie sich seit über 12 Jahren auf der Basis stabiler lokaler und regionaler Verwaltungsstrukturen mit weitgehend demokratischer Legitimation erfreut. Dies ist Ausdruck von Kontinuität und Stabilität im Hinblick auf die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsentwicklung. Die weitgehende Verankerung von Recht und Ordnung in der Gesellschaft mit ihren Wirkungen bis hin ins Bewusstsein der Bevölkerung und damit eine stabile Sicherheitslage insgesamt – völlig konträr zur gegenwärtigen Lage in den anderen Teilen des Irak – waren entscheidende Voraussetzung dafür, dass es nach Beendigung des Oil-for-Food-Programms nicht zum ökonomischen Kollaps kam, sondern im Gegenteil – unter jetzt veränderten nationalen und internationalen Bedingungen – ein beträchtlicher wirtschaftlicher Aufschwung mit positiven gesamtgesellschaftlichen Effekten einsetzte. Privatinitiative und Marktwirtschaft setzen sich spürbar durch.

Der ökonomische Aufschwung ist dabei vor allem in einem rasanten Tempo in folgenden Wirtschaftszweigen zu verzeichnen:

- Bauwesen
- Groß- und Einzelhandel
- Verkehrs- und Transportwesen
- Telekommunikation

Das Wiederaufbauprogramm wurde – mit allen Einschränkungen - in Irakisch-Kurdistan bereits 1992 begonnen. So wurden bis 1999 z. B. 1000 km neue Straßen und 15 neue Brücken gebaut, über 600 km Straßen wurden ausgebaut oder erweitert. Für den Bereich Bauwesen im weitesten Sinne verwendete die Regionalregierung in den vergangenen Jahren rund 26 % des Haushaltsbudgets.

Ein regelrechter Bauboom herrscht vor allem in den beiden größten Städten der Region, Arbil und Sulaimania. Die durchgeführten Wohnungsbauprojekte in beiden Städten vor allem über staatlich aufgelegte Programme verursachten in 2004 ein nahezu 100 %-Wachstum in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr. Es herrscht inzwischen Mangel an Saisonarbeitern und die Löhne im Bausektor stiegen überproportional. Die Entwicklung im Bauwesen ist begleitet von der Entstehung hunderter kleiner privater Zulieferbetriebe vor allem in Arbil und Sulaimania zur Herstellung von Zement, Bausteinen, Blöcken und Platten, Marmorteilen, Glas, Fenster, Türen und Möbel. Die meisten dieser Unternehmen beschäftigen weniger als 10 Personen, oft sind es reine Familienbetriebe.

Enormer Schub für die Bauwirtschaft sind große öffentliche Projekte, darunter die neuen Großflughäfen für Arbil und Sulaimania und die Straßenbauprojekte Arbil-Salahaddin und die Straßen rund um Sulaimania, einschließlich großer Tunnelbauten. Bis dato gab es in Irakisch-Kurdistan keinen Zivilflughafen. Beide Flughäfen sollen Anfang 2005 in Betrieb gehen. Mehrere neue Hotelbauten in beiden Städten sind auf einen erhofften Ansturm von ausländischen Geschäftsleuten, Vertragspartnern und auch Touristen ausgerichtet.

Der Handelssektor vermeldet enorme Umsatzsteigerungen für Konsumgüter von technischen Geräten bis hin zu Textilien. Zumeist werden sie importiert, in hohem Maße aus der Türkei, Iran und China, währenddessen einheimisch produzierte Konsumgüter auf Möbel, Kunststoffschuhe und -taschen, Kleintextilien wie Strümpfe und einige einfache technische Produkte wie Elektrokabel und Schnüre beschränkt sind.

Transport und Verkehr sind das dritte Standbein des Wirtschaftsbooms. Insbesondere boomt der Lieferverkehr aus den Nachbarländern, vor allem aus der Türkei. Gegenwärtig ist die

Grenzstation Zakho der wichtigste Landzugang zum Irak insgesamt. Nahezu 3.000 Lkws und Transporter passieren hier täglich die Grenze und die Straße in Richtung Süden „blüht“ mit Restaurants und Tankstellen in jedem Dorf. Eine starke Entwicklung des Verkehrsaufkommens sorgte für die Entstehung einer Vielzahl von Autohändlern und Verkaufsshops, Reparaturwerkstätten und Waschanlagen.

Im Telekommunikationsbereich wurden und werden in großem Umfang des Telefonnetz, das Mobilfunknetz, Satelliten-TV-Netze und Internetanschlüsse ausgebaut.

Insgesamt ist jedoch einzuschätzen, dass die ökonomische Basis Irakisch-Kurdistan nach wie vor noch äußerst schwach ist. Insbesondere sind produktive Strukturen unterentwickelt (Industrie kaum vorhanden, Landwirtschaft weitgehend deformiert). Das starke Wirtschaftswachstum ist mehr oder weniger auf die Städte beschränkt, wobei die beiden Fast-Millionenstädte Arbil und Sulaimania mehr oder weniger außergewöhnliche Wachstumsinseln sind. Es wird geschätzt, dass über 75 % der Bevölkerung in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern lebt – Resultat der jahrelangen Kriegs- und Konfliktsituation und damit verbundener Vertreibungs- und Umsiedlungspolitik. Damit ist vor allem die ländliche Entwicklung (Nahrungsmittelproduktion) entscheidendes Problemfeld mit gravierenden Defiziten. Hinzu kommen insbesondere auch das Energie- und Bildungsproblem.

Förderung ausländischer Investitionen – Grundelement der neuen Wirtschaftspolitik ab 2003

Die wirtschaftlichen Initiativen des Staates haben sich inzwischen sehr ausgeweitet. Privates Unternehmertum entwickelt sich in den Städten rasch. Damit werden Investitionsbedarf geweckt und wichtige Rahmenbedingungen gesetzt.

Die Regierung begrüßt nicht nur die verstärkte Privatinitiative und ihre Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung schlechthin, sondern bemüht sich ernsthaft, ausländische Direktinvestitionen ins Land zu holen. Während der Umfang ausländischer Investitionen bislang insgesamt noch sehr gering ist, gibt es dennoch vor allem in Arbil und Sulaimania zusammen ca. 100 registrierte ausländische Unternehmen, in der überwiegenden Zahl im Besitz von Kurden aus der Türkei und Iran, die insbesondere im Bausektor und im Grenzhandel engagiert sind. Es ist noch nicht bekannt, wie viele irakische Auslandskurden (nach Schätzungen ca. 1,5 Millionen) nach dem Sturz Saddams zurückgekehrt sind und mitgebrachte Devisen für Investitionszwecke einsetzen.

Auf jeden Fall betrachten die beiden Verwaltungen der kurdischen Regionalregierung Auslandskapital und dies insbesondere in Form von Direktinvestitionen als wesentliches Element der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung und messen seiner Förderung hohe Priorität bei. Sie tun dies auf der Grundlage der insgesamt günstigen allgemeinen Rahmenbedingungen und verweisen in diesem Zusammenhang u. a. auf folgende Faktoren:

- Stabile politische Verhältnisse mit konsolidierten Institutionen, hervorgegangen aus demokratischen Wahlen
- Stabile Sicherheitslage im Vergleich zu anderen Landesteilen Iraks
- Fortgeschrittenes Rechts- und Ordnungssystem, einschließlich Justiz und Polizei
- Sich schnell entwickelnde marktwirtschaftliche Verhältnisse mit vielfältigen Privatinitiativen und Schutz des Privateigentums
- Hohes Maß an Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit im Lande
- Gut entwickeltes modernes Kommunikationsnetz mit dem Ausland (Internet, Mobilfunk)

- Äußerst niedrige Kriminalitätsrate (Gefängnisinsassen unter 1.000 bei einer Einwohnerzahl von weniger 4 Millionen; kein Drogenkonsum und Drogenhandel)
- Reiche natürliche Ressourcen und Rohstoffe
- Fruchtbare und hoch produktives Land
- Naturreichtum, sauberes Wasser und reiner Boden, intakte Umwelt

Die ökonomische Attraktivität Irakisch-Kurdistans wird dabei entscheidend durch den Erdölreichtum bestimmt. In der kurdischen Region befinden sich Ölreserven im Umfang von 45 Mrd. Barrel. Das sind die sechstgrößten Reserven der Welt und rund die Hälfte der irakischen Reserven. Die produktivsten Felder befinden sich in der Umgebung von Kirkuk (gegenwärtig noch außerhalb der kurdischen Selbstverwaltungsregion).

Von wesentlicher Bedeutung ist aber, dass nunmehr auch ein Instrumentarium mit den institutionellen und rechtlichen Voraussetzungen zur Förderung ausländischer Investitionen vorhanden ist.

Um vor allem ausländischen Unternehmen den Markteintritt zu erleichtern, wurden spezielle Investitionsförderungsbehörden gegründet:

Dazu gehört insbesondere das ***Board of Promoting Investment in Iraqi Kurdistan*** (www.kinvest.org) der Kurdischen Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania) zur Beratung, Förderung und Entwicklung der Wirtschaft, speziell konzentriert auf die Investitionsförderung, Investorenanwerbung, Genehmigungsverfahren, Lizenzerteilung usw. mit Sitz in Sulaimania. Die Einrichtung arbeitet mit einheimischen Behörden und Partnern zusammen, vermittelt Geschäftspartner, arrangiert konkrete Investitionsvereinbarungen, Joint Ventures, Franchising und Projekte und hat Zugang zu internationalen Märkten, Beratungs- und Ausbildungsprogrammen.

Das Board untersteht direkt dem Vorsitzenden des Ministerrates, der den Vorsitzenden im Rang eines Ministers ernannt.

Es umfasst die folgenden Abteilungen, an deren Spitze jeweils ein Generaldirektor steht:

- das Office of Research Work and Economic and Technical Assessment
- das Office of Promoting Investment Projects
- das Legislative and Administration Office
- das Office of Authorization and Implementation of Investment Dealing
- das Office for Public Relation and Media

Dem Board ist außerdem ein Aufsichtsrat zugeordnet.

Als Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Regierungsverwaltung Arbil arbeitet die ***Kurdistan Development Corporation*** (mit Zweigstelle in London).

Auch im privaten Bereich gibt es Initiativen mit ähnlichen Aufgaben, darunter das ***Mesopotamian Advisory Team*** (www.mesoat.com) als Vermittlungs- und Beratungsfirma, die insbesondere auch deutschen Unternehmen (u. a. Büro in Frankfurt/Main) helfen kann, den Markt in Irakisch-Kurdistan sowie in Irak insgesamt zu erschließen.

Von besonderer Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind weitreichende Bestimmungen zur **Förderung ausländischer Investitionen:**

Die kurdische Regionalregierung (Verwaltung Sulaimania) verabschiedete am 17. März 2004 das **Gesetz No.89/Law of Promoting Investment in Kurdistan Region/Iraq**, das ausdrücklich auf die Heranziehung ausländischer Investitionen gerichtet ist und dessen Umsetzung in den Händen des Board liegt.

Das Gesetz steht in Ergänzung und Erweiterung der gesamtirakischen Investitionsverordnung No. 39, ergänzt durch die Verordnung No. 46, vom 19.09.2003 der Provisorischen Zivilverwaltung der Koalitionskräfte (CPA), das den irakischen Markt für ausländische Investitionen und Auslands-kapital ohne Beschränkung der Kapitalanteile öffnete. Eine darauf folgende Verordnung No. 64 der CPA regelt schließlich die Gründung von Tochterunternehmen ausländischer Konzerne im Irak mit entsprechenden Bestimmungen zum Gewinntransfer. Ausländische Beteiligungen im Banksektor unterliegen dabei gesonderten Regelungen (CPA-Verordnung No. 40). Danach wird die Anzahl ausländischer Banklizenzen auf 6 beschränkt und Anteilsgrenzen festgesetzt.

Bemerkenswert im verabschiedeten gesamtirakischen wie vor allem kurdischen Gesetz sind u. a. die folgenden Bestimmungen:

- Völlige rechtliche Gleichstellung von einheimischen und ausländischen Investoren
- Keine anteilmäßige Beschränkung von Auslandskapital
- Gestattung aller möglichen Rechtsformen für die Geschäftstätigkeit, die Unternehmensgründung und den Unternehmenserwerb (z. B. unabhängige Gesellschaft, Joint Venture mit einheimischen Investoren, Kauf bereits existierender einheimischer Unternehmen u. a.)
- Großzügige Bereitstellung von Grund und Boden für die Investition (hierbei in Irakisch-Kurdistan weitergehendere Regelung als im übrigen Irak/Irak generell: kein Landeigentum, lediglich Pacht gestattet; in Irakisch-Kurdistan: unentgeltliche Landüberlassung möglich)
- Garantien für den Investor gegen Nationalisierung, Enteignung, oder Konfiszierung
- Im Falle von begründeten Enteignungen Garantie einer gerechten Entschädigung
- Ungehinderter Profittransfer oder Gewinnanlage in Kapital
- Vergünstigte Zoll- und Steuersätze für importierte Kapitalanlagen des Unternehmens
- Vergünstigte Zoll- und Steuersätze für importierte Ersatzteile
- Steuer- und Zollbefreiung für Rohstoffe innerhalb der ersten 3 Jahre
- Naturressourcen (einschließlich Erdöl) und Versicherungsgesellschaften sind für Ausländer gesperrt, für Banken gelten – wie erwähnt - Sonderregelungen
- Regelung von Streitfällen mit friedlichen Mitteln, im gegenseitigen Einvernehmen und auf der Grundlage von Recht und Gesetz

Hervorzuheben sind die besonderen Anreize in Irakisch-Kurdistan:

- Gründung spezieller Investitionsförderungsgesellschaften (siehe oben)
- Besondere Anreize bezüglich der Landbereitstellung
- Befreiung des Investors zunächst für 5 Jahre von allen Steuern und Zöllen (später Verlängerung möglich)
- Auch Banksektor als Förderbereich für Auslandskapital
- Extra-Entschädigungsregelungen im Enteignungsfalle

Im *Gesetz No. 89/Irakisch-Kurdistan* werden die folgenden *Hauptfelder der Investitionsförderung* explizit hervorgehoben:

- Industrie
- Landwirtschaft (Pflanzen- und Tierproduktion)
- Tourismus und Hotels
- Krankenhäuser
- Freizeiteinrichtungen in den Städten
- Moderne Kommunikations- und Informationstechnologien, einschließlich Telekommunikation
- Banken
- Bauwirtschaft
- Gründung privater Universitäten

Bisherige ausländische Finanzzusagen für den Irak insgesamt:

Der Bedarf des gesamten Irak an Wiederaufbauinvestitionen ist nach mehreren Kriegen enorm. Er wurde von der Weltbank und den Vereinten Nationen bis 2007 auf ca. 55 Mrd. US-\$ geschätzt. Auf der internationalen Geberkonferenz von 73 Staaten und 20 internationalen Organisationen am 23./24. Oktober 2003 in Madrid wurden von Weltbank, IWF und Geberländern Zusagen in Höhe von über 13 Mrd. US-\$ gegeben, darunter bis zu 5 Mrd. US-\$ von Japan, Kredite zwischen 3 und 5 Mrd. US-\$ von der Weltbank und zwischen 2,5 und 4,25 US-\$ vom Internationalen Währungsfond. Auf der Internationalen Geberkonferenz am 13./14. Oktober 2004 in Tokio unterbreitete die irakische Interimsregierung eine „Nationale Entwicklungsstrategie“ als Leitlinie für den Wiederaufbau und grundlegende Wirtschaftsreformen. Durch weitere Finanzzusagen stehen nunmehr bis zu 18 Mrd. US-\$ (ohne USA) für den Irak zur Verfügung. Bereits zuvor verabschiedeten die USA im Jahre 2003 eine Wiederaufbauhilfe in Höhe von 18,4 Mrd. US-\$, die vertragsmäßig vor allem durch die staatlichen US-Hilfsagenturen „United States Agency for International Development“ (USAID), „Project and Contracting Office“ (PCO) und „U.S. Army Corps of Engineers“ gebunden wurden. Die deutsche Bundesregierung hat ihre Entschlossenheit bekräftigt - erneut während des Besuches des irakischen Ministerpräsidenten Alawi am 03.12.2004 in Berlin -, sich am Wiederaufbau zu beteiligen und dabei u. a. auch Nichtregierungsorganisationen in der Projektfinanzierung zu unterstützen.

Von entscheidender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch der Schuldenerlass für den Irak (Gesamtschulden in Höhe von 127 Mrd. US-\$). Bisher hatten vor allem die im Pariser Club vereinten – vor allem europäischen – Gläubigerstaaten dem Irak im November 2004 einen Erlass von 80 % der Schulden (38,3 Mrd. US-\$) zugesichert. Im Dezember 2004 haben schließlich die USA dem Irak seine gesamten Schulden erlassen (4,1 Mrd. US-\$). Die höchsten Schulden hatte der Irak jedoch bei arabischen Staaten, vor allem Saudi-Arabien und Kuwait, die sie inzwischen teilweise erlassen haben.

Hauptfelder der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Irakisch-Kurdistan

Im Jahre 2005 erhalten die drei Provinzen der selbst verwalteten kurdischen Region mit umgerechnet 3,918 Mrd. US-\$ 17 % aus dem irakischen Gesamthaushalt. Die beiden Verwaltungen der kurdischen Regionalregierung in Sulaimania und Arbil verfügen hiermit über ein von der irakischen Zentralregierung unabhängiges Budget. Von dieser Summe sind 2,542 Mrd. US-\$ für öffentliche Dienstleistungen und Investitionen vorgesehen. 1,376 Mrd. US-\$ betreffen die folgenden Ausgabenbereiche: Brennstoffe, Elektrizität, Lebensmittel, Medikamente

Minenbeseitigung, landwirtschaftliche Subventionen und verschiedene soziale Bereiche (Familie, Jugend u. a.).

Ausländische Investoren, darunter deutsche Unternehmen, sind eingeladen, sich an Ausschreibungen zu beteiligen und Geschäfte mit der Regierung und dem privaten Sektor abzuschließen.

Wirtschaftszweige und andere Bereiche mit vorrangigem Investitionsbedarf:

Bausektor, einschließlich Baustoffproduktion

Trotz der rasanten Entwicklung im Bausektor, sind die noch vorhandenen Defizite unverkennbar. So gibt es in Irakisch-Kurdistan bislang nur eine zwei größere Zementfabriken in Sulaimania, deren Kapazität längst nicht ausreicht, um den Bedarf an Baustoffen für das Expansionsprogramm im Bauwesen zu decken. Die verschiedensten Baumaterialien sind Mangelware, deshalb sind Alternativlieferanten dafür sehr gefragt. Priorität hat dabei auch die Realisierung des groß angelegten Ansiedlungsprogramms der kurdischen Regionalregierung (Wohnungs- und Häuserbau) für die vom früheren Regime im Rahmen seiner Arabisierungspolitik vertriebenen und zwangsweise umgesiedelten Kurden. Im Wohnungsbau besteht großer Bedarf an Wohnungen/ Wohngebäuden der verschiedensten Größen und Zuschnitte für Menschen unterschiedlichster Einkommensverhältnisse.

Besonderes Interesse bezeugen die beiden Verwaltungen der kurdischen Regionalregierung darüber hinaus dem Engagement ausländischer Investoren in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Straßen-, Brücken- und Tunnelbau sowie bei der Errichtung größerer Betriebsstätten zur Produktion verschiedener Baumaterialien. Gern gesehen sind Firmen, die z. B. große Kunststoffrohre für die Kanalisation (Wasser und Abwasser) herstellen.

Allein in der Provinz Sulaimania stand im Jahre 2004 ein Budget in Höhe von 975 Mill. US-\$ für den Bausektor zur Verfügung (Gelder aus dem ausgelaufenen Oil-for-Food-Programm), wovon jedoch nur ca. 600 Mill. US-\$ vergeben werden konnten, weil es an potenten Unternehmen mangelt. Der Rest wird nun in das Jahr 2005 übernommen, wenn insgesamt eine aufgestockte Budgetsumme von 1,2 Mrd. US-\$ in der Provinz für den Bausektor ausgegeben werden soll. Auch in den anderen beiden Provinzen Arbil und Dohuk steht dieser Betrag für das Bauwesen zur Verfügung. Allein in Sulaimania steht z. B. für 2005 ein Baubedarf von 20.000 Wohnungen an.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist - wie gesagt - der Hauptzweig der Wirtschaft in Irakisch-Kurdistan. Dennoch ist die Zerstörung ländlicher Strukturen und der Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion, die in der Region an sich sehr gute natürliche Bedingungen vorfindet, infolge von Krieg, Flucht, Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Embargopolitik unübersehbar. Der vorrangige Import von Nahrungsmitteln im Rahmen des Oil-for-Food-Programms hemmte die landwirtschaftliche Entwicklung. Die Regionalregierung stellt inzwischen bedeutende Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft bereit, so dass die landwirtschaftliche Erzeugung erhebliche Fortschritte gemacht hat. Hauptbereiche sind der Anbau von Getreide (Weizen, Gerste), Gemüse und Obst sowie die Viehzucht (Rinder, Schafe, Geflügel), wo erhebliche Produktionssteigerungen in guter Qualität zu verzeichnen sind. Insbesondere wurden und werden weiterhin Geflügelfarm-Projekte (Fleisch- und Eierproduktion) gefördert und realisiert. Gegenwärtig existieren im Lande ca. 400 Geflügelprojekte zur Produktion von über 4 Millionen Schlachthühnern und 120 Millionen Eiern. Zukünftige Priorität haben generell die Viehzucht, die Milch- und Fleischproduktion, Hühnerfarmen mit Eierproduktion. Vor allem wenn die

Transportmöglichkeiten verbessert werden, Kühlanlagen gebaut werden und auch die Verpackung ausgeweitet wird, ergeben sich weitere Möglichkeiten zur Steigerung und qualitativen Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion, die auch für den Export genutzt werden könnten.

Bewässerung

Um dauerhaft eine ausreichende landwirtschaftliche Produktion zu gewährleisten, muss das Bewässerungssystem in Irakisch-Kurdistan weiter ausgebaut werden. Der Bedarf an entsprechenden Ausrüstungen und Projekten ist groß. Zahlreiche Vorhaben wurden bereits durchgeführt. In den Provinzen Arbil und Dohuk wurden z. B. über 290 Bewässerungsprojekte mit 290 km Kanälen, 74 Tiefbrunnen und 530 Wasserreservoirs realisiert.

Verarbeitende Industrie

Die verarbeitende Industrie ist nur äußerst schwach entwickelt, sie befindet sich erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Nahezu alle verarbeiteten Erzeugnisse müssen importiert werden. Beim Ministerium für Industrie sind etwa 700 Betriebe registriert, die verarbeitete Güter produzieren; 530 von ihnen haben weniger als 10 Beschäftigte, 230 beschäftigen weniger als 4 Personen. Nur 38 Unternehmen haben einen Kapitalbestand von mehr als 100.000 US-\$.

Der Bedarf und das Potenzial zum Ausbau der verarbeitenden Industrie sind jedoch enorm. Vor allem im schnell wachsenden Privatsektor wird faktisch alles nachgefragt, angefangen von Verbrauchsgütern, Maschinen und Ausrüstungen bis hin zu Ersatzteilen.

Dies gilt insbesondere für die Nahrungsmittelindustrie. In Banikhelan gibt es einen Betrieb zur Mineralwasserproduktion (errichtet mit deutscher Unterstützung). Der Mangel an einem modernen System von Produktion, Lagerung, Kühlung, Verpackung und Verteilung ist aber insgesamt offensichtlich. Der Markt für verarbeitete Nahrungsmittel ist in Irakisch-Kurdistan und ganz Irak sehr entwicklungsfähig. Dabei geht es z. B. um den Bau von Konservenfabriken verschiedenster Art, Trocknung von Obst und Gemüse, Fleischverarbeitung, Juiceherstellung, Brauereien, Winzereien, Lederverarbeitung u. a., was leicht zu niedrigen Kosten und mit großen Absatzchancen etabliert werden könnte. Gerade auf diesen Gebieten ist die kurdische Regionalregierung an einer Partnerschaft mit ausländischen Unternehmen interessiert und gewährt für sie günstige Investitionsbedingungen. Das Vorhandensein von natürlichen Seen und zahlreichen Flüssen mit großem Fischreichtum eröffnet auch gute Möglichkeiten zur Entwicklung des Fischereiwesens und Fisch verarbeitenden Industrie.

Insgesamt wird die Regionalregierung vor allem zukünftig einen bedeutenden Anteil des Budgets zur Entwicklung der verarbeitenden Industrie bereitstellen, auch zum Import entsprechender Maschinen, Ausrüstungen und Rohstoffe nicht nur für die Nahrungsmittel- und Konservenindustrie, auch zur Errichtung von Textil- und Zigarettenfabriken sowie zur Verarbeitung von Marmor. Darüber hinaus gibt es Pläne zur Erweiterung der bestehenden Raffinerie nahe der Stadt Koya.

Bergbau

In Irakisch-Kurdistan gibt es bedeutende Reserven an Mineralien und Rohstoffen wie Eisenerz, Kupfer, Zink und qualitativ hochwertigem Marmor. Vorschläge, um in diesen Sektor zu investieren werden sehr wohlwollend betrachtet. Der Rohstoffabbau und die weitere Erkundung von Rohstoffen werden gefördert.

Energie

Die Defizite in der Elektroenergieerzeugung sind nach wie vor offensichtlich. In Anbetracht der Tatsache, dass es vor 13 Jahren in Irakisch-Kurdistan kaum eine Stromerzeugung gab, sind die Fortschritte seitdem jedoch beträchtlich. Neue Kraftwerke und Generatoren wurden errichtet, vorhandene repariert und rekonstruiert. Hervorzuheben sind insbesondere der Staudamm mit dem dazugehörigen Kraftwerk Dukhan vor allem für die Stromversorgung von Sulaimania sowie das Wasserkraftwerk von Darbandikhan. Finanzielle Zuwendungen zum Ausbau Elektroenergieerzeugung waren in der Zeit des Oil-for-Food-Programms bis 2003 der zweitgrößte staatliche Haushaltsposten. Auch eine Vielzahl von Dörfern wurde an die Stromversorgung angeschlossen. Der Bedarf ist jedoch bei weitem nicht gedeckt. Es gibt bedeutende Möglichkeiten zur Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft und eines entsprechenden Verteilersystems.

Telekommunikation, Transport und Verkehr

Große Investitionen sind zum Ausbau des Telefonnetzes und insgesamt eines modernen Kommunikationswesens vorgesehen und bereits angelaufen. Beträchtlich wird in die Erweiterung des städtischen und ländlichen Straßennetzes investiert. Die Eröffnung der neuen Flughäfen in Sulaimania und Arbil steht – wie erwähnt – kurz bevor.

Banksektor

Die unzureichende Entwicklung eines modernen Bankwesens ist ein Haupthindernis einer modernen Wirtschaftsentwicklung. Um die Geschäftstätigkeit der Firmen zu erleichtern, wird die Eröffnung neuer Bankfilialen unter Einbeziehung ausländischer Teilhaber erleichtert und gefördert. Die Zentralbank Iraks erteilt gegenwärtig eine Anzahl von Bank-Lizenzen für die Kurdistan-Region.

Umwelt

Das Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung hat den Umweltschutz ebenfalls zu seiner Aufgabe gemacht. Es wird rigoros eine Politik des Naturschutzes, zum Schutz der Wälder, der Aufforstung und zur Wasserreinhaltung verfolgt. Hilfsmaßnahmen auf diesen Feldern sind willkommen, dies auch infolge der Tatsache, dass in der Zeit von 1991 bis 1996 durch den Mangel Brennstoffen große Waldflächen abgeholzt wurden.

Tourismus

Die kurdische Regionalregierung setzt hohe Erwartungen in die Entwicklung des Tourismus, wozu in Irakisch-Kurdistan insgesamt gute Bedingungen vorhanden sind. Die Einrichtung von Touristenbüros wird unterstützt. Beträchtliche Investitionen werden in Hotels und andere touristische Einrichtungen vor allem im Privatsektor getätigt werden. Die bis jetzt zu wenig vorhandenen Hotels sind ständig ausgebucht. Von ausländischen Partnern werden weitere Vorschläge und Konzepte für die Entwicklung des Tourismus (einschließlich Hotelbau) erwartet.

Bildungswesen

Die Regierung betrachtet die Entwicklung des Bildungswesens als oberste Priorität. Es wurden neue Schulen gebaut und vorhandene renoviert und neu ausgestattet. Der Bedarf zum Ausbau ist

nicht gedeckt. Gleiches betrifft die Berufsausbildung und das Hochschulwesen. Es gibt drei Universitäten in Sulaimania, Arbil und Dohuk sowie mehrere technische Institute und Colleges. In Koya befindet sich zurzeit eine Hochschule im Aufbau. Es werden Fachkräfte, Lehrer, Berater, Lehrmaterialien und eine verbesserte technische Ausstattung und Modernisierung auf allen Ebenen des Bildungswesens benötigt.

Gesundheitswesen

Krankenhäuser und Ambulanzen müssen neu errichtet bzw. die vorhandenen neu ausgestattet werden. Dafür sind moderne Ausrüstungen und Fachkräfte nötig.

Öffentliche und kommunale Dienstleistungen

Hierbei geht es um den Aufbau von Einrichtungen der Wasserwirtschaft, der Abwasserkanalisation, der Abfall- und Müllverwertung, Verkehrsleitsystemen u. a., wozu Fachkräfte und Ausrüstungen benötigt werden.

Verwaltung, Recht und Sicherheit

Um das pluralistische, demokratische System zu konsolidieren und zivilgesellschaftliche Strukturen auszubauen, werden Verwaltungsfachkräfte, Finanz- und Rechtsexperten, Berater für die Entwicklung politischer und sozialer Organisationen und Verbände, Gewerkschaften, NGOs usw. benötigt.

Berlin, Januar 2005

III. Erklärungen, Stellungnahmen und Informationen zu besonderen Ereignissen

1. Information:

Die „Anfal-Kampagne“ von 1988 gegen die Kurden im Nordirak

Man muss den Koran kennen, um zu wissen, was eigentlich „Anfal“ bedeutet: Es ist der Name der 8. Sure des Koran, eine 75 Strophen lange Offenbarung des Propheten Mohammed aus dem Jahre 624 n. Chr. nach der ersten großen Schlacht für den Islam in Badr (in der Provinz Hejaz im heutigen Saudi-Arabien). Die siegreichen Muslime, die seinerzeit 1000 Ungläubige in die Flucht trieben, sahen die Schlacht als Rechtfertigung für den muslimischen Glauben. In der genannten Sure bedeutet das arabische Wort *Anfal* „Beute“ (gemeint die Kriegsbeute nach einer Schlacht).

Die Erfinder der „Anfal-Kampagne“ erklärten somit die Kurden als Ungläubige. „Anfal“ ist damit nichts anderes als der Codenamen der Serie von Militäractionen, die 1988 - im letzten Jahr des achtjährigen Irak-Iran-Krieges - gegen die mit dieser Bezeichnung also als „ungläubig“ gebrandmarkte kurdische Bevölkerung durchgeführt wurden. Die Operationen stünden damit in Übereinstimmung mit der Lehre des Islam. Doch den „Glauben“ stellte nun nicht mehr unmittelbar der Islam dar, sondern das diktatorisch-verbrecherische Baath-Regime.

Es ist schon lange bekannt, dass die heute 6 bis 6,5 Millionen irakischen Kurden im Laufe der Zeit entsetzlich unter der Willkür verschiedener Herrscher in Bagdad gelitten haben. Die Autonomiebestrebungen der Kurden waren schon in den zwanziger Jahren niedergeschlagen worden. Doch nachdem Irak 1932 seine Unabhängigkeit erhielt und schließlich 1968 die nationalistisch-panarabische Baath-Partei des Saddam Hussein die Macht übernommen hatte, wurde das Handlungsmuster, wie man mit den unbeugsamen Kurden umging, zunehmend grausamer. Immer weniger ging es – wie bislang – um Verzögerung von Zugeständnissen, Vorwurf von Wortbruch und Verrat, als vielmehr darum, dass man jegliches Eintreten für kurdische Identität und Selbstbestimmung zum kriminellen Akt erklärte. „Umsiedlung“, „Arabisierung“, „Deportation“, „Plattwalzen von Städten und Dörfern“ und schließlich „Verschleppung und Ermordung“ von kurdischen Männern und Frauen waren im kurdischen Nordirak seit Mitte der siebziger Jahre systematisch und immer vollendeter auf der Tagesordnung.

Die irakischen Kurden unterlagen bereits seit Jahrzehnten einer gezielten Verfolgungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der irakischen Regierung. Die kurdische Zivilbevölkerung wurde immer wieder Opfer von Zwangsvertreibungen, Massenverhaftungen, Hinrichtungen im Schnellverfahren, Tausende „verschwanden“ oder kamen bei Angriffen der Armee ums Leben.

Mit der „Anfal-Kampagne“ von 1988 wurden diese Methoden schließlich auf die Spitze getrieben: Kurde zu sein war wie ein Todesurteil!

Die „Anfal-Kampagne“ kam insofern nicht aus heiterem Himmel. Sie ist das Ergebnis systematischer, gezielter Politik des Baath-Regimes gegenüber dem kurdischen Volk im Irak, die so praktiziert mindestens Mitte der siebziger Jahre (Abkommen von Algier 1975 zwischen Irak und Iran) einsetzte. So gab es schon unmittelbar vor „Anfal“ groß angelegte Zerstörungen kurdischer Dörfer, z. B. im Jahre 1986. Aus einem vorliegenden Dokument vom 26.11.1986 ist ersichtlich, dass die Geheimpolizei in Sulaimania über eine Liste von 663 Dörfern verfügte, zu

denen der Zugang „aus Sicherheitsgründen“ verboten war und sämtliche Beziehungen der Dorfbewohner nach außen untersagt waren.

Die „Anfal-Kampagne“ von 1988 ist der augenscheinlichste und grausamste Beleg für die gezielte Vertreibungs- und Verfolgungspolitik der Diktatur des Saddam-Regimes gegenüber der kurdischen Zivilbevölkerung im Nordirak.

Bei der „Anfal-Kampagne“ handelte es sich um eine groß angelegte Operation, in deren Verlauf in einem Zeitraum von drei bis vier Monaten mindestens 100.000 Kurden „verschwanden“. Kurdische Quellen beziffern die Zahl der „Verschwundenen“ auf 150.000 bis 180.000. Amnesty International liegen ganz konkret die Namen von 17.000 Personen vor, die in diesem Zeitraum „verschwunden“ sind (ai-Bericht MDE 14/05/97 von Oktober 1997). Insgesamt gehen kurdische Quellen von **182.000 Opfern der „Anfal-Kampagne“** aus. Über das Schicksal Tausender Menschen, die seit den 80er Jahren dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer gefallen sind, besteht weiterhin Ungewissheit.

Wie schon im Krieg gegen den Iran und auch bereits im Jahr zuvor gegen Kurden setzte das irakische Militär **chemische Waffen** ein. Bekanntermaßen kamen Know-how und Technologie dazu maßgeblich von deutschen Unternehmen. Zahlreiche Opfer, die die Angriffe mit chemischen Waffen überlebten, wurden in der Folgezeit verhaftet und hingerichtet. Etwa 400 kurdische Zivilisten, unter ihnen auch Frauen und Kinder, wurden Berichten zufolge z. B. am 2. April 1988 in der Tanjaro-Militärkasernen in der Provinz Sulaimaniya hingerichtet. Die Opfer sollen bereits im März 1988 bei Angriffen auf ihre Dörfer im Gebiet um Karadagh durch Giftgas verwundet worden sein. Sie wurden verhaftet, als sie auf dem Weg in die Stadt Sulaimania waren, um sich dort ärztlicher Behandlung zu unterziehen. Im August 1988 wurden im Verlaufe der „Anfal-Kampagne“ Hunderte unbewaffneter kurdischer Zivilisten vorsätzlich getötet und Tausende verwundet, als irakische Armeeeinheiten kurdische Dörfer im Nordirak angriffen. In den Provinzen Dohuk, Mosul und Arbil haben mehrere tausend irakische Soldaten Hunderte von Dörfern mit Panzern, Hubschraubergeschützen, Artillerie und chemischen Waffen angegriffen. Diese Offensive erfolgte, unmittelbar nachdem es zu einem Waffenstillstand zwischen Iran und Irak gekommen war. Berichten zufolge sind irakische Regierungstruppen am 28. August 1988 in mehrere Dörfer nahe der Stadt Dohuk eingefallen, wo sie mehr als 1.000 Personen festnahmen, von denen einige Verletzungen durch chemische Waffen erlitten. Die Verhafteten sollen im Schnellverfahren hingerichtet und anschließend in Massengräbern verschüttet worden sein. (nach Angaben im ai-Jahresbericht von 1989).

Unrühmlicher Höhepunkt der Unmenschlichkeit war schließlich am 16. März 1988 der Giftgasangriff durch irakische Kampfflugzeuge auf die kurdische Stadt **Halabja**. Durch diese Gräueltat starben auf der Stelle mehr als 5.000 Menschen. Über 7.000 Menschen wurden lebensgefährlich verletzt. Die Langzeitwirkungen sind unübersehbar. Viele Menschen leiden noch heute an den Folgen des Giftgasangriffes, weil sie Krankheiten haben oder bekommen, die durch die Giftgaseinwirkungen entstanden sind und weiter entstehen.

Weiterer Bestandteil der „Anfal-Kampagne“ war die **Zerstörung von rund 4.500 Dörfern und Städten** in den kurdischen Siedlungsgebieten im Nordirak. Im Jahre 1988 vertrieben irakische Regierungstruppen massenhaft die Kurden aus ihren Dörfern. Die überlebende Landbevölkerung wurde zusammen getrieben und zwangsweise deportiert, Männer und männliche Jugendliche ausselektiert und von Erschießungskommandos ermordet. Irakische Sicherheitskräfte wurden per Dekret ermächtigt, jede Person, die es wagt, in die zerstörten Dörfer zurückzukehren, hinzurichten (ai-Bericht MDE 14/05/97 von Oktober 1997).

Die „Anfal-Kampagne“ sollte nicht der letzte Akt der Verbrechen der Saddam-Diktatur bleiben. Im Sommer 1997 begann z. B. eine neue Welle der Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus den Erdölgebieten um Kirkuk und Khanaqin nördlich von Bagdad. Opfer dieser Vertreibungen waren die nicht-arabischen Einwohner der Region - überwiegend Kurden, aber auch Turkmenen und Assyrer. Die irakische Regierung siedelte auf dem konfiszierten Land regierungstreue Araber an. Die systematische Politik der „Arabisierung“ dauerte bis zum Sturz des Regimes an.

Wir vergessen auch nicht die Verbrechen des alten Regimes an anderen Bevölkerungsschichten Iraks. Nach dem Vorbild von „Anfal“ ging das Regime ab 1991 gegen die schiitische Bevölkerung im Südirak vor. Dort war es, wie auch in den kurdischen Landesteilen, in der Folge des zweiten Golfkrieges zu Massenaufständen gekommen. Es wird geschätzt, dass bis zu 300.000 Menschen nach den Aufständen im Südirak umgekommen sind. Außer den Massenmorden zählt zu den Verbrechen vor allem auch die Trockenlegung und Verwüstung der Marschgebiete des Südirak, womit den Menschen ihre Lebensgrundlage entzogen und zugleich ein Rückzugsgebiet für Widerstandskämpfer zerstört wurde.

Während des Iran-Irak-Krieges ebneten irakische Sicherheitskräfte auch assyrische und turkmenische Dörfer ein und töteten rund 10.000 Assyrer.

Der damalige UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte im Irak, Max van der Stoel, hatte schon 1992 erklärt, dass „die Zahl der Menschen, die unter Menschenrechtsverletzungen leiden, sicher in die Hunderttausende geht, wenn sie nicht höher ist ... Täglich sind die irakischen Bürger bedroht, ihr Leben zu verlieren. Es vergeht kaum ein Tag ohne Exekutionen.“ Die Situation dort sei eine „der schlimmsten seit Ende des Zweiten Weltkriegs....Das irakische Regime führt weltweit im ‚Verschwindenlassen‘. Mehr als 200.000 ‚Verschwundene‘ sind bekannt, davon - wie erwähnt - 182.000 Kurden während der Anfal-Operation (1988), 8000 Barzan-Kurden vom Sommer 1983, 8000 Feyli-Kurden im April 1980 und Tausende von arabischen Irakis“ (Report of the United Nations Special Rapporteur on Iraq: E/CN.4/1994/58).

Die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen des irakischen Baath-Regimes müssen vollständig aufgearbeitet werden! Dazu gehört, dass vor allem die Hauptverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden! Mit Genugtuung kann konstatiert werden, dass der irakische Diktator Saddam Hussein und seine Komplizen heute in Bagdad vor Gericht stehen. Und schließlich steht die Frage der Entschädigung der Opfer und ihrer Angehörigen auf der Tagesordnung! Sie haben darauf einen unverzichtbaren Anspruch und wir fordern die volle Durchsetzung des Rechts!

Den Opfern der „Anfal-Kampagne“ von 1988 und aller anderen Verbrechen der Baath-Diktatur muss Gerechtigkeit widerfahren!

Berlin, März 2007

2. Zum 19. Jahrestag des Giftgasangriffes auf Halabja

Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans

Am 16. März jährt sich zum neunzehnten Mal der Tag, an dem irakische Kampfflugzeuge die irakisch-kurdische Stadt Halabja mit Giftgas angegriffen haben. An diesem Tag im Jahre 1988 starben in der Stadt mehr als 5.000 Menschen. Über 7.000 Menschen wurden lebensgefährlich verletzt. In vielerlei Hinsicht leiden die Menschen bis heute an den Folgen des Giftgasangriffes.

Der Giftgasangriff auf Halabja war der unrühmliche Höhepunkt und das grausamste Beispiel der systematisch betriebenen und gezielten Verfolgungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der damaligen irakischen Regierung gegen die irakischen Kurden, die mit der so genannten Anfal-Kampagne auf die Spitze getrieben wurde. „Anfal“ (arab. Beute) ist dabei nichts anderes als der Codenamen der Serie von Militäraktionen, die 1988 - im letzten Jahr des achtjährigen Irak-Iran-Krieges - gegen die mit dieser Bezeichnung als „ungläubig“ gebrandmarkte kurdische Bevölkerung durchgeführt wurden.

Die kurdische Zivilbevölkerung war schon jahrzehntelang Opfer von Zwangsvertreibungen, Massenverhaftungen, Folter und Hinrichtungen im Schnellverfahren; Tausende „verschwanden“ oder kamen bei Angriffen des Militärs und der Sicherheitskräfte ums Leben.

Halabja ist auch nicht das einzige Beispiel, wo chemische Waffen verwendet wurden. Wie schon während des Krieges gegen den Iran und im Jahre 1987 gegen die Kurden setzte das damalige irakische Militär Giftgas gegen die Zivilbevölkerung ein. In mindestens 42 Fällen wurde nachgewiesenermaßen Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Dazu kommt: Zahlreiche Opfer, die die Angriffe mit chemischen Waffen überlebten, wurden in der Folgezeit verhaftet und hingerichtet. Etwa 400 kurdische Zivilisten, unter ihnen auch Frauen und Kinder, wurden Berichten zufolge z. B. am 2. April 1988 in der Tanjaro-Militärkaserne in der Provinz Sulaimania hingerichtet. Die Opfer sollen bereits im März 1988 bei Angriffen auf ihre Dörfer im Gebiet um Karadagh durch Giftgas verwundet worden sein.

Bestandteil der „Anfal-Kampagne“ war u. a. auch die Zerstörung von rund 4.500 kurdischen Dörfern im Jahre 1988. Die Landbevölkerung wurde massenhaft zusammen getrieben und zwangsweise deportiert, Männer und männliche Jugendliche wurden ausselektiert und von Erschießungskommandos ermordet. Irakische Sicherheitskräfte wurden per Dekret ermächtigt, jede Person, die es wagt, in die zerstörten Dörfer zurückzukehren, hinzurichten (vgl. ai-Bericht MDE 14/05/97 von Oktober 1997). Die kurdischen Dörfer wurden aber schon seit langem isoliert und zerstört. Aus einem vorliegenden Dokument vom 26.11.1986 ist ersichtlich, dass die Geheimpolizei in Sulaimania über eine Liste von 663 Dörfern verfügte, zu denen der Zugang „aus Sicherheitsgründen“ verboten war und sämtliche Beziehungen der Dorfbewohner nach außen untersagt waren.

Die „Anfal-Kampagne“ sollte auch nicht der letzte Akt der Verbrechen der Saddam-Diktatur bleiben. Hervorzuheben sind vor allem die verschiedenen Wellen der Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus den Erdölgebieten um Kirkuk, aus Khanaqin und anderen Orten. Opfer dieser Vertreibungen waren die nicht-arabischen Einwohner der Region - überwiegend Kurden, aber auch Turkmenen und Assyrer. Die irakische Regierung siedelte auf dem konfiszierten Land regierungstreue Araber an. Die systematische Politik der „Arabisierung“ dauerte bis zum Sturz des Regimes im April 2003 an.

Halabja steht heute in der ganzen Welt als Symbol für all diese Gräueltaten des tyrannischen und diktatorischen irakischen Regimes gegen die Kurden.

Nach der Befreiung Iraks von der Saddam-Diktatur besteht nun endlich die Möglichkeit, die grausamen Geschehnisse aufzuarbeiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

In diesem Zusammenhang gehört es dazu, daran zu erinnern, dass die irakische Giftgasproduktion einzig und allein im Ergebnis ausländischer Technologie- und know-how-Lieferungen entstand. Deutsche Unternehmen waren dabei an vorderster Front beteiligt. Die deutsche Bundesregierung hat dazu bis heute nicht klar und deutlich Stellung genommen. Warum fühlt sich Deutschland nicht dafür verantwortlich, zumindest die Beteiligung deutscher Firmen an diesen Verbrechen anzuprangern, geschweige denn sich an einer Entschädigung für die Opfer des Genozids von Halabja und in ganz Irakisch-Kurdistan zu beteiligen?

Die Hauptverantwortlichen der Verbrechen sind schon lange bekannt: der gestürzte Diktator Saddam Hussein als Befehlshaber sowie Hassan Ali al-Majid (alias „Chemie-Ali“), Cousin und Vertrauter des Tyrannen und von diesem mit umfassenden Vollmachten zum Massenmord ausgestattet, als Organisator vor Ort. Mit Genugtuung haben die irakischen Kurden am 21.08.2006 den Beginn des Völkermordprozesses vernommen.

Viele Menschen bedauern jedoch, dass Saddam bereits vor einem Urteil wegen der Verbrechen an den Kurden – also zum falschen Zeitpunkt - exekutiert wurde. Der damalige Machthaber Iraks war in einem ersten Gerichtsverfahren um die Ermordung von 148 schiitischen Dorfbewohnern zum Tode verurteilt und am 30.12.2006 hingerichtet worden.

Das Urteil, das Saddam zugesprochen wurde, ist unserer Auffassung nach ein gerechtes Urteil. Und er hat auch ein faires Verfahren erhalten, etwas, was er Tausenden irakischen Bürgern in seiner Herrschaftszeit nicht zugestanden hatte. Es sprach aber vor allem ein Grund dafür, die Vollstreckung des Urteils noch hinauszuzögern: der Wunsch unzählig vieler Kurden, den Tyrannen auch für seine Verbrechen persönlich zur Rechenschaft zu ziehen, die in den erbarmungslosen Kampagnen gegen die kurdische Bevölkerung begangen wurden. Saddams Aussagen wären zweifellos ein Schlüssel zur Beweisführung – und nicht nur das, sondern auch wichtiger Bestandteil der Geschichtsaufarbeitung. Seine Anwesenheit im Prozess wäre deshalb von großer Wichtigkeit.

Da nun der ehemalige Diktator bereits vor dem Ende des zweiten Prozesses hingerichtet wurde, ist es umso wichtiger, dass dieser gegen seine Mitangeklagten im Interesse der Gerechtigkeit fortgeführt wird. Dies ist bereits wenige Tage nach dem Hinrichtungstermin gegen sechs verbliebene Angeklagte geschehen. Vor dem Gericht kamen inzwischen Zeugen zu Wort, die über die Gräueltaten des irakischen Militär- und Sicherheitsapparates bei der „Operation Anfal“ berichteten. Auf Tonbändern war z. B. zu hören, wie Ali Hassan al-Majid über den geplanten Giftgaseinsatz in Halabja spricht und Saddam seine Zustimmung zu diesen Plänen gibt. „Chemie-Ali“ zeigte im bisherigen Prozessverlauf für die von ihm befohligen Giftgasangriffe, bei denen tausende Kurden ums Leben kamen, keinerlei Reue. Seine Antwort: „Was ich getan habe, diente der Verteidigung des großartigen Irak.“ Welch ein Hohn!

Ein gerechtes Urteil auch hier in zweiten Prozess stellt nicht nur Sühne für die begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegenüber den irakischen Kurden dar. Es besiegelt auch den endgültigen Untergang des auf Bespitzelung, Folter, Mord und Krieg beruhenden Systems.

Berlin, März 2007

3. Zum 18. Jahrestag des Giftgasanriffes auf die kurdische Stadt Halabja *Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans*

Den vielen Toten, Gefolterten und Verfolgten der Gewaltherrschaft der Saddam-Diktatur sind wir es schuldig, immer wieder Gerechtigkeit einzufordern und an die unvergleichlichen Schandtaten und Grausamkeiten dieses Regimes zu erinnern.

Am 16. März jährt sich zum achtzehnten Mal der Tag, an dem irakische Kampfflugzeuge die kurdische Stadt Halabja mit Giftgas angegriffen haben. Es ist unvorstellbar und einmalig auf der Welt: die irakische Armee hat chemische Waffen gegen die eigene, wehrlose Zivilbevölkerung eingesetzt. Am 16. März 1988 starben durch diese Gräueltat in der Stadt mehr als 5.000 Menschen. Über 7.000 Menschen wurden lebensgefährlich verletzt.

Die Langzeitwirkungen sind unübersehbar. Viele Menschen leiden noch heute an den Folgen des Giftgasanriffes, weil sie Krankheiten haben oder bekommen, die durch die Giftgaseinwirkungen entstanden sind und weiter entstehen. Körperliche Funktionsstörungen, Krebserkrankungen der Haut, der Atemwege sowie des Darm- und Magentraktes, Unfruchtbarkeit, sogar genetische Veränderungen und nicht zuletzt nachhaltige psychische Störungen sind die schlimmen Erscheinungsformen dieser unglaublichen menschlichen Tragödie.

Der Giftgasanriff auf Halabja war der unrühmliche Höhepunkt einer systematisch betriebenen Gewalt-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Saddam-Regimes gegen die irakischen Kurden im Rahmen der berüchtigten Anfal-Kampagne, bei der über 4.000 kurdische Dörfer und Siedlungen in Irakisch-Kurdistan zerstört, ca. 185.000 Menschen verschleppt wurden, verschollen sind oder getötet wurden sowie weitere Hunderttausend umgesiedelt und zwangsdeportiert wurden.

Das ganze Ausmaß dieser unmenschlichen Politik der damaligen irakischen Machthaber wird heute immer deutlicher. Nach Auskunft des irakischen Ministeriums für Menschenrechte gelten insgesamt bis zu eine Millionen Iraker seit dem Machtantritt der Baath-Partei 1968 als vermisst. Genaue Zahlen sind nicht vorhanden, denn das Regime führte nicht Buch über seine Verbrechen. Faktisch jede kurdische Familie hat ermordete, verschleppte oder verfolgte Angehörige zu beklagen. Weit über 300 Massengräber wurden seit Ende des Terrorregimes im April 2003 frei gelegt. Man geht davon aus, dass darin die Überreste von mindestens 500.000 Toten zu finden sind. Vor nicht allzu langer Zeit hatten US-Ermittler sogar im Süden Iraks ein Grab mit den Leichen von 1.500 Kurden entdeckt. Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Die Bergung der von Saddams Soldaten ermordeten Menschen ist ein mühseliger Prozess. Sie dient zum einen der Identifizierung der Opfer, damit die Hinterbliebenen Gewissheit erhalten. Aber es geht auch darum, Beweise gegen Saddam Hussein und seine Helfer zu sammeln, damit die Ermordeten eine späte Gerechtigkeit erfahren können.

Der Sturz des Saddam-Regimes durch die alliierten Streitkräfte unter Führung der USA und Großbritanniens war für die übergroße Mehrheit des irakischen Volkes und insbesondere für die irakischen Kurden deshalb nichts anderes als eine Befreiung von einer verhassten Diktatur. Die Toten und Geschädigten von Halabja und alle Opfer der Gewaltherrschaft verpflichten die irakischen Kurden, dafür Sorge zu tragen und Garantien zu schaffen, damit sich derartige Verbrechen nicht wiederholen können. Sie fühlen sich aus diesem Grunde in die Pflicht genommen, mit aller Konsequenz für die Schaffung von unumkehrbaren freiheitlichen, demokratischen und föderalen Strukturen in ganz Irak einzutreten und in die Realität

umzusetzen. Dies ist der notwendige und einzig gangbare Weg. Nur dadurch wird es ermöglicht, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Unabdingbar ist dafür auch, dass die Schuldigen der Verbrechen zur Verantwortung gezogen und bestraft werden.

Ein erster, ermutigender Schritt erfolgte im Dezember 2005 in Den Haag durch den Prozess gegen den niederländischen Geschäftsmann Frans van Anraat. Das Gericht verurteilte ihn zu 15 Jahren Haft wegen Komplizenschaft beim Giftgasangriff auf Halabja im Jahre 1988. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass van Anraat Chemikalien trotz Exportverbots an den Irak lieferte, aus denen später das gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzte Senfgas und Nervengas hergestellt wurden, was der Verurteilte „wissen musste“, wie das Gericht feststellte. Damit habe er sich der Beihilfe zu Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Das Gericht entschied außerdem, dass es sich bei dem Giftgasangriff auf Halabja um Völkermord gehandelt hat.

Umso mehr kommt es nun darauf an, dass die Hauptschuldigen und Hauptverantwortlichen dieses Völkermordes zur Rechenschaft gezogen werden. Ein falscher Eindruck wird erweckt, wenn einige Medien im Zusammenhang mit dem Prozess von Den Haag den Verurteilten van Anraat faktisch als alleinigen Lieferanten von Giftgas darstellen. Es gibt erwiesenermaßen zahlreiche andere Unternehmen und Geschäftsleute“, darunter maßgeblich aus Deutschland, bis hin zu Regierungen, die den Irak vor allem während des Krieges mit Iran mit Waffen (einschließlich chemischen Kampfstoffen) und Technologie für deren Herstellung versorgt haben.

Und schließlich sei erneut die Frage erlaubt: Warum steht immer noch nicht die Frage der Entschädigung der Opfer und ihrer Angehörigen in Halabja auf der Tagesordnung? Sie haben darauf einen unverzichtbaren Anspruch und wir fordern die volle Durchsetzung des Rechts!

Mit Genugtuung kann zweifellos der historische Moment konstatiert werden, dass der irakische Diktator Saddam Hussein und seine Komplizen heute in Bagdad vor Gericht stehen. Aber dabei geht es zunächst nur um eine einzige Anklage: das Massaker an 143 Schiiten in dem Dorf Dujail im Jahre 1982. Sollte der Diktator in diesem Punkt verurteilt werden und das Urteil Bestand haben, droht ihm die Todesstrafe. Es wäre möglich, dass er dann nie wegen all der anderen Verbrechen vor Gericht kommt. Das darf nicht geschehen. Der Giftgasangriff auf Halabja und auch alle anderen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen des früheren Regimes müssen vollständig aufgearbeitet werden! Dazu gehört, dass vor allem die Hauptverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden!

Den Opfern von Halabja muss Gerechtigkeit widerfahren!

Berlin, im März 2006

4. Erklärung zur Freilassung von Susanne Osthoff

Eine freudige Nachricht zu Weihnachten: Das Geiseldrama ist beendet, die entführte Susanne Osthoff ist frei!

Die Patriotische Union Kurdistans (PUK) möchte aus diesem Anlass ihre Genugtuung und Freude über die Freilassung von Frau Osthoff zum Ausdruck bringen und allen Beteiligten danken, die dazu ihren Beitrag geleistet haben.

Die PUK hat diese Entführung mit aller Schärfe verurteilt und die Täter zur bedingungslosen Freilassung der Geiseln aufgefordert. Der irakische Staatspräsident Jalal Talabani, Generalsekretär der PUK, hat sich persönlich für die Freilassung der Geiseln eingesetzt und seine tiefe Abscheu gegenüber diesem terroristischen und kriminellen Akt sowie sein Mitgefühl gegenüber den Angehörigen bekundet. Die kurdische Seite hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten die deutschen Behörden bei der Freilassung der Geiseln unterstützt.

Die Aktivitäten und das Engagement von Susanne Osthoff im Irak wissen wir hoch zu schätzen. Frau Osthoff hat sich seit Jahren für die Menschen im Irak und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes eingesetzt. Sie hat die Hilfe für die Not leidende Bevölkerung im Irak in den vergangenen Jahren zu ihrer Lebensaufgabe gemacht. Bis zuletzt war sie unter Gefährdung ihres eigenen Lebens unermüdlich für den Irak tätig und ließ sich von herrschender Gewalt nicht abschrecken, um weitere Hilfsaktionen zu organisieren.

Der Entführungsfall zeigt unter anderem eines deutlich: Dass Susanne Osthoff im Irak war, um zu helfen, sich den Menschen hingibt, sich mit ihnen identifiziert und sich für ihre Kultur interessiert, kümmert die Entführer nicht. Ihr Vertrauen, ihre Zuneigung, ihr einzig und allein humanitäres Engagement, ihr Mut und ihre Einsatzbereitschaft sind für die Terroristen und Kriminellen nichts wert. Dass ihr Opfer völlig unschuldig ist, spielt bei den Entführern überhaupt keine Rolle.

Erstmals seit dem Sturz des Diktators Saddam Hussein ist im Irak eine deutsche Staatsbürgerin entführt worden. Die Geiselnnehmer forderten die deutsche Bundesregierung auf, die Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung zu beenden. Ansonsten würden die Geisel getötet.

Inzwischen ist nun klar, dass die Entführung keinen politischen, sondern einen rein kriminellen Hintergrund hatte. Die politischen Forderungen waren nicht mehr als ein Vorwand.

Die PUK würdigt in diesem Zusammenhang die Standhaftigkeit und konsequente Haltung der deutschen Bundesregierung. Diese hat unmissverständlich klar gemacht, dass sie politischen Forderungen in keiner Weise nachkommen kann. Das mussten die Entführer schließlich einsehen. Deutschland würde gegen seine eigenen Sicherheitsinteressen verstoßen, wenn es sich davon abbringen ließe, an der Stabilisierung des Irak mitzuwirken. Eine Einstellung der Zusammenarbeit mit dem Irak kann und darf es deshalb unter keinen Umständen geben.

Und weiter ist klar: Deutschland hilft es nun ganz offensichtlich nicht, dass es versucht hatte, sich bislang aus dem Irakkrieg herauszuhalten. Es ist Kriminellen und Terroristen völlig egal, dass Deutschland sich militärisch nicht engagierte. Können sich die Terroristen deutlicher entlarven als bei diesem Fall der Entführung? Diese Tat hat das wahre Gesicht von Terroristen und Kriminellen gezeigt. Sie verkörpern nur eins: Gewalt und nackte Unmenschlichkeit. Dem muss weiter durch entschlossenes Handeln gemeinsam entgegen gewirkt werden.

Berlin, 19.12.2005

5. Erklärung zur Wahl Jalal Talabanis zum Staatspräsidenten Iraks

Das erste frei gewählte irakische Parlament hat am 06. April 2005 Herrn **Jalal Talabani**, Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), zum Staatspräsidenten der Republik Irak gewählt.

Die Wahl von Jalal Talabani ist von historischer Bedeutung und zweifellos ein Meilenstein in der Geschichte des ganzen kurdischen Volkes: **Ein Kurde wurde Präsident eines Staates, der über Jahrzehnte sein Volk gedemütigt, unterdrückt, vertrieben und ausgebeutet hat.**

Das kurdische Volk insgesamt und die Mitglieder der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) im Besonderen empfinden darüber tiefe Genugtuung und Stolz. Dies ist offensichtliches Zeugnis dafür, dass die Kurden nun endgültig ihren Status als Bürger zweiter Klasse im Irak abgestreift haben - Lohn des jahrzehntelangen Kampfes der Kurden Iraks um legitime Rechte und Selbstbestimmung. Noch vor nicht allzu langer Zeit hatte der irakische Diktator Saddam Hussein Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt und versucht, das Land mit so genannten Arabisierungmaßnahmen „ethnisch zu säubern“.

Und noch mehr: Die Wahl Talabanis ist Garant dafür, dass die hohen Erwartungen nach einem freiheitlich-demokratischen und föderalen Irak, eines von Hass und Terror befreiten friedlichen Landes realistisch sind und von Erfolg gekrönt sein werden. Gleichzeitig ist diese Wahl ein Zeichen der Versöhnung, des Ausgleichs und des Friedens zwischen allen ethnischen und religiösen Volksgruppen im Irak.

Die Rolle, die Jalal Talabani in seinem 72jährigen Leben bisher im Kampf um die Verwirklichung der Rechte der irakischen Kurden gespielt hat, war aufopferungsvoll, schwierig und äußerst gefährlich. Er kennt das Schicksal eines Flüchtlings, eines Gefangenen und Entrechteten. Seine Wahl zum Präsidenten Iraks beschert diesem unermüdlichen politischen Aktivisten für Recht und Freiheit seines Volkes einen Triumph und dem ganzen kurdischen Volk historische Genugtuung für Leid und Missachtung.

Seit seinem 14. Lebensjahr hat sich Jalal Talabani, der 1933 in dem Dorf Kalkan in der Provinz Kirkuk geboren wurde, dem Kampf für die kurdische Sache gewidmet. In den frühen 50er Jahren war er Mitbegründer der Kurdischen Studentenunion in der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP). Bald nahm er eine führende Funktion innerhalb der KDP ein. 1961 beteiligte er sich am Aufstand der Kurden gegen das Regime von Abdul Karim Kassem in Bagdad. Im Jahre 1975 gründete Talabani schließlich mit seinen Anhängern die Patriotische Union Kurdistans (PUK), die mit den Stammestradiationen der Mutterpartei KDP brach und sich sozialdemokratischen Idealen verschrieb. Als politischer Führer in Irakisch-Kurdistan gelang es ihm nach dem zweiten Golfkrieg von 1990/91 – trotz zeitweiliger politischer Rivalitäten und Meinungsverschiedenheiten – gemeinsam mit der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) in Irakisch-Kurdistan (Nordirak) außerhalb des Machtbereichs des Saddam-Regimes für ganz Irak vorbildhafte demokratisch strukturierte Selbstverwaltungsorgane zu etablieren und eine politisch wie wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung einzuleiten. Nicht zuletzt der außerordentliche Wahlerfolg der programmatisch zukunftsweisenden „Allianz Kurdistans“ (als gemeinsame Liste von PUK und KDP sowie weiterer kurdischer Parteien) zur irakischen Nationalversammlung am 30.01.2005 verlieh Jalal Talabani erneut Charisma und Hochachtung im In- und Ausland.

Berlin, April 2005

6. Halabja mahnt!

Zum 17. Jahrestag des Giftgasanriffes auf die kurdische Stadt Halabja

Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans

Politik darf nicht nur aus Tagesaktualität bestehen. Leitlinien, an denen sich politisches Handeln orientiert, macht Politik glaubhafter!

Vor siebzehn Jahren, am 16. März 1988, bombardierte die irakische Luftwaffe die kurdische Stadt Halabja in Irakisch-Kurdistan (Nordirak) mit Giftgas. Studien zufolge kamen vor allem Senfgas (Yperit), Sarin, VX und das Nervengift Tabun zum Einsatz. Auf der Stelle starben 5.000 Menschen. Sie erstickten qualvoll. Tausende weitere Menschen starben nach dem Angriff, über 10.000 wurden lebensgefährlich verletzt oder erlitten dauerhafte Gesundheitsschäden. Die übrige Bevölkerung floh aus der Stadt. Nachrückende irakische Truppen walzten die Häuser nieder.

Auch heute leiden immer noch sehr viele Bewohner der Stadt an Folgeschäden der chemischen Kampfstoffe. Die Chemikalien hatten die Augen der Menschen sowie ihr Atem- und Nervensystem empfindlich angegriffen. Viele Opfer erblindeten. Nervenlähmungen, Hautkrankheiten, Lungenschädigungen und Krebstumore entstanden. Unfruchtbarkeit und erblich bedingte Behinderungen kommen bei den Bewohnern von Halabja heute um ein Vielfaches häufiger vor als bei Bewohnern von Ortschaften, die nicht Opfer von Giftgasanriffen wurden. Forschungen haben ergeben, dass das Giftgas genetische Veränderungen bewirkt hat.

Halabja steht für die Entmenschlichung eines totalitären Regimes. Es ist zum Symbol dafür geworden, zu welchen Grausamkeiten ein tyrannisches und diktatorisches System fähig ist.

Der Giftgasanriff auf Halabja gilt als Höhepunkt einer langen und gezielten Vernichtungskampagne des ehemaligen Saddam-Regimes gegen die kurdische Bevölkerung im Nordirak. Denn der Angriff vom 16. März war kein Einzelfall. In mindestens 42 Fällen wurde nachgewiesenermaßen Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Über 4.500 kurdische Dörfer und Städte wurden innerhalb weniger Jahre zerstört, über 182.000 Menschen im kurdischen Nordirak wurden verschleppt oder ermordet. Die zahlreichen Massengräber, die nach dem Sturz des Saddam-Regimes in verschiedenen Gebieten Iraks gefunden wurden, geben Hinweise auf das Schicksal der deportierten Menschen. Weite Landstriche der kurdischen Region wurden vermint. Vor allem aus ländlichen Gebieten wurden die Menschen in militärisch kontrollierten Sammellagerstätten, die riesigen Internierungslagern glichen, deportiert, wo sie auf Gedeih und Verderb dem Regime und seinen Sicherheitskräften ausgeliefert waren. Bestandteil der ethnischen „Säuberungen“ war gleichzeitig eine Ziel gerichtete Umsiedlungs- und Arabisierungspolitik der ehemaligen irakischen Machthaber in den kurdischen Siedlungsgebieten.

Dies alles geschah auf Befehl des gestürzten Diktators Saddam Hussein, vor Ort organisiert von Hassan Ali Majid (alias Chemie-Ali), Cousin und Vertrauter des Diktators und von diesem mit umfassenden Vollmachten zum Massenmord ausgestattet. Dies sind die Hauptverantwortlichen der Gewaltherrschaft und aller Gräueltaten und Verbrechen im Irak.

Aber wir können und dürfen in diesem Zusammenhang nicht übersehen: Das irakische Regime war in den achtziger Jahren als damaliger Gegner Irans großzügig mit Waffensystemen aus westlichen Industriestaaten hochgerüstet worden. Neben dem Export konventioneller Waffen,

der Ausbildung von irakischen Sicherheitsdiensten, wurden dabei von deutschen Firmen Labore und Fertigungsmaterial geliefert, mit denen chemische Kampfstoffe hergestellt wurden.

Das Giftgas, das in Halabja zum Einsatz kam, war zum größten Teil mit Hilfe von deutschen Firmen und deutscher Technologie im Irak produziert worden.

Durch die Aufrüstung Iraks und insbesondere durch die eingesetzte Giftgasproduktion steht Deutschland gegenüber den irakischen Kurden in einer Schuld und trägt Mitverantwortung.

Die grausamen Gewalttaten von Halabja sitzen tief im Bewusstsein der Menschen und müssen aufgearbeitet werden. Wir wollen dabei in die Zukunft schauen und die Voraussetzungen schaffen, damit sich derartige Ereignissen nicht wiederholen können. Eine Prämisse dafür ist aber: **Vergessen wird das kurdische Volk diese Geschehnisse nie!**

Deshalb gebietet es sich auch, daran zu erinnern, dass die irakischen Kurden bis heute, auch nach der Befreiung des Irak von der Baath-Diktatur, auf ein Zeichen aus Deutschland warten. Die Bundesregierung sollte zumindest die Beteiligung deutscher Firmen an diesen Verbrechen anprangern und eine Entschädigung der Opfer in Erwägung ziehen. Die Gerechtigkeit fordert eine Entschädigung der Überlebenden.

Das Regime Saddam Husseins hat darüber hinaus im gesamten Irak unzählige Verbrechen an der eigenen Bevölkerung verübt. Der Sturz dieses verhassten Regimes im April 2003 war deshalb insbesondere für die Kurden, aber auch für alle anderen Iraker ein Befreiungsschlag von unschätzbarem Wert. Der verhaftete Diktator und seine Befehlsführer werden vor Gericht gestellt und einer gerechten Strafe zugeführt: Sie sind Massenmörder und Verbrecher gegen die Menschlichkeit. Dafür müssen sie verurteilt werden.

Heute haben wir völlig andere Bedingungen im Irak. Die am 30.01.2005 stattgefundenen ersten freien, demokratischen Wahlen markieren einen Wendepunkt in der irakischen Geschichte, der in die Zukunft weist. Es ist deshalb nunmehr im Irak dringlichste Aufgabe, verfassungsmäßig und schließlich real Demokratie, Pluralismus und Föderalismus konsequent zu verankern. Dafür setzt sich die Patriotische Union Kurdistans vehement und bedingungslos ein, um auf diesem Wege dauerhafte Strukturen zu etablieren, die eine Wiederholung der Ereignisse von Halabja für immer ausschließen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, diesen Prozess noch nachhaltiger zu unterstützen – mit allen politischen Mitteln und wirksamer Wiederaufbauhilfe. Auch dies wäre Übernahme von Verantwortung und im Sinne des Gedenkens an die Opfer von Halabja.

Berlin, März 2005

7. Stellungnahme zum „Focus“-Artikel vom 24.01.2005

In dem Artikel *„Dem Töten geweiht – Rudolph Moshammer starb durch die Hand eines kurdischen Milizsoldaten“* in dem Magazin „Focus“ Nr. 4 vom 24. Januar 2005, Seite 24, sowie online auf der Focus-Homepage unter dem Titel *„Moshammer-Mörder war Peshmerga“* (22.01.05) wurde im Zusammenhang mit dem Mord an dem Münchner Modemacher Rudolph Moshammer berichtet, dass der irakische Kurde Herisch Ali Abdullah in einem Ausbildungslager der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) zum Nahkämpfer der Peshmerga ausgebildet wurde.

Das Büro für Internationale Beziehungen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Deutschland sieht sich veranlasst dazu folgende Erklärung und Richtigstellung abzugeben:

Die PUK bedauert wie viele andere Menschen in Deutschland zutiefst den gewaltsamen Tod des vielfach verehrten Modemachers Rudolph Moshammer und zollt den deutschen Behörden Hochachtung dafür, dass der Mörder so schnell überführt werden konnte.

Dass es sich bei dem Mörder um einen irakischen Kurden handelt, ist zwar für uns bedauerlich, jedoch reiner Zufall. Ein gewisser Herisch Ali Abdullah ist der PUK jedoch nicht bekannt. Nach unserer Kenntnis hat er auch keine Ausbildung in einem Lager der kurdischen Kämpfer erhalten. Die kurdischen Kämpfer (Peshmerga) erhielten überhaupt keine Nahkampf-Ausbildung, sondern Ausbildung im Frontkampf. Insofern wurden die angeführten Ausbildungstechniken dabei gar nicht vermittelt.

Wir weisen darauf hin, dass die Peshmerga-Kämpfer rein politisch motiviert sind und in einem politischen Auftrag handelten. Die PUK und ihre Peshmerga haben jahrelang einen Befreiungskampf gegen die systematische Unterdrückungspolitik der Diktatur Saddam Husseins gegen die Kurden geführt. Die irakischen Kurden waren dabei einer Vernichtungs- und Verfolgungsstrategie des alten Regimes (einschließlich Giftgasangriffen) ausgesetzt. Dass für den Widerstand und die Abwehr gezwungenermaßen auch militärische Mittel und Methoden eingesetzt werden mussten, versteht sich von selbst.

Folgerichtig kämpften die kurdischen Streitkräfte (Peshmerga) Seite an Seite mit den Amerikanern und den anderen Koalitionskräften für die Befreiung vom verhassten Saddam-Regime im Irak. Nicht von ungefähr ist es heute nicht zuletzt durch die kurdischen Sicherheitskräfte der Peshmerga gelungen, Ruhe, Ordnung und Sicherheit sowie eine friedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Irakisch-Kurdistan (Nordirak) durchgesetzt zu haben.

Wir weisen auch darauf hin, dass es immer wieder vorkommt, dass Asylbewerber angebliche Beziehungen zu politischen Parteien als Vorwand nehmen, um Unterstützung bei der Gewährung des Asylrechts zu erhalten, obwohl es dies nicht der Wahrheit entspricht.

Wir erachten diese Erklärung als notwendig, weil uns eine exakte Darstellung der Verhältnisse und Gegebenheiten wichtig erscheint. Dies vermeidet verzerrte Darstellungen, die dann auch der Wahrheit entgegenstehen können. Dafür bitten wir um Verständnis.

Berlin, 24.01.2005

8. Zum 16. Jahrestag des Giftgasangriffes auf Halabja

Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans

In den frühen Morgenstunden des 16. März 1988 flog eine Formation irakischer Kampfflugzeuge die kurdische Stadt Halabja in Irakisch-Kurdistan (Nordirak) an. Geladen hatten sie eine tödliche Fracht: Kampfgas, das mit deutscher Hilfe in den Chemiefabriken des irakischen Staates hergestellt wurde. Die Piloten mussten so tief über Halabja hinwegfliegen, um ihre tödliche Fracht inmitten der Stadt zu platzieren, dass Passanten die Kennungen auf ihren Tragflächen lesen konnten. Als sich das Gift verteilte, war es bereits zu spät zu fliehen. 5.000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder starben an diesem Tag in Halabja einen grausamen Tod. Über 10.000 wurden lebensgefährlich verletzt, viele von ihnen verstarben später an den Folgen des Angriffs. Der Rest der Bevölkerung floh, ihre Häuser wurden von nachrückenden irakischen Truppen niedergewalzt.

Halabja ist zum Symbol für den Krieg des gestürzten Regimes von Saddam Hussein gegen die irakische Bevölkerung geworden. Denn der Angriff des 16. März ist kein Einzelfall geblieben. 4.500 kurdische Siedlungen wurden zerstört, 180.000 Menschen im kurdischen Nordirak verschleppt oder ermordet. In mindestens 42 Fällen hat das ehemalige irakische Baath-Regime nachgewiesenermaßen Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Die ländliche Bevölkerung wurde zusammen getrieben, Jungen und Männer zwischen 15 und 50 Jahren wurden auf Lastwagen abtransportiert. Ihre Spur verliert sich im Südirak. Die restliche Bevölkerung wurde in militärisch bewachte Sammelstädte deportiert. War eine Region von „Rebellen befreit“, so sprach man von einem Akt der „Reinigung“.

Dies alles geschah auf den Befehl des gestürzten Diktators Saddam Hussein, vor Ort organisiert von Hasan Ali Majid, Cousin und Vertrauter des Diktators und von diesem mit umfassenden Vollmachten zum Massenmord ausgestattet. Umgesetzt wurde es mit der Hilfe deutscher Unternehmen, die im großen Stil Rohstoffe, Fertigungsanlagen und Know-How zur Produktion von Massenvernichtungswaffen an das damalige irakische Regime geliefert haben – über Jahre. Die Erkenntnisse der Ende der achtziger Jahre eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungskommission, die Ermittlungen der Darmstädter Staatsanwaltschaft im so genannten „Giftgasverfahren“, die Quellen und Dokumente internationaler Organisationen legen nahe, dass dies der Bundesregierung bekannt war. Konsequenzen daraus wurden nicht gezogen.

Im gesamten Irak hat das Regime Saddams unzählige Verbrechen an der eigenen Bevölkerung verübt. Die Menschen des Südirak wurden nach der Niederschlagung der Volksaufstände grausam dafür bestraft, dass sie sich gegen ihre Unterdrücker erhoben. 40.000 Menschen wurden ermordet, zehnmals so viele aus ihren Dörfern vertrieben oder deportiert. Die südirakischen Marschen, ein natürliches Sumpfgebiet in der Größe des Bundeslandes Hessen, wurden trockengelegt, den Bewohnern die Existenzgrundlage entzogen, ihre Siedlungen mit Napalm bombardiert. Tausende Menschen wurden überall im Land unter furchtbaren Bedingungen in Haft gehalten. Kurden und Araber, Assyrer, Yeziden, Turkmenen, Sunniten, Schiiten und Christen. In den Gefängnissen wurde gefoltert und willkürlich getötet. All dies ist noch nicht Vergangenheit, all dies immer noch im Bewusstsein aller Iraker jeden Tag präsent. Nach der Befreiung der irakischen Bevölkerung von der Diktatur des Saddam-Regimes im April 2003 wurden im Irak über 40 Massengräber entdeckt, in denen Zehntausende unschuldige Menschen, darunter auch viele Kurden, verscharrt waren. **Der verhaftete Diktator Saddam Hussein und seine Befehlshaber, die für diese Verbrechen verantwortlich sind, müssen im Irak vor Gericht gestellt werden und als Massenmörder und Verbrecher gegen die**

Menschheit verurteilt werden. Die Bundesregierung sollte tatkräftig dieses Vorhaben der Iraker unterstützen.

Heute, 16 Jahre nach dem Angriff auf Halabja, leiden Menschen aus der Stadt an Nervenlähmungen, Hautkrankheiten, Tumoren und Schäden an Lunge und Atemwegen, an häufigen Fehlgeburten. Forschungen vor Ort haben ergeben, dass das Giftgas genetische Veränderungen bewirkt hat. Bis heute auch wartet die kurdische Bevölkerung vergebens, auch nach der Befreiung des Irak von der Baath-Diktatur, auf ein Zeichen aus Deutschland. Keine Ansprache, keine diplomatische Note, keine Feierstunde- kurz: KEIN WORT, mit dem die Bundesregierung ihr Bedauern darüber ausgedrückt hätte, dem damaligen Regime von Saddam Hussein beim Mord an den Kurden adjutiert zu haben.

Die Bundesregierung sollte sich der Verantwortung stellen, dass deutsche Firmen maßgeblich an der Herstellung von Giftgas und der Lieferung von Waffen beteiligt gewesen sind, die in den achtziger Jahren gegen die irakischen Kurden und andere Bevölkerungsgruppen im Irak eingesetzt wurden. Eine Entschädigung der Überlebenden steht nach wie vor aus. Eine Kontaktaufnahme der Bundesregierung zu den Lieferstaaten von Giftgas und Waffentechnologie an den Irak sollte möglichst bald erfolgen, damit eine international koordinierte Entschädigung erfolgen kann.

Berlin, März 2004

9. Erklärung:

Die Vertretungen der Regionalregierungen Kurdistans verurteilen die Terroranschläge vom 01.02.2004 und wünschen Maßnahmen gegen die Unterstützer des Terrors im Irak in Deutschland

Sonntag, der 01. Februar 2004, wird als einer der blutigsten Tage in der Geschichte des kurdischen Volkes erinnert werden.

Zwei synchronisierte Selbstmordattentate fanden an diesem Tage statt, als Hunderte von Menschen versammelt waren, um den islamischen Feiertag Eid al-Adha zu feiern; zwei nicht identifizierte Männer mischten sich unter die Menge und sprengten sich in die Luft. Die blutigen Angriffe fanden in den Hauptbüros der beiden wichtigsten Parteien der Region in Arbil im irakischen Kurdistan statt. Es wurden mindestens 100 Menschen getötet und Dutzende weitere verwundet. Unter den Toten sind führende Vertreter sowohl der KDP (Demokratische Partei Kurdistans)- als auch der PUK (Patriotische Union Kurdistans)-Verwaltung und andere Parteifunktionäre:

- Sami Abdulrahman, Stellvertretender Premierminister der kurdischen Regionalregierung (KRG), Sekretär des Politischen Büros der KDP;
- Shawkat Sheikh Yezdin, Koordinationsminister der KRG, Mitglied des Zentralkomitees der KDP;
- Saad Abdulla, amtierender Landwirtschaftsminister, Mitglied des Politischen Büros der KDP, Leiter des Zweiges 2 KDP;
- Shakhewan Abbas, Führungsmitglied der PUK;
- Khasro Shera, Führungsmitglied der PUK;
- Mehmod Halo, Stellvertretender Finanzminister, KDP;
- Akram Mentik, Gouverneur von Arbil, KDP;
- Mehdi Khoshnaw, Stellvertretender Gouverneur von Arbil, KDP;
- Ahmad Rojbeyani, Verwaltungsdirektor der Stadt Arbil, KDP;
- Neriman Abdul-Hamid, Polizeichef von Arbil;

Diese Angriffe haben in brutaler Weise die gesamte kurdische Gesellschaft erschüttert. Die KRG verurteilt diese schrecklichen Taten scharf; sie sind die tödlichsten Angriffe im Irak, seitdem die multinationalen Koalitionskräfte die Kontrolle im Lande übernommen haben. Die heutigen Angriffe sind ebenso Beweis für eine neue Terrorstrategie, die sich gegen eine spezifische Gruppe im Irak und ihre politische Verwaltung sowie ihre demokratischen Errungenschaften richtet.

Diese Angriffe sind nicht nur ein Versuch, die kurdische politische Verwaltung zu unterminieren, sondern auch ein Schlag gegen die positiven demokratischen Entwicklungen, die in Irakisch-Kurdistan stattgefunden haben. Es ist ebenso klar, dass diese Terroranschläge darauf zielten, alle künftigen Perspektiven in Bezug auf eine formalisierte föderative kurdische Verwaltung zu unterlaufen. Die Regionalregierung von Kurdistan-Irak ist entschlossen, ihren Weg hin zu einer demokratischen und föderativen Lösung für den Irak fortzusetzen und wird sich unter keinen Umständen von solchen Gewaltakten aufhalten lassen. Die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft und ihre Unterstützung der kurdischen Forderung nach einer Weiterentwicklung und Stabilisierung der territorialen Selbstverwaltung sind ein vitales Element im Kampf für einen friedlichen und demokratischen Irak.

Die Regionalregierung Kurdistans fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Terrorakte vom 01. Februar offen zu verurteilen.

Wir möchten im Namen der kurdischen Verwaltungen gemeinsam jenen Menschen aus der Bevölkerung Deutschlands und jenen Freunden danken, die uns in ungezählten Mitteilungen ihr Mitgefühl, ihre Solidarität und ihre Trauer übermittelt haben.

Für Deutschland würden wir es begrüßen, wenn dieses Land endlich gegen jene Elemente vorgehen würde, die von Deutschland aus den Terrorismus im Irak offen und öffentlich unterstützen, einschließlich über die Sammlung von Finanzmitteln zur Fortsetzung des Terrors im Irak und in Kurdistan (z.B. Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“).

Berlin, 02. Februar 2004

Ahmad Berwari
Vertreter der KRG/Sulaimania in Deutschland

Dilshad Barzani
Vertreter der KRG/Arbil in Deutschland

10. Halabja - nie wieder! Zum 15. Jahrestag des Giftgasanriffes auf die kurdische Stadt

Erklärung der Patriotischen Union Kurdistans

Der größte Angriff mit chemischen Waffen seit dem Ersten Weltkrieg fand am 16. März 1988 gegen die Zivilbevölkerung der kurdischen Stadt Halabja im Irak statt. Die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein vernichteten mit den hochgiftigen Nervengasen alles Leben in der kurdischen Stadt Halabja. Über 5.000 Menschen starben an einem qualvollen Erstickungstod. Mehr als 7.000 Menschen wurden lebensgefährlich verwundet. Etwa 60 % der Opfer dieses barbarischen Giftgasanriffes waren Kinder. Der Großteil der Bevölkerung von Halabja leidet noch heute an den Folgen dieses Giftgasanriffes. Auch jetzt, nach 15 Jahren, ist unter den Bewohnern von Halabja die Anzahl der Fehlgeburten extrem hoch und gibt es viele schwere Erkrankungen des Bewegungsapparats bis hin zur völligen Lähmung. Die neusten Forschungen vor Ort haben ergeben, dass es durch das Giftgas zu genetischen Veränderungen bei der Bevölkerung von Halabja gekommen ist, deren Auswirkungen auf kommende Generationen nicht abgeschätzt werden kann.

Dieser Giftgasanriff auf Halabja ist ein Glied in der langen Kette einer systematisch betriebenen Vernichtungspolitik des irakischen Regimes. Im Verlauf der sogen. „Anfal-Kampagne“ - einer „ethnischen Säuberung“ gegen die Kurden - wurden etwa 182.000 Menschen verschleppt und ermordet, 4.240 Dörfer wurden völlig zerstört. Das irakische Regime hat jahrelang eine Politik der Vernichtung des Lebensraums der Kurden im Irak betrieben. Täglich wurden kurdische Familien aus ihren Gebieten vertrieben, besonders aus den an Bodenschätzen reichen kurdischen Städten Kirkuk und Khanakin. Das Hab und Gut der Vertriebenen wurde enteignet und Araber in den zwangsgeräumten kurdischen Gebieten angesiedelt, um so die Situation zu Gunsten des irakischen Regimes zu verändern. Diese Politik der irakischen Regierung, in solch einer Menschenrechte verletzenden Weise gegen die kurdische Bevölkerung vorzugehen, kann nur als „ethnische Säuberung“ bezeichnet werden.

Im Namen der Menschlichkeit wenden wir uns mit diesem Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit, an die Presse-, Radio- und Medienanstalten, an alle politischen, demokratischen Parteien und Organisationen, an alle Menschenrechtsvereine, an Kirchen und andere religiösen Gemeinden und bitten um Unterstützung unserer folgenden Forderungen:

- Die internationale Staatengemeinschaft soll endlich das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes anerkennen und in diesem Sinne auf die betreffenden Staaten, in denen Kurden leben, einwirken.
- Die internationale Staatengemeinschaft soll endlich gegen die Vernichtungs- und Vertreibungspolitik des irakischen Regimes gegen die Kurden Maßnahmen ergreifen.
- Eine internationale Kommission soll die Situation der Kurden, besonders die Lage der Bewohner von Halabja und das Schicksal der Opfer der „Anfal-Kampagne“ und der Vertriebenen aus den irakisch-kurdischen Städten Kirkuk und Khanakin, untersuchen.
- Die Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten im Irak, in der Türkei, im Iran und Syrien sollen nicht mehr durch die Weltgemeinschaft als innere Angelegenheiten dieser Länder betrachtet werden, sondern sie sollen international verurteilt werden.

Heute, 15 Jahre nach dem Angriff auf Halabja, leiden Menschen aus der Stadt noch immer an den Folgen des Giftgasanriffes. Auch heute noch haben diese Menschen Angst, obwohl große Teile der kurdischen Region nun seit 1991 selbst verwaltet sind. Saddam Hussein droht aber

noch immer damit, an den Kurden Rache zu üben und sie erneut mit Giftgas und Krieg zu überziehen.

Bis heute wartet die kurdische Bevölkerung auch vergebens auf ein Zeichen aus Deutschland, mit dem **die Bundesregierung ihr Bedauern ausgedrückt**, was dem kurdischen Volk mit Chemiewaffen angetan wurde, deren Produktion nachweislich auch mit Hilfe deutscher Unternehmen erfolgte. Deutschland hat dem irakischen Regime damit beim Mord an den Kurden faktisch assistiert und sollte dafür heute seine Verantwortung übernehmen.

Die Menschen im kurdischen Nordirak haben in den vergangenen Jahren die Region wieder aufgebaut. Dort ist unter schwierigen Bedingungen ein demokratisches Experiment entstanden, das wegweisend für die Entwicklung des gesamten Irak sein könnte. Gemeinsam mit anderen irakischen Oppositionsparteien aller Bevölkerungsgruppen haben sich die kurdischen Parteien auf ein Grundsatzprogramm für einen Staat nach Saddam Hussein geeinigt, ein Staat, der demokratisch, föderal und demilitarisiert sein soll, in dem erstmals die Rechte des Einzelnen als Staatsbürger zählen – unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben oder seiner politischen Überzeugung.

Dieses Programm benötigt dringend Unterstützung, damit es Wirklichkeit werden kann. Bis heute aber weigert sich die Bundesregierung, die irakische Opposition zu unterstützen. Der Wunsch der irakischen Menschen nach Befreiung von der Diktatur wird leider weiter ignoriert.

Berlin, März 2003

11. Presseerklärung am 09.02.2003:

Al-Kaida-Verbündete ermorden einen Abgeordneten des kurdischen Regionalparlaments im Nordirak

Am 08.02.2003 verübten Mitglieder der islamischen Terrorgruppe Ansar Al-Islam (Helfer des Islam) in der Nähe von Sulaimania im Nordirak einen Anschlag auf Herrn Shawkat Haji Mushir, Abgeordneter des kurdischen Regionalparlaments und Mitglied der PUK-Fraktion. Er und sechs weitere Personen wurden getötet. Unter den Toten befinden sich sein Begleiter, drei seiner Leibwächter und zwei unbeteiligte Personen.

Ansar Al-Islam unterhält Verbindungen zum Terrornetzwerk Al-Kaida und bezeichnet sich als Untergruppe von Al-Kaida. Die Organisation unterhält eine 700-900 Mann starke Miliz in entlegenen Gebieten östlich von Sulaimania im Nordirak nahe der Grenze zum Iran. Ansar Al-Islam verübt seit ihrer Gründung bzw. ihrer Umbenennung (früher Jund Al-Islam) 2002 Anschläge gegen Funktionäre der kurdischen Regionalregierung und des Parlaments, greift Stellungen der Polizei und kurdischen Streitkräfte an und terrorisiert die Bevölkerung. Ihr Ziel ist die Verwirklichung der Ziele des Terrornetzwerkes Al-Kaida und die Errichtung eines islamischen Regimes nach dem Vorbild von Taliban in Afghanistan.

12. Information zur ersten gemeinsamen Sitzung der Nationalversammlung (Regionalparlament) von Kurdistan-Irak am 04.10.2002

Heute, am 04.10.2002, findet die erste gemeinsame Sitzung der Nationalversammlung von Kurdistan-Irak (Regionalparlament) in Arbil statt. An der Sitzung nehmen die Abgeordneten aller drei im Jahre 1992 gewählten Fraktionen des Parlaments teil, der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP), der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) und der Gruppe der christlichen Assyro-Chaldäer. Herr Jalal Talabani, Generalsekretär der PUK, und Herr Masoud Barzani, Präsident der KDP, werden ebenfalls an der Eröffnungssitzung teilnehmen. Auf dieser Tagung werden das Parlament eröffnet, die Abgeordneten neu gezählt, neue Abgeordnete vereidigt und registriert sowie einige formelle Angelegenheiten erledigt.

Die Sitzung hat deshalb eine außerordentliche Bedeutung für die Bevölkerung des Nordirak, weil diese das Ende der Auseinandersetzungen zwischen KDP und PUK und faktisch die Wiedervereinigung der zwei Verwaltungen von Irakisch-Kurdistan bedeutet.

Es gibt die folgenden Festlegungen:

1. Das Parlament trägt den Namen: Nationalversammlung von Kurdistan-Irak (Übergangsperiode).
2. Es gilt als einziges und höchstes Gremium der Legislative in der Autonomieregion des Nordirak.
3. Spätestens 9 Monate nach der heutigen Sitzung des Übergangsparlaments müssen freie Wahlen zur Bildung eines neuen Regionalparlaments und einer Regionalregierung durchgeführt werden.
4. Die Nationalversammlung besteht aus 105 Abgeordneten:
KDP-Fraktion: 51
PUK-Fraktion: 49
Fraktion der christlichen Assyro-Chaldäer: 5
5. Die Sitzungen der Nationalversammlung werden abwechselnd in Arbil und Sulaimania abgehalten.
6. Der Vorsitz der Nationalversammlung wird zwischen KDP und PUK alle drei Monate bzw. zwei Monate bis zu neuen Wahlen gewechselt.
7. Wichtige Aufgaben dieses Übergangsparlaments sind:
 - Vorbereitung von Parlamentsneuwahlen,
 - Wiedervereinigung der zwei Verwaltungen der Regionalregierung und Bildung einer Übergangsregierung,
 - Ausarbeitung einer Regionalverfassung für die Region Irakisch-Kurdistan, die in einem zukünftigen föderalen System des Iraks ihren Platz finden soll,
 - Fortführung der Umsetzung des Washingtoner Friedensabkommen zwischen KDP und PUK vom 17.09.1998,
 - Eröffnung von Parteizentren und -sitzen der PUK im KDP-Gebiet und umgekehrt der KDP im PUK-Gebiet
 - Normalisierung der Lage in beiden Gebieten durch die Auflösung der Kontroll- und Zollstellen zwischen beiden Gebieten, Freilassung der Gefangenen des internen kurdischen Krieges, Rückkehr der Binnenflüchtlinge in ihre Heimat u a.

Berlin, 04.10.2002

IV. Ausgewählte Vorträge und Interviews

1. „Die Kurden, das Kurdenproblem und die neue Lage der irakischen Kurden nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Irak“

Vortrag von Dr. Ahmad Berwari in der CASINO-Gesellschaft Berlin am 06.09.2006

Als Repräsentant der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Deutschland möchte ich zunächst unsere Partei und die Tätigkeit unseres Büros für Internationale Beziehungen in Deutschland kurz vorstellen.

Die PUK ist eine kurdisch-irakische Partei und neben der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) die führende politische Kraft in der Region Kurdistan-Irak. Sie versteht sich als demokratische, säkulare Partei und hat ihren Sitz in Sulaimania (Nord-Irak).

In Deutschland unterhält die PUK seit 1992 (zuerst in Bonn und dann in Berlin) eine offizielle Repräsentanz. Sie hat die Aufgabe und bemüht sich, die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der Region Irakisch-Kurdistan mit Deutschland zu entwickeln und aktiv zu gestalten. Sie übernimmt dabei in der Regel eine koordinierende, oftmals auch Vermittlerfunktion, wenn es insbesondere in der Anfangsphase der Entwicklung von Beziehungen auf den genannten Gebieten z. B. um die Herstellung von Kontakten zwischen entsprechenden deutschen und kurdischen Stellen geht. Darüber hinaus gilt es, die Interessen der in Deutschland lebenden irakisch-kurdischen Migranten und Flüchtlinge zu vertreten und im Netzwerk der verschiedenen in Deutschland existierenden kurdischen Vereine und Organisationen mitzuarbeiten.

In den letzten Jahren wurden von unserem Büro recht stabile Beziehungen zu staatlichen Einrichtungen und Behörden, Parteien und anderen gesellschaftlichen Kräften, wirtschaftlichen Verbänden, Organisationen und Unternehmen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in Deutschland aufgebaut und weiterentwickelt. Bereits seit 1992 existieren sehr gute Beziehungen und regelmäßiger Kontakt zu allen Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundestages. Seit dieser Zeit gibt es auch eine immer enger werdende, stetige Zusammenarbeit und regelmäßigen politischen Meinungsaustausch mit dem Auswärtigen Amt. Kontakte gibt es z. B. auch zum Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, weiteren Ministerien auf Bundes- und Länderebene sowie anderen staatlichen Einrichtungen und Behörden in Deutschland.

Die gesamte Geschichte der PUK ist untrennbar mit dem Namen ihres Gründers, des ersten frei gewählten Präsidenten der Republik Irak, Jalal Talabani, Generalsekretär der PUK, verknüpft. Sie wurde von ihm und verschiedenen anderen kurdischen Aktivisten und Intellektuellen im Jahre 1975 nach dem Zusammenbruch des Kurdenaufstandes im Exil in Westberlin (Restaurant „Alter Krug“ in Berlin-Dahlem) gegründet. Ursprünglich ein mehr oder weniger linkssozialistisches Mischbündnis hat sich die PUK im Laufe der Zeit der gesellschaftlichen Mitte zugewandt und fühlt sich grundsätzlich sozialdemokratischen Traditionen und Zielen verpflichtet. Die Partei bekennt sich neben der Selbstbestimmung des kurdisch-irakischen Volkes – als vorrangigem politischem Ziel – in einem mehrheitlich islamischen Umfeld zu einer grundsätzlich weltlichen Programmatik, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zur Gleichberechtigung von Mann und Frau und zu den Menschenrechten.

Mitte 1976 nahm die PUK einen langjährigen, opferreichen bewaffneten Kampf gegen das Baath-Regime Saddam Husseins auf, der mit dem Sturz des irakischen Diktators im April 2003 seinen Höhepunkt und vorläufigen Abschluss fand.

Die Kurdenfrage ist in den letzten Jahren wieder intensiver auf die internationale Tagesordnung gekommen. Diese Frage beschäftigt seit Jahren vor allem die Länder in der Region und führte immer wieder auch zu schwerwiegenden inneren Auseinandersetzungen und Krisen. Um das Kurdenproblem in seiner heutigen Dimension zu verstehen, ist es nötig - wenn auch nur kurz zusammenfassend - auf die geschichtlichen und geographischen Hintergründe einzugehen:

Bevölkerung, Sprache, Religion und Geschichte der Kurden

Die Kurden zählen zu den indoeuropäischen Völkern. Mit 35-40 Millionen Menschen sind sie weltweit das größte Volk ohne eigenen Staat. Ihrer Zahl nach sind die Kurden danach neben Arabern, Türken und Persern eine der vier großen Nationen im Nahen und Mittleren Osten.

Kurden haben in der Geschichte dieser Region schon seit den frühen Epochen eine wichtige Rolle gespielt. In zahlreichen griechischen, römischen, arabischen sowie armenischen Quellen finden sich dazu viele Informationen.

Kurdistan war lange Zeit Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen dem osmanischen und dem persischen Reich. Im Jahr 1638 wurde das Land jedoch vertraglich zwischen diesen beiden Staaten offiziell aufgeteilt.

Das angestammte Siedlungsgebiet der Kurden - in der Vergangenheit also zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich gelegen - wurde schließlich nach dem 1. Weltkrieg auf die neu entstandenen Staaten Türkei, Irak, Iran und Syrien verteilt. Eine kurdische Minderheit lebt in einigen GUS-Staaten der ehemaligen Sowjetunion (vor allem in den kaukasischen Republiken).

Der zusammenhängende Siedlungsraum der Kurden ist etwa so groß wie Frankreich. Kurden bilden damit in ihrem Land keine Minderheit, sondern die Mehrheit. Die Kurdenfrage ist nicht ein Minderheitenproblem dieses oder jenes Landes, sondern die Frage eines geteilten Landes und einer Nation. Wie alle anderen Nationen haben auch die Kurden das Recht auf Selbstbestimmung! Die Grenzen, die Kurdistan teilen, sind weder natürliche, wirtschaftliche noch kulturelle Grenzen. Es sind künstliche Grenzen, die gegen den Willen des kurdischen Volkes nach den Interessen der Teilungsmächte und des Machtgleichgewichts gezogen wurden.

Der größte Teil Kurdistans, der nach Einwohnerzahl und Fläche zugleich annähernd die Hälfte seiner Gesamtheit ausmacht, liegt im Norden innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei. Dieser Teil bildet etwa ein Drittel der Gesamtfläche der Türkei. Andere Teile sind - nach der Größe - Ost-Kurdistan (innerhalb der Grenzen Irans), Süd-Kurdistan (innerhalb der Grenzen Iraks) und kurdische Gebiete innerhalb der Grenzen Syriens.

Ein gewisser Teil von Kurden lebt seit frühen Zeiten oder aufgrund der Migrations- bzw. Fluchtbewegungen der letzten Zeit in anderen Regionen und den Metropolen der jeweiligen Länder. Zieht man auch diese in Betracht, so kann man innerhalb der Grenzen der genannten Staaten von folgenden kurdischen Bevölkerungszahlen ausgehen:

Türkei: 18 - 20 Millionen

Iran: 8 – 10 Millionen

Irak: 6 – 6,5 Millionen

Syrien: 1,5 – 2 Millionen.

Dazu kommen die im Ausland lebenden Kurden: Rund ein Drittel der Arbeitsimmigranten aus der Türkei, die in den letzten 20 - 30 Jahren in die europäischen Länder eingewandert sind, sind Kurden. Wenn man noch die Zahl der Kurden aus den anderen Teilen Kurdistans dazurechnet, die in den letzten Jahren aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nach Europa geflüchtet sind, so beträgt die Zahl der in europäischen Ländern lebenden Kurden rund 1 bis 1,2 Millionen (darunter allein in Deutschland 700 – 800.000). Über 500.000 Kurden leben in anderen als den genannten arabischen Staaten (mehrheitlich im Libanon). Auch in Nord-Amerika und Australien gibt es kurdische Gemeinschaften.

Die Kurden haben ihre eigene Sprache. Das Kurdische gehört zur indoeuropäischen Sprachfamilie und gehört neben dem Persischen, Afghanischen (Pashto) und dem Beludischen zur Gruppe der iranischen Sprachen. Mit dem Arabischen und dem Türkischen ist Kurdisch nicht verwandt.

Innerhalb des Kurdischen sind mit der Zeit verschiedene Dialekte entstanden. Der am weitesten verbreitete Dialekt ist *Kurmanci* (mit lateinischen Schriftzeichen, von rund 60 % aller Kurden gesprochen vor allem in der Türkei sowie im iranischen und im irakischen Kurdistan in den grenznahen nördlichen Gebieten zur Türkei und von den syrischen Kurden). Mit rund 25 % folgt der *Sorani*-Dialekt (mit arabischen Schriftzeichen), der in den mittleren und südlichen Regionen des iranischen und irakischen Kurdistan gesprochen wird. Es gibt zahlreiche weitere Dialekte.

Die große Mehrheit der Kurden (ca. 75 %) sind sunnitische Moslems. Vor allem im Iran und Irak existieren noch andere islamische Gruppierungen, darunter die schiitischen Feyli-Kurden. Die Aleviten sind mehrheitlich in den nördlichen und westlichen Gebieten Türkisch-Kurdistans sowie in der Region Khorasan im Iran angesiedelt. In den verschiedenen Teilen Kurdistans, insbesondere in der Region, in der die Grenzen der Türkei, Irans, Iraks zusammentreffen, und auch in Armenien existieren yezidisch-kurdische Gemeinschaften. Die Yeziden sind eine uralte kurdische Religionsgemeinschaft, die auch nach der Islamisierung ihren Glauben, ihre Tradition und ihr Brauchtum bis in die jetzige Zeit bewahrt hat und weiter pflegt. Die Yeziden selbst führen ihre Wurzeln auf die alte zoroastrische Religion zurück, nach der die beiden Götter Ahoramezd und Ahriman - Verkörperung des Bösen - um die Vorherrschaft kämpfen. Außerdem gibt es in den mittleren Gebieten Kurdistans verschiedene Zweige des Christentums (darunter urchristliche Religionen) wie die syrischen Christen, die Chaldäer, Assyrer, Aramäer u. a. Früher gab es auch zahlreiche Juden in Kurdistan, die jedoch nach dem 2. Weltkrieg fast vollzählig nach Israel ausgewandert sind.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das kurdische Volk, in seiner langen Geschichte und vor allem verstärkt nach dem Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart in allen Teilen Kurdistans gegen Unterdrückung und Kolonialisierung ständig Widerstand geleistet hat und für die Aufrechterhaltung seiner Identität, die Inanspruchnahme seiner nationalen Rechte und die freie Bestimmung seines eigenen Schicksals gekämpft hat. Das kurdische Volk hat in diesem Kampf hunderttausende Menschen verloren und ist Opfer von Massenvertreibungen geworden. Doch leider sind sowohl die Völkergemeinschaft als auch die Organisation der Vereinten Nationen bei dieser Tragödie des kurdischen Volkes nicht immer ihrer Verantwortung gerecht geworden, haben den Geschehnissen oft nur zugeschaut, kaum oder gar keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Einige spezielle Bemerkungen zu den einzelnen Landesteilen Kurdistans, wodurch das insgesamt traurige, deprimierende Schicksal der Kurden verdeutlicht wird:

1. Kurden in der Türkei

Nach dem Untergang des Osmanischen Reiches nach dem 1. Weltkrieg sollte auf seinem Territorium zunächst auch ein Staat Kurdistan entstehen. In der Folgezeit wurde dies jedoch nicht realisiert, denn mit dem am 24. Juli 1923 zwischen den Alliierten des 1. Weltkrieges und der Türkei als unabhängige Republik unterzeichneten Vertrag von Lausanne wurde der zum osmanischen Territorium gehörende Teil Kurdistans noch einmal aufgeteilt. Ein Teil wurde dem englischen und französischen Mandat unterstellt, wo später Syrien und Irak entstanden. Der größte Teil Kurdistans blieb innerhalb der Staatsgrenzen der auf den Trümmern des Osmanischen Reiches gegründeten Republik Türkei.

Mit dem Lausanner Vertrag änderte sich die Politik Ankaras gegenüber den Kurden grundlegend. Die Existenz der Kurden wurde geleugnet. Die kemalistische Führung berücksichtigte die multikulturelle Struktur Anatoliens, die ein Völkermosaik darstellte, nicht im geringsten. Zur Leitlinie ihrer Politik machte sie, andere Sprachen und Kulturen in die türkische Kultur einzuschmelzen und dadurch „eine einzige Nation“ zu schaffen. Die Kurden wurden entsprechend des islamischen Nationenbegriffs mit allen anderen zwar gleichfalls islamischen aber ethnisch und kulturell verschiedenen Gruppen als türkische Staatsangehörige der türkischen Nation eingegliedert. Von Kurden zu sprechen und die Unterdrückung zu kritisieren, galt als ein schwerwiegendes Vergehen und wurde massiv bestraft. Die Worte Kurde und Kurdistan wurden aus allen Schulbüchern, Lexika und Landkarten getilgt oder galten nur noch für die Kurden in den Nachbarstaaten. Die öffentliche Verwendung der Sprache wurde verboten, ebenso die Ausübung und Verbreitung kurdischer Kultur. Kurdische Schulen wurden nicht zugelassen. Kurdische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher wurden immer wieder beschlagnahmt oder verboten, Verlage geschlossen. Kurdische Familien- und Ortsnamen wurden turkifiziert. Den Kurden wurden in der Türkei damit alle nationalen Rechte verwehrt.

Seit August 1984 führt die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), in Deutschland bekanntlich verboten, einen Guerillakrieg gegen militärische und zivile staatliche Einrichtungen der Türkei, aber auch gegen Kurden, die der Zusammenarbeit mit dem Staat bezichtigt werden. Dieser Aufstand wird auch von der türkischen Regierung jahrzehntelang nicht mit politischen Mitteln unter Einbeziehung der politisch arbeitenden kurdischen Opposition geführt, sondern mit brutalem militärischen Einsatz, der keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nimmt. Dem Bericht einer Untersuchungskommission des türkischen Parlamentes von 1998 zufolge wurden allein bis dahin insgesamt 3.428 Dörfer zerstört und drei Millionen Kurden zu Flüchtlingen. Allein die inoffizielle kurdische Hauptstadt in der Türkei, Diyarbakir, nahm ca. eine Million Flüchtlinge auf. Die Opfer unter der Zivilbevölkerung mit zehntausenden Toten und Verletzten sind immens. Hunderte Menschen aus der Zivilbevölkerung sitzen nach wie vor wegen Unterstützung der PKK oder wegen des bloßen Verdachts darauf im Gefängnis. Der türkische Staat hat in Kurdistan ständig Krieg geführt. Seit 1979 regierte die Türkei in Kurdistan mit Kriegsrecht und Ausnahmezustand.

Mit der Festnahme von PKK-Chef Abdullah Öcalan im Februar 1998 und seiner Verschleppung in die Türkei war die PKK mit ihren Bemühungen jedoch endgültig gescheitert, sich zu einer legalen Vertreterin der „türkischen Kurden“ zu entwickeln. Im Juni 1999 verurteilte das türkische Staatssicherheitsgericht Öcalan zum Tode. Unter dem Druck des Auslandes und im eigenen Interesse setzte die Türkei die Todesstrafe aber aus. Das kooperative Verhalten des PKK-Führers mit dem türkischen Staatssicherheitsgericht kostet die PKK viele Anhänger, aber eine Auflösung der PKK, wie von manchen erwartet wurde, kam nicht zustande. Ganz im Gegenteil, die PKK stabilisierte sich allmählich wieder. Die mit der PKK konkurrierenden kurdischen Organisationen in der Türkei konnten sich nicht zu einer wirklichen Alternative

entwickeln, die für die Kurden in der Türkei aber von großer Bedeutung wäre. Um ihre nationalen und demokratischen Rechte durchsetzen zu können, brauchen die Kurden in der Türkei eine gemeinsame demokratische Vertretung, die sowohl von der kurdischen Bevölkerung als auch von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert wird.

Im Dezember 1999 wurde die Türkei offiziell zum EU-Beitrittskandidat erklärt, im Oktober 2005 hat die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen. Alle kurdischen Organisationen treten für einen EU-Beitritt der Türkei ein. Die Kurden erhoffen für sich noch im Prozess der Beitrittsverhandlungen eine verbesserte rechtliche Stellung. Diese Hoffnungen haben aber bisher noch eine unzureichende Grundlage. Einige nicht zu übersehende positive Einzelmaßnahmen lösen noch längst nicht das Gesamtproblem. Die EU verfügt in der Türkeiipolitik weder über eine gemeinsame Haltung noch hat sie eine klar formulierte Kurdenpolitik.

2. Kurden im Iran

Der iranische Staat hat gegenüber den Kurden eine Politik der Unterdrückung, ähnlich der des türkischen Regimes, angewendet. Als nach dem 2. Weltkrieg der Iran vom Norden her von der Sowjetunion und von Süden her von England besetzt wurde, konnten die Kurden jedoch zeitweilige Erfolge für sich verbuchen. Es wurde die Demokratische Partei Kurdistans (Iran) gegründet und in einem Befreiungskampf anschließend die Kurdische Republik Mahabad proklamiert. Diese bislang einzige autonome Republik der Kurden, die mit Unterstützung der Sowjetunion in den 40er Jahren im kurdisch-iranischen Mahabad ausgerufen worden war, wird bis heute in allen Teilen Kurdistans als Modell kurdischer Selbstverwaltung gepriesen. Aber sie nahm bereits nach ca. einem Jahr (1947) ein gewaltsames Ende, nachdem sie durch den Abzug der sowjetischen Truppen aus Azerbeidschan ihre Schutzmacht verloren hatte. Als der Krieg zu Ende war, gelang der Regierung in Teheran, auch mit politischer Unterstützung Englands und der USA, die Republik Mahabad aus der Welt zu schaffen. Der Widerstand des kurdischen Volkes hat aber nicht aufgehört. In der Folgezeit gab es immer wieder regionale Aufstände, gefolgt von Deportationen und der Vernichtung ganzer Stämme.

Ajatollah Khomeini machte den Kurden vor dem Sturz des Schahregimes große Versprechungen. Trotz des gemeinsamen Kampfes für einen neuen Iran hat sich die Lage der Kurden aber nach der iranischen Revolution von 1979 nicht verbessert. Der aus diesem Grund nach 1979 begonnene bewaffnete Widerstand dauert bis heute an, denn das jetzige Regime geht mit aller Härte gegen die Kurden vor. Hunderte von Kurden wurden im Iran ohne ein Gerichtsverfahren hingerichtet. Anfang der 80er Jahre und während des gesamten Irak-Iran Krieges 1980–1988 sind bei Angriffen der iranischen Armee und bei militärischen Auseinandersetzungen mehrere zehntausend Kurden getötet worden.

Bei der Verfolgung der Kurden und der Iranisierungspolitik spielt sicherlich auch der Umstand eine Rolle, dass die Mehrzahl der Kurden im Iran nicht Schiiten sind, sondern mehrheitlich zum sunnitischen Zweig des Islam gehören.

Das Mullahregime verfolgte indessen die Kurden auch im Ausland. So verübten iranische Geheimdienste mehrere Attentate in Europa. 1989 wurde z. B. der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP-Iran), Ghassemlou, in Wien ermordet und im September 1992 fiel auch sein Nachfolger Scharafkandi sowie drei weitere führende iranisch-kurdische Oppositionspolitiker einem Anschlag im Berliner Lokal „Mykonos“ zum Opfer. In diesem Fall ging es nicht nur um gemeinen Mord, sondern um ein politisches Verbrechen - angeordnet von der iranischen Staatsspitze. Der Iran hat in Europa schon viele Morde auf dem

Gewissen. Dieses Mal wurde der politische Mordauftrag erstmals zur gerichtsverwertbaren Tatsache. Im sogen. „Mykonos-Prozess“ von 1996 bestanden gerichtlich nicht die geringsten Zweifel, dass das Attentat von der Islamischen Republik Iran, und zwar von den führenden Männern des Staates beschlossen, geplant und vorbereitet worden ist.

Heute erhoffen sich die Kurden im Iran mehr denn je, dass die internationale Gemeinschaft den Druck auf das Regime in Teheran erhöht, nicht nur wegen des Atomwaffenprogramms, sondern auch um die Verfolgung der Kurden und anderer Volksgruppen und Religionsgemeinschaften zu beenden.

3. Kurden in Syrien

Vor allem seit der Machtübernahme der Baath-Partei 1963 in Syrien und dem damit einhergehenden Erstarken der panarabischen Ideologie, die eine ethnische und kulturelle Eigenständigkeit von Minderheiten leugnet, wurde eine äußerst restriktive Kurdenpolitik verfolgt. So wurde mehreren hunderttausend Kurden bereits in den 60er Jahren die syrische Staatsbürgerschaft aberkannt. Im Ergebnis einer Sondervolkszählung wurden schon 1962 fast 150.000 Kurden zu Ausländern im eigenen Land erklärt und damit aller Bürgerrechte beraubt. Die Zahl der ausgebürgerten Kurden liegt heute bei etwa 300.000. Sie können keinen Pass beantragen, ihre Kinder nicht registrieren und einschulen lassen, nicht legal heiraten, bekommen keine Anstellung im Staatsdienst usw. Aber auch die Kurden, die eine Staatsangehörigkeit besitzen, genießen keine autonomen kulturellen Rechte.

Das Baath-Regime praktizierte seit den 60er Jahren rassistische Projekte, wie das des „arabischen Gürtels“ im Kurdengebiet entlang der türkischen Grenze mit dem Ziel, das Gebiet zu arabisieren. Es kam zur massenhaften Deportation der kurdischen Bevölkerung von Nordsyrien. Zusätzlich wurden die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des kurdischen Volkes systematisch zerstört. Die angesiedelten bewaffneten arabischen Beduinen wurden gegen die kurdische Bevölkerung aufgehetzt und in Koordination mit den syrischen Geheimdienstorganen zur Durchführung von grausamen Verbrechen eingesetzt, wie z. B. tägliche Angriffe, Morde, Folter bis zum Tod, Vergewaltigungen, Raub des Eigentums der kurdischen Bevölkerung. Obwohl Präsident Hafez al-Assad das Projekt 1976 offiziell als beendet erklärte, wurde es stillschweigend fortgesetzt. Auch vor allem in den 70er Jahren hatten die Kurden unter Enteignungs- und Umsiedlungsprogrammen zu leiden.

Anfang der 80er bis Ende der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts führte auch die PKK ihre Operationen von Syrien aus. Dabei ging es jedoch nicht um eine wirkliche Unterstützung kurdischer Rechte, sondern wohl eher um das politische Kalkül Syriens gegenüber den Regierungen der Nachbarstaaten. Als im Herbst 1998 die Türkei Syrien mit Krieg drohte, wenn es seine Unterstützung für die PKK nicht einstellt, floh PKK-Führer Öcalan ins Ausland. Syrien schloss die PKK-Lager im Libanon und in Syrien und begann ihre Anhänger zu verfolgen.

Obwohl nach dem Tod von Hafez al-Assad im Jahre 2000 politische Gefangene entlassen wurden, scheint eine politische Liberalisierung Syriens jeweils nur so weit zu gehen, wie sie für das Überleben des Regimes absolut notwendig ist. Die beiden größten Oppositionsbewegungen, die Islamisten und die kurdischen Parteien und Gruppen, werden weiter hart unterdrückt. Vor allem fürchtet das syrische Regime, dass das größere politische Gewicht der Kurden im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins auch einen Vorbildeffekt auf die syrischen Kurden haben könnte.

Die Politik der Unterdrückung und des Terrors gegen das kurdische Volk in Syrien hat also auch

unter Bashar al-Assad an Schärfe und Ausmaß zugenommen, insbesondere seit den Volksaufständen der kurdischen Bevölkerung im März 2004, ausgelöst durch die Auseinandersetzungen am Rande eines Fußballspiels nach Provokationen arabischer Nationalisten im März 2004 in der kurdischen Stadt Qamishli in Nordsyrien. Kriegsrecht und Ausnahmezustand wurden verhängt, über 100 Menschen getötet, Tausende verhaftet und gefoltert.

Nun etwas ausführlicher zu den Kurden im Irak und der politischen Entwicklung in Irakisch-Kurdistan

Zu Besonderheiten der kurdischen Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur im Irak

Die irakischen Kurden bilden zwar insgesamt eine homogene Volksgruppe mit etwa 6 bis 6,5 Millionen Menschen und bewohnen im Norden des Irak ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet (mit einer Fläche von rund 83.000 km² und damit einer Größe vergleichbar mit Österreich oder Jordanien), sie machten jedoch durch die politische Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte im Irak und die Umsiedlungs- bzw. Arabisierungspolitik des gestürzten Baath-Regimes unterschiedliche Entwicklungen durch und befinden sich in unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Irak. Deshalb sollte die Situation der Kurden im Irak differenziert betrachtet werden:

1. Die Kurden in der Region mit Selbstverwaltung im Nordirak.

Auf einem Gebiet mit einer Fläche von rund 40.000 km² (etwa die Größe der Schweiz oder Dänemarks) und mit über 3,8 Millionen Einwohnern existiert seit 1991 (d. h. bereits lange vor dem Sturz Saddam Husseins im April 2003) in Irakisch-Kurdistan in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk eine **demokratische Selbstverwaltung** außerhalb des Machtbereichs von Saddam Hussein mit einem Regionalparlament und einer Regionalregierung. Die Bevölkerung in dieser Region hat keine Sicherheitsprobleme wie im übrigen Irak. Es herrscht sozusagen Recht und Ordnung. Überall in der Region hat der Wiederaufbau begonnen.

2. Die Kurden in den anderen Teilen des Irak.

Hierbei muss man wie folgt differenzieren:

7. Die Bevölkerung der **neu befreiten kurdischen Gebiete** nach April 2003 mit der Erdölstadt Kirkuk als deren Zentrum. Diese Gebiete, die mehrheitlich von Kurden bewohnt werden (ca. 1,5 Millionen), liegen außerhalb der kurdischen Selbstverwaltung und sind an die Zentralregierung in Bagdad gebunden. Sie werden jedoch praktisch im Ergebnis der stattgefundenen Wahlen gemeinsam von den kurdischen Parteien regiert, die auch das Selbstverwaltungsgebiet regieren, haben jedoch formal eigene Provinzverwaltungen, die ihrerseits der Zentralregierung unterstellt sind. Die Sicherheitslage ist in diesen Gebieten nach wie vor gefährlich, dennoch besser als im arabischen Irak. Der politische Kampf um den Anschluss dieser Gebiete an die Selbstverwaltungsregion ist nicht abgeschlossen (dazu später mehr). Die Menschen in diesem Gebiet sind in einer Phase der Selbstfindung und beginnen mit dem Wiederaufbau, auch mit Hilfe der kurdischen Regionalregierung der Selbstverwaltungsregion.
8. Die Kurden, die vor allem durch die gewaltsame Arabisierungs- und Umsiedlungspolitik des alten Regimes in anderen, **nicht-kurdischen Gebieten des Irak** wohnen (ca. 500.000), Diese leiden an den Problemen, unter denen die ganze Bevölkerung leidet, nämlich Sicherheitsprobleme und Mangel der öffentlichen Dienste (Trinkwasser- und Stromversorgung, Müllbeseitigung usw.). Darüber hinaus fühlen sich die Kurden in

diesen Gebieten, vor allem im sogen. „sunnitischen Dreieck“ sehr bedroht. Fast 90% der Kurden aus Falluja, Ramadi, Samara, die Jahrzehnte dort lebten, haben bereits freiwillig oder mit Gewalt diese Gebiete verlassen und ihr Eigentum zurückgelassen und sind in die kurdischen Siedlungsgebiete (vor allem nach Kirkuk) zurückgekehrt.

9. Die Kurden in **Bagdad**. Dort leben etwa 500-600.000 Kurden. Die meisten sind Faily-Kurden (schiitische Kurden). Viele von ihnen wurden Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre (vor allem während des irakisch-iranischen Krieges) durch die damaligen irakischen Behörden enteignet und in den Iran ausgewiesen. Viele von ihnen sind nach dem Sturz des alten Regimes nach Bagdad zurückgekehrt und leben teilweise unter Menschen unwürdigen Zuständen.

3. Die irakischen Kurden im Ausland

Nach Einschätzung von verschiedenen internationalen Organisationen leben etwa 3 Millionen Iraker außerhalb des Landes, die meisten davon in den Nachbarstaaten, vor allem in Iran, Syrien und Jordanien. Eine große irakische Gemeinde mit bis zu 1,5 Millionen Menschen lebt in Europa, den USA und Kanada. Es wird geschätzt, dass etwa 50% der Iraker im Ausland Kurden sind, folglich ca. 1,5 Millionen. In Deutschland lebten nach offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2005 rund 76.000 Iraker. Dazu kommen ca. 10-15.000 Iraker mit deutscher Staatsangehörigkeit. Nach Einschätzungen von kurdischen Organisationen in Deutschland sind rund 80% dieser Iraker Kurden. Folglich leben in Deutschland ca. 61.000 Kurden aus dem Irak (ohne Zahl der Kurden mit deutschem Pass).

Zur jüngsten historischen und politischen Entwicklung und der aktuellen Lage in Irakisch-Kurdistan und Irak

Die Kurden innerhalb der Grenzen Iraks, das heißt in Süd-Kurdistan, leisteten seit dem 1. Weltkrieg ebenfalls kontinuierlichen Widerstand. In diesen Kämpfen haben die Kurden im Irak einerseits gewisse kulturelle Rechte errungen. Sie bekamen Schulen, Universitäten, Radiosendungen usw. Die kurdische Kultur hat sich in diesem Teil ziemlich weit entwickelt. Andererseits wurden den irakischen Kurden schwere Schicksalsschläge versetzt.

Der Irak war der erste Staat, der in einem Verfassungsdokument 1958 die nationalen Rechte der kurdischen Bevölkerung anerkannte. Diese Rechte standen jedoch nur auf dem Papier, wogegen sich die Kurden vehement wehrten. Der größte kurdische Aufstand begann im Jahre 1961 unter Führung von Mustafa Barzani und dauerte bis 1970. 1970 kam es dann mit der 1968 im Irak an die Macht gekommenen Baath-Partei zu einem Abkommen, das eine Autonomie nach einer Übergangszeit von vier Jahren vorsah. Umgesetzt wurde es jedoch nie. Im Gegenteil: Gegen die Kurden wurde eine Politik der Arabisierung, Umsiedlung und Vertreibung durchgeführt. Aus diesem Grund begann im Jahre 1975 der Widerstandskampf und Krieg von neuem. Mit einigen zeitlichen Unterbrechungen dauerte er bis zum Jahre 1991 an.

Dem Irak kam dies jedoch teuer zu stehen. Um die Unterstützung der Kurden durch den Iran zu unterbinden, hatte das Saddam-Regime dem Iran gegenüber zuerst Gebietskonzessionen gemacht. Um diese Gebiete zurückzuerobern, begann er dann nach dem Sturz des Schah-Regimes einen acht Jahre dauernden, zerstörerischen Krieg gegen den Iran (1980-1988 / 1. Golfkrieg). Gleichzeitig wurde in den 80er Jahren ein beispielloser Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden geführt. 1988 wurde die kurdische Stadt Halabja mit Giftgas bombardiert. Mehr als 5.000 Menschen starben damals qualvoll an den Folgen des Giftgases. Folgewirkungen dieses Angriffes gibt es bis heute. Tausende erduldeten in dieser Zeit unter dem Baathregime Folter, Gefangenschaft und Deportation. Es hat Massenbegräbnisse bei lebendigem Leibe gegeben.

Insgesamt wurden 4.500 Dörfer zerstört, rund 90 Prozent der ländlichen Region wurden in Mitleidenschaft gezogen oder sogar verwüstet. Dieser als sogen. Anfal-Kampagne bezeichnete Genozid des Jahres 1988 hinterließ unter den Kurden insgesamt 182.000 Opfer.

Es ist eine Genugtuung, dass Saddam Hussein und seine Gefolgsleute auch für diese Verbrechen jetzt vor Gericht stehen (Prozessbeginn erfolgte am 21. August 2006), nachdem der Prozess im Zusammenhang mit den Verbrechen des Regimes in einem schiitischen Dorf beendet wurde.

Seit Anfang der 90er Jahre ist mit Beendigung des 2. Golfkrieges (Aggression Iraks gegen Kuwait) und des niedergeschlagenen Kurdenaufstandes gegen das Saddam-Regime und den damit verbundenen massenhaften Fluchtbewegungen insbesondere politisch eine neue Situation entstanden, die Irakisch-Kurdistan zunehmend ins Blickfeld geraten ließ.

Saddam Hussein erlitt im Krieg gegen die Golfkriegs-Alliierten 1991 eine schwere Niederlage. Nach der Befreiung Kuwaits wurde für Irakisch Kurdistan durch die UNO eine Flugverbotszone (Save Heaven) nördlich des 36. Breitengrades eingerichtet. Sie sollte die Menschen vor den Überfällen des irakischen Regimes schützen. Eine militariserte Grenzlinie trennte dieses Gebiet vollständig vom Rest des Landes ab. Daraufhin zog sich die Regierung Iraks im Oktober 1991 mit ihren Behörden aus den kurdischen Verwaltungen vollständig zurück, so dass die Menschen in diesem Gebiet von nun an ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen konnten.

Die eingerichtete Schutzzone ermöglichte es, seit 1991/92 im Gebiet der drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk – wie schon erwähnt - eine weitgehend demokratische Selbstverwaltung der Kurden außerhalb des Machtbereichs von Saddam Hussein zu etablieren.

Die irakische Zentralregierung verhängte als Reaktion darauf eine umfassende Blockade, um dadurch das Experiment kurdischer Selbstverwaltung im Keim zu ersticken, was jedoch nicht gelang.

In einem 1992 aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen kurdischen Regionalparlament waren die beiden führenden Parteien der Region, die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) gleich stark vertreten. Einige Sitze traten sie an kleinere Parteien der Bevölkerungsminderheiten ab. Aus diesen Wahlen ging eine kurdische Regionalregierung hervor. Das kurdische Parlament entscheidet sich schon in dieser Zeit für eine föderale Lösung der Kurdenfrage im Irak.

Der Versuch, nach den Wahlen 1992 in der nordirakischen UN-Schutzzone die eingeleiteten Demokratisierungstendenzen zu stabilisieren und **einheitliche** kurdische Verwaltungsstrukturen aufzubauen und zu festigen, scheiterte jedoch an internen und externen Faktoren. Gegenseitige Vorwürfe und gravierende Meinungsverschiedenheiten führten im Dezember 1993 zum Zerwürfnis zwischen KDP und PUK. Die Rivalitäten zwischen PUK und KDP führten im Zeitraum von 1994 bis 1998 gegeneinander sogar zu immer wiederkehrenden militärischen Auseinandersetzungen.

Der innerkurdische Konflikt, in dessen Ergebnis wiederum Tausende Flüchtlinge unterwegs waren, war zudem prägend für die Konstitution der Herrschaftsverhältnisse und Machtapparate der jeweiligen Parteien. In Folge des Konfliktes wurde die Region in zwei getrennte Einflusszonen gespalten: Die nördlichen Provinzen Dohuk und Arbil wurden von der KDP unter Führung Massoud Barzanis und die südliche Provinz Sulaimania von der PUK unter Führung Jalal Talabanis in faktischer Alleinherrschaft mit getrennten Verwaltungs- und

Regierungsstrukturen kontrolliert. Das hieß defacto zwei getrennte Verwaltungen der kurdischen Regionalregierung jeweils mit Sitz in Arbil und Sulaimania.

Das Ganze wurde begleitet von eklatanter äußerer Einmischung. Der Einmarsch der irakischen Truppen im August 1996, die fortgesetzten militärischen Übergriffe durch Irak, ständige militärische Angriffe und Auseinandersetzungen mit der Türkei und auch mit Iran zeigen einen augenscheinlich unsicheren und labilen Status der Region in den 90er Jahren und störten empfindlich die Wiederaufbauprozesse.

Nach 1998 zeichnete sich schließlich eine Entspannung zwischen den rivalisierenden Fraktionen ab: Unter Vermittlung der USA wurde im August 1998 in Washington ein Waffenstillstandsabkommen mit der Absicht unterzeichnet, Maßnahmen zur Normalisierung der Lage zu ergreifen und einen dauerhaften Frieden herzustellen. Gegenüber der irakischen Zentralregierung wurde eine gemeinsame Haltung gefunden.

Die Umsetzung des Abkommens erwies sich in der Folgezeit jedoch als außerordentlich konfliktreich und schwierig.

Erst der sich abzeichnende internationale Irak-Konflikt und schließlich die massive Verschärfung der Spannungen um den Irak im Zusammenhang mit der Sanktions- und Embargopolitik sowie der Behinderung und letztlich der Abbruch der UNO-Waffeninspektionen im Irak führte zum Schulterchluss der beiden Parteien unter dem Blickwinkel einer sich aufzeigenden Lösung der Irak-Frage (und damit einer möglichen Lösung der Kurdenfrage im Irak). Geht es doch darum, im Nachkriegs-Irak gemeinsame kurdische Interessen effektiv vertreten und umsetzen zu können. Diese Situation führte folgerichtig zur vorbehaltlosen Unterstützung der Irak-Politik der USA, die auf einen gewaltsamen Sturz Saddam Husseins hinarbeitete - sowohl durch die PUK als auch durch die KDP.

So nahm schließlich im Jahre 2002 das gemeinsame kurdische Regionalparlament in Arbil seine Arbeit wieder auf. Und seitdem gibt es Bemühungen, die beiden Regierungsverwaltungen wieder zusammenzulegen.

Im Irak-Krieg selbst beteiligten sich beide Parteien mit massivem militärischem Einsatz aktiv an der Seite der USA und der Alliierten.

Zu den ersten freien **Wahlen zur irakischen Nationalversammlung (Abgeordnetenversammlung) am 30. Januar 2005** traten PUK und KDP gemeinsam mit kleineren Parteien und Gruppierungen mit einer gemeinsamen Liste unter dem Namen „**Allianz Kurdistans**“ an. Diese konnte als zweitstärkste Kraft im Irak mit 25,7 % Stimmenanteil 75 von insgesamt 275 Parlamentssitzen erringen. Mit diesem politischen Einfluss konnte der Generalsekretär der Patriotischen Union Kurdistans, Jalal Talabani, zum irakischen Staatspräsidenten gewählt werden, während der Vorsitzende der KDP, Massoud Barzani, vom kurdischen Regionalparlament zum Präsidenten der Region Kurdistan-Irak gewählt wurde.

Bei den gleichzeitig stattgefundenen **Wahlen zum kurdischen Regionalparlament** errang die gemeinsame Liste von PUK und KDP unter Beteiligung weiterer kleinerer Parteien und Gruppierungen 89,55 % der Stimmen und 104 von insgesamt 111 Parlamentssitzen.

Nach den Wahlen vom 30.01.2005 wurde Konsens hergestellt, eine **Zusammenlegung der beiden Regierungsverwaltungen** in der Region Kurdistan-Irak vorzunehmen. Im Mai 2006 wurde die neue einheitliche Regionalregierung von Kurdistan-Irak vor dem Regionalparlament in

Arbil vereidigt (27 Ministerien: 11 für die PUK, 11 für die KDP, 5 für andere Parteien aus Irakisch-Kurdistan).

Mit den **zweiten Wahlen zur irakischen Abgeordnetenversammlung am 15. Dezember 2005** – jetzt für eine volle vierjährige Legislaturperiode - konnte sich die gemeinsame Liste „Allianz Kurdistans“ mit 21,7 % der Stimmen erneut als zweitstärkste politische Kraft im Irak behaupten und 53 Parlamentssitze erringen. Stärkste Kraft wurde das schiitische Parteienbündnis „Vereinigte Irakische Koalition“ mit 41,2 % (128 Sitze). Den dritten Platz belegte das sunnitische Bündnis „Irakische Front der Eintracht (15,1 % / 44 Sitze), gefolgt von der säkular geprägten Liste des früheren Übergangs-Ministerpräsidenten Allawi (8,0 % / 25 Sitze) und der sunnitischen „Nationalen Dialog-Front“ (4,1 % / 11 Sitze). Auf kleinere Gruppen entfallen die restlichen 14 Mandate. PUK-Generalsekretär Jalal Talabani wurde im Amt des irakischen Staatspräsidenten bestätigt. In der seit Mai 2006 im Amt befindlichen irakischen Regierung unter Ministerpräsident Al-Maliki (Schiit) besetzt die „Allianz Kurdistans“ 5 Ministerien (darunter das Außenministerium) sowie außerdem den Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Alle diese Fakten und Tatsachen zeigen einmal mehr, dass die irakischen Kurden inzwischen nicht nur die Geschicke auf ihrem angestammten Territorium weitgehend selbst bestimmen, sondern gleichfalls wesentlicher Einflussfaktor für die Neugestaltung des Gesamtirak geworden sind.

Hauptaufgabe der ersten gewählten irakischen Abgeordnetenversammlung (als Übergangsparlament) war es, eine ständige **Verfassung** auszuarbeiten.

Einige Bemerkungen zu den Ergebnissen des lange kontrovers und intensiv diskutierten Verfassungsprozesses im Irak:

In der Verfassung werden die strukturellen Grundlinien für die politische Neuordnung Iraks nach dem Sturz des Saddam-Regimes festgeschrieben.

Die Patriotische Union Kurdistans hat dabei eine grundsätzliche Position: Sie ist gemeinsam mit der Demokratischen Partei Kurdistans als wichtige Regierungspartei des neuen Irak bestrebt, im ganzen Lande demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen herzustellen und tritt für die Schaffung eines pluralistischen und föderalen politischen Systems auf strikt säkularer Grundlage im Irak ein, in dem die Rechte der Kurden und aller religiösen und ethnischen Minderheiten gewahrt bleiben.

Die neue, jetzt ständige Verfassung wurde am 15. Oktober 2005 durch Volksentscheid angenommen. In ihr gibt es Festlegungen, die Befugnisse und Kompetenzen der Region Kurdistan-Irak wesentlich berühren.

Da die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates, der möglichst alle Kurden der Region umfasst, auf Grund der gegenwärtigen regionalen und internationalen Rahmenbedingungen auf absehbare Zeit auch weiterhin nicht mehr als eine Vision sein kann, treten die führenden kurdischen Politiker für die Verwirklichung der Idee des Föderalismus als mögliches Lösungsmodell für das Kurdenproblem im Irak ein. Dabei soll aber der Verbleib der kurdischen Region im Föderalsystem von der Anerkennung kurdischer Rechte abhängig gemacht werden. In dieser Frage haben sich die Kurden in den harten Auseinandersetzungen bei der Diskussion um die strukturelle Neuordnung des Nachkriegs-Irak prinzipiell durchgesetzt. Sie haben verfassungsrechtlich eine **föderale Staatsstruktur** festschreiben lassen.

Dies zu erreichen ist, wie gesagt, **Hauptanliegen der irakischen Kurden** im Prozess der demokratischen Neugestaltung Iraks. Zum Beispiel haben die Regionen für ihr Gebiet die **Gesetzgebungskompetenz**, d. h. regionale Gesetze haben im Bereich der gemeinsamen Kompetenzen Vorrang vor Bestimmungen des Bundes. Damit ist weitreichende **Entscheidungskompetenz** für die Regionen in Politik und Wirtschaft mit konstitutionellen Garantien gegen die in der Vergangenheit oft verhängnisvollen Einmischungen des irakischen Zentralstaates verbunden. Die Zuständigkeit des Zentralstaates beschränkt sich auf die Außenbeziehungen, Verteidigung sowie Finanz- und Zollpolitik, wobei die kurdischen Außenvertretungen bestehen bleiben – in welchem Rahmen, muss noch festgelegt werden.

Weitere wichtige Verfassungsbestimmungen betreffen:

- **Die Finanzhoheit der Regionen innerhalb ihres jeweiligen Territoriums.**
Die Region Kurdistan-Irak ist im Grunde keine abhängige Provinz, sie kann ihre Einnahmen, darunter die gesetzlich festgelegten jährlichen Zuweisungen aus dem zentralen Staatsbudget, selbst verwalten und in völliger Eigenregie über deren Verwendung entscheiden. Das bedeutet die **finanzielle Selbständigkeit der Region Kurdistan-Irak** und ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass die kurdische Region im Irak auch eine eigenständige Politik betreiben kann.
- **Die Zuständigkeit der Regionen für die innere Sicherheit.**
Kurdistan-Irak behält damit gesetzlich festgeschrieben seine erfahrenen und im Widerstandskampf erprobten militärischen Einheiten, Sicherheitskräfte und Polizei. Damit konnten ursprüngliche Forderungen nach Eingliederung der legendären kurdischen Peshmerga-Kräfte oder gar deren Auflösung abgewiesen werden – obwohl diese natürlich formal als Bestandteil der gesamtirakischen Militär- und Sicherheitseinheiten fungieren. Dies hat grundsätzliche Bedeutung für die Sicherheitslage in Irakisich-Kurdistan.
- **Die Rolle des Islam in der Gesellschaft.**
Auch hier gab und gibt es harte Auseinandersetzungen zwischen den politischen Akteuren, auf welcher rechtlichen Grundlage die gesellschaftliche Entwicklung im Irak erfolgen soll. Die Schiiten forderten ursprünglich eine islamische Verfassung für die Gesellschaft. Die Kurden haben sich als einzige Kraft vehement dagegen gewandt. Herausgekommen ist ein Kompromiss. Danach ist der Islam offizielle Staatsreligion und Hauptquelle der Gesetzgebung (wohlgemerkt nicht „einzige Quelle der Gesetzgebung“). Im Gegenzug wurde im gleichen Zusammenhang von den Kurden die Verankerung der demokratischen Freiheiten, Menschenrechte, Minderheitenrechte, Frauenrechte usw. durchgesetzt. So dürfen laut Verfassung keine Gesetze dem Koran, aber auch nicht den Menschenrechten widersprechen. Zum anderen wird durch die Festlegungen in den Fragen der Gesetzgebungskompetenz (wie oben angeführt) die Zentralregierung in Bagdad kaum Einfluss auf die kurdische Region nehmen können, was die Rolle der islamischen Scharia bei der Gesetzgebung betrifft.

Eine Streitfrage im Irak ist nach wie vor der **geografische Zuschnitt der autonomen kurdischen Region**. Nach Auffassung der Kurden müssen dabei die selbst verwalteten kurdischen Gebiete in den drei Provinzen Sulaimania, Arbil und Dohuk und Gebiete außerhalb der jetzigen kurdischen Verwaltungen, die historisch zum Siedlungsgebiet der Kurden im Irak gehören und wo Kurden die Bevölkerungsmehrheit bilden, **eine föderale Einheit** im Irak bilden. Dies erfordert somit vor allem die Klärung und Festschreibung des Status der **Provinz Kirkuk** sowie weiterer kurdischer Siedlungsgebiete in den nordirakischen Provinzen Ninewa (Mosul),

Salahaddin und Diyala als Bestandteil der föderalen Region Kurdistan-Irak. Praktisch bedeutet dies den administrativen Anschluss dieser Gebiete an die kurdische Selbstverwaltungsregion. Damit entstünde ein Gebiet mit einer Fläche von rund 83.000 km² und etwa 5,3 Mill. Einwohnern. Diese Frage ist nach wie vor nicht gelöst und eine zentrale Forderung der kurdischen Politik. Ein Fortschritt ist dabei, dass die Kurden im Verfassungsprozess durchgesetzt haben, dass § 58 der irakischen Übergangsverfassung in die jetzt ständige Verfassung übernommen wurde (jetziger § 136), wonach bis Ende des Jahres 2007 **ein Referendum** über den endgültigen Status der Provinz Kirkuk und der anderen kurdischen Siedlungsgebiete - und damit über den möglichen Anschluss an die kurdische Autonomieregion - stattfinden soll.

Wir übersehen nicht, dass dies eine sehr schwierig zu lösende Frage ist, in dem unterschiedliche Interessen hart aufeinander prallen und sogar ausländische Einmischung (Türkei) nicht auszuschließen ist. Vor allem die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung der ölreichen Provinz Kirkuk ist von Saddam Hussein durch massenhafte Vertreibungen von Kurden und die Ansiedlung von Arabern aus anderen Landesteilen über viele Jahre verändert worden. Die Beseitigung aller Folgen der Arabisierung-, Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik des alten Regimes, darunter das Recht auf Rückkehr der Vertriebenen in ihre angestammten Gebiete ist inzwischen geregelt und wird seit geraumer Zeit in die Tat umgesetzt.

In der lange strittigen Frage der Verteilung der **Einnahmen aus dem Erdöllexport** – die auch die Verfassungsdiskussion mitbestimmte - wurde im Irak eine Kompromissregelung gefunden, was die Verfügungsgewalt über die Ressourcen und die Verteilung der Verkaufserlöse betrifft. Für die Regionen ist danach ein Mitbestimmungsrecht vorgesehen. Ursprünglich forderten die Kurden die vollständige Übertragung der Einnahmen auf die Regionen. Die Festlegungen in der irakischen Verfassung gestatten den Regionen jedoch grundsätzlich, eine eigene Ölproduktion aufzunehmen. Verwaltet werden die Ressourcen von der Zentralregierung in Zusammenarbeit mit den produzierenden Regionen und Provinzen. Die Einkünfte werden entsprechend der Bevölkerungszahl verteilt.

Die ökonomische Attraktivität Irakisch-Kurdistans wird entscheidend durch den **Erdölreichtum** bestimmt. In der kurdischen Region (vor allem um Kirkuk) befinden sich rund 40 % der irakischen Ölreserven von etwa 200 Mrd. Barrel. Damit sind die kurdischen Reserven die sechstgrößten der Welt. In Irakisch-Kurdistan gibt es darüber hinaus bedeutende Reserven an weiteren Mineralien und Rohstoffen wie Eisenerz, Kupfer, Zink und qualitativ hochwertigem Marmor.

Damit zum Schluss noch einige Bemerkungen zu Grundzügen der **wirtschaftlichen Entwicklung**:

Die **ökonomische Ausgangslage** ist zum einen durch die langjährige Repressions- und Sanktionspolitik der irakischen Zentralregierung und die internationale Embargopolitik gegenüber dem Irak als direkte Folge des Golfkrieges von 1990/91 beeinflusst und gekennzeichnet. Dazu gehört einerseits das von Saddam Hussein gegenüber Irakisch-Kurdistan verhängte inländische Embargo nach dem Kurdenaufstand von März 1991 und der Etablierung der Selbstverwaltungsorgane nach den Wahlen von 1992 sowie andererseits die bis 1997 von der UNO über den gesamten Irak verhängten Sanktionen, die allen UN-Mitgliedsländern verbot, Handel mit dem Irak zu treiben.

Dazu kommen zum anderen vor allem ab 1980 die Folgen der immensen direkten Zerstörungen mehrerer Kriege und militärischer Auseinandersetzungen unterschiedlichster Art, verbunden mit Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen der kurdischen Bevölkerung. Die Infrastruktur des

Landes wurde dabei zu etwa 80 % zerstört. Als „Kornkammer Iraks“ im sogen. „Fruchtbaren Halbmond“ hatte Irakisch-Kurdistan damit aufgehört zu existieren.

Der entstandenen humanitären Katastrophe begegnete der UN-Sicherheitsrat 1996 mit dem sogen. Programm „Oil for Food“. Es erlaubte dem Irak unter UNO-Aufsicht Erdölexporte zu tätigen und für humanitäre Zwecke zu verwenden. Irakisch-Kurdistan erhielt dabei laut UN-Festlegung 13 % der Mittel aus dem Gesamtfond, vor allem für den Nahrungsmittel- und Medikamentenimport.

Durch diese Umstände konnte sich eine eigene, sich selbst tragende Wirtschaft natürlich nicht entwickeln. Aber die Tatsache, dass in der Region – wie erwähnt – bereits seit ca. 15 Jahren stabile lokale und regionale Verwaltungsstrukturen mit weitgehend demokratischer Legitimation existieren, schaffte günstige Rahmenbedingungen auch für die Wirtschaftsentwicklung. Das Wiederaufbauprogramm wurde in Irakisch-Kurdistan – wenn auch unter den genannten Bedingungen mit Einschränkungen - so bereits 1992 begonnen. Das war entscheidende Voraussetzung dafür, dass es nach Beendigung des Oil-for-Food-Programms (November 2003) nicht zum ökonomischen Kollaps kam, sondern im Gegenteil – unter jetzt veränderten nationalen und internationalen Bedingungen – ein beträchtlicher wirtschaftlicher Aufschwung mit positiven gesamtgesellschaftlichen Effekten einsetzte. Heute ist ein regelrechter *Wirtschaftsboom* im ganzen Land sichtbar. Privatinitiative und Marktwirtschaft setzen sich in einem rasanten Tempo durch. Überall gibt es Wiederaufbauprojekte. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Handel mit den anderen Teilen des Irak und den Nachbarländern florieren. Einkommen und Lebensstandard der Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren spürbar erhöht.

Es ist aber dennoch insgesamt einzuschätzen, dass die *ökonomische Basis* Irakisch-Kurdistans nach wie vor noch sehr schwach ist. Insbesondere sind produktive Strukturen unterentwickelt (Industrie ist kaum vorhanden, die Landwirtschaft ist noch unterentwickelt), obwohl das Entwicklungspotenzial nach Expertenmeinung sehr groß ist.

Die insgesamt erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist zum einen den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (stabile politische Verhältnisse, etablierte Verwaltungs- und Organisationsstrukturen, Aufbau eines funktionierenden wirtschaftlichen Regelungs- und Förderinstrumentariums) geschuldet. Zum anderen haben sich die **finanziellen Bedingungen** für den Wiederaufbau entscheidend verbessert.

Die drei Provinzen der selbst verwalteten kurdischen Region Nordiraks (Sulaimania, Arbil, Dohuk) bekommen **ab 2005 jährlich 17 % des irakischen Gesamthaushalts** zur Verfügung gestellt. Die bereit gestellte Gesamtsumme belief sich z. B. im Jahre 2005 auf rund 3,9 Mrd. US-\$. Dies sind innerhalb kurzer Zeit beträchtliche Steigerungen der Staatseinnahmen. Die kurdische Regionalregierung verfügt damit über ein von der irakischen Zentralregierung unabhängiges Budget, über das sie frei verfügen und über dessen Verwendung sie allein entscheidet.

Dieser Verteilerschlüssel für die Finanzen wird auch auf die international für den Irak zur Verfügung gestellten Kredite und Hilfen angewendet (rund 18 Mrd. US-\$/ohne USA-Beitrag, für den Zeitraum von 2004 bis 2007 von verschiedenen internationalen Geberkonferenzen bereit gestellt). Das amerikanische Wiederaufbauprogramm beläuft sich darüber hinaus auf insgesamt über 24 Mrd. US-\$.

Zusammenfassend möchte ich zur Gesamtlage in Irakisch-Kurdistan im Vergleich zur Situation im übrigen Irak feststellen:

Die strukturellen Verhältnisse und Voraussetzungen (politisch, gesellschaftlich und ökonomisch) in Irakisch-Kurdistan unterscheiden sich grundlegend von den gegenwärtigen Verhältnissen in den übrigen Landesteilen Iraks: Und dies nicht erst seit heute oder seit April 2003 (dem Ende der Diktatur). Trotz beträchtlicher Widerstände von innen und außen regieren sich die Kurden – wie ich dargestellt habe – auf der Grundlage demokratischer Wahlen bereits seit 1992 selbst – und dies nunmehr überaus erfolgreich.

Das heißt: In einem Zeitraum von bis jetzt über 15 Jahren bildeten sich unter Führung der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) neue funktionierende politische, gesellschaftliche, ökonomische und institutionelle Strukturen (einschließlich im militärischen und Sicherheitsbereich) und ein funktionierendes Gemeinwesen heraus. Im Gegensatz dazu wurden in den arabischen Landesteilen Iraks die alten Strukturen nahezu vollständig zerstört, neue können sich aber auf Grund der bekannten Umstände nur sehr langsam herausbilden und funktionieren bisher nur rudimentär.

Und vor allem: Es gibt im Gegensatz zum übrigen Irak keine Sicherheitsprobleme. Die Sicherheitslage ist stabil. In Kurdistan-Irak wurde der Kampf gegen die Terroristen von Ansar al-Islam, die versuchten, sich in Irakisch-Kurdistan festzusetzen, schon vor Jahren (lange vor dem Sturz Saddams) begonnen und erfolgreich durchgeführt. Ansar al-Islam gilt als eine der brutalsten, mit al-Qaida liierten islamistischen Terrorgruppen im Irak. Sie wurden bei uns verjagt und ausgeschaltet. In unserer Region herrscht – so kann man es sagen - Recht und Ordnung. Wir stützen uns dabei (wie erwähnt) auch wesentlich auf einen aus dem Widerstand hervorgegangenen, sehr gut organisierten Sicherheits- und Polizeiapparat.

All dies sind günstige Voraussetzungen für die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen, für die weitere Vertiefung des Demokratisierungsprozesses und ökonomischen Fortschritt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

2. Grußwort von Dr. Ahmad Berwari zur Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens zwischen der Universität Dortmund und den kurdischen Universitäten im Nordirak am 07.02.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich recht herzlich für die Einladung zur Eröffnungsveranstaltung der „Winter School“ zum Thema „Reconstruction and Development – Planning and Management“ in der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund. Ich wünsche Ihnen dafür ein gutes Gelingen und einen erfolgreichen Verlauf.

Ich habe die Einladung besonders gern wahrgenommen, da das Seminar in diesem Jahr mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen der Universität Dortmund und den kurdischen Universitäten im Nordirak verbunden ist.

Dieses für unsere Beziehungen bedeutsame Ereignis fällt faktisch zeitlich zusammen mit einem für uns außerordentlich wichtigen politischem Ereignis: nämlich mit den vor einer Woche erfolgreich abgeschlossenen Wahlen zur irakischen Nationalversammlung, zum Regionalparlament Kurdistans sowie zu den 18 Provinzräten des Landes. Diese Wahlen schaffen eine völlig neue Ausgangslage sowohl für die weitere Entwicklung in unserem Lande als auch für die Perspektiven der Entwicklung unserer Beziehungen.

Dass die ersten freien, demokratischen Parlamentswahlen seit Jahrzehnten überhaupt stattgefunden haben, ist ein großer Erfolg in einem Land, das gerade erst eine jahrzehntelange Diktatur und Tyrannei überwunden hat und unzählige Kriegswunden hat. Gemessen an den wirklich katastrophalen Umständen der Abstimmung, die von Drohungen und Anschlägen überschattet wurde, waren diese Wahlen in der Tat ein beachtliches, ja historisches Ereignis. Viele Wähler haben ihre Stimme abgegeben, obwohl sie sich dafür in Lebensgefahr begeben mussten.

Der Mut zur Stimmabgabe und die überraschend hohe Wahlbeteiligung demonstrierten vor allem eine Absage der Bevölkerung an jede Art von Gewalt und an die Terroristen, die diese Wahlen verhindern wollten. Mit ihrer massiven Beteiligung haben die Wähler grundsätzlich deutlich gemacht, von wem sie nicht regiert werden möchten: von jeglichen Extremisten und Terroristen. Die Mehrheit der Wähler hat auch jenen eine Abfuhr erteilt, die immer wieder betonen, Demokratie sei mit den kulturellen Traditionen der Region nicht vereinbar. Mit der regen Beteiligung haben die Menschen somit ein Zeichen für den Aufbruch ihres Landes in eine demokratische Zukunft gesetzt. Die Wahlen waren aber auch Ausdruck einer großen Hoffnung auf Veränderung, die Geschicke des Landes selbst in die Hände zu nehmen.

Was die Wahl den Irakern bedeutete, ließ sich dabei am ehesten dort sehen, wo sie keine Angst vor Anschlägen haben mussten: **im kurdischen Norden**. Hier herrscht im Gegensatz zu den übrigen Landesteilen Ruhe, Ordnung, Recht und weitgehende Sicherheit. Die wirtschaftliche Entwicklung ist erfolgreich und die Lebensverhältnisse der Menschen haben sich verbessert. Dies ist nicht zuletzt Folge und Ergebnis der bereits seit 1991/92 praktizierten Selbstverwaltung in einem Großteil der Region Irakisch-Kurdistan. Nirgendwo im Irak fand deshalb die Wahl eine freudigere Aufnahme als in Irakisch-Kurdistan. Dies wird dort auch durch die über 80%ige Wahlbeteiligung belegt. Für die irakischen Kurden gab es bei der Wahl nur etwas zu gewinnen. Sie erwarteten nicht weniger als Freiheit und Mitbestimmung. Und sie verbanden mit der Wahl die Hoffnung auf die endgültige Verwirklichung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Den

Kurden war klar, dass sie durch eine hohe Wahlbeteiligung ihr Gewicht in der künftigen Volksvertretung noch vergrößern werden. Ohnehin kann bereits dank der Bestimmungen in der gegenwärtigen Übergangsverfassung nichts gegen sie entschieden werden und auch keine neue Verfassung verabschiedet werden. Insofern ist die erfolgreiche Wahl für uns verheißungsvoll für den weiteren Übergangsprozess im Irak. Als nächster bedeutender Schritt muss dabei die Ausarbeitung einer ständigen Verfassung als Hauptaufgabe der gewählten Nationalversammlung folgen, die der Bevölkerung bis zum 15. Oktober 2005 zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Auf der Basis der neuen Verfassung soll dann bis spätestens 15. Dezember 2005 eine weitere Wahl angesetzt werden, um die Übergangszeit zu beenden.

Die kurdische Führung ist der Ansicht, dass die Rechte und Interessen der Kurden im Irak nur durch den Aufbau eines demokratischen, pluralistischen und föderalen politischen Systems im Irak gesichert werden können. Dies muss und wird in der neuen Verfassung festgeschrieben werden.

Nach unserer Auffassung sollten die internationale Gemeinschaft, und vor allem auch die Europäer und die Deutschen den jetzt begonnenen politischen Prozess nach Kräften unterstützen. Die neue Ausgangslage ist auch eine Chance, diesen Prozess durch den Ausbau der Beziehungen in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu fördern. Wir sind überzeugt davon, dass Deutschland eine bedeutende Rolle beim Wiederaufbau Iraks und speziell auch in Irakisch-Kurdistan spielen kann.

Deutschland hat seit 2003 humanitäre Hilfe geleistet und unterstützt den Wiederaufbau sowie den politischen Übergangsprozess. Schwerpunkte des deutschen Engagements sind der zivile Wiederaufbau und insbesondere der Ausbildungsbereich. So trägt Deutschland durch zahlreiche Ausbildungsprojekte und damit verbundene Ausstattungshilfen zum Aufbau der irakischen Polizei, der Streitkräfte und der Verwaltung bei. Über verschiedene Programme bildet Deutschland über 1.500 Iraker in unterschiedlichen Bereichen aus, darunter Kriminalpolizisten, Transportsoldaten und Baupioniere, Wahlbeobachter, Mitarbeiter irakischer Ministerien, Diplomaten, Journalisten und nicht zuletzt eine Vielzahl von Studenten und Wissenschaftlern über den DAAD. Seit Mitte 2003 entwickeln sich schrittweise auch wieder die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen. Die deutsche Bundesregierung hat angekündigt, nach den jetzigen Wahlen vor allem die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen mit verschiedenen Maßnahmen zu fördern.

Die Bevölkerung Irakisch-Kurdistans setzt besonders auf gute Kontakte und die Entwicklung der Beziehungen zu Deutschland. In der Vergangenheit gab es für die von uns gewünschte Ausweitung der Beziehungen speziell mit Irakisch-Kurdistan stets politisch bedingte Hindernisse. Nichtsdestotrotz wissen wir die vielfältige Wiederaufbauhilfe vor allem der NGOs bei uns zu schätzen. Dazu gehört auch die langjährige, sehr nützliche Kooperation mit dem Verein „Dortmunder helfen Kurden e. V.“

Wissenschaft, Bildung, Kultur und Begegnung der Menschen dürfen dabei nach unserer Meinung nicht zu kurz wegkommen. Umso mehr freut es uns, dass mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen den Universitäten dieser Bereich gebührend berücksichtigt wird. Projekte, Kontakte und Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sind wahrlich Investitionen in die Zukunft.

Wir freuen uns, dass die Universität Dortmund hier eine Vorreiterrolle spielt. Wir möchten die bereits länger bestehende Zusammenarbeit mit unseren Universitäten in Irakisch-Kurdistan ausdrücklich würdigen. Die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages ist dabei ein Höhepunkt dieser Kooperation. Darauf sind wir sehr stolz. Diese Gelegenheit möchte ich wahrnehmen, um

mich im Namen der irakischen Kurden ganz herzlich insbesondere beim Institut für Raumplanung der Universität Dortmund für die bisher geleistete Hilfe und Zusammenarbeit zu bedanken. Die Universität Dortmund leistet damit einen konkreten und wirksamen Beitrag zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Beziehungen mit Irakisch-Kurdistan.

Wir wünschen uns, dass diese Zusammenarbeit fortgeführt und ausgebaut wird. Dies ist umso mehr notwendig, da es darum geht, unseren eingeleiteten Prozess der Demokratisierung und friedlichen Entwicklung zu stabilisieren und unumkehrbar zu machen. Das ist im Interesse aller Seiten. Deshalb wünschen wir uns allen Erfolg und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit, die das Büro für Internationale Beziehungen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Deutschland nach Kräften fördern wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

3. „Irak: Die Kurden und der Krieg“

Vortrag von Dr. Ahmad Berwari auf der gleichnamigen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 05.12.2005 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich im Namen der PUK bei den Veranstaltern für die Organisation dieses Diskussionsabends sehr bedanken und dafür, dass man uns die Gelegenheit gibt, unsere Position zur Frage eines möglichen Krieges im Irak darzulegen.

Krieg ist für die Kurden im Irak keine aktuelle Frage. Seit der Machtübernahme der Baath-Partei im Jahre 1968, also seit 34 Jahren, leben die Kurden im Irak mit kurzen Unterbrechungen im Kriegszustand mit dem irakischen Baath-Regime. Diese Kriege der irakischen Regierung gegen die Kurden hatten die Vernichtung der kurdischen Identität im Irak als Ziel. Festnahmen, Hinrichtungen, Zwangsumsiedlungen, Entvölkerung von mehr als 4000 kurdischen Dörfern und Kleinstädten, Anfal-Operationen, Angriffe mit chemischen Waffen (siehe Halabja), das Verschwindenlassen von mehr als 180000 Kurden, Hunderttausende kurdische Flüchtlinge an den Grenzen zu den Nachbarstaaten, Vertriebene im eigenen Land, Millionen Landminen, Änderung der demographischen Lage kurdischer Gebiete durch Arabisierungsmaßnahmen, diese sind einige Begriffe, die die brutale Politik der irakischen Regierung gegen die eigenen Kurden betrieb und betreibt, beschreiben. Trotzdem haben die irakischen Kurden immer versucht, durch Dialog mit der irakischen Regierung und mit friedlichen Mitteln ihr Recht auf Überleben zu erlangen. Die irakischen Kurden haben vor allem die Regierung zur Verhandlung bewegt in sehr kritischen Zeiten, in denen die Souveränität des Staates Irak bedroht war. Leider aber vergebens! Denn die Regierung wollte durch Verhandlungen mit den Kurden nur Zeit gewinnen und aus ihrer Krise herauskommen, und bei der nächsten Möglichkeit setzte sie ihre Vernichtungspolitik gegen die Kurden fort. Dies sind die bitteren Erfahrungen der irakischen Kurden mit dem Regime von Saddam Hussein.

Seit Anfang der 90er Jahre regieren wir zusammen mit der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und anderen Parteien Irakisch-Kurdistans 2/3 der kurdischen Gebiete im Irak. Das umfasst ein Gebiet von etwa 45 000 qkm mit einer Bevölkerung von ca. 3,5 Millionen Menschen. Wir verfügen über staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Strukturen. Wir pflegen Beziehungen mit den Nachbarstaaten der Region, den europäischen Staaten und den USA. Dank der UN-Resolution 986 (Oil for Food Program) werden 13% der Erdöleinnahmen Iraks unter Aufsicht der UNO in unseren Gebieten ausgegeben. Dadurch werden die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung gedeckt. Darüber hinaus wird im Rahmen dieses Programms der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und der Infrastruktur finanziert. Die wirtschaftliche Lage in unserem Gebiet ist im Vergleich mit dem anderen Teil Iraks relativ gut, weil die kurdischen Verwaltungen bei der Durchführung des Oil-For-Food-Programms mit der UNO kooperieren. Uns Kurden aus dem Irak geht es zur Zeit relativ gut, wenn man von der Situation unserer anderen kurdischen Mitbürger in den Gebieten außerhalb der Kontrolle der irakischen Zentralregierung absieht. Wir sind quasi unabhängig. Trotzdem wissen wir, dass unsere Situation nicht von ewiger Dauer sein kann, sobald das Embargo gegen den Irak aufgehoben und die jetzige Regierung in die Weltgemeinschaft wieder aufgenommen wird, wird die irakische Regierung mit Gewalt die bei uns etablierten zivilgesellschaftlichen und demokratischen Strukturen zerstören und unsere Gebiete angreifen. Dies wird sicher zu erneuten Tragödien für die irakischen Kurden führen. Deshalb müssten wir, PUK und KDP, langfristige Strategien entwickeln. Wir haben uns darauf geeinigt, bezüglich der Frage Irak eine gemeinsame und einheitliche Politik zu entwickeln und mit einer Haltung zu reagieren. Wir arbeiten für die Etablierung eines demokratischen, pluralistischen und vor allem

föderalen politischen Systems in einem einheitlichen Irak, in dem die Rechte und Interessen aller irakischen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Wir sind der Meinung, dass nur durch eine wirkliche Beteiligung an der Zentralregierung in einem o. g. System im Irak die Bewahrung der Rechte und Interessen unserer Bevölkerung in Irakisch-Kurdistan garantiert werden kann. Wir arbeiten für die Aufrechterhaltung der Souveränität und der territorialen Integrität des Staates Irak. Wir streben nicht die Gründung eines unabhängigen Kurdenstaates an. Wir bevorzugen, dass wir die o. g. Ziele im Irak mit friedlichen Mitteln und Dialog erreichen. Wir würden es auch akzeptieren, wenn die jetzige irakische Regierung an der Formung des von uns vorgestellten neuen Iraks beteiligt wird. Die Frage jedoch ist, ob das Regime von Saddam Hussein fähig wäre, diese Prinzipien von Demokratie, Pluralismus, Föderalismus usw. zu akzeptieren? Unsere Antwort lautet: Nein. Unsere negative Erfahrung mit diesem Regime und seine Gestalt und Methoden begründen unsere Haltung. Die andere Option wäre, dass wir zusammen mit der irakischen Opposition versuchen, die Lage im Irak zu ändern und Saddam Hussein zu entmachten. Dies können wir jedoch nur mit ausländischer Hilfe erreichen. Eine militärische Operation einer US-amerikanisch geführten Koalition gegen den Irak werden wir nicht ohne weiteres unterstützen, wir können sie jedoch nicht verhindern. Wir würden solch eine Operation nur dann bejahen, wenn dabei das Ziel, Saddam Hussein zu entmachten, klar definiert wird und wir zusammen mit anderen irakischen Oppositionsgruppen an der Gestaltung des neuen politischen Systems im Irak nach der Entmachtung vom Saddam-Regime beteiligt werden. Einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung, die Zerstörung der Infrastruktur im Irak, die Ersetzung Saddam Husseins durch einen anderen Diktator oder die Besetzung des Irak und die Errichtung einer Militärverwaltung lehnen wir entschieden ab. Auch wenn wir den Krieg als Mittel zur Entmachtung Saddams bejahen, bedeutet dies für uns nicht eine Beteiligung am Krieg gegen das Regime. Eine aktive Beteiligung der irakischen Kurden an einer ausländischen militärischen Operation kommt nicht in Frage, weil wir die Sicherheit unserer Zivilbevölkerung in Irakisch-Kurdistan gegen mögliche Racheaktionen der irakischen Regierung im Falle eines Krieges, wie Angriffe mit chemischen und biologischen Kampfstoffen, nicht garantieren können. Wir verfügen zwar über Tausende gut ausgebildete und moralisch motivierte Kämpfer, wir werden aber im Falle eines Krieges neutral bleiben und unsere Gebiete für die Stationierung von ausländischen Truppen und für Vorbereitungen von militärischen Operationen gegen den Irak nicht zur Verfügung stellen. Wir würden uns aber an der Formung des neuen politischen Systems zusammen mit der irakischen Opposition sehr aktiv beteiligen. Wir bereiten uns bereits auf die Zeit nach Saddam Hussein vor, weil wir der Ansicht sind, dass ein Krieg gegen das irakische Regime unter den aktuellen Umständen unvermeidbar geworden ist. Daran sind nicht nur die USA schuld, sondern in erster Linie Saddam Hussein selbst und diejenigen, denen es aus wirtschaftlichen und ideologischen Gründen gleichgültig ist, ob eine Diktatur ihre eigene Bevölkerung unterdrückt und vernichtet.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

4. „Kurden im Irak: Kein Volksaufstand.....“

Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Risse“, Nr. 6/Dezember 2003

Weil die Kurden im Irak George W. Bush lieber mögen als Saddam Hussein, hat die antiamerikanische Linke die Kurden aus ihrer Liste revolutionärer Völkerschaften gestrichen und interessiert sich nicht mehr für sie. Thomas von der Osten-Sacken sprach mit Ahmad Berwari, Vertreter der Patriotischen Union Kurdistans in Deutschland, über die Situation im Irak, die verzerrte Wahrnehmung in Europa und die Entsolidarisierung der Linken.

Interview: Thomas von der Osten-Sacken

***Thomas von der Osten-Sacken:** Nach den verheerenden Anschlägen auf das Gebäude der UN in Bagdad und in Nadjaf heisst es in den Medien, dass der Irak jetzt im Chaos zu versinken drohe, ja gar eine «Afghanisierung» des Landes bevorstehe, die nur durch eine Stärkung der Rolle der UN abzuwenden wäre. So jedenfalls klingen die Erklärungen vor allem Deutschlands und Frankreichs.*

***Ahmad Berwari:** Zunächst: Der Anschlag in Nadjaf stellt ein äußerst trauriges und verurteilenswertes Ereignis dar. Nicht nur, weil über hundert Menschen dabei umkamen, sondern weil eine bedeutende Persönlichkeit der ehemaligen irakischen Opposition Ayatollah al-Hakim getötet wurde. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des neuen Irak. Aber das Bild, das von den Medien verbreitet und von gewissen Kreisen in der Politik unterstützt wird, dass im Irak nur Chaos herrsche und das Leben von Anschlägen dominiert werde, ist übertrieben und einseitig.*

Im Irak gibt es bedeutende Fortschritte, über die man so gut wie gar nicht redet. Die Elektrizitätsversorgung ist wesentlich besser geworden, das Schulsystem funktioniert und ebenso die Universitäten. Die Verheerungen von 35 Jahren Diktatur lassen sich nicht in zwei Monaten beheben. Aber es gibt viele sehr positive Entwicklungen überall im Land. Auch die Schaffung des Übergangsrates und die Ernennung von Ministern ist ein solches Zeichen.

Die Frage, ob die UN eine zentrale Rolle beim Wiederaufbau des Irak oder bei der Gewährleistung von Sicherheit spielen sollte, wirkt auf mich etwas überholt. Die UN hätte eigentlich bei der Befreiung Iraks eine wichtige Rolle spielen sollen, so wie es die USA und England gerne gehabt hätten. Die Probleme, die heute im Irak herrschen, kann man durch die UN - eine extrem bürokratisierte Organisation - nicht lösen. Auch wenn die UN heute im Irak etwas schaffen will, kann sie ohne die Koalition nichts erreichen. Wir sind nicht gegen die UN, aber wir sind der Meinung, dass die Probleme im Irak nur zu lösen sind, wenn man die Iraker selbst bei der Entscheidung einbezieht. Es gibt aber andere Möglichkeiten den Irak zu unterstützen, finanziell etwa. Das alte irakische Regime hatte bei den meisten europäischen Ländern große Schulden, etwa 4 Milliarden in Deutschland, teilweise sogar noch aus der Zeit, als dem Irak das Know-How zur Produktion von chemischen Waffen geliefert wurde. Wenn es die europäischen Länder ernst meinen, dann sollten sie uns diese Schulden, die nicht wir, sondern Saddam Hussein gemacht hat, erlassen. Solche Formen der Hilfe werden benötigt. Wir fordern, dass unsere politischen Bemühungen unterstützt werden. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Europäer die Bildung der Übergangsregierung und die neue irakische Regierung praktisch unterstützen würden. Dies würde weit mehr zur Stabilisierung des Irak beitragen als das Gerede über die Rolle der UN. Wir können nicht warten, bis die Streitereien zwischen den Staaten, für

die die UN nur der Vorwand ist, ausgetragen sind. Die Amerikaner und Briten und ihre Alliierten sind aktiv vor Ort und unterstützen uns. Wir freuen uns über jede Hilfe und sind der Meinung, dass die Probleme des Irak, vor allem die Sicherheitslage, durch die UN gelöst werden können. Die UN konnte noch nicht einmal für die Sicherheit ihres eigenen Hauptquartiers sorgen, weil - soweit ich informiert bin - sie sich geweigert hat, Schutz von den Amerikanern anzunehmen, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass dies eine Einrichtung der Amerikaner sei. Kurz: Blauhelme sind keine Option, um die Sicherheit im Irak zu garantieren.

T. v. O.: Sie denken aber, dass insgesamt die Entwicklung im Irak auf dem richtigen Weg ist?

A. B.: Auf jeden Fall. Das Wichtigste ist und bleibt, dass die Iraker von der Diktatur Saddam Husseins befreit wurden. Dies ist die Einstellung der überwältigenden Mehrheit der Iraker, auch wenn sie nicht dauernd darüber sprechen. Diese Dankbarkeit ist fast überall zu bemerken. Sicher, es finden sich auch Leute, die anders reden, aber die sind in der Minderheit. Allerdings wird das Leben der Menschen im Irak jetzt von alltäglichen Problemen dominiert. Sicherheit, Arbeitslosigkeit oder Elektrizität sind die bestimmenden Themen, und die Koalition ebenso wie der Übergangsrat werden für Fehler oder Versäumnisse verantwortlich gemacht. Denn die Probleme, die die Iraker unter der Diktatur belastet haben, sind vorbei. Heute haben die Iraker die Sorge, wie man neben dem eigenen Leben das neue System im Irak gestalten kann.

T. v. O.: Der außenpolitische Sprecher der SPD, Gernot Erler, erklärte, dass inzwischen eine wachsende Mehrheit der Irakis gegen die Amerikaner eingestellt sei und sie als Besatzungsmacht wahrnehmen würde. Sie halten das für eine falsche Einschätzung?

A. B.: Ja, unbedingt. Ich vertrete eine kurdische Partei. Wenn man alleine von den Kurden redet, also von fünf bis sechs Millionen Irakern, so waren die nicht nur froh, sondern haben die Amerikaner und Briten als Befreier begrüßt. Und die Schiiten, die die Mehrheit, also etwa 60% der irakischen Bevölkerung ausmachen, haben die Amerikaner und Briten auch als Befreier gesehen. Auch in Bagdad wurden die Koalitionstruppen jubelnd begrüßt. Wer die Amerikaner als Besatzer bezeichnet und zum Kampf gegen sie aufruft, spricht nicht im Namen der Iraker. Das sind entweder Anhänger des alten Regimes, islamische Fundamentalisten oder arabische Nationalisten. Wenn Leute wie Herr Erler die arabischen Nationalisten und islamischen Fundamentalisten und die ehemaligen Baathisten als das irakische Volk ansehen, dann ist das ihre Sache.

T. v. O.: Aber wie erklären Sie sich dann die fast durchgängig von allen Medien - mit ganz wenigen Ausnahmen - geteilte Einschätzung, dass im Irak nun eine Art von Intifada gegen die Amerikaner und Briten als Besatzungsmacht ausbrechen wird, die USA im Irak mehr oder weniger gescheitert sind, und wenn überhaupt das Land noch "gerettet" werden kann, dann mit völlig neuen Konzepten, etwa unter Aufsicht der UN und Europas?

A. B.: Im Irak findet kein Volksaufstand statt, sondern es handelt sich um Terroranschläge und Sabotageaktionen gegen Iraker. Auch die UN-Hilfsorganisationen sind nicht Amerikaner oder Besatzer. Al-Hakim und SCIRI sind nicht Amerikaner. Al-Hakim ist eine irakische Persönlichkeit, die die Interessen der Schiiten im Irak vertritt. Anschläge gegen Ölpipelines, Elektrizitätswerke und Polizeistationen und die Wasserversorgung sind kein Widerstand, sondern Sabotage. Wir Kurden haben eine lange Tradition des Widerstandskampfes und wären nie auf die Idee gekommen, etwa Wasserleitungen zu sprengen. Anhänger des alten Regimes und islamisch-fundamentalistische Kreise versuchen das Land zu destabilisieren und so einen demokratischen Wiederaufbau zu verhindern.

T. v. O.: Was ist dann das Interesse der Europäer, die Lage so hoffnungslos darzustellen?

A. B.: Man kann von den Europäern nicht als homogenem Gebilde sprechen. Die Briten, Spanier und Dänen etwa haben eine andere Position und auch die Russen haben nach der Befreiung des Irak eine etwas andere Haltung eingenommen. Aber in Deutschland ist man leider völlig passiv, möchte nicht aktiv werden, indem man bestimmte Ereignisse übertrieben darstellt. Man will die Verantwortung nicht tragen.

Das erinnert an die Situation vor dem Krieg, als man die Befreiung des Irak verhindern wollte, in dem man behauptet hat, Kriege dienen nicht der Befreiung, ohne andere Alternativen bieten zu können. Man hat uns durch diese Argumentation signalisieren wollen, dass wir uns mit dem Regime Saddam Husseins abfinden müssten, auch wenn nach europäischen Maßstäben das Regime nicht akzeptabel ist. Heute will man durch die übertriebene Darstellung der Lage einerseits im nachhinein Recht behalten und sich andererseits am Wiederaufbau unter den gegebenen Möglichkeiten nicht wirklich beteiligen. Die Deutschen könnten sich - und wir haben sie darum gebeten - in einer anderen Art und Weise am Wiederaufbau beteiligen: Weder vor dem Krieg noch heute hat man eine militärische Beteiligung von ihnen verlangt. Ich persönlich glaube, die Deutschen beobachten die Lage zwar genau, wollen sich aber nicht beteiligen. Sollte sich aber die Situation stabilisieren und sich ein neues System etablieren, dann werden sich die Deutschen als Freunde der Iraker hinstellen wollen. Und eine solche Position ist von irakischer Seite nicht einfach hinnehmbar.

T. v. O.: Wie ist denn die Stimmung im Irak gegenüber Deutschland und Frankreich?

A. B.: Die allgemeine Stimmung ist für die Präsenz der Koalitionstruppen. Während des Krieges und kurz danach herrschte in bestimmten Gebieten des Irak, vor allem im Norden und Süden, eine offen ablehnende Haltung, weil der Eindruck vorherrschte, dass Deutschland, Frankreich und Russland alles getan hatten, um diesen Krieg zur Befreiung des Irak zu verhindern. Und die Menschen auf der Strasse denken nicht besonders differenziert. Die einfachen Menschen sehen die Amerikaner und Briten als Befreier und die anderen als Staaten, die bei dieser Befreiung nicht geholfen, ja sogar versucht haben, sie zu verhindern. Die Anhänger des alten Regimes haben dagegen in der Haltung Deutschlands ein positives Signal gesehen und sehen das noch immer.

T. v. O.: Sie leben seit über zwanzig Jahren in Deutschland und haben die Welle der Kurdistansolidarität Anfang der neunziger Jahre miterlebt. Nun stießen Sie in den letzten 1 1/2 Jahren vornehmlich auf Ablehnung auch bei denen, die früher die Sache der Kurden auf ihre Fahnen geschrieben haben. Ich denke da an Politiker der Grünen etwa, wie Claudia Roth oder Angelika Beer.

A. B.: Es gibt da einen Unterschied zwischen Europäern und Orientalen. Wir haben schöne Worte und Gesten als eine Absichtserklärung ver- bzw. missverstanden. Mit der Zeit haben wir dann verschiedenes verstanden, etwa, dass wir Kurden meistens von Parteien unterstützt wurden, die in der Opposition waren und als diese Parteien an die Macht kamen, haben sie ihre Versprechungen vergessen. Daher haben wir wenig davon, wenn bestimmte Personen oder Parteien sich als unsere Freunde bezeichnen und wir sie auch als Freunde betrachten und dann, wenn es darauf ankommt, uns zu helfen - vor allem wenn man an der Regierung ist und damit konkret die Möglichkeit hat, uns zu helfen -, wurden wir sehr enttäuscht. Und seit der Rot-Grünen Regierung erleben wir keine Politik zugunsten der Kurden. Dies ist vor allem an der Haltung der Regierung bezüglich des Krieges zu sehen. Die Grünen etwa haben immer erklärt,

dass sie Freunde der Kurden sind, das ist sehr schön, aber solche Absichtserklärungen helfen uns wenig; man erwartet Taten.

T. v. O.: Und die Linke? In der Vergangenheit war die Kurdistan-Solidarität ja ein fast klassischer Topos. Nun hat Berham Saleh, der kurdische Premier, kürzlich gesagt, die Linke hätte die Kurden unterstützt, als die USA Saddam Hussein unterstützen, nun da die Kurden mit den Amerikanern alliiert seien, würde sie sich gegen sie wenden. Wie ist Ihre diesbezügliche Erfahrung?

A. B.: Berham Saleh hat den Punkt getroffen. Er wollte damit unsere Ansicht verdeutlichen, dass bestimmte Kreise in der Linken die Kurden nicht unterstützt haben, weil ihnen unser Anliegen am Herzen lag, sondern man hat uns aus ideologischen Gründen unterstützt. Und in dem Augenblick, wo das Thema Kurden nicht mehr zu dieser antiimperialistischen oder antiamerikanischen Ideologie passt, lässt man es fallen. Die Kurden waren interessant, als sie unterdrückt wurden, Opfer waren und von Staaten Repressionen erlitten, die von den USA und den Europäern unterstützt wurden. Jetzt, wo vor allem bei den irakischen Kurden, die Lage anders ist, sieht man uns plötzlich im «Lager der Imperialisten». Das ist natürlich lächerlich.

T. v. O.: Ein Argument taucht aus diesen Kreisen immer wieder auf. Da bislang die USA die Kurden immer wieder fallen gelassen haben, wenn sie sie denn mal unterstützt haben wie 1975, werden sie sie auch diesmal fallen lassen. Haben Sie keine Angst, dass sich 1975 wiederholen könnte?

A. B.: Wir sind erstens im Gegensatz zu diesen Linken reif genug, um zu wissen, dass es nicht nur um Ängste und Ideologien geht in der Politik, sondern um Interessen. Und die Beziehungen zu den Amerikanern - aber auch zu vielen europäischen Staaten -

5. "Sie sprechen hier mit dem künftigen Außenminister eines kurdischen Nordirak"

Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Berliner Morgenpost, 30.03.2003

Krieg im Irak. Deutschland protestiert. Und was denken Saddams Gegner? "Wir fühlen uns im Stich gelassen", sagt der Kurde Ahmad Berwari. Und der amerikanische Sicherheitsexperte Adam Garfinkle findet die Bundesregierung "extrem naiv"

Berliner Illustrierte Zeitung: Herr Berwari, wie geht es Ihnen? Daheim ist Krieg.

Berwari: Geht so. Ich habe viele Jahre in Bagdad gelebt. Meine Familie kommt aus dem kurdischen Norden. Ich habe noch viele Freunde und Familie dort. Ist ja klar, dass ich sehr intensiv verfolge, was in meiner Heimat geschieht.

Wie?

Berwari: E-Mails. Telefonieren. Und natürlich schaue ich viel fern. Meist CNN und BBC, eher selten Al-Dschasira. Ich kann diesen Unterton pro Saddam nicht leiden. Sonst gibt es noch Kurdistan-TV, ein Satellitenprogramm der Kurdisch-Demokratischen Partei, KurdSat, einen Sender der Patriotischen Union Kurdistans und zwei arabische Sender.

Ist es schwer, mit Freunden im Rest des Iraks zu kommunizieren?

Berwari: Ja und nein. Neulich habe ich im deutschen Fernsehen gehört, dass Irakis E-Mails schreiben, in denen es um ihre Gefühle geht. Das ist lachhaft. In Bagdad gibt es nur wenige Internetzentren - alle von der Regierung überwacht. Da schreibt keiner Gefühlsmails.

Und telefonieren?

Berwari: Ganz schwer. Jeder hat Angst, dass das Gespräch abgehört wird. Es fallen nur allgemeine Sätze: Das Wetter ist schön. Solche Sachen. Darauf hat man nach einer Weile keine Lust mehr. Man hört eigentlich nichts, außer der Stimme des Freundes. Deshalb telefoniere ich gar nicht mehr.

Sehen Sie auch das Staats-TV?

Berwari: Schon. Aber sehen Sie, es gibt da eine Krankheit im Irak. Wenn die Menschen eine Kamera erblicken, denken sie, dass sie anfangen müssen, zu hüpfen und sich zu freuen. Das entspricht nicht der Wirklichkeit.

Al-Dschasira bezieht Partei. Ist CNN auch parteiisch?

Berwari: Das kann ich nicht sagen.

Garfinkle: Ich sehe jetzt viel deutsches Fernsehen, und mein Eindruck ist, dass die deutsche Berichterstattung sehr objektiv ist. Sehr professionell. Auch das französische Fernsehen ist objektiv. Auch wenn da natürlich manchmal ein komischer Ton herauszuhören ist. Nach dem Motto: Da seht ihr mal, was passiert - wir haben es doch gleich gesagt. Grundsätzlich finde ich, dass in Europa eine große Meinungsvielfalt da ist. Und kaum Hysterie.

Gilt das auch für Amerika?

Garfinkle: Ich finde schon. Auch wenn die Diskussion dort natürlich emotionaler ist und eher polarisiert.

Ist sie auch objektiv?

Garfinkle: Schon. Sicher in den Printmedien mehr als im Fernsehen. Bei elektronischen Medien bin ich grundsätzlich skeptisch. Denn da kommt es doch sehr auf Bilder und Emotionen an.

So wie im Fall der amerikanischen Kriegsgefangenen - manche Stationen haben es abgelehnt, diese Bilder zu senden.

Garfinkle: Ich habe Bilder auf CNN gesehen.

Aber auf den großen amerikanischen Networks nicht.

Garfinkle: Manche haben es für schlechten Geschmack gehalten, diese Bilder auszustrahlen. Das ist richtig. Zumal es gegen die Genfer Konvention verstößt. Man darf Gefangene nicht zu Objekten öffentlicher Neugier machen.

Herr Berwari, Sie haben sich vor einem halben Jahr klar für Krieg ausgesprochen. Hat sich daran etwas geändert?

Berwari: Ich habe mich nicht für den Krieg ausgesprochen. Ich habe nur gesagt, dass es zu spät ist, um andere Maßnahmen zu ergreifen. Als Iraker bin ich natürlich grundsätzlich gegen den Krieg. Weil die Zivilbevölkerung leidet. Aber wenn Sie bedenken, dass das irakische Regime 5000 Kurden mit chemischen Waffen ermordet hat, dann ist es schon überlegenswert, Saddam Hussein zu stürzen.

Garfinkle: Das meine ich auch.

Sind sie überrascht vom Widerstand der irakischen Armee?

Berwari: Also, das ist nicht der Widerstand der irakischen Armee, das muss mal klar gesagt werden. Das ist der Widerstand der Milizen. Die reguläre Armee hat keinen großen Einfluss.

Gut, aber warum ist der Widerstand so hartnäckig?

Berwari: Die Amerikaner haben sich nicht gut vorbereitet. Auch hätte vorab ein Gespräch mit den Oppositionsgruppen stattfinden müssen. Das ist nicht geschehen.

Garfinkle: Ich würde nicht sagen, dass die Vorbereitung schlecht war. Die US-Regierung hat nur seit langem die Gewohnheit, ihre Gegner zu unterschätzen. Ich sage nur: Vietnam. Oder Kosovo.

Ist es nicht so, dass vor allem die Zivilisten in der US-Regierung vom Widerstand überrascht waren?

Garfinkle: Richtig. Da haben manche gedacht, es würde ein Kinderspiel. Dass sie reingehen und von winkenden Kindern begrüßt werden. Aber das US-Militär hat das nie gedacht. Die hatten immer zwei Modelle - der gute Fall und der schlechte. Aber es stimmt, dass diese Operation schwieriger ist, als manche gedacht haben. Und manche Militärs sagen: Ha, Mr. Rumsfeld, sehen Sie, so einfach ist das nicht. Aber eigentlich ist es noch zu früh, darüber zu reden. Wir haben erst eine gute Woche, und die US Forces sind schon mehrere Hundert Kilometer marschiert.

Und doch nimmt die Pro-Saddam-Stimmung in den arabischen Ländern zu.

Berwari: Die Haltung der arabischen Straße war schon vorher für Saddam. Es ist unser Schicksal als Kurden, dass wir uns nicht auf die arabische Straße verlassen können.

Enttäuscht Sie das?

Berwari: Nein, als Kurde bin ich nicht enttäuscht. Kein arabischer Politiker, kein arabischer Intellektueller hat sich zu Wort gemeldet, als 180 000 Kurden des Landes verwiesen wurden.

Garfinkle: Es gibt keine arabische Straße. Das ist ein angestifteter Mob. Der Fakt, dass Zehntausende von Kurden ermordet wurden, und die arabischen Intellektuellen haben nichts dazu gesagt, sollte einem zu denken geben.

Berwari: Ich will ja nicht nur für die Kurden reden. Während des irakisch-iranischen Krieges wurden mindestens eine halbe Million Menschen an den Iran ausgewiesen. Wir müssen unser Schicksal selber regeln. Wir können uns nicht auf außen verlassen.

Woher nehmen Sie dann den Optimismus, sich auf die Amerikaner verlassen zu können?

Berwari: Zunächst war das Ziel im zweiten Golfkrieg die Befreiung von Kuwait. Jetzt ist es der Sturz von Saddam Hussein. Wenn eine Weltmacht wie die USA und ein Präsident wie Bush das sagen und Tony Blair, dann kann man nachher nicht mehr zurück.

Werden Sie - die irakische Opposition - gleichberechtigte Partner der Amerikaner nach Saddam sein?

Berwari: Natürlich fühlen wir uns als gleichberechtigte Partner.

Wollen Sie einen Kurdenstaat?

Berwari: Die Kurden verlangen keinen kurdischen Staat.

Noch nicht.

Berwari: Richtig. Noch nicht.

Garfinkle (lacht): Sie sprechen hier mit dem zukünftigen Außenminister eines kurdischen Nordirak.

Berwari: Nein, nein, so einfach ist das nicht.

Garfinkle: Es ist im Moment weise, auf diesen Staat zu verzichten. Die Kurden hatten in den letzten Jahren mehr Autonomie denn je. Deshalb wollte niemand Krieg. Sie dachten, dass die Dinge nur schlechter werden könnten. Als klar wurde, dass es Krieg geben würden, hat sich die Meinung geändert. Man will nun von dem Krieg profitieren. Es ist ein Drama, dass die Kurden nicht in der Lage waren, eine Einheit zu bilden. Sonst hätten sie eine bessere Position. Viele denken, dass es in irgendeinem Schreibtisch in Washington einen Plan gibt für die Zeit nach dem Krieg. Aber es gibt fundamentale Meinungsunterschiede in der Administration. Einige wollen, dass die Massenvernichtungswaffen zerstört werden und man schnell abzieht. Andere wollen lange bleiben, um einen modernen, demokratischen irakischen Staat aufzubauen. So dass das Vorbild Irak auf die anderen arabischen Länder wirkt. Wie schon Truman gesagt hat: Ich bin gewählt worden, um sechs oder sieben Entscheidungen pro Jahr zu treffen, das ist alles.

Präsident Bush muss entscheiden, wie es ausgehen soll. Meiner Meinung nach hat er sich noch nicht entschieden. Die Befreiungsoptimisten, wie ich sie nenne, sind erst einmal geschwächt.

Auch dadurch, dass sich die Stimmung durch das Dauerbombardement ändert?

Garfinkle: Vielleicht kurzzeitig.

Warum kommt es nicht zu den jubelnden Massen, die erwartet wurden?

Berwari: Wenn es nicht zu Aufständen kommt, dann deshalb, weil die Repression zu groß ist. Seit 1991 hat die irakische Regierung alles getan, damit das nicht wieder passiert. 50 Prozent der Maßnahmen des Regimes richten sich gegen die eigene Bevölkerung.

Welche Maßnahmen?

Berwari: Vor einigen Tagen wurde auf Al-Dschasira ein Fedajin interviewt. Er hat gesagt: Wir werden alle Amerikaner töten, die in den Irak kommen. Und wir werden jeden töten, der nicht die Amerikaner tötet. Das heißt, alle Iraker müssen um ihr Leben fürchten, sobald sie nur passiv bleiben. Außerdem wurden bekannte Persönlichkeiten von ihren Familien getrennt, um Druck auszuüben. Diese Maßnahmen wirken. Die Menschen haben nicht Angst vor den Amerikanern. Sie haben Angst vor der eigenen Regierung.

Garfinkle: Eine Frau wurde gehängt, nur weil sie den US-Truppen gewunken hat. Opfer unter der Zivilbevölkerung sind eine Taktik der irakischen Regierung. Sie verschanzen Panzer und Militär auf den Geländen von Krankenhäusern. Sie versuchen, alliierte Truppen in Wohnviertel zu locken. Und die Infiltration von Fedajin in ziviler Kleidung hat es den Marines unmöglich gemacht, sie zu erkennen.

Was können die Alliierten tun?

Garfinkle: Geduld haben. Und nicht überrascht sein, wenn die Menschen nicht jubeln. Wer jubelt schon, wenn er fürchten muss, hingeschlachtet zu werden?

Ist die amerikanische Öffentlichkeit denn geduldig?

Garfinkle: Tja, gute Frage. Die amerikanische Öffentlichkeit möchte die Sache schnell zu Ende haben. Wenn der Präsident gestern sagte, dies könne ein längerer Krieg werden, denken die Menschen sofort an Vietnam. Und das will keiner. Das ist das Hauptdilemma: Wie kann man einen Post-Saddam-Irak schaffen, welcher der ethnischen Vielfalt gerecht wird? Die Kurden wollen maximale Unabhängigkeit. Da muss ein Gleichgewicht gefunden werden. Das zweite Dilemma: Wie können die Amerikaner lange genug bleiben, um eine Regierung aufzubauen, die sich auch hält? Wie kann man das Gleichgewicht halten zwischen zu viel und zu wenig tun?

Wie stark sind ökonomische Interessen in diesem Krieg?

Garfinkle: Wenn man das Ölbusiness und Mathematik kennt, weiß man, dass die ökonomischen Interessen keine Rolle spielen. Es wird zwölf Milliarden Dollar im nächsten halben Jahrzehnt kosten, um die Ölproduktion wieder hochzubringen. Wer hier an Gewinn denkt, der denkt an einen Gewinn weit in der Zukunft. Ganz im Gegenteil, das kostet alles Geld. Wenn es nur um das irakische Öl gehen würde, hätten die USA nur den Ölboykott aufheben müssen.

Wie bitte - es gibt gar kein ökonomisches Interesse?

Garfinkle: So weit unten auf Amerikas Prioritätenliste, dass es kaum sichtbar ist. Aber das ist anders für Frankreich und Russland. Die haben langfristige Verträge, um die sie bei einem Regimewechsel fürchten. Die haben ein Interesse, dass alles bleibt, wie es ist.

Wollen Sie sagen, dass die Antikriegspolitik der Franzosen und Deutschen den Krieg blutiger gemacht hat, als er hätte sein müssen?

Garfinkle: Ja. Diese Hinhaltepolitik hat Saddam mehr Zeit gegeben, sich vorzubereiten.

Berwari: Natürlich geht es auch um wirtschaftliche Interessen. Wir Kurden sehen das anders. Öl ist unser schwarzes Schicksal im Irak.

Alles egal also - Hauptsache Saddam Hussein ist weg?

Berwari: Ja. Die Situation im Irak ist so schlecht, dass es nicht mehr schlechter werden kann. Es kann nur besser werden.

Ist der Protest der deutschen Regierung naiv?

Garfinkle: Extrem naiv.

Berwari: Nicht naiv, sondern einseitig.

Was hätten sie sich von der Bundesregierung gewünscht?

Berwari: Wir haben gute Kontakte zur rot-grünen Regierung. Aber schon seit Jahren fordern wir sie auf, sich mehr für uns einzusetzen. Wir wollen Alternativen von der Bundesregierung, aber die sind nicht gekommen. Durch die Verweigerung jetzt hat Europa zur Eskalation der Situation beigetragen.

Wie sehen Sie die deutsche Friedensbewegung?

Berwari: Wir fühlen uns von ihr im Stich gelassen. Sie unterstützen das Regime von Saddam Hussein. Nicht absichtlich, aber unabsichtlich.

Aber wo sind die chemischen Waffen, die diesen Krieg doch begründen? Man scheint nichts zu finden.

Berwari: Noch nicht.

Garfinkle: Darf ich die Frage mal umdrehen? Warum wohl sind in irakischen Krankenhäusern Schutzanzüge gefunden worden? Die Irakis haben doch keine Angst, dass die Amerikaner Chemiewaffen einsetzen. Sie haben die Anzüge, weil sie wissen, dass sie selbst solche Waffen haben.

Glauben Sie, dass die eingesetzt werden?

Garfinkle: Ich hoffe nicht. Ich glaube nicht. Aber die Gefahr besteht natürlich. Wenn Saddam fühlt, dass er mit dem Rücken zur Wand steht, ist die Gefahr sehr real. Der eigentliche Kampf um Bagdad hat noch gar nicht begonnen.

von Alexander Remler

6. "Bei uns, im Krieg"

Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „die tageszeitung“, 24.03.2003

AHMAD BERWARI

Schon Monate vor Beginn des US-Einmarsches im Irak hat Ahmad Berwari, Jahrgang 1964 und Berliner Repräsentant der Patriotischen Union Kurdistans, immer wieder gesagt: Ich bin für den Krieg! Seine Familie floh vor Saddam aus Bagdad. Er selbst kämpfte zunächst in Kurdistan für die Freiheit und kam schließlich Mitte der 80er-Jahre als Asylbewerber nach Deutschland. In Heidelberg studierte der sunnitische Kurde antike Philosophie. Krieg lässt sich moralisch zwar nicht rechtfertigen, meint er, doch Diktaturen haben seiner Meinung nach eine andere Logik als zivilisierte Staaten. Dass die Deutschen das nicht verstehen, enttäuscht ihn.

Interview ADRIENNE WOLTERS DORF

taz: Der Krieg, den Sie befürworten, hat begonnen - wie fühlen Sie sich?

Ahmad Berwari: Ich bin besorgt um unsere Leute und um meine Freunde in Bagdad. Auch wenn der kurdische Nordirak von den britischen und US-Truppen nicht angegriffen wird, besteht doch die Gefahr, dass die Menschen dort Racheaktionen der Republikanischen Garde Saddams zum Opfer fallen. Wir Kurden haben schon sehr bittere Erfahrungen gemacht, daher die große Angst. Unsere Leute wissen jetzt einfach nicht, was sie machen sollen.

Aber diesen Krieg haben Sie und die große Mehrheit der in Berlin lebenden irakischen Kurden doch befürwortet?

Ja. Ich bin der Meinung, dass ein Ende mit Schrecken besser ist als ein Schrecken ohne Ende.

Warum muss es Krieg sein?

Die irakischen Kurden haben am meisten unter den Kriegen der Vergangenheit gelitten. Im irakisch-iranischen Krieg, im zweiten Golfkrieg. Wir wurden in diesen Jahren von Saddam allein 42-mal mit chemischen Waffen angegriffen. Ich will keinesfalls behaupten, wir würden uns freuen über den Krieg. Wir sind aber zufrieden, dass das Ziel dieses Krieges, nämlich Saddam zu entmachten, genau definiert ist. Es ist der Anfang vom Ende Saddams.

Gibt es unter den hier lebenden irakischen Kurden keine Pazifisten?

Eigentlich nicht. Nein.

Was macht ein Exilkurde jetzt?

Wer nicht organisiert ist und in seinen Verein oder in sein kurdisches Zentrum geht, guckt eben fern. Anders als zu Anfang der 90er-Jahre können wir heute kurdisches Satelliten-TV sehen. Es gibt Kurdistan-TV, ein Satellitenprogramm der Kurdisch-Demokratischen Partei, es gibt KurdSat, ein Sender der Patriotischen Union Kurdistans, außerdem zwei arabische Sender und natürlich das staatliche Irak-TV.

Gucken Sie Saddams Irak-TV?

Nein, höchstens mal, wenn ein gutes Musikprogramm läuft, ein bekannter Sänger oder so. Wir Iraker haben es satt, diese Nachrichten sehen zu müssen. Das ist ja nur eine Fortsetzung der Quälerei, die man dort durchlitten hat.

Was quält da?

Die Art und Weise zum Beispiel, wie da gesprochen wird. Dem Namen Saddam Husseins wird immer "Gott segne und schütze ihn" beigelegt, nebst zahlreichen Ehrentiteln. Egal um welches Thema es geht, es muss immer ein Zusammenhang zum glorreichen Saddam hergestellt werden. Ich guck das manchmal, um nicht zu vergessen, was das ist, dieses Saddam-Regime. Es ist sehr traurig, dass die Iraker sich das noch immer anhören müssen.

Können Sie den Menschen zu Hause irgendwie helfen?

Eigentlich nicht. Wir halten Kontakt, denn unsere Leute bedürfen mehr der moralischen Unterstützung. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist für uns sehr wichtig. Wir telefonieren mit unseren Verwandten und Freunden in der Heimat, die jetzt dabei sind, die Städte zu verlassen, um bei anderen Verwandten auf dem Land unterzukommen. Ich schicke meinen Verwandten täglich E-Mails. Es ist beruhigend zu wissen, dass die Situation nicht wie im Golfkrieg Anfang der 90er-Jahre ist.

Was meinen Sie damit?

Durch unsere Präsenz im Ausland, wie hier in Berlin, wird die Weltöffentlichkeit schneller erfahren, was im Nordirak los ist. Es beruhigt viele Kurden, dass zur Zeit zahlreiche internationale Journalisten im Nordirak arbeiten. Wir hoffen, dass bei eventuellen Racheakten Saddams gegen uns die Welt sofort davon erfahren wird. Das könnte ihn davon abhalten.

Wie ist Ihr Verhältnis zu den nichtkurdischen Irakern hier in Berlin? Gibt es da Spannungen?

Die Entwicklung der Lage im Irak hat keinen Einfluss auf unsere persönlichen Beziehungen. Die Vereine arbeiten getrennt, das ist normal, weil das Institutionen sind, die bestimmte Zielsetzungen haben. Der Charlottenburger Verein Awadani setzt sich für die Belange der irakischen Kurden ein, Rafidein in Neukölln setzt sich für alle Iraker ein. Als wir kürzlich dem Jahrestag des Massakers in Halabdscha gedacht haben, haben wir alle zusammen gearbeitet.

Eint sie der Hass auf Saddam?

Alle, die hier aktiv sind, sind gegen das Regime. Wir Kurden fühlen uns auch als Iraker. Das Gefühl ist stark. Es ist nicht erst die Katastrophe, die uns zusammenstehen lässt. Viele Familien aus den unterschiedlichsten Gegenden des Irak haben hier in Berlin sehr guten Kontakt untereinander.

Wie reagieren Menschen aus anderen arabischen Ländern auf Sie, wenn sie erfahren, dass Sie Iraker sind?

Sie sind immer sehr freundlich und zeigen demonstrativ Sympathie. Aber aus den falschen Gründen. Sie denken, ich bin für Saddam. Ich muss leider immer wieder feststellen, dass die

nichtirakischen Araber das Leid der irakischen Menschen nicht sehen wollen. Sie glauben, Saddam setze sich für die Interessen der Araber ein. Daher werde ich stets sehr freundlich behandelt. Das finde ich sehr bitter.

Und wenn Sie diesen Leuten klar machen, dass Sie keineswegs ein Fan von Saddam sind?

Das wird nicht zur Kenntnis genommen. Das finde ich gefährlich. Auch hier in Berlin.

Meinen Sie eine antiwestliche Stimmung unter Berliner Arabern?

Es sind islamische Kreise die aus religiösen Motiven eine Irak-Sympathie pflegen. Sie verurteilen die Allianz eines gläubigen islamischen Staates mit einem ungläubigen westlichen Staat. Unter den Berliner Irakern gibt es natürlich auch solche, die alles kritisieren, was die USA machen. Weil sie eher links sind, oder weil sie der Meinung sind, dass die Lage im Irak so ist, wie sie ist, weil sich der Westen eben schon früher eingemischt hat und Saddams Regime überhaupt erst möglich machte.

Wo stehen da die Kurden?

Für eine Entmachtung Saddams.

Ist es für Sie eine Enttäuschung, dass die Bundesregierung diesen Krieg nicht will?

Ja. Wir Kurden sind nicht nur enttäuscht, wir sind sehr ärgerlich. Wir wissen ganz genau, dass die Bundesregierung sich nie besonders über die Lage im Irak informiert hat, dann aber mit den Ängsten der Deutschen die Wahl gewonnen hat. Wir dachten, dass Schröder wenigstens nach den Wahlen eine Alternative anbietet.

Eine Alternative zum Frieden?

Uns geht es nicht nur um Abrüstung und die Zerstörung der Massenvernichtungswaffen. Wir wollen wissen, was danach kommt. Wir waren und sind der irakischen Aggression ausgesetzt - ob die nun C-Waffen haben oder nicht. Wir haben eine bessere Lösung erwartet, als das, was Deutschland vorschlägt.

Was bedeutet das für das deutsch-kurdische Verhältnis?

Traditionell haben die Kurden hier Bindungen zu den Grünen und zu Kreisen der SPD. Das wird in Zukunft nicht mehr so sein. Die Iraker, mit denen ich spreche, das ist leider so, sehen die Bundesrepublik auf Seiten Saddams. Das ist traurig. Ich versuche meinen Leuten das differenziert zu erklären oder zu rechtfertigen. Aber zu Hause machen sie schon Witze über mich, weil ich hier lebe und Dinge anders sehe als sie.

Ist es so schwer zu verstehen, dass viele Deutsche, mit den kollektiven Erfahrungen aus zwei Weltkriegen, Krieg und Gewalt grundsätzlich für keine Lösung halten?

Bei den Friedensdemos hier fehlen uns Hinweise auf die Verbrechen Saddams. Als er Kuwait überfiel, haben hier alle demonstriert und Kerzen angezündet. Als er nach dem Abzug der USA die oppositionellen Iraker brutalst bestrafte und abschlachtete, ging hier niemand mehr auf die Straße. Wenn schon für Frieden, dann aber bitte nicht selektiv. Die irakischen Kurden sind darüber einfach sehr enttäuscht.

Sie glauben nicht, dass die Deutschen so überzeugte Pazifisten sind?

Viele von uns haben das Gefühl, die Deutschen sind nicht nur aus pazifistischen Motiven gegen den Krieg, sondern auch aus antiamerikanischen. Das zu thematisieren ist nicht leicht, aber ich spüre das immer wieder.

Sie haben in Heidelberg Philosophie studiert. Gibt es Ihrer Meinung nach den gerechten Krieg?

Nein, den gibt es nicht, aber in der Politik muss man zu Maßnahmen greifen, die Lösungen bringen. Ich kann nicht nur voller moralischer Bedenken einfach rumsitzen und dagegen sein. Kriege sind moralisch nicht zu rechtfertigen, aber mit Diktaturen kann man auf zivilisierte Art und Weise nicht umgehen. Saddams Logik ist eine andere als die der Bundesrepublik.

Sie sind in Bagdad geboren und aufgewachsen. Welche Stadt existiert da noch in Ihren Erinnerungen?

Meine Familie lebte damals in einem Stadtteil, wo es eine sehr gemischte Bevölkerung gab. Unsere Nachbarn waren Schiiten, wir sunnitische Kurden, ein paar Blöcke weiter Turkmenen, Christen, und auch ein altes jüdisches Ehepaar. Deshalb nerven mich manche Leute, die behaupten, nur eine Diktatur kann diesen Irak zusammenhalten. Ohne Saddam bräche alles auseinander - völliger Unsinn!

Wieso mussten Sie fliehen?

Mein Vater wurde bereits in den 60er-Jahren hingerichtet, mein Stiefvater musste nach verschiedenen Hinweisen das Land verlassen. Er war ein hochrangiger Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium. Da es unter Saddam Sippenhaft gibt, hatte ich immer ein wenig Angst. Dennoch engagierte ich mich in der verbotenen Studentenunion Kurdistans. Als meine Familie damals fliehen musste, studierte ich schon in Mossul, da hatte ich ein bisschen mehr Freiheiten. Nichts konnten meine Eltern mitnehmen, unser Haus, selbst unsere Fotoalben, alles blieb zurück. Ich wollte mich zunächst noch darum kümmern, aber das wurde zu gefährlich, weil es Massenverhaftungen von Studenten gab. Einige, die mich kannten, waren dabei. Ich hatte Angst, dass sie unter der üblichen Folter meinen Namen nennen würden. Ich habe noch die Angriffe der iranischen Flugzeuge im ersten Golfkrieg auf Bagdad miterlebt. Dann bin ich nicht mehr dorthin zurückgekehrt.

Haben Sie Heimweh?

Was am meisten schmerzt, ist die Gewissheit, dass das Leben, das ich dort kannte, so nicht mehr existieren kann. Wegen des Terrors von sieben verschiedenen Sicherheitsbehörden hat heute jeder Angst vor dem anderen.

Welches Lebensgefühl hatten Sie damals, als sie noch im Irak lebten?

Man lebte immer auf der Flucht, immer für den Tag. Anfangs, als ich nach Deutschland kam, schien es mir absurd, dass man hier so großen Wert auf Krankenversicherung und Rente legt. Wozu? Fragte ich mich lange. Bei uns, im Krieg, wusste man ja nicht einmal, ob man den nächsten Tag noch erlebt.

7. „Für uns sind die Amerikaner Befreier“

Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Spiegel Online“, 26.02.2003

Die Kurden aus dem Nordirak sehen einem amerikanisch-britischen Militärschlag zwiespältig entgegen. Eine Entmachtung Saddam Husseins wollen sie auf jeden Fall, aber sie fürchten einen Einmarsch türkischer Gruppen. Die deutsche Friedensposition können sie nicht nachvollziehen.

Ein Militärschlag gegen den Irak rückt immer näher. Macht das Exil-Irakern eher Hoffnung oder Angst?

Ahmad Berwari:

Sie werden unter Exil-Irakern öffentlich häufig hören, dass sie gegen einen Militäreinsatz der USA sind, weil die Amerikaner als eine Macht von Außen kommen. Aber heimlich sind die meisten dafür. Auch wir Kurden glauben, dass die Probleme des Iraks durch die Entmachtung Saddam Husseins gelöst werden können. Daher sind wir für seine militärische Entmachtung, werden uns aber nicht daran beteiligen.

Das verblüfft. Wieso nicht?

Berwari:

Die Amerikaner haben uns bis heute nicht darum gebeten. Entweder trauen uns die Militärs die erforderliche Stärke nicht zu oder die Türkei möchte das nicht. Außerdem müssen wir unsere eigene Bevölkerung vor möglichen Racheaktionen der irakischen Armee schützen - übrigens ohne dass wir entsprechend ausgerüstet sind. Denn Saddam Husseins Armee braucht keine Trägerraketen um uns mit chemischen Waffen anzugreifen, dazu reicht bereits die Artillerie.

Aber Sie werden doch davor geschützt?

Berwari:

Leider gibt es für uns keine Schutzmaßnahmen, wie für Israel oder Kuwait, obwohl Kurden bereits einmal die Opfer solcher Angriffe waren. Man hat uns nur mitgeteilt, wir sollten uns auf die Phase nach der Entmachtung Saddam Husseins vorbereiten. Im Kriegsfall bleiben wir uns aber selbst überlassen. SPIEGEL ONLINE: Also keine kurdisch-amerikanische Waffenbrüderschaft? Berwari: Wir betrachten die Amerikaner und Briten als Befreier. Denn durch die von ihnen bewachte Flugverbotszone im Norden des Iraks dürfen die irakischen Kurden seit 1991 eigene Gebiete verwalten. Sie machen etwa 60 Prozent der kurdischen Gebiete des Irak aus und umfassen rund 45.000 Quadratkilometer mit rund 3,5 Millionen Einwohnern.

Als ein halboffizielles Kurdistan?

Berwari:

Zumindest genießen die Menschen dort trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Blockaden gewisse Freiheiten, auf die wir stolz sind. Es gibt sogar Internetcafés, Handys und Satellitenempfang - die Bevölkerung im übrigen Irak ist neidisch auf diese Freiheiten und den Lebensstandard außerhalb des Machtbereichs der irakischen Zentralregierung. Zudem haben wir halbdiplomatische Beziehungen zu europäischen Staaten, den USA und zu den arabischen Staaten, dem Iran und der Türkei. Zur Versorgung werden 13 Prozent der irakischen

Öleinnahmen im Rahmen des Oil-for-Food-Programms der Uno bei uns ausgegeben. Das hat geholfen, uns praktisch unabhängig zu machen.

Amerikaner und Briten können also mit kurdischer Rückendeckung rechnen?

Berwari:

Nicht zwangsläufig. Die irakischen Kurden lehnen einen Krieg ab, der die Zerstörung der Infrastruktur des Irak als Ziel hat. Nur ein Krieg mit dem Ziel, Saddam Hussein zu entmachten, der aber die Zivilbevölkerung verschont, wird bejaht. Dazu kommt unter den Kurden eine immer stärker werdende Angst vor der Türkei.

Warum das, die Türkei will doch die USA unterstützen?

Berwari:

Aber es ist immer offensichtlicher, dass sie diesen Konflikt für eigenen Ziele nutzt - zu Lasten der irakischen Kurden. Bis vor einer Woche gab es Verhandlungen zwischen der Türkei und den USA über die Bedingungen der Türkei zur Eröffnung einer Nordfront gegen den Irak. Die Druckmöglichkeiten der Türkei sind dabei groß, so dass sie viele Zugeständnisse erreicht hat. Nun darf sie unter eigenem Kommando einige Tausend Soldaten in den Norden des Iraks schicken, um die kurdischen Gebiete zu kontrollieren und um Autonomiebestrebungen im Schach zu halten. Damit droht ein Ende der Freiheiten, die wir mühsam aufbauen konnten.

Welches Ziel verfolgen die Kurden im Nordirak - einen eigenen Staat?

Berwari:

Einfache Kurden auf der Straße würden das sofort bejahen. Aber kurdische Politiker sind reif genug, um zu wissen, dass die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staats Null Überlebenschance hat. Die besten Freunde der Kurden werden dann schnell wieder zu Feinden. Somit bleibt dies ein Traum. In der Realität streben die irakischen Kurden nach einem demokratischen und föderalistischen Staat - in einem einheitlichen Irak.

Das heißt, Kurdistan könnte als Bundesland eine Zukunft haben?

Berwari:

Als Bundesstaat oder Bundesregion, in der wir Kurden uns zugleich als irakische Staatsbürger begreifen. Auf jeden Fall müsste dieser föderale Staat nach deutschem oder schweizer Muster aufgebaut werden. Diese Kombination aus Demokratie und Föderalismus halten wir für die beste Lösung der Kurdenfrage - und für die Zukunft des gesamten Iraks.

Frankreich, Deutschland und Russland versuchen fieberhaft, einen Krieg zu umgehen und Saddam Hussein auf diplomatischem Weg in die Knie zu zwingen. Ist dies für Sie eine Alternative?

Berwari:

Jeder ist gegen Krieg. Aber wir Iraker leben seit 34 Jahren in einer Art Kriegszustand. Wenn der Irak jetzt die Resolution 1441 erfüllt, wird das Problem der irakischen Bevölkerung nicht gelöst. Saddam Husseins Regime herrscht und unterdrückt dann weiter.

Die Kriegsgegner argumentieren, die Uno dürfe keinen Regimewechsel anstreben.

Berwari:

Dies ist eine besondere deutsche Sicht von einer Regierung, deren Wandel wir nicht verstehen. Die Bundesrepublik war im Jugoslawien-Konflikt ein Falke, jetzt spielt sie Taube. Das leuchtet uns nicht ein. War das wegen der Wahlen? Oder ist die Bundesrepublik in einer wirtschaftlichen Lage, dass sie es sich jetzt gar nicht leisten kann, Milliarden für einen Krieg auszugeben, wie es im Golfkrieg um Kuwait geschah? Vielleicht denkt die Bundesregierung auch, dass es für sie wirtschaftlich unerheblich ist, ob der Irak mit oder ohne Saddam Hussein regiert wird.

Deutsche und Franzosen bezeichnen die Risiken eines Militärschlags für die Zivilbevölkerung als zu hoch. Ist das nicht ein berechtigter Gedanke?

Berwari:

Alle Seiten behaupten, im Interesse des irakischen Volkes zu handeln, ohne es zu fragen. Das ist im Irak sicherlich auch schwierig. Aber es leben bereits vier Millionen Iraker im Ausland, die auch eine Meinung haben. In der Regel würden die sagen: Gewalt ist eine schlechte Lösung, aber jetzt nicht durchzugreifen, ist gar keine.

Der Konflikt könnte die ganze Region destabilisieren.

Berwari:

Wir sind uns sicher, dass dieser Krieg diesmal höchstens einige Woche dauert, sofern der irakischen Armee klar gemacht wird, dass es dabei ausschließlich um die Entmachtung Saddam Husseins gehen soll. Dann wird die Mehrheit der Soldaten Saddam Hussein nicht unterstützen, weil sie ebenfalls unter seiner Diktatur zu leiden hat. Wir haben bereits jetzt Kontakte zu vielen Einheiten der Armee. Schon beim ersten Schuss werden sie aufgeben. Bereits 1991 hatten wir Kurden mit einem Schlag 120.000 gefangene irakische Soldaten - die sich weitgehend ohne Kampfhandlung ergaben. Wir wussten gar nicht, wie wir sie ernähren sollten.

Fehlt nicht zur Stabilisierung nach einem Machtwechsel eine charismatische Figur wie Hamid Karzai in Afghanistan?

Berwari:

Das ist ein Trugschluss. Irak ist nicht Afghanistan, hier gibt es keine kleinen Warlords und Volksgruppen, die ihre eigenen Machtspiele und wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Der Irak ist ein Land mit einer verbindenden langen Kulturgeschichte, wo die ersten Gesetzestafeln überhaupt entstanden sind. Wenn man einem solchen Land nicht zutraut, dass es diese Chance zu einem Neuanfang zu nutzen weiß, finde ich das beschämend.

Ist diese Einigkeit so stabil? Es gibt bereits jetzt Meldungen über islamistische Anschläge gegen kurdische Politiker im Irak.

Berwari:

Dies geht von der Terrorgruppe Ansar Al-Islam (Helfer des Islam) aus. Sie kontrolliert etwa acht Dörfer östlich von Suleimaniya im Nord-Irak an der iranischen Grenze, dort gehören ihr 700 bis 900 Kämpfer an. Etwa 120 davon stammen nicht aus dem Irak, sondern kamen nach dem Afghanistan-Krieg dorthin, sie geben dort den Ton an. Dennoch halten wir sie für keine langfristige Bedrohung, sondern gehen davon aus, sie auf der Sicherheitsebene in den Griff zu kriegen.

Müssen Sie nicht auch befürchten, dass sich versprengte Mitglieder von Saddam Husseins Baath-Partei später als Terroristen betätigen?

Berwari:

Nein, nach der Entmachtung Husseins ist das kaum vorstellbar. Diese Diktatur ist auf einen allmächtigen Kopf zugeschnitten, wenn dem die Macht fehlt, funktioniert das ganze System nicht mehr. Außerdem haben die Menschen viel zu viele alltägliche Probleme, etwa, wie sie Trinkwasser bekommen. Sie haben kaum Zeit sich Gedanken zu machen, ob sie nun panarabistisch, antiamerikanistisch oder radikalislamistisch politisch aktiv sein wollen. Sie wollen ihre Ruhe haben - und einfach nur leben.

Wie groß bleibt denn die Angst vor den langen Armen der sieben Geheimdienste Saddam Husseins nach einem Krieg?

Berwari:

Auch die werden sich mit der Entmachtung Saddam Husseins auflösen. Sie werden doch auch nur von seinem Regime gesteuert. Wenn das nicht mehr da ist, passiert ähnliches, wie 1989 in der DDR. Plötzlich ist die gesamte Herrschaftsstruktur weg.

Sie sind sehr optimistisch...

Berwari:

Nein ich bin Realist. Denn ich bin Iraker und kenne mein eigenes Volk. Und das hat andere Probleme als aufgesetzten Idealen hinterher zu jagen. In dieser Situation ist sogar ein vorübergehender amerikanischer Oberbefehlshaber für die Mehrheit kein Problem: Denn die Menschen würden sich fragen: Ist in ihrem Alltag Saddam Hussein schlimmer oder Tommy Franks? Die Antwort liegt auf der Hand.

Das Gespräch führte Holger Kulick

8. Vortrag von Dr. Ahmad Berwari an der Fakultät für Raumplanung der Universität Dortmund am 26.11.2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich im Namen der irakischen Kurden bei der Fakultät für Raumplanung der Universität Dortmund und insbesondere bei Herrn Professor Kroes bedanken für das Interesse an den Problemen der irakischen Kurden und die Bemühungen zur Lösung ihrer Probleme. Damit leistet die Universität Dortmund einen wichtigen Hilfsbeitrag zum Wiederaufbau Irakisch-Kurdistans, einen Beitrag, den die irakischen Kurden nötig haben und sehr schätzen.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde das Siedlungsgebiet der Kurden auf die folgenden heutigen Staaten aufgeteilt: die Türkei, Iran, Irak, Syrien und Armenien. Seit der Gründung des Staates Irak in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts kämpfen die irakischen Kurden für ihr Recht auf Anerkennung als ein eigenständiges Volk im Irak und das Recht auf Selbstbestimmung. Sie kämpften für ihr Recht auf die Benutzung der eigenen Sprache, auf die Entfaltung der eigenen Kultur und die Ausübung der eigenen Tradition. Der Kampf der Kurden im Irak für ihre Rechte wurde übrigens nicht nur mit Waffen, sondern auch mit friedlichen Mitteln, wie Verhandlungen mit der irakischen Regierung, mit Öffentlichkeitsarbeit und friedlichen Protestaktionen und Streiks, geführt.

Nach dem Zusammenbruch der kurdischen Revolution Mitte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts entwickelte die irakische Regierung mit Initiative von Saddam Hussein, der damals noch Vizepräsident war, einen Plan zur Entvölkerung von irakisch-kurdischen Gebiete im Grenzbereich zum Iran und zur Türkei. In dieser Zeit wurden ca. 2500 kurdische Dörfer zerstört, ihre Bewohner zwangsumgesiedelt und in sogen. Collective Villages (Sammellager) am Rande der Städte im Nordirak untergebracht. Die evakuierten Gebiete wurden als militärische Zonen erklärt, in denen sich niemand bewegen und aufhalten durfte. Die irakische Regierung wollte durch die Realisierung dieses Planes zwei Ziele erreichen: 1. Die Zerstörung der ländlichen Gebiete nahe der Grenzen, die als mögliche Rückzugsgebiete und Basis für kurdische Aufständische dienen könnten, und 2. Eine bessere Kontrolle der Kurden, weil man diese in Sammellagern nahe der Großstädte besser kontrollieren konnte.

Während des irakisch-iranischen Kriegs in den achtziger Jahren bzw. des ersten Golfkriegs war auch der Nordirak Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen der irakischen und iranischen Armee. In dieser Zeit wurden viele Dörfer und Ortschaften des Nordirak zerstört. Ein Teil der ländlichen Bevölkerung flüchtete in die Städte und der andere Teil wurde durch die irakischen Behörden und die Armee in neu eingerichtete oder bereits vorhandene Sammellager zwangsumgesiedelt. Diese Gebiete wurden sowohl durch die irakische als auch die iranische Armee dicht vermint. Nach Schätzungen internationaler Hilfsorganisationen wurden über 20 Millionen Minen in dieser Zeit im Nordirak verlegt. Die Beseitigung dieser Gebiete von Minen, damit sie zugänglich werden für die einheimischen Landbewohner, stellt eines der großen Probleme im Nordirak dar. Kurz vor Ende des Krieges mit dem Iran plante die irakische Regierung eine Vernichtungskampagne gegen die irakischen Kurden, die in mehreren Etappen durch breite Offensiven gegen sie verwirklicht wurde. Das Militär griff zunächst die Dorfbevölkerung in fast allen Gebieten Irakisch-Kurdistans an, zerstörte die Häuser der Bauern, vergiftete und mauerte die Brunnen zu, zerstörte die Bewässerungsanlagen, verbrannte die Felder und Wälder, siedelte die wehrlosen Bewohner mit Zwang um und schickte sie entweder in die Sammellager nahe der Großstädte im Nordirak oder in den Süden des Irak. Bei dieser Kampagne

war Widerstand zwecklos, weil die irakische Armee brutal gegen jeden vorgegangen ist, der sich weigerte, sein Dorf zu verlassen. Hinrichtungen, Verhaftungen und andere Strafmaßnahmen standen auf der Tagesordnung. Bei diesen Offensiven wurden mehr als 180000 Menschen in den Süden des Irak verschleppt, deren Schicksal bis heute nicht geklärt ist. Alle diese Menschen gelten bis heute als vermisst. Die Regierung von Saddam Hussein ist sogar so weit gegangen, dass sie chemische Waffen gegen die eigene Bevölkerung im Norden eingesetzt hat. Mit dem Angriff auf die kurdische Stadt Halabja mit Giftgas im Jahre 1988 erreichte diese Kampagne ihren Höhepunkt. Bei diesem Angriff sind innerhalb von einigen Minuten ca. 5000 Menschen qualvoll ums Leben gekommen und weitere 10000 Menschen wurden teilweise schwer verletzt. Ziel dieser brutalen Kampagne war es, alle ländlichen Gebiete des Nordirak aus Sicherheitsgründen und ohne Rücksicht auf die Interessen der eigenen kurdischen Bevölkerung als militärische Zonen zu erklären und die Kurden zur besseren Kontrolle in Sammellager mit zwangsumzusiedeln. Nach Plänen der irakischen Behörden sollte es im Nordirak nur die großen Städte geben. Der Rest sollte verbrannt und dem Erdboden gleichgemacht werden. Die irakische Regierung verfolgte eine Politik der verbrannten Erde gegen die eigene Bevölkerung im Norden des Landes.

Nach der Befreiung Kuwaits und dem Ende des zweiten Golfkriegs im Jahre 1991 erhob sich die kurdische Bevölkerung in Norden des Irak ähnlich wie die anderen Iraker in den anderen Teilen des Landes gegen das Regime von Saddam Hussein. Nach kurzer Zeit gelang es dem irakischen Regime die Aufstände auch im Norden mit äußerster Brutalität niederzuschlagen. Als die irakische Armee die kurdischen Städte wieder einnahm, flüchteten mehr als eine Million Kurden an die Grenze zur Türkei und zum Iran aus Angst vor Racheaktionen der irakischen Armee und der Sicherheitsbehörden gegen sie.

Danach wurde die Schutzzone im Nordirak ausgerufen, damit die Millionen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können und die Kurden in dieser Zone vor der Aggression der irakischen Regierung geschützt werden. Die Schutzzone umfasst ein Gebiet, das flächenmäßig etwa so groß wie Österreich ist und in dem ca. 4 Millionen Menschen leben. Mit der Einrichtung der Schutzzone, die nur 2/3 der kurdischen Gebiete im Irak umfasst, zogen der irakische Verwaltungsapparat, die Armee und Sicherheitsbehörden aus der Zone ab. Nun waren die irakischen Kurden auf sich selbst gestellt. Zunächst bildeten die Kurden 1992 nach freien Wahlen ein Regionalparlament und eine Regionalregierung, die die Verwaltung der kurdischen Autonomieregion übernehmen musste. Die kurdische Selbstverwaltung war vom Anfang an mit schwierigen Aufgaben konfrontiert, weil sie eine fast zerstörte Region übernommen hat, die zusätzlich an einem doppelten Wirtschaftsembargo gelitten hat, einem internationalen Embargo gegen den Irak - diese Region galt in zynischer Weise trotz Schutzzone als ein Teil des Irak und deshalb umfasste das internationale Embargo auch die Bevölkerung in dieser Zone – und einem anderen internen Embargo, das von den irakischen Behörden gegen diese Region verhängt wurde. Darüber hinaus wurde die Arbeit der kurdischen Selbstverwaltung erschwert durch die ständigen Provokationen der irakischen Armee und die zahllosen Anschläge, die von irakischen Agenten in der Region verübt wurden. Die Einmischungen der Nachbarstaaten, wie der Türkei und des Iran, in die Angelegenheiten der kurdischen Selbstverwaltung im Nordirak stellten einen weiteren Störfaktor dar.

Erst Ende der 90er Jahre verbesserte sich teilweise die wirtschaftliche Lage in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, und zwar durch die Durchführung des UN-Programms *Oil for Food* (Resolution 986 des Sicherheitsrats) zur Deckung der grundsätzlichen Bedürfnisse der Bevölkerung an Nahrungsmitteln und Medikamenten. Durch dieses Programm werden auch Projekte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur Verbesserung der Infrastruktur

finanziert. Die Durchführung dieses Programms stellte eine Kehrtwende bei der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage im Nordirak dar.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die von der kurdischen Selbstverwaltung erfüllt werden musste, war und ist immer noch der Wiederaufbau bzw. der Neuaufbau der in der Vergangenheit durch die irakische Regierung zerstörten ländlichen Gebiete und die Organisierung der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer. Eine fehlende perspektivische Entwicklungsplanung beim Wiederaufbau der zerstörten Dörfer und eine mangelhafte Kooperation der Maßnahmen verschiedener Organisationen im Gebiet stellt ein weiteres Problem dar. Die meisten kurdischen Verwaltungsbeamten, die heute die Verantwortung in den für Wiederaufbaumaßnahmen zuständigen Behörden der kurdischen Selbsterwaltung tragen, waren zur Zeit der irakischen Regierung mit der Planung von Maßnahmen nicht betreut, sie durften nur die Anweisungen der irakischen Sicherheitsbehörden und der Armee ausführen. Deshalb fehlt ihnen im Bereich der Entwicklungsplanung die notwendige Erfahrung. Die Tendenz der kurdischen Behörden, die zerstörten Dörfer, die teilweise seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr existierten, wieder aufzubauen und die ehemaligen Landbewohner zur Rückkehr in ihre alten Dörfer zu bewegen, ist als eine Reaktion der kurdischen Selbstverwaltung auf die Zerstörungspolitik der irakischen Regierung in diesem Gebiet zu erklären. Man versucht, durch den Wiederaufbau der zerstörten Dörfer die alten Verhältnisse vor der Zerstörung wiederherzustellen und glaubt, die traditionellen Stammesstrukturen, die in der kurdischen Gesellschaft immer noch eine Rolle spielen und in schwierigen Zeiten Halt anbieten können, zu bewahren. Außerdem möchte man durch den Wiederaufbau dieser Dörfer und die Rückkehr der Landbewohner in ihre Regionen einen Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage des Gebietes leisten, indem man eine Grundlage zum Betreiben von Landwirtschaft und Tierzucht vorbereitet. Der Nachteil dieser Maßnahme, zeigt sich daran, dass es den ehemaligen Landbewohnern (vor allem der jüngeren Generation), die sich nach mehrjährigem Leben in Sammellagern in der Nähe der Großstädte an städtisches Leben gewohnt haben, schwer fällt, in ihr altes traditionelles Dorfleben zurückzukehren. Einige Landbewohner kehren nicht mehr in ihre Dörfer zurück und andere behalten ihre Wohnungen in den Sammellagern oder Städten und halten sich nur zeitweise in ihren wieder aufgebauten Dörfern auf, weil die Schaffung und das Unterhalten von städtischer Mindestversorgung wie Schul- und Gesundheitsversorgung und das Einrichten von landwirtschaftliche Beratungs- und Hilfszentren in allen wieder aufgebauten Dörfern unter den jetzigen Umständen weder wirtschaftlich tragbar noch möglich ist. Deshalb ist eine Neuorientierung beim Wiederaufbau der zerstörten ländlichen Gebiete notwendig. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine zukunftsorientierte Planung von Wiederaufbaumaßnahmen. Um dieses Ziel zu erreichen, hilft uns die Fakultät für Raumplanung der Universität Dortmund durch das Organisieren und Veranstellen von Kursen in Entwicklungsplanung für kurdische Wissenschaftler und Funktionäre aus der Politik und Verwaltung, die in Irakisch-Kurdistan für die Planung und Durchführung von Wiederaufbaumaßnahmen verantwortlich sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Ereignisse des 11. Septembers haben uns auf tragischer Weise gezeigt, dass die teilweise katastrophalen Verhältnisse in der sogen. Dritten Welt, die unter Krieg, Armut, Krankheiten und Unterentwicklung leidet, nicht nur ein Problem sind, mit dem wir in der Dritten Welt zu recht kommen müssen, sondern das stellt ein Problem auch für die Europäer dar, weil gerade diese Verhältnisse einen Nährboden für die Entstehung und Entwicklung fanatischen Gedankenguts und radikalen Gruppierungen bilden. Deshalb brauchen wir, ich meine wir in der sogen. Dritten Welt und Sie in Europa, nötiger den je, dass wir zusammenarbeiten. Durch das Projekt „Wiederaufbauhilfe durch Raumplaner-Ausbildung im Nord-Irak“ der Fakultät für Raumplanung der Universität Dortmund und den Einsatz von Herrn Professor Kroes und seinen Mitarbeitern in Kooperation mit den kurdischen Universitäten im Nordirak ist bereits ein Beitrag zur

Zusammenarbeit zwischen uns geleistet worden. In diesem Zusammenhang möchte ich dem Verein *Dortmunder Helfen Kurden e.V.* für sein langjähriges Engagement in Irakisch-Kurdistan danken.

Ich danke Ihnen für Ihre Hilfe und hoffe auf eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit und Erfolg für uns alle.

Danke für Ihr Interesse!

9. „Irakische Kurden werden die Rolle von Hilfstruppen der USA nicht übernehmen“

Interview mit Dr. Ahmad Berwari in „Kurdistan-Rundbrief, Nr. 3, Jg. 15, 15.08.2002

Die US-Regierung scheint zu einem Krieg gegen die Regierung Saddam in Irak fest entschlossen. Wollen sich die Kurden im Irak an einem solchen Krieg beteiligen?

Die kurdischen Parteien PUK und KDP, die die Gebiete außerhalb der Kontrolle der irakischen Zentralregierung verwalten, betreiben unabhängig von Plänen und Vorhaben der USA im Irak eigene Politik, die die Interessen und Sicherheit der Bevölkerung in ihren Gebieten berücksichtigt. Die irakischen Kurden kämpfen für die Erreichung eines demokratischen, pluralistischen und föderalen politischen Systems im Irak, durch das die Rechte und Interessen aller Bevölkerungsgruppen des Irak gewahrt werden. Die irakischen Kurden sind gegen militärische Aktionen gegen den Irak mit dem Ziel, einen Machtwechsel im Irak ohne Rücksicht auf die Meinung und Interessen der irakischen Kurden und irakischen Opposition zu erreichen. Die Ziele der USA im Irak sind nicht klar. Deshalb unterstützen die kurdischen Parteien keine Politik ohne klar definierte Ziele.

Warum fordert die PUK die USA nicht öffentlich auf, von solchen Kriegsplänen Abstand zu nehmen?

Weder die PUK noch die KDP sind in der Lage, die USA zu stoppen, falls diese zum Krieg gegen den Irak entschlossen sind. Die USA haben bis jetzt offiziell nicht erklärt, dass sie gegen den Irak Krieg führen werden. Deshalb gibt es bis jetzt keine offizielle Reaktion seitens der PUK diesbezüglich.

Müssen die Kurden im Irak nicht befürchten, in einem solchen Fall erneut Opfer Saddams und seiner Truppen zu werden?

Die irakischen Kurden müssen immer befürchten, dass sie Opfer der Politik des irakischen Regimes werden, ob die USA Krieg gegen den Irak führen würden oder nicht, weil die Kurden im Irak in der Vergangenheit bittere Erfahrungen mit dem irakischen Regime gemacht haben.

Im „Spiegel“ hat PUK-Führer Talabani erklärt, er habe die deutsche Botschaft in der Türkei gebeten, ABC-Einheiten der Bundeswehr in die kurdischen Gebiete zu verlegen. Will die PUK wirklich deutsche Truppen in den kurdischen Gebieten haben?

In den 80er Jahren waren mehrere Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland am Aufbau und an der Entwicklung von Einrichtungen zur Herstellung von chemischen Waffen im Irak beteiligt waren. Diese Waffen wurden bekanntlich durch die irakische Armee auch gegen die Kurden im Irak eingesetzt, siehe zum Beispiel das Massaker in Halabja. Deshalb sind die irakischen Kurden der Ansicht, dass die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ist, etwas zum Schutz der irakischen Kurden zu unternehmen, falls die Kurden im Irak erneut mit Angriffen von C-Waffen durch die irakische Regierung bedroht werden.

Wenn die Kurden im Irak als Hilfstruppen der USA gegen Saddam in den Krieg ziehen, schaden sie sich damit nicht am Ende selbst? Besteht dann nicht die Gefahr, dass die Spannungen mit anderen Bevölkerungsgruppen im Irak noch stärker werden und ein Zusammenleben noch schwieriger?

Die irakischen Kurden werden sich an Kriegen gegen den Irak nicht beteiligen und werden die Rolle von Hilfstruppen für die USA oder sonstigen ausländischen Mächten nicht übernehmen. Wir möchten noch bezüglich des zweiten Teils Ihrer Frage klar stellen, dass es keine Spannungen unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und keine Schwierigkeiten beim Zusammenleben zwischen ihnen im Irak gibt. Es gibt nur Probleme zwischen der irakischen Bevölkerung und dem irakischen Regime wegen seiner aggressiven Politik, die gegen allen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen im Irak gerichtet ist.

In der Öffentlichkeit ist in letzter Zeit mehrfach von Geheimgesprächen zwischen Vertretern der USA, der KDP und der PUK zur Vorbereitung des Krieges gegen Saddam berichtet worden. Worum ging es bei diesen Gesprächen?

Dies sind Gerüchte. Es gab keine geheimen Gespräche zwischen PUK und KDP mit den USA. Wenn die PUK und KDP Gespräche mit den USA führen möchte, dann tun sie dies auch öffentlich. Die kurdischen Parteien pflegen offene politische Beziehungen mit den USA, mit allen europäischen Staaten und den regionalen Staaten und haben es nicht nötig, geheime Gespräche zu führen. Die Position der kurdischen Parteien bezüglich eines vermeintlichen Krieges der USA gegen den Irak ist in der Öffentlichkeit klar zur Sprache gekommen.

Die Türkei dürfte bei einem Krieg der USA und Großbritanniens gegen Saddam nicht tatenlos zuschauen. Wie will sich die PUK verhalten, wenn die türkische Armee in Nord-Irak einmarschiert?

Diese ist eine hypothetische Frage.

Die türkische Armee als Beschützer der Kurden gegen Saddam – ist das nicht eine groteske Perspektive? Schließlich unterdrückt die Türkei die Kurden in ihrem eigenen Staatsgebiet, und die Pläne, Mossul und Kirkuk der Türkei anzugliedern, sind bis heute nicht verstummt. Oder sind diese Pläne nach eurer Meinung inzwischen obsolet geworden?

Die PUK regiert zusammen mit der KDP einen großen Teil von Irakisch-Kurdistan. Die PUK unterhält normale Beziehungen mit den Nachbarstaaten Türkei, Iran und Syrien. Wir sind der Meinung, wenn die Kurden im Irak ihre Kräfte vereinigen und eine einheitliche Politik führen, dann werden sie in der Lage sein, sich und Ihre Gebiete vor Angriffen des irakischen Regimes zu schützen. Wir hoffen, dass die Kurden in den Nachbarstaaten ihre Probleme mit den jeweiligen Regierungen mit friedlichen und demokratischen Mitteln beilegen.

Anhang

Frieden Demokratie Menschenrechte Selbstbestimmung

Programm der Patriotischen Union Kurdistans

Angenommen auf dem zweiten Kongress der PUK im Februar 2001

1. Allgemeine Ziele der PUK

1.1 Die PUK setzt sich ein für die Verwirklichung des Friedens, der Demokratie, der Freiheit, der Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit, für die Einrichtung einer demokratischen Gesellschaft, für Gesetz und Ordnung, für das Recht auf Selbstbestimmung, und für das friedliche Zusammenleben der Völker. Die PUK kämpft gegen Diktatur, Krieg, Besetzung und Aggression, gegen Unterdrückung von Völkern und Klassen, gegen religiöse und geschlechtliche Diskriminierung und gegen die Missachtung der Menschenrechte, gegen Chauvinismus und Terrorismus.

1.2 Die PUK setzt sich für die Durchsetzung der Menschenrechte und aller anderen internationalen Resolutionen zur Wahrung der Menschenrechte ein.

1.3 Die PUK tritt für die Durchsetzung des Rechts auf Selbstbestimmung in Kurdistan ein.

1.4 Die PUK steht für eine sozialdemokratische Gesellschaft in Kurdistan.

1.5 Die PUK setzt sich für die Sicherung des Friedens, der auf den Prinzipien internationalen Rechts, guter nachbarschaftlicher Beziehungen, gemeinsamer Interessenwahrung und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beruht, in Kurdistan, im Irak und im Mittleren Osten ein.

1.6 Die PUK setzt sich ein für die Durchsetzung der internationalen und regionalen Abkommen zur Ächtung und Abschaffung von Massenvernichtungswaffen.

1.7 Die PUK arbeitet darauf hin, die Opfer des durch das irakische Regime in Kurdistan veranlassten Völkermords zu entschädigen und dessen Spätfolgen zu beseitigen.

2. Politische Ziele

2.1 Die PUK arbeitet an der Durchsetzung des politischen Systems der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative in Kurdistan. Die Judikative ist unabhängig, untersteht keiner anderen Macht als dem Gesetz und wird von keiner anderen Instanz beeinflusst. Alle Bürger sind gleich vor dem Gesetz.

2.2 Die PUK ist bestrebt, die Wahl einer Nationalversammlung (Parlament) als höchste Instanz Kurdistans alle drei Jahre zu ermöglichen. Die Nationalversammlung soll in freier, direkter und geheimer Wahl von allen wahlberechtigten Einwohnern Irakisch-Kurdistans, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, gewählt werden. Ethnische, religiöse oder sprachliche Elemente dürfen dabei keine Rolle spielen. Die Nationalversammlung wählt aus ihrer Mitte den

Ministerpräsidenten und billigt seinen Ministerrat (Regierungskabinet). Der Ministerrat kann nur durch die Nationalversammlung aufgelöst werden.

2.3 Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte werden in direkten und geheimen Wahlen durch die Bürger der Städte und Kommunen gewählt. Die Aufgaben und Kompetenzen der Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte werden durch Gesetze festgelegt.

2.4 Die Meinungs- und Religionsfreiheit, Presse-, Bewegungs- und Niederlassungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit zur Gründung politischer Organisationen, Gewerkschaften, Verbände, Vereine wird garantiert.

2.5 Die Demonstrationsfreiheit und das Streikrecht für alle Schichten der Gesellschaft wird gewährleistet.

2.6 Den Minderheiten der Turkmenen, Assyrer und Araber in Kurdistan werden alle demokratischen, nationalen, sozialen und kulturellen Rechte zugesichert, das Recht der Minderheiten auf die Benutzung der eigenen Sprache und auf Ausübung ethnischer Bräuche und Tradition wird geschützt.

3. Lösung nationaler Probleme

3.1 Kurdistan ist ein besetztes und geteiltes Land. Die Kurden sind ein unterdrücktes und geteiltes Volk. Seit der Teilung Kurdistans infolge des Ersten Weltkriegs wurden dem Volk Kurdistans die grundlegendsten demokratischen und nationalen Rechte verweigert. Die brutale Politik staatlicher Unterdrückung und die Verweigerung der eigenen nationalen Identität verhinderte jede eigenständige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des kurdischen Volkes.

3.2 Um der nationalen Unterdrückung und Zwangsassimilation des kurdischen Volkes entgegenzutreten, entstand in der kurdischen Gesellschaft eine demokratische Widerstandsbewegung, die für die Verwirklichung der nationalen und demokratischen Ziele kämpfte. Die kurdische Bewegung entwickelte sich zu einer echten freiheitlichen, patriotischen und demokratischen Kraft und erreichte die Befreiung eines Teils Kurdistans.

3.3 Die nationale Frage des kurdischen Volkes muss entsprechend dem Grundsatz des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung gelöst werden. Die Freiheit des kurdischen Volkes im Rahmen des Rechts auf Selbstbestimmung wird die Völker im Irak zur Brüderlichkeit führen und zur Entwicklung guter Beziehungen zu den Nachbarvölkern und zur Sicherung des Friedens in der Region maßgeblich beitragen.

3.4 Die Arabisierungs- und Vertreibungspolitik der irakischen Regierung gegenüber den Kurden in Kirkuk, Khanakin, Mandeli, Jalaula, Badra, Zurbatia, Doz, Daquq, Makhmur, Hawler-Ebene, Schenqar, Schekhan, Zumar und in anderen Gebieten in Irakisch-Kurdistan stellt eine ernsthafte Bedrohung der kurdischen Identität dar und führt zu Auseinandersetzungen zwischen den Völkern Iraks, was die Stabilität und Sicherheit der Region wesentlich gefährdet. Die PUK kämpft gegen diese Arabisierungs- und Vertreibungspolitik der irakischen Regierung.

3.5 Die nationale Freiheitsbewegung in Kurdistan ist eine demokratische und legitime Bewegung der Bevölkerung Kurdistans; sie legt das Hauptgewicht auf den Kampf gegen die Diktatur und setzt sich für die Wahrung der Menschenrechte und die Verwirklichung von

Demokratie und Zivilgesellschaft ein. Die Durchsetzung dieser Ziele ist das Hauptanliegen der PUK.

3.6 Die Zusammenarbeit mit den demokratischen und fortschrittlichen arabischen, assyrischen und turkmenischen Kräften und die Stärkung der Beziehungen mit demokratischen, liberalen und sozialistischen Kräften in der Welt in einem gemeinsamen Kampf für Frieden, Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker sind weitere wichtige Ziele der PUK.

3.7 Die PUK kämpft für die Festigung eines föderalen Systems im Irak. Dieses wurde so am 04.10.1992 einstimmig von der Nationalversammlung Kurdistans als Grundlage der Beziehungen der Region Irakisch-Kurdistan mit der Zentralregierung im Rahmen eines einheitlichen, demokratischen, parlamentarischen, föderalen und pluralistischen Irak beschlossen.

4. Wirtschaftliche Ziele

Die PUK setzt sich ein für eine florierende Wirtschaft in Kurdistan, indem sie die ökonomische Infrastruktur stärken und neue Produktionsmöglichkeiten schaffen möchte, um so die wirtschaftliche Kraft des Landes zu steigern, soziale Gerechtigkeit zu schaffen und den Menschen in der Gesellschaft ein Leben in Wohlstand zu sichern. Deshalb möchte die PUK folgende Punkte durchsetzen:

4.1 Entwicklung der Landwirtschaft und Viehzucht durch die Anwendung von modernen Methoden zur Produktionsverbesserung, um die Bedürfnisse der Region zu befriedigen; die Einrichtung von wissenschaftlichen Zentren zur Untersuchung und Entwicklung von für Kurdistan passende landwirtschaftliche Projekten; Einwicklung eines modernen Systems von Bewässerungsanlagen und Staudämmen; Förderung einer Standort gerechten Agrarindustrie und Lebensmittelproduktion; Lösung der Eigentumsprobleme von Grund und Boden unter Berücksichtigung der Interessen der Bauern und der landwirtschaftlichen Entwicklung.

4.2 Förderung der Industrie im privaten und staatlichen Bereich durch die Nutzung von neuen Technologien zur Errichtung von produktionsfähigen Fabriken, die Benutzung von inländischen Rohstoffen und die Ausnutzung und Verarbeitung von Bodenschätzen wie Erdöl und Mineralien.

4.3 Regelung und Förderung des Binnen- und Außenhandels.

4.4 Organisation und Ausbau des Bankwesens gemäß einem modernen Banksystem.

4.5 Einführung eines angemessenen und gerechten Steuersystems.

4.6 Investitionen von ausländischem Kapital in Kurdistan durch praktische, gesetzlich gesteuerte Erleichterungen für Investoren.

4.7 Förderung der Bewegungs-, Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten in Kurdistan und mit dem Ausland.

4.8 Förderung des Tourismus durch die Unterstützung von privaten und staatlichen touristischen Einrichtungen.

4.9 Förderung und Pflege naturbelassener Flächen und Wälder in Kurdistan und Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen.

5. Soziale und kulturelle Entwicklung

Die PUK setzt sich ein für:

5.1 Eine Lösung des Wohnungsproblems in Kurdistan und die Ausarbeitung eines umfassenden Wiederansiedlungs- und Wohnungsbauplans für die Familien der Opfer der Anfal-Kampagnen, Familien der im Krieg gefallenen Kämpfer, Behinderten, Vertriebenen und Flüchtlinge.

5.2 Aufbau und Sanierung von Kliniken, medizinischen Zentren und Apotheken in allen Städten und Ortschaften.

5.3 Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose, Aufbau einer tragfähigen sozialen Fürsorge für Erwerbslose, Bedürftige und Waisen.

5.4 Schaffung eines Arbeitsrechts, das die Interessen der Arbeitnehmer wahrt und ihnen ein soziales und kulturelles Fortkommen sichert.

5.5 Ermöglichung eines freien und kostenlosen Zugangs zu allen Schulen und Universitäten in Kurdistan; Einführung der allgemeinen Grundschulpflicht für alle Jungen und Mädchen; Bekämpfung der Analphabetisierung in allen Gebieten Kurdistans.

5.6 Einführung eines modernen, an die Gegebenheiten Kurdistans angepassten Erziehungssystems.

5.7 Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung an Universitäten und Technischen Hochschulen; Ermöglichung von Auslandsstipendien für begabte Schüler und Studenten.

5.8 Förderung der Stellung der Frauen in der Gesellschaft im wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Bereich, um so die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft durch folgende Maßnahmen zu erreichen:

- Gleichheit von Frauen und Männern vor dem Gesetz.
- Freiheit bei der Gründung von Familien sowie bei der Auswahl des Ehepartners.
- Verbot der Polygamie und der Zwangsverheiratung von Frauen (Personenstandesgesetz: § 59 und § 62).
- Beistand für schwangere Frauen, Arbeitserleichterungen während der Schwangerschaft, Gewährung von Mutterschaftsurlaub (6 Monate bei vollem Lohn und weitere 6 Monate mit 70% Lohn).
- Einrichtung von Babystuben und Kindergärten in allen Städten und Gemeinden Kurdistans.

5.9 Ausarbeitung eines Planes zur Erleichterung der Familiengründungen durch Eheschließungen.

5.10 Generelles Verbot von Kinderarbeit für Kinder unter 15 Jahren.

5.11 Einrichtung und Förderung von Jugendverbänden und -vereinen zur Freizeitgestaltung.

5.12 Unterstützung von Sportlern und Förderung sportlicher Aktivitäten.

5.13 Förderung kultureller Aktivitäten, Errichtung von Forschungsinstituten und Museen und Bewahrung des Reichtums nationaler Kultur und historischer Denkmäler.

5.14 Sicherung der Schaffensfreiheit und des Lebensunterhalts für Künstler und Förderung der Medien, der Kunst und Literatur.

5.15 Förderung und Bewahrung der Bräuche und Traditionen verschiedener Volksgruppen in Kurdistan.

6. Wiederaufbau und Entwicklung der ländlichen Gebiete

Um das Leben der Dorfbevölkerung in jeder Hinsicht zu verbessern und die Entwicklung der Landwirtschaft und der Viehzucht entscheidend voran treiben zu können, muss sich vor allem die Lebensqualität in den Dörfern deutlich verbessern. Um eine tiefer gehende Änderung herbeizuführen, ist es deshalb notwendig, ein umfassendes Wiederaufbau- und Wiederansiedlungsprogramm zu schaffen, das auf folgendes abzielt:

6.1 Die Errichtung größerer Siedlungen und der Zusammenschluss bereits existierender Kleindörfer mit Einverständnis der jeweiligen Dorfbewohner unter Berücksichtigung der topographischen Gegebenheiten. Bereitstellung von öffentlichen Leistungen in den neuen Siedlungen.

6.2 Den Einsatz von wissenschaftlichen Methoden in der Wasserwirtschaft für die Saat und Ernte, sowie bei der Verwendung von Dünger und Pestiziden. Einrichtung von Beratungsstellen für die Landwirte.

6.3 Förderung und Entwicklung von Acker- und Feldanbau durch Anwendung von wissenschaftlichen Methoden.

6.4 Anwendung von wissenschaftlichen Methoden für die Entwicklung der Viehzucht, der Geflügelzucht, der Fischerei und Imkerei in Kurdistan.

6.5 Schutz der in freier Wildbahn lebenden Tiere und Vögel, sowie der Flora im Rahmen eines umfassenden Naturschutzprogramms.

6.6 Beschleunigung der Mienenräumung in den verminten Gebieten.

7. Familien der gefallen Kämpfer und Behinderte

7.1 Sicherung des Lebensunterhalts der Familien der gefallen Kämpfer.

7.2 Betreuung und materielle Unterstützung der Kinder der gefallenen Kämpfer bei der Ausbildung.

7.3 Ehrung der gefallenen Kämpfer durch Denkmäler und Straßennamen.

7.4 Vorrangige Berücksichtigung der Kinder von gefallenen Kämpfern beim beruflichen Fortkommen soweit gleiche Qualifikation vorliegt.

7.5 Sicherung des Lebensunterhalts für Behinderte.

8. Opfer der Anfal-Kampagnen und deren Angehörige

Die Anfal-Kampagnen der irakischen Regierung in den 80er Jahren gegen die Kurden hatten die Vernichtung der nationalen Identität der irakischen Kurden als Ziel. Diese Politik der irakischen Regierung hatte tief greifende Folgen für die kurdische Gesellschaft. Deshalb setzt sich die PUK ein für:

8.1 Klärung des Schicksals der während der Anfal-Kampagnen ca. 182 000 verschleppten Menschen, die bis jetzt als vermisst gelten.

8.2 Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der verbliebenen Angehörigen der Opfer der Anfal-Kampagnen. Dieser Punkt gilt als Priorität für die PUK.

(Übersetzung aus dem Kurdischen)
